



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Entwicklungen sozialer und ökonomischer Disparitäten
in Tschechien – Darstellung und Entwicklung seit 1993“

Verfasserin

Natalie Spiessberger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 190 456 353

Betreuer: Univ. Doz. Dr. Peter Jordan

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, Mai 2009

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen Personen bedanken, die mich während der Vorbereitung und Ausarbeitung meiner Diplomarbeit unterstützt haben.

Ein besonderer Dank gilt meinem Diplomarbeitsbetreuer, Univ. Doz. Dr. Peter Jordan, der mich nicht nur durch die Beantwortung fachlicher Fragen unterstützte, sondern mir auch meinen „Freiraum“ in der Forschungsarbeit gewährte und somit meine Neugier und Spannung in der Literaturrecherche erst recht geweckt hat, die mir dabei halfen, so manche Schwierigkeiten in der Ausarbeitung positiv zu bewältigen.

Ein großes Dankeschön richtet sich auch an meine Eltern, die mir nicht nur während meiner Studienzeit Kraft und Selbstsicherheit schenken, sondern mir auch während der Diplomarbeit mit Rat und Tat zur Seite standen.

Für ihre anregenden fachlichen Diskussionen und spannenden Auseinandersetzung zu geographischen Fragestellungen bedanke ich mich bei meiner Freundin und Studienkollegin Barbara Nennung. Daneben soll auch Frau Renate Stumptner, Sekretärin der Studienprogrammleitung Geographie, dankend erwähnt werden, die mir mit viel Geduld sämtliche Fragen zum organisatorischen Ablauf der Beendigung des Studiums zur Seite stand.

Ein besonderes Dankeschön gilt außerdem Frau Iva Müllerova vom Tschechischen Statistischen Amt in Prag, ohne deren Hilfe mir der Zugang zu einem Großteil der benötigten Daten verwahrt geblieben wäre.

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit bewusst auf die jeweils explizite Nennung von männlichen und weiblichen grammatikalischen Formen verzichtet. Mit dem durchgängig verwendeten generischen Maskulinum sind stets sowohl männliche als auch weibliche Personen gemeint.

Abstract

Tschechien – ein Nachbarstaat Österreichs, Mitglied der Europäischen Union – und dennoch ein Staat, über dessen gegenwärtige ökonomische und sozialräumliche Situation nur sehr wenig bekannt ist. Diese Diplomarbeit soll es dem Leser ermöglichen, einen Überblick über die aktuelle Situation und die zeitliche Entwicklung sozioökonomischer Disparitäten in Tschechien zu gewinnen.

Dazu werden zunächst die historischen Gegebenheiten dargestellt, da diese dabei unterstützen, Komponenten der Bevölkerungsentwicklung besser nachvollziehen zu können. Diese leistet ihrerseits einen wichtigen Beitrag zum besseren Verstehen etwaiger Disparitäten im Raum. Aus diesem Grund erfolgt eine detaillierte Darstellung der beiden Komponenten der Bevölkerungsveränderung seit der Staatsgründung Tschechiens.

Der Hauptteil der Diplomarbeit widmet sich den sozioökonomischen Disparitäten im Raum. Ob eine Verstärkung der wirtschaftlichen Ungleichheiten in Tschechien stattfindet, wird anhand der räumlich unterschiedlichen Entwicklung ökonomischer Indikatoren, wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Arbeitslosigkeit, dem durchschnittlichen Einkommen, der Beschäftigung nach Sektoren, sowie den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, untersucht. Danach erfolgt eine genaue Analyse sozialräumlicher Kennzahlen auf Bezirksebene, wie dem Bildungsniveau, der Säuglingssterblichkeit und der Ärztedichte, sowie der räumlichen Ungleichverteilung der Kriminalität. Insgesamt konnten räumliche Disparitäten wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen nachgewiesen werden.

Ob Tschechien im aktuellen Zustand eine Ausnahme darstellt oder aber ähnliche Entwicklungen in den Nachbarstaaten ebenfalls beobachtbar sind, ist Gegenstand der weiteren Ausführung. Hierzu werden die Staaten Österreich, die Slowakei, Polen, Ungarn und Rumänien mit Hilfe statistischen Materials auf Ebene der NUTS-2-Regionen analysiert und mit den Tendenzen des eigentlichen Untersuchungsgebietes verglichen. In diesem Kapitel wird dem Leser ersichtlich, dass die in Tschechien attestierten Phänomene keine Einzelbeobachtungen sind, sondern auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union festgestellt werden konnten.

Bei genauer Auswertung und einer Berücksichtigung der zeitlichen Entwicklungen gab es Hinweise auf eine Verbesserung der Situation, was zu einer Auseinandersetzung mit Ansätzen der Regionalentwicklung anregt. Besondere Berücksichtigung finden dabei

Projekte grenzüberschreitenden Charakters, welche besonders in den benachteiligten Gebieten realisiert werden. Die in diesem Rahmen vorgestellten Euroregionen können als positiver Ausblick gesehen werden, durch deren Hilfe periphere Gebiete in Europa eine Aufwertung erfahren.

Im Rahmen der Diplomarbeit konnte demonstriert werden, dass es in Tschechien deutliche regionale sozioökonomische Disparitäten gibt und sich „Ungunsträume“ ausweisen lassen, welche in ihrer Entwicklung deutlich hinter anderen Bezirken Tschechiens zurückbleiben. Dass dies aber kein Zustand ist, der gezwungenermaßen weiterhin so bleiben muss, sollen die grenzüberschreitenden Projekte der territorialen Zusammenarbeit zeigen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	5
1.1	Entwicklung der Problemstellung, Ziele der Diplomarbeit.....	5
1.2	Messung sozialer und wirtschaftlicher Disparitäten im Raum.....	7
1.2.1	Messung sozialer und sozialräumlicher Disparitäten.....	8
1.2.2	Messung ökonomischer Disparitäten im Raum.....	13
2	Geographische Gliederung der Tschechischen Republik.....	15
2.1	Geographische Lage der Tschechischen Republik.....	15
2.2	Historischer Überblick.....	18
2.2.1	Die Anfänge.....	18
2.2.2	Die Industrielle Revolution.....	20
2.2.3	Erster Weltkrieg und Erste Republik.....	21
2.2.4	Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit (bis 1948).....	23
2.2.5	Das Sozialistische System (1948 – 1989) und die Samtene Revolution.....	24
2.2.6	Rückkehr nach und Integration in Europa.....	26
2.3	Administrative Einteilung.....	27
3	Bevölkerungsentwicklung in der Tschechischen Republik.....	30
3.1	Bevölkerungsentwicklung auf Staatsebene.....	31
3.2	Bevölkerungsentwicklung auf Regionsebene.....	33
3.3	Bevölkerungsentwicklung auf Bezirksebene.....	35
3.4	Zusammenfassung.....	41
4	Untersuchung der ökonomischen Disparitäten.....	42
4.1	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP).....	42
4.1.1	Das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten.....	42
4.1.2	Die Rate des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des BIP.....	45
4.2	Die Arbeitslosigkeit.....	47
4.3	Durchschnittsgehalt und Beschäftigung nach Sektoren.....	54
4.3.1	Das durchschnittliche Gehalt auf Bezirksebene.....	54
4.3.2	Zeitliche Entwicklung der Einkommensunterschiede.....	57
4.3.3	Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren.....	58

4.4	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E).....	62
4.5	Ausländische Direktinvestitionen in Tschechien	64
4.6	Zusammenfassung	66
5	Untersuchung der sozialräumlichen Disparitäten.....	68
5.1	Bildungsunterschiede innerhalb der tschechischen Bevölkerung	68
5.1.1	Warum ist Bildung ein wichtiges Gut? Ein bildungstheoretischer Erklärungsansatz.....	68
5.1.2	Die tschechische Bildungslandschaft in der Sekundarstufe	71
5.1.3	Die tschechische Hochschulbildung.....	76
5.2	Die Säuglingssterblichkeit.....	79
5.2.1	Definitionen und theoretische Konzepte in der Säuglingssterblichkeitsforschung	79
5.2.2	Zeitlicher Entwicklungsverlauf der Säuglingssterblichkeit.....	81
5.2.3	Aktuelle Situation möglicher räumlicher Disparitäten der Säuglingssterblichkeit.....	84
5.3	Die Ärztedichte.....	86
5.3.1	Theorien der Ungleichheit in der Allokation medizinischer Ressourcen.....	87
5.3.2	Aktuelle räumliche Ungleichverteilung, dargestellt an der Ärztedichte	89
5.3.3	Zeitliche Entwicklung stationärer und ambulanter medizinischer Versorgung	93
5.4	Der Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und räumlicher Ungleichheit	94
5.4.1	Zur Theorie der Umweltmedizin und der gesundheitlichen Ungleichheit	95
5.4.2	Die räumliche Verteilung der Mortalität	96
5.5	Soziale Ungleichheit und Kriminalität	99
6	Zwischenresümee der untersuchten sozioökonomischen Disparitäten	104
7	Der geographische Kontext – Ein (ost- und mittel) europäischer Vergleich	113
7.1	Die Bevölkerungsentwicklung im Herzen Europas	113
7.2	Wirtschaftliche Ungleichheiten der Regionen Mitteleuropas	115
7.3	Sozialräumliche Ungleichheiten der Regionen Mitteleuropas	121

8	Grenzüberschreitende Regionalentwicklung als möglicher Weg zur Verringerung der Disparitäten?.....	128
8.1	Regionale Zusammenschlüsse auf nationaler und internationaler Ebene.....	128
8.2	Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald.....	130
8.3	Euregio Egrensis.....	132
8.4	Euroregion Erzgebirge/Krušnohoří	134
8.5	Euroregion Elbe/Labe.....	135
8.6	Euroregion Neisse-Nisa-Nysa	137
8.7	Resümee.....	138
9	Resümee und Schlussbemerkung	139
10	Literaturverzeichnis	141
11	Internetadressen	152
12	Abbildungs- und Kartenverzeichnis	153
13	Tabellenverzeichnis	155

1 Einleitung

1.1 Entwicklung der Problemstellung, Ziele der Diplomarbeit

Ziel meiner Diplomarbeit ist eine umfassende Darstellung von sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten innerhalb der Tschechischen Republik anhand von wichtigen Indikatoren.

Die übergeordnete Forschungsfrage geht dem Interesse nach, ob sich seit der Gründung der Tschechischen Republik die sozioökonomischen Disparitäten innerhalb dieses Raumes vergrößert haben. Die Idee dazu stammt aus einem wirtschaftskundlichen Seminar, welches im Rahmen des Geographiestudiums belegt wurde und die zunehmenden Reichtums- und Armutsunterschiede in Österreich zum Thema hatte. Daraufhin stellte ich mir die Frage, ob ähnliche Entwicklungen auch in Tschechien zu beobachten seien.

Da es ein übergeordnetes Ziel der Europäischen Union ist, mehr Gleichheit zwischen den und auch innerhalb der Mitgliedsstaaten anzustreben, hat die Behandlung dieses Themas für eine Diplomarbeit ihre Legitimation, da sie der Frage nachgeht, ob es disparitäre Verhältnisse in Tschechien gibt und ob sich diese verstärken oder abschwächen. Während der Literaturrecherche entstand bei mir außerdem der Eindruck, dass es zu diesem oder einem diesem ähnlichen Thema nur eine geringe Anzahl an Veröffentlichungen in deutscher, aber auch in englischer Sprache gibt, zumindest wurde im österreichischen Verbundkatalog nichts dazu angeführt. Natürlich möchte ich damit nicht behaupten, der Forschungsstand zu diesem Themenbereich wäre niedrig. Denn es gibt eine nicht unbeträchtliche Zahl an Veröffentlichungen zu räumlichen Disparitäten in Mitteleuropa, und die ehemals kommunistischen Länder weisen zum Teil ähnliche Strukturen auf. Mit meiner Arbeit möchte ich dennoch einen Beitrag über das Staatsgebiet Tschechiens leisten.

Aus diesem Grund wird der Hauptteil meiner Diplomarbeit auch aus der Aufbereitung von Primärdaten bestehen, welche das Tschechische Statistische Amt, hauptsächlich digital über seine Homepage, zur Verfügung stellt.

In der vorbereitenden Arbeit der Literatursuche wurde mir früh bewusst, dass es in der Theorie und der in diesem Zusammenhang veröffentlichten Literatur eine große und umfassende Auswahl möglicher Indikatoren gibt, die jedoch nicht alle in dieser

Diplomarbeit zur Interpretation herangezogen werden. Die Auswahl der tatsächlich herangezogenen Kennzahlen ergibt sich neben der breiten Anerkennung im Forscherkreis auch durch die Verfügbarkeit dieser Daten auf regionaler Ebene für Tschechien. Unter den Indikatoren zur Messung wirtschaftlicher Ungleichheit sei an dieser Stelle das Bruttoinlandsprodukt als Beispiel erwähnt, welches, genauso wie die Arbeitslosigkeit, für einen Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Situation von Gebieten gut eingesetzt werden kann. Zur Untersuchung sozialer Ungleichheiten wird in dieser Diplomarbeit unter anderem auf Kennzahlen wie etwa das Ausbildungsniveau, die Säuglingssterblichkeit, aber auch die Ärztedichte zurückgegriffen.

Neben einer ausführlichen und detaillierten Darstellung der sozioökonomischen Indikatoren in Tschechien werden mögliche Erklärungen immer am Ende der jeweils untersuchten Kennzahl angeführt. Diese Variante zog ich gegenüber einem gesonderten Kapitel zu den Erklärungsmöglichkeiten am Ende der Untersuchung vor, da es bei unterschiedlichen Indikatoren zu unterschiedlichen, räumlich differenzierten Ergebnissen kam und diese auf verschiedene Weisen interpretiert werden können bzw. müssen. Die übergeordnete Forschungsfrage in diesem Zusammenhang ist jene, ob es bei regionalen Disparitäten auch Ähnlichkeiten gibt, man also von räumlichen Mustern sprechen kann, und sich diese im zeitlichen Verlauf verstärken.

Nach den möglichen Erklärungsversuchen und -modellen ist es auch noch von besonderem Interesse, die Ergebnisse in einem größeren Kontext, nämlich dem europäischen, zu beleuchten. Die europäische Perspektive erscheint mir aus dem Grunde sinnvoll, da die Integration der Staaten zu einem gemeinsamen Europa als ein Hauptziel der Europäischen Union gilt.

Dazu werden die wichtigsten Indikatoren auf Ebene der Regionen für Tschechien und seine Nachbarstaaten kartographisch dargestellt. Dies soll dazu dienen, ein in Tschechien möglicherweise vorhandenes Ost-West-Gefälle oder dort vorhandene Stadt-Land-Differenzen im Zusammenhang mit anderen Staaten zu analysieren und festzustellen, ob diese Raummuster auch in anderen Ländern gegeben sind.

Nach dieser Status-Quo-Analyse wird am Schluss meiner Diplomarbeit noch auf mögliche Problemlösungsansätze eingegangen. Da es am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien auch einen Schwerpunkt zur Regionalentwicklung gibt, erscheint es mir durchaus sinnvoll und notwendig,

existierende Regionalentwicklungskonzepte Tschechiens mit seinen Nachbarn vorzustellen und diese, wenn möglich, auch auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Ich hoffe, dass es mir mit dieser Diplomarbeit geglückt ist, eine ausgewogene, informative und spannend zu lesende Analyse und Darstellung wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren in der Tschechischen Republik zu erstellen und wünsche viel Freude beim Lesen.

1.2 Messung sozialer und wirtschaftlicher Disparitäten im Raum

Bevor nun der Entschluss in die Tat umgesetzt wird, die Ungleichheiten innerhalb eines Untersuchungsgebietes darzustellen, sollte in einem wichtigen Schritt zuvor unbedingt die Frage beantwortet werden, welche Kennzahlen man als geeignete Indikatoren für mögliche Ungleichheiten heranziehen könnte, welche davon tatsächlich für diese Arbeit angewendet werden und aus welchen Gründen diese Indikatoren als brauchbar und valide genug erscheinen, um soziale und ökonomische Disparitäten möglichst authentisch abzubilden. Zuvor sei aber noch erwähnt, dass sich die Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten im Rahmen dieser Arbeit immer auf die räumliche Dimension bezieht. Räumliche Disparitäten sind in einer arbeitsteiligen entwickelten Gesellschaft nichts atypisches, da sich eben nicht nur der Naturraum innerhalb eines Untersuchungsgebietes unterscheidet, sondern auch die Menschen, die in ihm leben und arbeiten. Dennoch gibt es Möglichkeiten, diese räumlichen sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten zu mildern. Während es durchaus auch Anhänger jener Position gibt, man solle sich durch politische Entscheidungen nicht in die „natürliche“ räumliche Entwicklung einmischen, da es dadurch zu negativen Effekten in der Wirtschaftsleistung kommen könnte, gibt es andererseits auch viele Stimmen, die sich für eine Reduktion der räumlichen Unterschiede einsetzen, um soziale und gesellschaftliche Spannungen zu reduzieren. (siehe dazu Jordan 2006b)

Deshalb möchte ich in weiterer Folge zunächst die theoretischen Ansätze zur Messung sozialer und wirtschaftlicher Disparitäten im Raum vorstellen und mit jenen Indikatoren vergleichen, die mir für meine Analyse der Tschechischen Republik zur Verfügung stehen.

1.2.1 Messung sozialer und sozialräumlicher Disparitäten

1.2.1.1 Begriffserklärung

Menschen unterscheiden sich hinsichtlich einer großen Anzahl an Merkmalen voneinander: sie sind unterschiedlich groß, haben unterschiedliche Haarfarben, Schuhgrößen etc. Diese Liste wäre beinahe unbegrenzt fortsetzbar und soll an dieser Stelle vor Augen führen, dass Menschen einander in der Regel nicht gleichen. (Tomassovits, 2006)

Wenn äußere Erscheinungsformen beschrieben werden, spricht man in diesem Zusammenhang von biologischen Ungleichheiten. Daneben existieren zwischen Menschen aber auch noch soziale Unterschiede, die man, je nach Forschungsfrage, nach Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeit, materiellem Besitz, Macht und Ansehen einteilen kann. Der Unterschied zwischen biologischen und sozialen Ungleichheiten liegt darin, dass es bei sozialen Unterschieden häufig zu Bewertungen von Menschen beziehungsweise von ganzen Gruppen von Menschen kommt: man spricht von besser und schlechter gestellten, bevorzugten und benachteiligten oder einflussreichen und einflusslosen Menschen. (Bolte 1975)

Insgesamt lässt sich von einer ungleichen Verteilung von Lebenschancen sprechen, wobei jedoch berücksichtigt werden muss, dass eine Einteilung in gegebene Kategorien in Zeit und Raum variiert und somit nicht als konstant angesehen werden darf. Dies gilt auch für die Auswahl der Kriterien, die für eine Beschreibung sozialer Ungleichheiten herangezogen werden. (Burzan 2007)

Eine gute Definition sozialer Ungleichheit schlägt Kreckel (1992: S.17) vor:

„Soziale Ungleichheit im weiteren Sinne liegt überall dort vor, wo die Möglichkeiten des Zuganges zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und / oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und / oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden.“

Ein weiterer und mir als Geographin besonders als wichtig erscheinender Aspekt ist der Raum. Menschen agieren im Raum und verändern diesen durch ihre Handlungen. Dadurch verändert sich das räumliche Gesamtgefüge und eben diese Handlungen

können zu einer verstärkenden Wirkung bereits eingesetzter Prozesse führen. (Tomassovits, 2006)

Auch im Zuge dieser Diplomarbeit erhält der Raum eine zentrale Rolle, da mit Hilfe einer Untersuchung verschiedener Indikatoren soziale Unterschiede dargestellt werden, die sich im Raum unterschiedlich manifestieren und interpretiert werden müssen.

1.2.1.2 Ältere und neuere Ansätze der sozialen Ungleichheit

In der Soziologie griff man bei Themen der sozialen Ungleichheit zunächst auf Klassenmodelle, inspiriert durch Karl Marx, zurück. Dabei wird grundsätzlich von der bekannten Theorie des Klassenkampfes ausgegangen: zwei sich dichotom gegenüberstehende Klassen, die über unterschiedlichen ökonomischen Besitz verfügen und somit unterschiedlichen sozialen Schichten angehören, treten aufgrund unterschiedlicher Interessen in einen Konflikt. Die Auseinandersetzung mit der dadurch entstehenden Dynamik soll dazu dienen, den sozialen Wandel zu erklären. (Burzan 2007)

Wolf (1981) kritisiert an den aus der marxistischen Theorie weiterentwickelten Klassenmodellen die Tatsache, dass soziale Relationen schon auf einer tieferen (bzw. latenten) Ebene stattfinden und diese deshalb nicht unbedingt messbar sind.

Auch durch die gesellschaftlichen Veränderungen, wie beispielsweise die Etablierung des Wohlfahrtsstaates, wurden neue Theorien entwickelt, mit neuen Kriterien zur Erklärung sozialer Ungleichheiten, wie Arbeitsbedingungen, Geschlecht oder Nationalität. (Ditton 1992)

Zu den neueren Ansätzen zählen auch die Konzepte der unterschiedlichen Lebensstile und Milieus. Diese verbinden das traditionelle Klassenmodell mit einer individualistischen Gesellschaftsstruktur in ihrer ganzen Vielfalt der pluralistischen Lebensstile. Als Kritik sei neben der möglichen Vernachlässigung vertikaler Disparitäten auch die nahezu unmögliche Messung mit Hilfe statistischer Daten genannt. (Burzan 2007)

Diese unterschiedlichen Ansätze sollen erwähnt werden, um zu verdeutlichen, dass sich erstens das Konzept der sozialen Ungleichheit im zeitlichen Verlauf gewandelt hat und es zweitens eine Vielzahl an erklärenden Variablen gibt, um das Phänomen zu beschreiben, viele davon jedoch mit Hilfe statistischer Daten nicht erhoben werden können. Eben aus diesem Grund muss nun ein weiterer, für die weiteren Ausführungen

in dieser Diplomarbeit wichtiger Begriff eingeführt werden, nämlich jener der sozialräumlichen Disparität. Wurden bisher die vertikalen Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft erklärt, dient dieser Terminus zur Beschreibung horizontaler Unterschiede im Raum. Im folgenden Abschnitt sollen nun mögliche Indikatoren zur Messung sozialräumlicher Disparitäten vorgestellt werden, sowie die Frage beantwortet werden, welche dieser Indikatoren für die Bezirke in Tschechien zur Interpretation zur Verfügung stehen.

1.2.1.3 Indikatoren sozialräumlicher Disparitäten

Zunächst stellt sich die Frage, was man mit Hilfe von Indikatoren darstellen möchte. Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist einerseits die Darstellung der gegenwärtigen Situation, andererseits die Prognose einer zukünftigen wahrscheinlichen Entwicklung. Bartholomäi (1978) nimmt eine weitere Unterscheidung in „objektive“ Daten und die Bewertungen der Realität durch den Menschen selbst vor. Zu den „objektiven“ Daten zählt die Betrachtung der Bevölkerungsverteilung nach möglichen Kriterien wie Familienstand, Bildung, Erwerbsleben, Freizeit, Gesundheit, Einkommen, Umweltsituation, um nur die wichtigsten zu nennen. Doch nur die Erhebung „objektiver“ Daten reicht für eine umfassende Darstellung der Situation einer Gesellschaft nicht aus. Wichtig ist in einem nächsten Schritt, die subjektive Einschätzung der aktuellen Lebenssituation der einzelnen Bürger mit Hilfe regelmäßig durchgeführter Umfragen zu erfassen.

Auch im prognostischen Teil wird diese Unterscheidung durchgeführt: die „objektiven“ Daten veranschaulichen mögliche Entwicklungen, beispielsweise am Arbeitsmarkt oder bei der Geburtenentwicklung. Hierfür benötigt man möglichst weit in die Vergangenheit reichende Zeitreihen, um die Wahrscheinlichkeit des Eintretens zukünftiger Entwicklungen zu erhöhen. Daneben sind aber auch die subjektiven Zukunftserwartungen von großer Bedeutung, da diese einen großen Einfluss auf den Ausgang möglicher Entscheidungen nehmen. (Bartholomäi 1978)

Für die Forschungsfrage dieser Diplomarbeit kann jedoch der subjektive Teil der Analyse nicht berücksichtigt werden, da derartige Befragungen in aufbereiteter Form nicht zur Verfügung stehen und eine selbstständige Durchführung neben sprachlichen Problemen auch den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Dafür liegt der Schwerpunkt bei den räumlichen Unterschieden sozialer Disparitäten. Friedrichs (1977: S.186ff.) schlägt drei Hauptkategorien vor, mit welchen die Räumlichkeit beschriebener Phänomene dargestellt werden:

1. Sozialer Rang: Anteil höherer Einkommen, Anteil mit Personen höherer Bildung etc.
2. Familismus / Urbanismus: Anteil erwerbstätiger Frauen, Anteil Geschiedener etc
3. Segregation: Ausländeranteil

Auch Babitsch (2005) nennt Bildung, den beruflichen Status und das Einkommen als Indikatoren sozialräumlicher Ungleichheit. Der berufliche Status kann entweder über eine nicht unumstrittene Zuordnung auf Prestigeskalen, oder aber durch die Stellung im Beruf dargestellt werden.

Neben den bereits genannten Indikatoren verwendet Bokerman (1974) die Lebenserwartung und den Anteil der urbanen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung für seine Untersuchungen in lateinamerikanischen Ländern.

Zusammenfassend lässt sich bereits an dieser Stelle sagen, dass das Spektrum an möglichen Indikatoren zur Messung sozialräumlicher Disparitäten ein sehr breites ist, die Erhebung jedoch in einigen Fällen in der Realität kaum oder nur beschränkt durchführbar ist. Dennoch ist für Tschechien ein Großteil der eben genannten Indikatoren auf Bezirksebene verfügbar. Neben den Indikatoren des sozialen Ranges nach Friedrichs (1977), nämlich Einkommen und Bildung, wird ebenfalls die räumliche Segregation mitberücksichtigt. Daneben werden aber auch noch andere Größen, wie beispielsweise die Frühsterblichkeit oder die ärztliche Versorgung, sowie der räumlich unterschiedliche Gesundheitszustand der Bevölkerung untersucht. Im nächsten Abschnitt soll nur kurz der Zusammenhang zwischen sozialen Ungleichheiten und einigen der in der Diplomarbeit analysierten Indikatoren anhand der Fachliteratur dargestellt werden.

1.2.1.4 Zusammenhänge von sozialräumlicher Ungleichheit mit einigen ausgewählten Indikatoren

Arbeit und Einkommen

Menschen mit geringem Lohn sind in der Regel jene mit schlechten Arbeitsbedingungen, unüblichen Arbeitszeiten und körperlich anspruchsvollen

Tätigkeiten, oft begleitet von einem niedrigen Sozialstatus. Bei einer räumlichen Untersuchung des Faktors Arbeit gibt das Beschäftigungsverhältnis also auch indirekt einen Aufschluss über sozialräumliche Disparitäten. (Berthoud 1976)

Bildung

Eine beruflich höhere Position wird im Regelfall durch eine gute Ausbildung erreicht. Dabei sollte das Leistungsprinzip gelten, welches besagt, dass aus besseren Leistungen des Einzelnen ein höherer Ausbildungsabschluss folgt. Obwohl hinreichend bekannt ist, dass das Schulsystem diesem Anspruch nicht immer gerecht wird, dient die Analyse des Bildungsgrades einer Bevölkerung dennoch zur Untersuchung von sozioökonomischen Disparitäten im Raum, da eine schlechte Ausbildung meist zu einer gering bezahlten und mit geringem Prestige behafteten Anstellung führt. (Ditton 1992)

Frühsterblichkeit

Obwohl in modernen Sozialstaaten das Gesundheitssystem gut ausgebaut ist und der gesellschaftliche Konsens lautet, allen Menschen dieser Staaten umfangreiche medizinische Leistungen zur Verfügung zu stellen, beweisen verschiedene sozialepidemiologische Studien, dass dem tatsächlich nicht so ist. Vielmehr läuft die Zugehörigkeit einer sozialen niedrigeren Schicht mit schlechten gesundheitsbezogenen Indikatoren konform. (Helmert 2003)

Dies gilt auch für die Frühsterblichkeit, durch deren Messung man außerdem Aussagen über die unterschiedliche Erreichbarkeit medizinischer Leistungen treffen kann.

Regionalisierung

Zwischen den Mitgliedsstaaten der EU gibt es deutliche Wohlstandsunterschiede, wie anhand des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstärken (KKS) dargelegt werden kann. Trotzdem ist der soziale Zusammenhalt innerhalb der EU ein Hauptziel der Europäischen Kommission. (GESIS- ZUMA 2008)

Neben dieser Entwicklung stellte sich aber heraus, dass sich die regionalen Unterschiede innerhalb der Staaten verstärken, wie das etwa vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (EUROSTAT) untersucht wurde. Tschechien stellt ein ähnliches Bild dar wie Österreich: am größten ist der Wohlstand in der Hauptstadtregion. Durch die Struktur- und Regionalpolitik der EU kam es allerdings in den letzten Jahren zu einer Stärkung der Regionen. Auch in Tschechien gibt es

Regionalentwicklungsprogramme, in deren Zusammenhang die Frage auftritt, ob durch diese der sozioökonomische Abstand zu Prag abgenommen hat. (Mau und Büttner in: Bach 2008) Diese Frage soll ebenfalls Gegenstand der vorliegenden Diplomarbeit sein.

1.2.2 Messung ökonomischer Disparitäten im Raum

Neben dem Anspruch einer sozialräumlichen gibt es auch jenen einer ökonomischen Gerechtigkeit in einer Volkswirtschaft. Diese Gerechtigkeit impliziert einen gerechten Zugang zu Ressourcen, bedingt aber auch das Vorhandensein von persönlichen Kompetenzen, um die vorhandenen Ressourcen nutzen zu können.

In einer arbeitsteiligen Gesellschaft bedeutet dies, zumindest den Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten allen gleichermaßen zu ermöglichen. Dass es trotzdem zu einer bis zu einem gewissen Grade akzeptierten Ungleichheit zwischen Menschen kommt, kann durch eine unterschiedlich große Leistungsmotivation und die Verfolgung unterschiedlicher Lebensentwürfe erklärt werden. (Koller 2005)

Daneben gibt es jedoch noch weitere Kennzahlen für ökonomische Ungleichheit zwischen Bevölkerungsteilen im Raum:

Als nahe liegende Größe kann das BIP pro Kopf in KKS Aufschluss über die Leistung einer Volkswirtschaft geben. Auch wenn diese Größe bei Vergleichen zwischen Staaten mit Vorsicht interpretiert werden muss, so ist sie gerade beim Vergleich von Regionen innerhalb eines Staates ein guter Indikator für räumliche Unterschiede der Wirtschaftsleistung.

Auch die Arbeitslosigkeit gibt Aufschlüsse über sozio-ökonomische räumliche Disparitäten, da die finanzielle Situation eines Menschen in direktem Zusammenhang mit seiner Erwerbstätigkeit steht.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) verwendet die folgenden Wirtschaftsindikatoren, um damit unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Staaten des Euro-Währungsgebietes zu untersuchen (Hahn 199, S.1):

- Bruttoinlandsprodukt, real
- Privater Konsum, real
- Ausrüstungsinvestitionen, real
- Bauinvestitionen
- BIP-Deflator

- Verbraucherpreisindex
- Arbeitslosenquote

Diese Aufzählung soll dem Leser verdeutlichen, dass auch im Zusammenhang mit der Darstellung ökonomischer Disparitäten im Raum eine Vielzahl an Indikatoren zur Analyse eines Untersuchungsgebietes zur Verfügung steht. Davon sind für die Bezirksebene in Tschechien aber über die Quelle des Tschechischen Statistischen Amtes nur einige verfügbar. Neben der Arbeitslosigkeit und dem BIP sollen in dieser Diplomarbeit auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung untersucht werden, da mit deren Hilfe Aussagen über die Prosperität und die möglichen zukünftigen Entwicklungen getroffen werden können. Auf eine Analyse des Ausrüstungsvolumens, der Bauinvestitionen, des Verbraucherpreisindex und des BIP-Deflators muss jedoch verzichtet werden. Stattdessen wird auf die Beschäftigung nach Sektoren eingegangen, da sich entwickelte Gesellschaften durch einen hohen Beschäftigungsanteil der erwerbstätigen Bevölkerung am tertiären Sektor auszeichnen. Der unterschiedliche Grad der Tertiärisierung ermöglicht Schlussfolgerungen über mögliche zukünftige Entwicklungen.

Als brauchbarer Indikator muss an dieser Stelle noch die Einkommensverteilung (wie beispielsweise zur Armutsuntersuchung in Klanberg 1978) genannt werden. Das Problem besteht allerdings darin, dass gültige Aussagen erst durch eine Untersuchung auf der Mikroebene, nämlich den Haushalten, getroffen werden können, in Tschechien jedoch diese Daten nicht verfügbar sind.

Um dem geographischen Aspekt der ökonomischen Ungleichheitsmessung Rechnung zu tragen, sei an dieser Stelle außerdem auf die „Zentrum-Peripherie-Metapher“ nach Kreckel (1992) hingewiesen. Zusammengefasst spricht er von einer Konzentration der Kräfte (also in diesem Fall der Ressourcen) im Zentrum und einer Abnahme der Kräfte in der Peripherie. Im Zuge dieser Diplomarbeit soll nun herausgefunden werden, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der Zentrum-Peripherie-Hypothese und den sozio-ökonomischen Disparitäten in Tschechien gibt.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das mögliche Indikatorenspektrum zur Messung regionaler sozio-ökonomischer Disparitäten ein beinahe unermessliches ist. Auch wenn es nicht möglich war, alle der in den verschiedenen Lehrwerken genannten Indikatoren für Tschechien zur Verfügung gestellt zu bekommen, so ist es doch

möglich, die wichtigsten und am häufigsten genannten Kennzahlen, nämlich das BIP, die Arbeitslosigkeit sowie das Durchschnittsgehalt in ihrer zeitlichen Entwicklung und die Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung in Tschechien zu untersuchen. Damit lässt sich doch ein guter Gesamteindruck aktueller sozio-ökonomischer Ungleichheiten in Tschechien gewinnen.

2 Geographische Gliederung der Tschechischen Republik

2.1 Geographische Lage der Tschechischen Republik

Als Geograph ist die räumliche Einbettung eines Untersuchungsgebietes oftmals der erste Schritt, um sich mit einer Region vertraut zu machen. Deshalb wird auch hier die Raumstruktur Tschechiens vorgestellt, um einerseits einen Überblick über Relief, Klima, Hydrologie und Rohstoffe zu bekommen und andererseits mögliche vorherrschende Wirtschaftssektoren aufgrund von Naturgegebenheiten wie etwa Ressourcenvorkommen erklären zu können.



Abbildung 1: Ed. Hölzel (2003): Sudeten- und Karpatenländer [1: 2 500 000], Wien. (verändert)

Tschechien ist mit einer Größe von 78.866 km² etwas kleiner als Österreich und teilt seine Grenzen mit Polen (761,8 km), Deutschland (810,3 km), Österreich (466,3 km) und der Slowakei (251,8 km). ([Website1](#), 19.10.2008)

Anhand der topographischen Karte ist gut erkennbar, dass die Staatsgrenzen ganz überwiegend auf Gebirgskämmen verlaufen:

Die Grenze zu Bayern verläuft zumeist auf den Höhen des zwischen 1000 und 1600 m hohen Böhmerwalds der auf tschechischer Seite die Namen *Šumava* und *Český les* trägt. Die nordwestliche Grenze zu Sachsen bildet das Erzgebirge [Krušné hory]. Im Norden und Nordosten zum polnischen Schlesien hin erstrecken sich das Gesenke und die Sudeten, mit dem höchsten Gipfel Tschechiens, der Schneekoppe [Sněžka] mit 1602 m. An der östlichen und südöstlichen Grenze zur Slowakei liegen die Mährisch-Schlesischen Beskiden [Moravsko-Slezské Beskydy] sowie die Westkarpaten mit den Weißen und den Kleinen Karpaten [Bilé Karpaty, Malé Karpaty].

Die Grenze zu Österreich verläuft zum Teil im Bereich der Böhmisches Masse, weiter östlich (zum Weinviertel hin) wird sie zumeist von der Thaya [Dyje], einem Nebenfluss der March [Morava] gebildet. Zwischen den historischen Landschaften Böhmen [Čechy] im Westen und Mähren [Morava] im Osten erstreckt sich die Böhmischo-Mährische Höhe [Českomoravská vrchovina], welche nur Höhen zwischen 600 und 800 m erreicht. (Mauritz 2002)

Insgesamt liegt das Gebiet Tschechiens eher niedrig, rund 67% der Landesfläche liegen unter 500 m, 32% zwischen 500 und 1000 m und nur knapp 1% über 1000 m Seehöhe. ([Website](#), 19.10.2008)

Tschechien ist außerdem reich sowohl an Energierohstoffen als auch an Erzen und Mineralien. Unter den Energierohstoffen sind vor allem Stein- und Braunkohle von Bedeutung. Steinkohle förderte man im Nordosten des Landes, im Ostrauer und im Karwiner Becken. Dort wurden beispielsweise im Jahr 1959 noch 22,3 Millionen Tonnen Steinkohle abgebaut. Auch wenn diese Zahl schon sehr veraltet ist, verdeutlicht sie trotzdem die große Bedeutung des Steinkohlenabbaus für die betroffenen Gebiete und die dort ansässige Bevölkerung, die auch ökonomisch vom Abbau abhängig war und davon profitierte. Auch das Riesengebirge weist Steinkohlenvorkommen auf, genauso wie das Gebiet um Pilsen [Plzeň] und Beraun [Beroun], die dort jedoch nur über einen geringen Brennwert verfügt und deshalb nicht so stark gefördert wurde wie im Norden und Nordosten des Landes. Auch im Gebiet um Krumau [Český Krumlov], also im Süden der Republik, befinden sich Steinkohlenvorkommen. (Sedlmeyer 1973, Sperling 1981)

Neben der Steinkohle findet man auf dem Gebiet Tschechiens aber auch Braunkohlen, die als Anhäufung organischer Reste entstanden sind. Besonders im Nordwesten, zwischen Karlsbad [Karlovy Vary] und Falkenau [Sokolov] und im Norden am Rande des Erzgebirges liegen große Braunkohlenvorkommen. (Sedlmeyer 1973, Sperling 1981)

Neben Energiestoffen sollen auch noch Erze und Mineralien erwähnt sein: Das Gebiet der Tschechischen Republik birgt eine große Menge an unterschiedlichen Mineralien und Erzen, von Bedeutung für die Wirtschaft sind beziehungsweise waren aber die Eisen- und Manganerze, sowie die Buntmetalle wie Blei, Zink und Kupfer. Wichtige Erzlagerstätten waren im Gebiet östlich von Pilsen und südwestlich von Prag [Praha]. Viele Gruben erloschen allerdings so bald, dass dieser Wirtschaftssektor durch die Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Privatisierungen nicht mehr betroffen war. Ebenso sind die meisten Buntmetallwerke seit Jahrzehnten stillgelegt. (Sedlmeyer 1973, Sperling 1981)

Das Klima wird durch die Faktoren geographische Lage, Seehöhe und maritime Einflüsse bestimmt. Klimatisch betrachtet liegt Tschechien in der nördlichen gemäßigten Zone, die durch zwei Hauptjahreszeiten gekennzeichnet ist. Im Winter liegen die Durchschnittstemperaturen um die 0° Celsius im Januar, während sie im Sommermonat Juli bei durchschnittlich 20° Celsius liegen. Die durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge liegt bei 700 mm, wobei mit steigender Seehöhe der Niederschlag zunimmt und es deshalb in den Randgebirgen deutlich häufiger regnet als im Südosten des Landes oder in der Mitte Böhmens („Böhmische Trockeninsel“). Die europäische Hauptwasserscheide verläuft außerdem durch das Gebiet der Tschechischen Republik und teilt die Zuflüsse in solche zur Nordsee, zur Ostsee und zum Schwarzen Meer. Hauptflüsse sind die Elbe [Labe] (1165 km) und die Moldau [Vltava] (424 km) in Böhmen, die Oder [Odra] (903 km), March [Morava] (344 km) und die Thaya [Dyje] mit 209 km in Schlesien bzw. Mähren. (Atlas der Donauländer, Blatt 151, Otfinoski 1997, Sedlmeyer 1973; [Website1](#), 19.10.2008)

Abschließend sei auch noch auf die stadtgeographische Perspektive eingegangen. Insgesamt hat Tschechien 10,2 Mio. Einwohner, die Dichte liegt bei 130 Einwohnern je km². Die Hauptstadt Prag [Praha] ist mit knapp 1,2 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt und daneben die einzige, welche die Millionenschwelle überschreitet.

Daneben gibt es aber noch weitere regionale Zentren, wobei jedoch nur Brünn [Brno] und Ostrau [Ostrava] über 300.000 Einwohner verzeichnen. Über 100.000 Einwohner haben darüber hinaus nur noch die Städte Pilsen [Plzeň] und Olmütz [Olomouc]. Weitere bedeutsame Städte mit über 90.000 Einwohnern sind Reichenberg [Liberec], Budweis [České Budějovice], Aussig [Ústí nad Labem] und Königgrätz [Hradec Králové].

Vergleicht man das Verhältnis von der größten zur zweitgrößten Stadt, so ergibt sich ein Verhältnis von 1:4, während der Unterschied in Österreich mit einem Verhältnis von 1:6,5 deutlich größer ist. Auch die Spanne zwischen der zweit- und zehntgrößten Stadt ist mit 1:5 in Österreich größer als jene in Tschechien (1:4).

Im Infrastrukturbereich weist Tschechien ein gutes Netz an Eisenbahn- und Straßenverbindungen auf. Die Hauptverkehrsachse verläuft von Prag (aus Bayern und Sachsen kommend) über Brünn in den Südosten weiter nach Pressburg [Bratislava] und Budapest. (Emrich 2008)

2.2 Historischer Überblick

2.2.1 Die Anfänge

Erste Spuren von Besiedelung auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik gehen bis 2000 v. Chr. zurück, jedoch waren es keltische Stämme, nämlich die Bojern, die als erste städtische Strukturen entwickelten. Von diesem Volk leitet sich auch der heutige Namen Böhmen ab. (Pittler 2004, Mauritz 2002)

Während der Völkerwanderung lebten ab dem 6. Jh. slawische Stämme, deren Anführer der Legende nach Čech hieß, mit germanischen Völkern friedlich zusammen, die später allerdings von den Awaren verdrängt wurden. Zur Zeit Karls des Großen entstand im 9. Jh. ein Staatsgebilde, das häufig als Großmährisches Reich bezeichnet wird und neben dem heutigen Tschechien auch noch weite Teile der heutigen Slowakei und Ungarns umfasste. Es konnte sich aber bereits im Jahr 907 den Ungarn, die im Pannonischen Becken Fuß gefasst hatten, nicht mehr widersetzen. (Čornej 2000)

In Böhmen schlossen sich währenddessen slawische Stämme zusammen. Čornej (2000) nennt die Herrschaft unter dem Geschlecht der Přemysliden mit Prag als Zentrum die „Anfänge des tschechischen Staates“. (Čornej 2000: S. 8) Bereits im 10. Jahrhundert

gewann Prag durch den Sitz der Přemysliden an Bedeutung, kurz darauf wurde es Sitz eines Bischofs. (Mauritz 2002) Im 12. und 13. Jahrhundert holten sich die böhmischen Herrscher schließlich deutsche Siedler in ihr Land, da diese in ihren ökonomischen und technischen Fähigkeiten schon weiter entwickelt waren und man sich erhoffte, von diesem Vorsprung zu profitieren. (Mauritz 2002, Magocsi 2002) Als Gegenleistung gewährte man den deutschen Siedlern spezielle Sonderrechte, auch bekannt unter dem Begriff „Deutsches Stadtrecht“, darunter befand sich auch das Recht auf Selbstbestimmung. Das deutsche Stadtrecht breitete sich von Westen nach Osten aus, erreichte in der heutigen Tschechischen Republik Prag, gefolgt von Leitmeritz, Brünn und Olmütz. (Magocsi 2002) So existierte bereits am Ende des 13. Jahrhunderts ein dichtes Netz an Städten, das sich gleichmäßig über das Gebiet Böhmens erstreckte. (Bláhová 2000)

Einen weiteren Höhepunkt erreichten die böhmischen Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien) besonders unter der Herrschaft Karl IV. im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Karl IV. regierte sein Reich nicht nur von Prag aus, sondern machte die Stadt zu einem bedeutsamen künstlerischen und intellektuellen Zentrum Mitteleuropas. Kurz nach dem Tode Karl IV. kam es aber nicht nur zu Spannungen zwischen der deutschen und der tschechischen Bevölkerung, sondern auch die religiösen Gegensätze zwischen Katholiken und Hussiten verstärkten sich zusehends, bis 1419 schließlich der Krieg ausbrach. Trotz der mehrmaligen Versuche, die hussitische Bewegung in direkter Schlacht niederzuwerfen, kam es erst durch Zugeständnisse seitens der Kirche zu einem Ausgleich zwischen König Sigmund und der Hussitenbewegung, von dem besonders die Stände profitierten. (Mauritz 2002) Knapp 100 Jahre später, unter Ferdinand von Habsburg verschärften sich erneut die religiösen Gegensätze. Die zweite, diesmal lutherische Reformation wurde erneut blutig niedergeschlagen. Ihren Höhepunkt erreichten die religiösen Auseinandersetzungen im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648), der sich zu einem wesentlichen Teil in Böhmen ereignete, und in der Schlacht am Weißen Berg (1620) nahe Prag. Insgesamt fand im heutigen Tschechien also eine zweifache Reformation statt, die auch zwei Mal mit Gewalt niedergeschlagen wurde. Zwar kamen Protestanten durch den Erlass des Toleranzpatents unter Joseph II. wieder zu Rechten, doch blieb v.a. Böhmen bis heute ein religiös apathisches Land. Von Joseph II. (1780-90) bis zum Staatsgrundgesetz des

Jahres 1867 blieb Deutsch die einzige Verwaltungssprache, was unter Tschechen nationale Gefühle nährte. (Mauritz 2002)

Der Weg zur eigenen Nation begann für Tschechien in Prag, wo man 1848 durch eine Petition eine neue Verfassung und die Gleichstellung zwischen Böhmen und Deutschen vom Kaiser forderte. Zeitgleich kam es in Frankfurt am Main zur deutschen Nationalversammlung, die ihrerseits über die Bildung eines deutschen Nationalstaats beratschlagte und in diesen die böhmischen Gebiete einbezog. Dies führte zu Aufständen in Prag, die zwar niedergeschlagen wurden, den Wunsch nach einer eigenen Nation aber nicht unterdrücken konnten. (Pittler 2004, Mauritz 2002) Der Österreichisch-Ungarische Ausgleich des Jahres 1867 stellte für nationalbewusste Tschechen einen Affront dar, denn sie sahen darin eine Bevorzugung der Ungarn gegenüber allen Slawen der Monarchie und besonders den Tschechen, die aufgrund ihrer reiferen gesellschaftlichen Strukturen viel eher dafür prädestiniert gewesen wären. Im Oktober 1871 wurden die „Fundamentalartikel“ vorgelegt, die den Tschechen eine größere Autonomie einräumen sollten, vom Kaiser jedoch abgelehnt wurden. (Hochman 1998, Mauritz 2002)

2.2.2 Die Industrielle Revolution

Trotz dieses Rückschlages erlebten die Tschechen eine kulturelle Blütezeit, die sich in der Errichtung wichtiger Bauten, wie etwa dem Nationaltheater, zeigen. Gleichzeitig setzte auch die Industrielle Revolution in den Gebieten des heutigen Tschechiens ein: technische Neuerungen führten zu veränderten Produktionsweisen und einer veränderten Nachfrage nach Arbeit, aber auch nach Gütern. (Mauritz 2002, Alexander 2008) Besonders der böhmische Landesteil profitierte von der Industrialisierung, die bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzte. (Brousek 1987)

Industrielle Zentren führten zu einem Anstieg der Bevölkerung in Prag, Brünn (durch die Textilindustrie), Iglau, Sternberg und Reichenberg. (Mauritz 2002) Daneben gewinnt auch die aufkommende Schwerindustrie stetig an Bedeutung. (Brousek 1987) Auch in Abbaugebieten von Steinkohle (Pilsen, Beraun, Příbam) und Braunkohle (Brüx, Dux, Aussig, Teplitz) stiegen die Einwohnerzahlen. Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien wurden zu wirtschaftlichen Kernländern der Monarchie. (Libal 2004, Mauritz 2002)

Grundlegende Voraussetzungen für die umfassende Industrialisierung der böhmischen Länder waren zum Gütertransport der Ausbau eines Straßen- und Eisenbahnnetzes (Brousek 1987) sowie die Bereitschaft der arbeitssuchenden Bevölkerung, ihren Wohnort nach dem Ort der neuen Berufsstelle zu richten. (Mauritz 2002) Deshalb setzten Wanderungsprozesse zweierlei Arten ein: einerseits die bereits erwähnte Land-Stadt-Migration, aber auch Wanderungen der tschechischen Bevölkerung in deutschsprachige Gebiete, eben weil diese die industriellen Zentren jener Zeit darstellten.

Insgesamt spricht Alexander (2008) von einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 3,5 % zwischen 1867 und 1914 in den böhmischen Ländern der Monarchie. 1869 waren 31% der Bevölkerung Böhmens in Gewerbe, Industrie und Bergbau beschäftigt. Die schnelle Verbreitung von hochtechnisierten Maschinen besonders in der Textilindustrie führte jedoch nicht unbedingt zu einem rasanten Anstieg der nachgefragten Arbeitsplätze. Nur im Bereich der Schwerindustrie, die sich sehr ungleichmäßig über den Raum verteilt, betrug die Zuwachsraten der Beschäftigten zwischen 1848 und 1873 das 14-fache. (Brousek 1987)

Politisch gelangten die Tschechen zu einer Mehrheit im böhmischen Landtag, die Stimmung zwischen Deutschen und Tschechen wurde zunehmend aggressiver, besonders junge Tschechen forderten einen eigenen Staat bzw. eine „trialistische“ Monarchie. (Mauritz 2002)

Die zentrale Forderung nach Unabhängigkeit blieb jedoch weitgehend ungehört, als Erfolg kann nur der 1905 erreichte „Mährische Ausgleich“ erachtet werden, durch welchen Mähren mehr Autonomie für sich beanspruchen konnten. (Pittler 2004) 1907 fanden die ersten allgemeinen Wahlen nach Kurien statt, in der folgenden Zeit wurde gut zusammengearbeitet. Von der immer instabiler werdenden Lage der Monarchie beeinflusst, siegten bei den letzten Wahlen im Reichsrat 1911 vor allem radikale, Konflikt suchende Parteien. (Mauritz 2002)

2.2.3 Erster Weltkrieg und Erste Republik

Im Ersten Weltkrieg kämpften sowohl Tschechen als auch Deutsch-Böhmen, Deutsch-Mährern und Deutsch-Schlesier in den Reihen der österreichisch-ungarischen Heere. Unter den Tschechen gab es allerdings viele Deserteure, da ein Sieg der Monarchie dem

erklärten Ziel einer tschechischen Unabhängigkeit nicht zuträglich gewesen wäre. (Otfinoski 1997)

Unter den vielen Exil-Tschechen befand sich auch Tomáš Masaryk, der in Frankreich, Großbritannien und den USA Anhänger seiner Nationalstaatsidee warb. 1916 wurde in Paris der Nationalrat der tschechischen Länder von Exil-Tschechen gegründet, mit Masaryk als Vorsitzenden und Beneš als Generalsekretär. Am 14. November 1918 wurde schließlich die Tschechoslowakische Republik (ČSR) proklamiert. (Hochman 1998, Mauritz 2002) Im Jänner 1919 fanden in Paris die Friedensverhandlungen statt, wo Tschechen und Slowaken ihre Gebietsansprüche als Sieger durchsetzen konnten. (Pittler 2004)

Die ČSR widersprach mit ihrer inhomogenen Bevölkerung dem Nationalstaatsgedanken: von den 13,6 Mio. Einwohnern waren 48% Tschechen, 23% Deutsche, 15% Slowaken und 5,3% Ungarn. (Libal 2004) So forderten viele Slowaken ihrerseits wieder Autonomie ein und auch die Sudetendeutschen versuchten, eine „österreichische Provinz“ zu gründen. (Mauritz 2002)

Am 20. Februar 1920 wurde die erste Verfassung der ČSR verabschiedet. Der Staat wurde aber zentralistisch geführt, Tschechisch und Slowakisch blieben die einzigen offiziellen Sprachen. Daneben führten Enteignungen von Besitz und Boden zu Protesten der deutschen Minderheit. Auch die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den fortgeschrittenen böhmischen Ländern und den schlecht entwickelten Provinzen Slowakei und Subkarpatien blieb weiter bestehen, ja verstärkte sich sogar noch. (Mauritz 2002, Schmidt 2006)

Am 24. Oktober 1929 stellte sich mit dem „Schwarzen Freitag“ die Weltwirtschaftskrise ein, was zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit (von den 13,5 Mio. Einwohnern war 1 Mio. arbeitslos) und einer Inflation führte. Von diesen Entwicklungen profitierten politisch linke und rechte Parteien. (Pittler 2004) Im Sudetenland machten sich die nationalsozialistischen Strömungen immer stärker bemerkbar, die „Sudetendeutsche Partei“ (SdP), die im Mai 1935 bei den Wahlen triumphierte, forderte den Anschluss an das Deutsche Reich. (Mauritz 2002)

Im Dezember 1935 wurde Edvard Beneš als zweites Staatsoberhaupt gewählt. Als Masaryk, der immer für einen tschechischen Staat eingetreten war, zwei Jahre später starb, standen die Zeichen nicht auf Frieden. (Mauritz 2002)

Der sich immer weiter ausbreitende Nationalismus in Europa stellte auch die neue Staatenordnung in Frage. In Bedrängnis geratend, suchte sich die Tschechoslowakei Russland als Bündnispartner, was jedoch die Position der nationalsozialistischen Kräfte in Sudetenland weiter stärkte. Nach dem Anschluss Österreichs galt als nächstes Ziel Hitlers die Tschechoslowakei. Dabei verfolgte er einen Konfrontationskurs, indem die Vertreter der SdP alle Kompromissversuche von Beneš ausschlugen. (Mauritz 2002)

Inzwischen erreichte der britische Premier Chamberlain das „Münchener Abkommen“, in welchem beschlossen wurde, die sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich abzutreten. Dies führte neben Demonstrationen auch zur Flucht zehntausender Tschechen aus den betroffenen Gebieten. (Hochman 1998, Mauritz 2002) Das neue Gebiet war nun wirtschaftlich chancenlos, da fast alle Rohstoffvorkommen abgegeben wurden, was zum eigentlichen Untergang der Ersten Republik führte. (Pittler 2004)

2.2.4 Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit (bis 1948)

Durch den Gebietsverlust war eine Zusammenarbeit mit den Deutschen beinahe unausweichlich. Als am 14. März 1939 die von den Deutschen sofort anerkannte Unabhängigkeit der Slowakei proklamiert wurde, besetzten noch am 15. März deutsche Soldaten Prag, das „Protektorat Böhmen und Mähren“ wurde ausgerufen. (Pittler 2004)

Ziel des Deutschen Reichs war vor allem, die Wirtschaftskraft des Protektorats zu nutzen. Davon profitierten zumindest die Arbeiter in der Schwerindustrie durch höhere Löhne. Die Stimmen der Intellektuellen wurden durch Schließungen zahlreicher Hochschulen zum Verstummen gebracht. (Mauritz 2002)

Neben Widerstand im eigenen Land gründete Beneš in London eine Exilregierung und suchte in Großbritannien und Frankreich Unterstützung für die Wiederherstellung der Tschechoslowakischen Republik. (Pokorný 1994)

Gleichzeitig kam es auch zur Verfolgung der Juden, die zwischen 1941 und 1945 deportiert wurden. 73.608 Juden im Gebiet des heutigen Tschechiens fielen dem Holocaust zum Opfer. (Čornej 2000)

Die Exil-Regierung unter Beneš suchte ab 1943, also als sich die Deutschen schon auf dem Rückzug befanden, in der Sowjetunion einen Verbündeten. Im Dezember 1943 unterzeichnete er mit Stalin den „tschechisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag“. Dies

war auch für die zukünftige Entwicklung der Tschechischen Republik richtungweisend. (Otfinoski 1997, Hochman 1998, Mauritz 2002)

Schließlich kapitulierte am 2. Mai 1945 das Deutsche Reich. Beneš beschloss mit seiner Exil-Regierung das „Kaschauer Programm“ zum Wiederaufbau der Republik, das jedoch vom Gedankengut der Sowjetunion stark beeinflusst wurde. In dem Programm wurde außerdem die Minderheitenfrage dadurch geregelt, dass man Deutsche und Ungarn des Landes verweisen wollte. Prag war unterdessen immer noch von deutschen Soldaten besetzt, was zum Prager Aufstand am 5. Mai 1945 führte. Deutsche Soldaten, aber auch Zivilisten, wurden gefangen genommen und des Landes verwiesen, es fand also eine zweite „ethnische Säuberung“ statt. (Mauritz 2002)

Im Mai 1945 zogen die Exil-Regierung und Beneš wieder in Prag ein. Die ersten freien Wahlen fanden am 14. Oktober statt. (Hochman 1998) Obwohl sich das Leben rasch wieder normalisierte, gewannen die Kommunisten stetig an Macht: immer mehr Betriebe wurden verstaatlicht (zunächst jene, die den Deutschen enteignet wurden), die Kommunistische Partei (KP) erlebte einen Mitgliederzuwachs. (Mauritz 2002)

Beneš legitimierte auch die einsetzenden Verfolgungen von Deutschen, da er das Land „reinigen“ wollte. Er stützte sich dabei auf das Postdamer Abkommen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Insgesamt wurden über 2,2 Mio. Deutsche vertrieben, 1,4 davon in die heutige Bundesrepublik und 800.000 in die sowjetische Besatzungszone. Nur mehr 230.000 Deutsche blieben im Land. (Schmidt 2006)

Am 26. Mai 1946 fanden Wahlen statt, bei denen die KP mit über 40% der Stimmen triumphierte, Beneš wurde ein weiteres Mal Präsident. Der Einfluss der KP wurde immer stärker und zeigte sich auch dadurch, dass der Marshall-Plan unter Druck der Sowjetunion abgelehnt wurde. (Hochman 1998) Die Kritiker der Kommunisten waren nicht stark genug, viele von ihnen wurden aus ihren Ämtern entlassen. Viele Intellektuelle emigrierten zu dieser Zeit. Die kommunistische Machtübernahme war nicht mehr aufzuhalten. (Libal 2004)

2.2.5 Das Sozialistische System (1948 – 1989) und die Samtene Revolution

Im Land gab es nun keine politischen Gegenkräfte mehr. Das gesamte Leben war durch den Kommunismus geprägt, v. a. die Wirtschaft wurde in großen Schritten in den Sowjetblock integriert: man spezialisierte sich auf die Schwerindustrie, während

Rohstoffe importiert wurden. Im Agrarsektor folgte die Kollektivierung, die gesamte Wirtschaft wurde nach Fünfjahresplänen ausgerichtet. Die Lebensqualität verbesserte sich jedoch nicht, da es zu einer starken Inflation aufgrund zu großer Nachfrage nach Gütern kam. (Mauritz 2002)

Während man die Moskautreue immer wieder betonte und jeden Kritiker seines Amtes enthob, wurden die unzufriedenen Stimmen im Volk, aber auch von jungen reformistischen eigenen Parteimitgliedern immer lauter. Um die politische Führung in Moskau ihre Loyalität zu beweisen, wurde das Land in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) umbenannt. Das Hauptproblem, die marode Wirtschaft, blieb jedoch ungelöst. Auch Moskau kam nicht zur Hilfe, weshalb der Präsident abgesetzt und Alexander Dubček als sein Nachfolger antrat, der schon bald drastische Änderungen durchführen sollte. (Pittler 2004, Schmidt 2006)

Der „Prager Frühling“ war vom Reformwillen breiterer Bevölkerungskreise und Dubček als ihrer Symbolfigur getragen. Das Schlagwort war der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. So wurde beispielsweise die Zensur abgeschafft und ein pluralistisches Meinungsspektrum toleriert, was in Moskau das Misstrauen immer größer werden ließ. Als schließlich alle Repressalien nichts nützten, marschierten am 21. August 1968 Armeen des Warschauer Paktes mit über 200.000 Soldaten in die ČSSR ein. Der Einmarsch wurde zwar international kritisiert, aber dennoch ließ man die Tschechoslowakei auf sich gestellt. Das Parlament wurde zur Neubesetzung gezwungen, die Unzufriedenheit zeigte sich auch durch die Emigration von 28.000, v. a. jungen und höher qualifizierten Tschechen. (Schmidt 2006, Libal 2004, Pittler 2004, Otfinoski 1996, Mauritz 2002, Hochman 1998)

Am 17. April musste Dubček zurücktreten, Nachfolger wurde Gustáv Husák. Es folgte die Zeit der „Normalisierung“, die durch zahlreiche Parteiausschlüsse und die Unterziehung einer „Loyalitätsprüfung“ eingeleitet wurde. Nur die wirtschaftlich prekäre Lage machte es möglich, dass die Reformer wieder gestärkt wurden. Am 1. Jänner 1977 wurde von Dissidenten die Charta 77 proklamiert, welche die Achtung der Menschenrechte forderte. Ihre Führung bestand aus Intellektuellen wie Václav Havel.. Auch zu dieser Zeit folgten zahlreiche Festnahmen.. (Čornej 2000, Hochman 1998, Mauritz 2002, Pokorný 1994)

Am 17. November 1989 kam es erneut zu landesweiten Streiks. Tschechen und Slowaken schafften es somit „friedlich“, der kommunistischen Ära ein Ende zu

bereiten. Die Einführung einer parlamentarischen Demokratie konnte nicht mehr aufgehalten werden. Am 29. Dezember wurde schließlich Václav Havel zum Staatspräsidenten gewählt. (Fawn 2000, Mauritz 2002, Pittler 2004)

2.2.6 Rückkehr nach und Integration in Europa

Schon zu Beginn der Amtszeit von Havel stellten sich frühere Streitigkeiten zwischen Tschechen und Slowaken wieder ein, nur mühsam konnte man sich gemeinsam auf den Namen Česká a slovenská federativní republika (ČSFR, Tschechische und Slowakische Föderative Republik) einigen. Am 9. Juni fanden schließlich die ersten freien Wahlen statt. (Hochman 1998, Mauritz 2002)

Neben politischen Veränderungen kam es v.a. in der Wirtschaft zur Transformation: neben der Privatisierung und freier Konkurrenz wurde auch die Preisbildung freigegeben, was zu einer Währungsabwertung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Doch die Lage beruhigte sich sehr schnell wieder und so war die ČSFR der erste ehemalige Ostblockstaat, der beim Internationalen Währungsfonds (IWF) schuldenfrei war. Dennoch nahmen die Unterschiede zwischen dem slowakischen und dem tschechischen Teil, in dem beinahe 75% des BIP erwirtschaftet wurden, weiterhin zu. (Mauritz 2002, Pokorný 1994)

Schließlich erklärte sich die Slowakei am 17. Juli 1992 für souverän, deren Unabhängigkeit und die neue Verfassung der Česká republika (CZ, Tschechische Republik) traten effektiv ab 01. Jänner 1993 in Kraft. (Hochman 1998)

Das Jahr 1997 brachte eine wirtschaftliche Rezession, auf die Václav Klaus mit drastischen Sparprogrammen reagierte, was seiner Popularität nicht gut bekam. (Mauritz 2002)

Trotzdem war der Weg Tschechiens hin zur europäischen Integration nicht mehr aufzuhalten: ein wichtiger Schritt war der Beitritt zur NATO im Jahr 1999. Zuvor wurde Tschechien 1993 in den Europarat aufgenommen (in welchem das politische System, sowie das Rechtssystem in Augenschein genommen werden), was von vielen als wichtiger Schritt in die Europäische Union (EU) gesehen wurde. Im Jahr 1996 folgte der Beitrittsantrag für die Mitgliedschaft in der EU. Nach positiver Bewertung in den so genannten Fortschrittsberichten erfolgte schließlich die Aufnahme in die EU am 1.

Jänner 2004. Ein weiterer zukünftiger Schritt wird die Integration in die Währungsunion sein. (Baljer 2000)

2.3 Administrative Einteilung

Verwaltungsgrenzen waren in den kommunistischen Ländern zumeist nicht stabil, sondern einem häufigen Wandel unterworfen. Die Tschechische Republik ist dafür ein gutes Beispiel. Mit dem Beitritt Tschechiens zur EU mussten auch die territorialen Gebietsklassen (NUTS = *Nomenclature des unités territoriales statistiques*) eingeführt werden, die eine europaweite Vergleichbarkeit ermöglichen. Dabei handelt es sich im Prinzip um statistische Einheiten, die nicht unbedingt mit Verwaltungseinheiten (Gebietskörperschaften) besetzt sein müssen.

Die NUTS-1-Ebene erfasst in Tschechien das Gebiet des gesamten Staates. Die Ebene NUTS-2 ist in Tschechien nur mit statistischen Einheiten, nicht aber mit Verwaltungseinheiten besetzt. Der Ebene NUTS-3 entspricht die Verwaltungsebene der 14 Regionen [kraj]. Auf der Ebene NUTS-4 ist nach Auflassung der Bezirke [okres] eine Regelung getroffen worden, bei der die Gemeinden der ehemaligen Bezirkshauptorte für das Gebiet ihres früheren Bezirks mit besonderen Vollmachten ausgestattet wurden. Ihr Verwaltungsgebiet entspricht dem der früheren Bezirke. Die Ebene NUTS-5 ist mit 6249 kleinen Gemeinden besetzt.

NUTS-1	Staat
NUTS-2	8 statistische Regionen
NUTS-3	14 selbstverwaltete Regionen [kraj]
NUTS-4	76 Rechtsgebiete von Gemeinden mit erweiterten Vollmachten [správní obvod obce s rozšířenou působností]
NUTS-5	6249 Gemeinden [obec]

(Eurostat 2007)

Da sich die Rechtsgebiete von Gemeinden mit erweiterten Vollmachten [Správní obvod obce s rozšířenou působností] in ihrem territorialen Wirkungsbereich von den früheren Bezirken [okres] nicht unterscheiden, sind statistische Vergleiche über diese Änderung hinweg möglich und in keiner Weise beeinträchtigt. Der Einfachheit halber werden die

Rechtsgebiete von Gemeinden mit erweiterten Vollmachten im weiteren Verlauf dieser Arbeit auch „Bezirke“ genannt.

Für diese Diplomarbeit werden besonders die Ebenen der “Bezirke“ und der 14 Regionen von Bedeutung sein. Sie seien daher zur besseren Übersicht in einer Karte und in einer Tabelle dargestellt:



Abbildung 2: Die „Bezirke“ und Regionen Tschechiens. [1:250:000; Maßstab verändert] (Quelle: ministry for regional development (k.A.)).

Region [kraj]	„Bezirk“	EW (2005)
• Hauptstadt Prag [Hlavní město Praha] (PHA) (11,53%)	Prag [Praha]	1.181.610
• Mittelböhmische Region [Středočeský kraj] (STC) (11,3%)	Region Beneschau [Benešov] Beraun [Beroun] Kladno Kolin [Kolín] Kuttenberg [Kutná Hora] Melnik [Mělník] Jungbunzlau [Mladá Boleslav] Nimburg [Nymburk] Prag-Ost [Praha-východ] Prag-West [Praha-západ] Příbram Rakonitz [Rakovník]	93.516 78.458 150.913 97.133 73.602 95.738 116.574 87.001 107.316 96.304 107.131 54.422
• Südböhmische Region [Jihočeský kraj] (JHC) (6,12%)	Budweis [České Budějovice] Krumau [Český Krumlov] Neuhaus [Jindřichův Hradec] Pisek [Písek]	180.723 60.708 92.752 70.357

		Prachatitz [Prachatice]	51.470
		Strakonitz [Strakonice]	69.539
		Tabor [Tábor]	102.217
• Pilsener Region [Plzeňský kraj]		Taus[Domažlice]	59.076
(PLK)		Klattau [Klatovy]	87.725
(5,38%)		Pilsen-Stadt [Plzeň-město]	162.759
		Pilsen-Süd [Plzeň-jih]	69.327
		Pilsen-Nord [Plzeň-sever]	75.069
		Rokitzan [Rokycany]	45.823
		Tachau [Tachov]	51.749
• Karlsbader Region [Karlovarský kraj]		Eger [Cheb]	90.117
(KVK)		Karlsbad [Karlovy Vary]	120.778
(2,97%)		Falkenau [Sokolov]	93.37
• Aussiger Region [Ústecký kraj]		Tetschen [Děčín]	134.090
(ULK)		Komotau [Chomutov]	125.231
(8,03%)		Leitmeritz [Litoměřice]	114.848
		Laun [Louny]	85.936
		Brüx [Most]	116.836
		Teplitz [Teplice]	127.599
		Aussig [Ústí nad Labem]	118.633
• Reichenberger Region [Liberecký kraj]		Böhmisch-Leipa [Česká Lípa]	106.396
(LBK)		Gablonz [Jablonec nad Nisou]	88.387
(4,19%)		Reichenberg [Liberec]	159.652
		Semil [Semily]	74.596
• Königgrätzer Region [Královéhradecký kraj]	(HKK)	Königgrätz [Hradec Králové]	159.502
(5,35%)		Jitschin [Jičín]	77.306
		Nachod [Náchod]	112.293
		Reichenau [Rychnov nad Kněžnou]	79.45
		Trautenau [Trutnov]	120.022
• Pardubitzer Region [Pardubický kraj]	(PAK)	Chrudim	104.575
(4,94%)		Pardubitz [Pardubice]	160.931
		Zwittau [Svitavy]	101.827
		Wildenschwert [Ústí nad Orlicí]	138691
• Bergland Region [Kraj Vysočina]		Deutsch Brod [Havlíčkův Brod]	94.919
(VYS)		Iglau [Jihlava]	109.004
(4,98%)		Pilgram [Pelhřimov]	72.339
		Trebitsch [Třebíč]	116.209
		Saar [Žďár nad Sázavou]	118.296
• Südmährische Region [Jihomoravský kraj]	(JHM)	Blansko	10.143
(11,03%)		Brünn-Stadt [Brno-město]	366.757
		Brünn-Umgebung [Brno-venkov]	173.579
		Lundenburg [Břeclav]	123.143
		Göding [Hodonín]	157.54
		Wischau [Vyškov]	87.120
		Znaim [Znojmo]	114.262
• Olmützer Region [Olomoucký kraj]		Gräfenberg [Jeseník]	41.891
(OLK)		Olmütz [Olomouc]	228.610
(6,24%)		Proßnitz [Prostějov]	109.429
		Prerau [Přerov]	134.265
		Mährisch-Schönberg [Šumperk]	124.966

<ul style="list-style-type: none"> Mährisch-Schlesische [Moravskoslezský kraj] (MSK) (12,20%) 	Region	Freudenthal [Bruntál]	98.958
		Friedeck-Mistek [Frýdek- Místek]	227.264
		Karwin [Karviná]	274.942
		Neutitschein [Nový Jičín]	159.267
		Troppau [Opava]	180.260
		Ostrau-Stadt [Ostrava-město]	310.078
<ul style="list-style-type: none"> Zliner Region [Zlínský kraj] (ZLK) (5,76%) 		Kremsier [Kroměříž]	107.827
		Ungarisch Hradisch [Uherské Hradiště]	143.745
			145.814
		Wsetin [Vsetín]	192.756
		Zlin [Zlín]	

Die Aufzählung der 76 Bezirke soll dazu dienen, später darzustellende regionale Disparitäten mit Hilfe der obigen Karte geographisch einzuordnen. Außerdem finden sich in der Tabelle die deutschen Exonyme aufgelistet, die in weiterer Folge in der Diplomarbeit verwendet werden.

In der Spalte der Regionen wird in runden Klammern die Abkürzung genannt, die in der Statistik ihre Anwendung findet. Außerdem ist in Klammern der Anteil der jeweiligen Region an der Gesamtbevölkerung angegeben. (Czech Statistical Office 2007o)

3 Bevölkerungsentwicklung in der Tschechischen Republik

Die Bevölkerungsentwicklung leistet einen wichtigen Beitrag zum besseren Verstehen etwaiger Disparitäten. Die Gesamtentwicklung einer Bevölkerung ist von zwei Faktoren abhängig, nämlich von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, die sich ihrerseits aus der Zahl der Sterbefälle und der Zahl der Lebendgeburten zusammensetzt, und von der Migration. Besonders die Migration kann Aufschluss darüber geben, ob Menschen an ihrem Wohnort genügend Perspektiven vorfinden oder sich dazu veranlasst sehen, diesen zu wechseln, in der Hoffnung auf größere Chancen andernorts. In diesem Kapitel soll zunächst die Bevölkerungsentwicklung auf gesamtstaatlicher Ebene in ihrer historischen Entwicklung und Veränderung dargestellt werden. In einem weiteren Schritt erfolgt die Analyse mit dem Schwerpunkt auf der zeitlichen Entwicklung auf Regions- und Bezirksebene. Gerade der zeitliche Aspekt unterstützt die Untersuchung, ob sich aktuelle Ungleichheiten der Bevölkerungsentwicklung allmählich entwickelten oder ein neuartiges Phänomen darstellen.

3.1 Bevölkerungsentwicklung auf Staatsebene

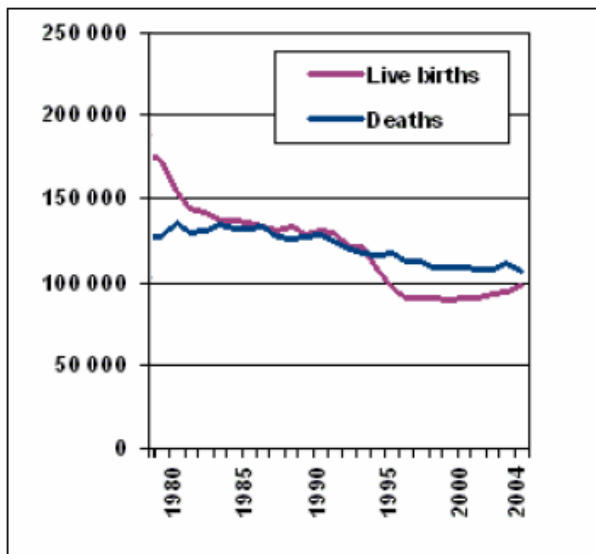


Abbildung 3: Lebendgeburten und Sterbefälle ab 1980
([Website 2](#), 24.11.08 [verändert])

Anhand der Abbildung 3 ist deutlich zu erkennen, dass zwischen 1980 und 1990 die Zahl der Lebendgeborenen über jener der Sterbefälle lag. Einen hohen Geburtenüberschuss gab es jedoch nur in den Jahren zwischen 1980 und 1984.

Im Jahr 1993 überschritt in Tschechien die Zahl der Lebendgeborenen zwar noch die 120.000-Grenze, es kam aber in der

ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einer kontinuierlichen Abnahme der Lebendgeborenen, obwohl die Voraussetzung, nämlich eine hohe Anzahl an Frauen im gebärfähigen Alter, gegeben war.

Die Geburtenrate lag zwischen 1980 und 1990 bei über 1,8 Kindern und reduzierte sich binnen zwei Jahren zwischen 1993 und 1995 auf unter 1,3. Zwischen 1996 und 2001 stabilisierte sich die Geburtenrate, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau von unter 1,2, was Tschechien zu einem der Länder mit der geringsten Geburtenrate machte. ([Website3](#); 24.11.08)

Obwohl sich seit den 1990er Jahren die Lebenserwartung deutlich erhöhte (diese liegt bei Männern bei 72,1 und bei Frauen bei 78,7 Jahren [Stand: 2002]), reichten die verbesserten Umstände nicht aus, um eine positive natürliche Bevölkerungsbilanz zu erzielen. ([Website4](#); 24.11.08)

Man erkennt in Abbildung 4 deutlich, dass zwischen 1994 und 1996 die Zahl der Lebendgeburten stark zurückgegangen ist, sich seither allerdings wieder stabilisieren konnte. Insgesamt kommt es seit 1994 zu einer negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung, der Saldo aus Geburten- und Sterbefällen ist also negativ.

Aufgrund der dargestellten Entwicklungen wird der Faktor Migration immer bedeutsamer. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der damit verbundenen Grenzöffnung wurde eine freie und legale Mobilität über Grenzen hinweg ermöglicht.

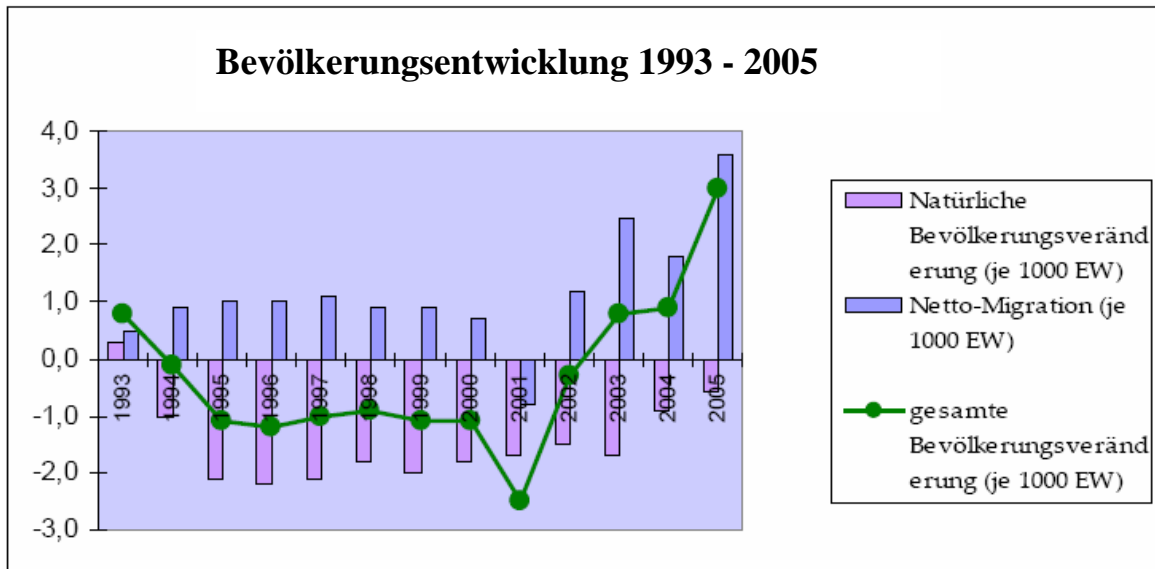


Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung 1993–2005 (Quelle: Czech Statistical Office 2008b; eigene Erstellung)

Seit 1991 wandelte sich die Tschechische Republik von einem Emigrations- zu einem Immigrationsland. Auffällig in Abbildung 4 ist der Ausreißer bei der Netto-Migration im Jahr 2001, der sich jedoch durch eine veränderte Erhebungsmethode erklären lässt, die eine Vergleichbarkeit der Daten nicht mehr zulässt. Seit diesem Jahr wurden nämlich auch Personen anderer Staatsbürgerschaft, die ein Arbeitsvisum in Tschechien hatten, wenn sie aufgrund des Auslaufens des Visums wieder ausreisen mussten, als Emigranten mitgezählt.

Den Daten des Tschechischen Amtes für Statistik zufolge, stammt die Mehrzahl der Einwanderer aus Vietnam und der Ukraine. Anhand der Grafik erkennt man außerdem ganz klar, dass sich seit dem EU-Beitritt Tschechiens der Anteil der Immigration deutlich erhöht hat, mit einer in Zukunft zu erwartenden steigenden Tendenz.

Zusammenfassend kann also ausgesagt werden, dass Migration als *der* ins Gewicht fallende Faktor angesehen werden kann, der darüber entscheidet, ob es zu einer Bevölkerungszu- oder -abnahme kommt. Wenn Tschechien nicht ein derart hohes Einwanderungsplus verzeichnen könnte, würde es zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung kommen. Insgesamt kam es im Jahr 2005 zu einer

Bevölkerungszunahme um 36.110 Personen. Der aktuelle Bevölkerungsstand laut Tschechischem Amt für Statistik liegt bei 10 424 926 Einwohnern. (Stand: 24.11.08)

Als kurze Vorausschau sei hier noch erwähnt, dass ebenfalls die Binnenmigration, also das Wanderungsverhalten innerhalb des Landes, in den letzten Jahren eine gewisse Dynamik erlangte. (Czech Statistical Office 2008b)

3.2 Bevölkerungsentwicklung auf Regionsebene

Die Bevölkerungszunahme von 36.110 Personen soll nun auf Ebene der Regionen auf unterschiedliche Entwicklungen hin untersucht werden. Dies erfolgt durch eine Darstellung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und jener durch Migration und andererseits durch eine Darstellung der gesamten Bevölkerungsentwicklung in den Perioden 1991-1996, 1996-2001 und 2001-2006 im Kapitel 3.3.

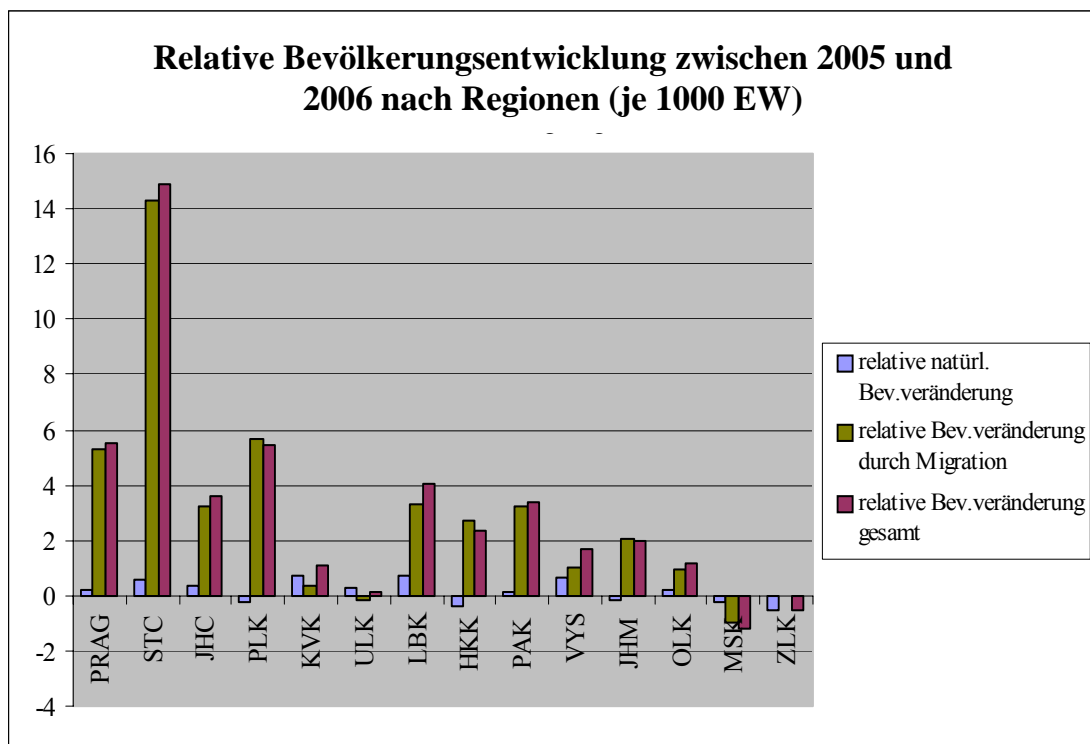


Abbildung 5: Relative Bevölkerungsentwicklung zwischen 2005 und 2006 nach Regionen (Quelle: Czech Statistical Office (2007a); eigene Erstellung)

Betrachtet man die Abbildung, fällt die herausragende Position der Mittelböhmisches Region auf, in der die Bevölkerung zwischen 2005 und 2006 um 14,9% zunahm. Wie unschwer zu erkennen ist, kommt diese Steigerung hauptsächlich durch den Faktor

Migration zustande. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung spielt mit ihren 0,59‰ eher eine untergeordnete Rolle. Diese Entwicklung lässt den immer stärker werdenden Suburbanisierungsprozess in Tschechien erahnen. Wenn man bedenkt, dass in Prag als wirtschaftlichem Zentrum rund 25% des gesamten BIPs erwirtschaftet werden, so fällt es leichter zu verstehen, welche Sogwirkung nicht nur Prag, sondern auch das Umland der Hauptstadt (das administrativ dem Mittelböhmischen Region angehört) auf die Menschen hat. Auch der Arbeitsmarkt trägt zu der beobachteten Entwicklung einen erheblichen Teil bei. So wird immerhin ein Fünftel aller offenen Stellen in Prag angeboten. Dies führt auch dazu, dass immer mehr Beschäftigte zur Ausübung ihrer Berufe von der Mittelböhmischen Region aus in die Hauptstadt pendeln. (Czech Statistical Office 2007d)

In einer zweiten Gruppe befinden sich jene Regionen, die ein Bevölkerungswachstum zwischen 2,3‰ und 5,5‰ aufweisen. Es sind dies die Hauptstadt Prag, die Südböhmische Region, sowie die Regionen Pilsen, Reichenberg, Königgrätz und Pardubice. Allen diesen Regionen ist gemein, dass sie an die Mittelböhmischen Region anschließen (im Nordosten und Südwesten) und im böhmischen Teil der Tschechischen Republik liegen. Prag, Reichenberg, Pardubice und die Südböhmische Region verzeichnen sowohl eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung, aber auch eine deutliche Zuwanderung, wobei letztere eindeutig stärker ins Gewicht fällt. Nur die Regionen Pilsen und Königgrätz können ihr Wachstum ausschließlich aufgrund von Migration erzielen, da die Rate der natürlichen Bevölkerungsveränderung negativ ist. Daher kann man davon ausgehen, dass das Durchschnittsalter dieser Gebiete im zeitlichen Verlauf stärker ansteigen wird, da die junge Generation fehlt.

In einer dritten Gruppe werden jene Regionen zusammengefasst, in denen das Bevölkerungswachstum zwischen 0,1‰ und 1,9‰ liegt. Dabei handelt es sich um die Südmährische Region, sowie die Regionen Bergland, Olmütz, Karlsbad und Aussig. Am schwächsten ist das Bevölkerungswachstum in den beiden böhmischen Regionen, nämlich Karlsbad und Aussig. Vor allem in der letzteren handelt es sich schon beinahe um eine Stagnation der Bevölkerung. Das besondere an Aussig ist auch die Abwanderung von 0,15‰. Anscheinend hat die Bevölkerung dieser Region nicht die notwendigen Zukunftsperspektiven, um ihren Wohnort beizubehalten. In den drei mährischen Regionen resultiert die Bevölkerungszunahme ebenfalls aus

Migrationsgewinnen, besonders die Südmährische Region erfährt mit 2,09% eine starke Zuwanderung.

Die Verlierer sind eindeutig die beiden östlichen Regionen, nämlich die Mährisch-Schlesische Region und Olmütz. Hier nimmt die Bevölkerung ab. Dies geschieht einerseits durch negative natürliche Bevölkerungsentwicklung, aber auch durch Abwanderung, wie man besonders deutlich an der Mährisch-Schlesischen Region erkennen kann. Welche Faktoren zu diesen Wanderungsprozessen geführt haben, wird in dieser Diplomarbeit Untersuchungsgegenstand sein. (Czech Statistical Office 2007a) Bei der Frage, ob sich Disparitäten verstärken oder abschwächen, ist der zeitliche Verlauf ein unabdingbarer Bestandteil der Untersuchungen. Diesem Aspekt soll in Kapitel 3.3 Rechnung getragen werden.

3.3 Bevölkerungsentwicklung auf Bezirksebene

In diesem Kapitel soll der Schwerpunkt der Betrachtung auf der Entwicklung der Bevölkerung zwischen den Jahren 1991 und 2006 liegen. Dabei wird die Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung kartographisch dargestellt. Die Darstellung erfolgt in drei Intervallen: zwischen 1991 und 1995 kam es in Tschechien im Durchschnitt des Gesamtstaats zu einer Bevölkerungsabnahme. Das zweite Intervall zwischen den Jahren 1995 und 2001 ist durch eine relativ stagnierende Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet, während seit diesem Jahr die Bevölkerung wieder zunimmt. Um etwaige Zufallsschwankungen zu vermeiden, wurde auf die Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung, kurz die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate, zurückgegriffen.

Zunächst soll die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für die Periode zwischen 1991 und 1995 untersucht werden.

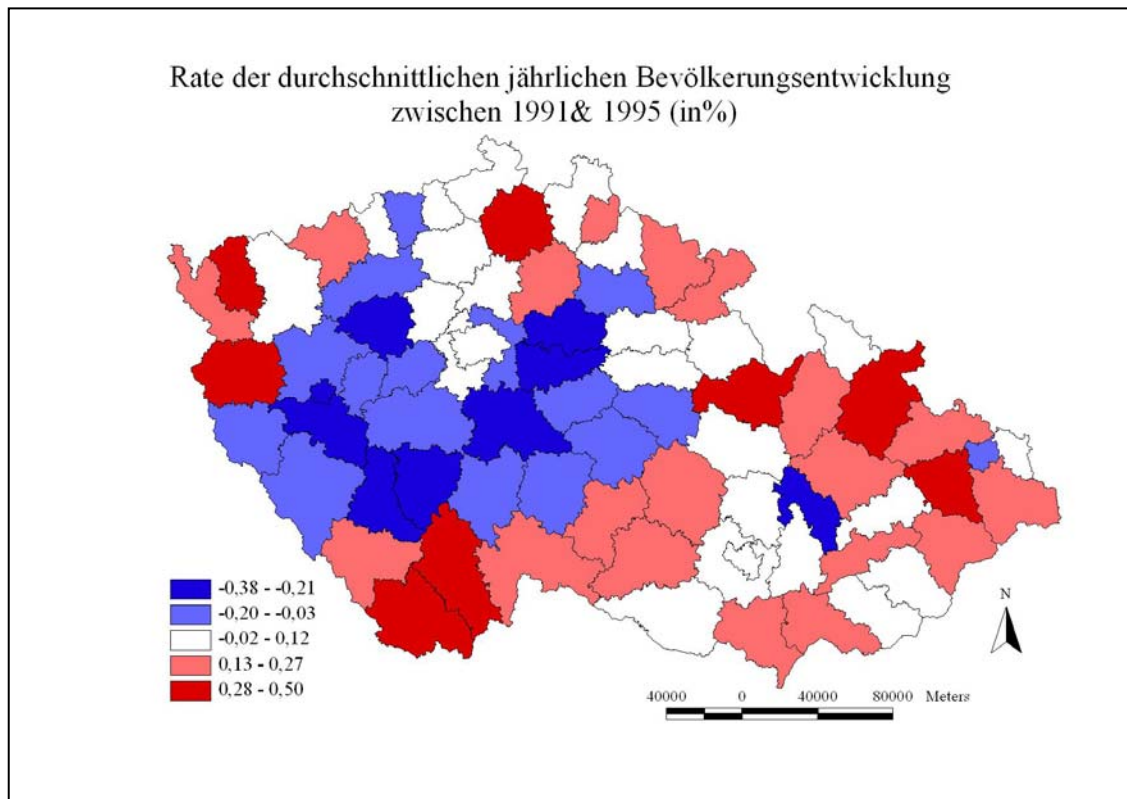


Abbildung 6: Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1991 und 1995 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (1992, 1996); eigene Erstellung)

In Abbildung 6 ist deutlich erkennbar, dass die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate auf Bezirksebene sehr unterschiedlich ist. Mit dunkelblauer Färbung werden jene Bezirke mit besonders starken Bevölkerungsverlusten dargestellt. Dabei handelt es sich um die Bezirke Rakonitz (-0,38%; STC), Pisek (-0,36; JHC), Nimburg (-0,34; STC), Strakonitz (-0,34; JHC), Kolin (-0,30; STC), Beneschau (-0,29; STC), Pilsen-Süd (-0,26; PLK), Proßnitz (-0,23; OLK) und Pilsen-Stadt (-0,21; PLK). Besonders groß ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate dafür in den Bezirken Budweis (0,50; JHC), Tachau (0,50; PLK), Böhmisches-Leipa (0,49; LBK), Krumau (0,48; JHC), Falkenau (0,47; KVK), Neutitschein (0,35; MSK), Wildenschwert (0,33; PAK), sowie Freudenthal (0,33; MSK). (Czech Statistical Office 1992, 1996)

Auffallend ist die negative Bevölkerungsentwicklung im Zentralraum Böhmens. Auch die Hauptstadt Prag scheint in diesem Untersuchungszeitraum noch nicht ihre Position als Wirtschaftsraum etabliert zu haben. Dafür kommt es besonders in den grenznahen

Bezirken zu einem deutlichen Bevölkerungswachstum. Erklärt werden kann dies für den Norden Böhmens und den östlichen Landesteil in Mähren durch die Position der Schwerindustrie in eben diesen Bezirken, die wirtschaftliche von großer Bedeutung ist und die Arbeitsplätze vieler Bewohner sichert. (Czech Statistical Office 1992, 1996)

Neben dieser Erklärung möchte ich an dieser Stelle einen zweiten möglichen Erklärungsansatz erwähnen, der zwar in der Literatur für Tschechien im Speziellen so nicht zu finden war, jedoch in vielen anderen ehemals kommunistischen Staaten erwähnt wird. Nachdem die Grenzen während der Ära des Sowjetblockes unpassierbar waren, fanden keine grenzüberschreitenden Personenbewegungen statt. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde in vielen betroffenen Staaten eine Auswanderungswelle ausgelöst. Auch in Tschechien nahm die Bevölkerung zwischen 1991 und 1995 ab, was durchaus auf eine verstärkte Auswanderung aus dem eigenen Land zurückzuführen ist. Diese Auswanderung findet jedoch meist nicht auf einmal statt, sondern in zwei Phasen, wobei die erste Phase aus einem Wohnortwechsel hin in grenznahe Gemeinden, die sich aber noch im eigenen Land befinden, besteht. Diese Entwicklung war beispielsweise in Albanien zu beobachten und es wäre durchaus möglich, dass dieses Mobilitätsmuster auch hier in Tschechien als Erklärung für die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1991 und 1995, zumindest teilweise, angewendet werden kann.

Ob es zu auffallenden und einschneidenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1995 und 2001 gekommen ist, soll nun anhand einer weiteren Karte Gegenstand der Untersuchung sein.

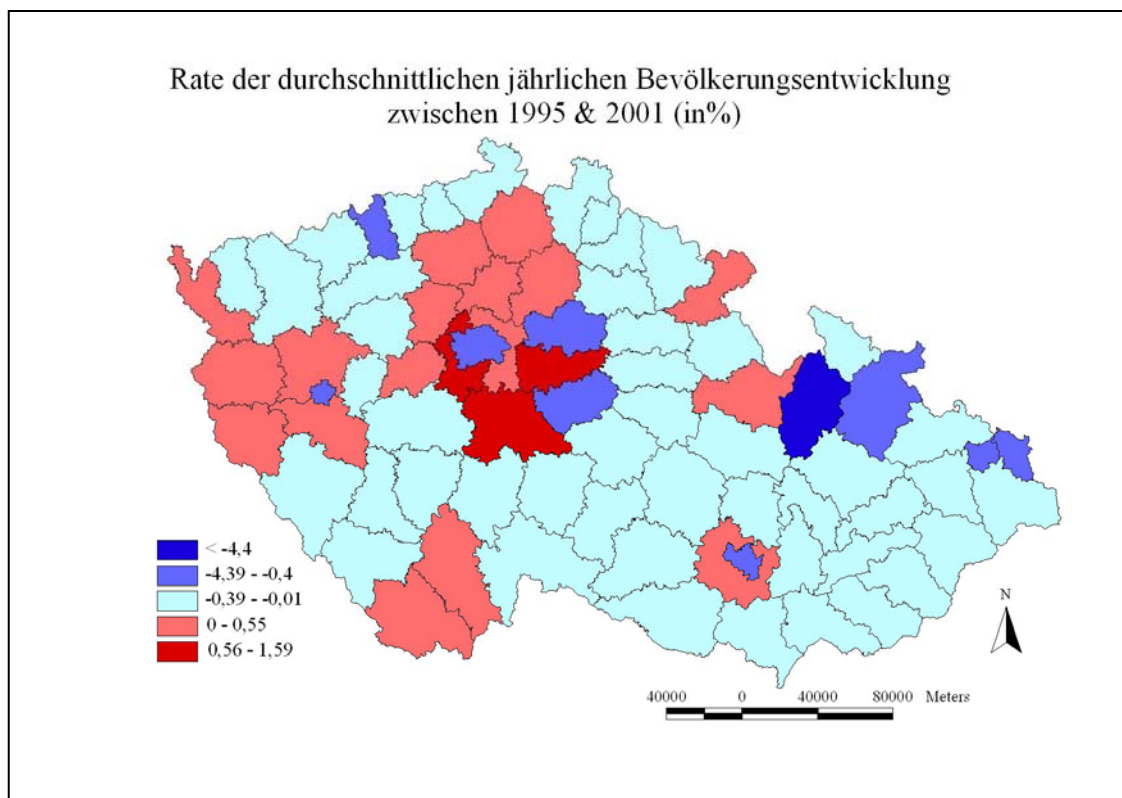


Abbildung 7: Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1995 und 2001 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (1996, 2002a); eigene Erstellung)

Im Vergleich zu Abbildung 6 ergibt sich für das zweite Intervall, nämlich den Zeitraum zwischen 1995 und 2001, eine gänzlich andere Struktur der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate. Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass die Intervallgrenzen aufgrund der größer werdenden Unterschiede zwischen den Bezirken mit jenen aus Abbildung 6 nicht mehr vergleichbar sind. Während dort der stärkste Abfall zwischen -0,38% und -0,21% lag, sind hier in Abbildung 7 die beiden ersten Intervalle, nämlich <-4,4 und zwischen -4,39 - -0,4 so besetzt, dass die Bezirke dieser Intervalle eine noch stärkere Bevölkerungsabnahme aufweisen. Am stärksten ist die negative Bevölkerungsentwicklung in Mährisch-Schönberg (-4,40; OLK), gefolgt von Kuttenberg (-1,04; STC), Freudenthal (-0,87; MSK), Nimburg (-0,71, STC), Prag (-0,67), Pilsen-Stadt (-0,65; PLK), Brünn-Stadt (-0,62; JHM), Ostrau-Stadt (-0,47; MSK), sowie Brüx (-0,41; ULK) und Karwin (0,40; MSK). Ein besonders starkes Wachstum, welches wiederum auch in der Vergleichsperiode 1991 bis 1995 nicht zu beobachten war, fand in den drei Bezirken der Mittelböhmischen Region Prag-West (1,59), Beneschau (1,11) und Kolin (1,05) statt. (Czech Statistical Office 1996, 2002a)

Insgesamt ergibt sich ein interessantes Bild: die Bevölkerungsabnahme betrifft besonders die größeren Städte Tschechiens, wie beispielsweise Prag, Pilsen, Brünn oder Ostrau. Demgegenüber nimmt die Bevölkerung jedoch überdurchschnittlich stark in den die Städte umgebenden Bezirken zu, wie etwa in Prag-West (1,59), Prag-Ost (0,55), Brünn-Stadt (0,43), Krumau (0,31), sowie Pilsen-Süd (0,22) und Pilsen-Nord (0,19).

Das besondere der Entwicklung zwischen 1995 und 2001 liegt also in dem starken Suburbanisierungsprozess, der sich in Tschechien in aller Deutlichkeit zeigt. Es kann angenommen werden, dass die Bevölkerung aus den überfüllten Großstädten in die umliegenden Bezirke abwandert und von dort aus in die Arbeit, die sie wohl dennoch in den größeren Städten findet, pendelt. Diese Interpretation ergibt sich nicht nur aus der Bevölkerungszunahme des Umlandes, sondern auch aus den Bevölkerungsverlusten in den Städten.

Neben dieser Entwicklung ist außerdem eine deutliche Zunahme der ungleichen Bevölkerungsentwicklung von Bedeutung. Wie bereits erwähnt, ist dies an den Maximum- und Minimumwerten der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate erkennbar: je größer die Differenz zwischen den beiden, umso stärker die Unterschiede. Während die Differenz im ersten Intervall 0,88 betrug, liegt der Wert für das zweite Untersuchungsintervall bereits bei 5,99.

Anhand einer dritten Abbildung, welche die räumliche Entwicklung einer Periode zeigt, die von einer Bevölkerungszunahme gekennzeichnet ist, soll festgestellt werden, ob die räumlichen Unterschiede weiterhin zunehmen und ob sich Ähnlichkeiten oder Unterschiede im Vergleich zur Abbildung 7 ergeben.

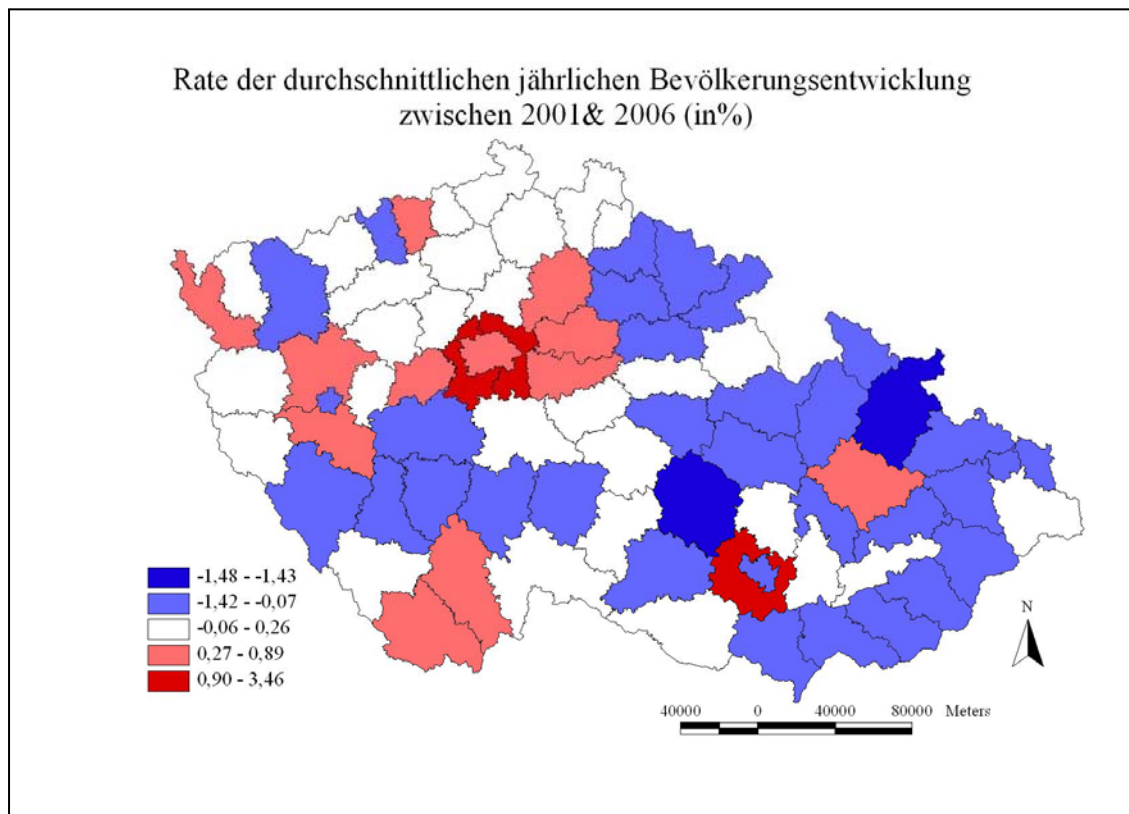


Abbildung 8: Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 2001 und 2006 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (2002a; 2007c); eigene Erstellung)

Abbildung 9 zeigt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für das Intervall 2001 bis 2006. Aus der Legende dieser Karte ist zu erkennen, dass die Bevölkerungsabnahme in den betroffenen Bezirken deutlich geringer ist als im Intervall zuvor. Die stärkste jährliche Bevölkerungsabnahme findet in den beiden Bezirken Freudenthal (-1,4; MSK) und Saar (-1,43; VYS) statt. Demgegenüber ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in den Bezirken Prag-West (3,46; STC), Prag-Ost (2,70; STC) und Brünn-Umgebung (2,12; JHM) am größten. (Czech Statistical Office 2002a, 2007c)

Dass der Suburbanisierungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, erkennt man nicht nur an der Bevölkerungsentwicklung der drei eben genannten Bezirken. Auch die Bezirke um Pilsen, also Pilsen-Nord und Pilsen-Süd, sowie die den beiden Bezirken Prag-West und Prag-Ost benachbarten Bezirke wachsen in ihrer Bevölkerungszahl.

Insgesamt ist eine negative Bevölkerungsentwicklung in drei „Kernen“ zu erkennen: einerseits sind besonders die mährischen Bezirke von einer Bevölkerungsabnahme betroffen. Diese lässt sich hauptsächlich durch die freigesetzten Arbeitsplätze im Zuge des Restrukturierungsprozesses der Schwerindustrie erklären. Ein weiteres von der Bevölkerungsabnahme betroffenes Gebiet betrifft die fünf Bezirke der Königgrätzer

Region. Dies könnte einerseits damit zusammenhängen, dass sich in diesen Bezirken nach der Restrukturierung keine neue Industrie etablieren konnte, die die Bevölkerung durch Arbeitsplätze in den Bezirken halten hätte können. Daneben kann auch die Lage, genauer die Nachbarschaft zu Polen, einem Land mit starken wirtschaftlichen Problemen, zu einer Abwanderung geführt haben.

Als dritter Kern des Bevölkerungsverlustes sollen die sechs Bezirke Klattau, Strakonitz, Pisek, Tabor, Pilgram und Pribram genannt werden. Als mögliche (und eigene) Interpretation möchte ich eine Abwanderung aus eben diesen Bezirken in attraktivere, weil wirtschaftlich prosperierende, Bezirke nennen. Nördlich des dritten Kerns befindet sich die Hauptstadt Prag, welche durch ihre Wirtschaftskraft eine große Anziehung ausübt, südlich liegen Budweis und Krumau, die ebenfalls gut entwickelt sind und durch die Nähe zur österreichischen Grenze auch vom Tourismus stark profitieren. Inwiefern die in den Bezirken unterschiedlichen durchschnittlichen Wachstumsraten in der Untersuchung sozialer und wirtschaftlicher Indikatoren erklärt werden können, wird sich in den Kapiteln 4 und 5 zeigen.

3.4 Zusammenfassung

Wie zu Beginn dieses Kapitels gezeigt werden konnte, unterscheidet sich Tschechien im Hinblick auf die Entwicklung der Geburten- und Sterbebilanz nicht von anderen europäischen Staaten. Aufgrund einer sinkenden Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung altert die Bevölkerung. Da die Zahl der Lebendgeburten unter jener der Todesfälle liegt, ist der Faktor Migration für die Bevölkerungsentwicklung Tschechiens von entscheidender Bedeutung. Besonders seit dem EU-Beitritt hat sich das Migrationsvolumen nochmals deutlich erhöht.

Wie im Abschnitt 3.2 dargestellt wurde, herrscht eine ungleiche Entwicklung zwischen den Regionen vor. Während besonders Prag und die die Hauptstadt umgebende Mittelböhmische Region an Bevölkerung hinzugewinnen, bleiben die restlichen Regionen und besonders jene mit Randlage weit zurück. In Abschnitt 3.3 wurde die Bevölkerungsentwicklung seit der Gründung Tschechiens auf Bezirksebene untersucht. Hier konnte gezeigt werden, dass zwischen 1991 und 1995 die Bevölkerungszahl in den Bezirken Böhmens abnahm, während es zu einer signifikanten Bevölkerungszunahme

in grenznahen Bezirken kam. Für den zweiten Untersuchungszeitraum ergab sich ein gänzlich anders Bild: zwischen 1995 und 2001 setzte ein starker Suburbanisierungsprozess ein. Insgesamt nahm die Bevölkerung in den böhmischen Bezirken rund um die Zentren Prag, Pilsen und Budweis zu, aber auch in Mähren im Einzugsgebiet Brünns. Die Suburbanisierung setzte sich dann auch im Intervall zwischen 2001 und 2006 fort, genauso wie die Bevölkerungsabnahme in Mähren und häufig Bezirken mit Randlage, sowie jenen, denen die Nähe zu einem wirtschaftlichen Zentrum fehlt.

Mögliche Erklärungen für die aktuelle räumliche ungleiche Verteilung zu suchen wird der Schwerpunkt der beiden folgenden Kapitel sein.

4 Untersuchung der ökonomischen Disparitäten

Im folgenden Kapitel liegt das Hauptaugenmerk auf der zeitlichen Entwicklung wirtschaftlicher Ungleichheiten in Tschechien. Diese sollen anhand einiger wesentlicher Indikatoren, nämlich des BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten, der Arbeitslosigkeit, des durchschnittlichen Haushaltseinkommens und der unterschiedlichen Investitionsvolumina im Bereich der Direktinvestitionen, aber auch von Forschung und Entwicklung untersucht werden.

Da einige Indikatoren, wie beispielsweise die Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung erst in jüngster Zeit statistisch erfasst wurden, fehlt an dieser Stelle die Darstellung der Entwicklung im zeitlichen Verlauf. Dennoch soll auf eine aktuelle Betrachtung nicht verzichtet werden, denn gerade Ausgaben in diesem Bereich haben starke Auswirkungen auf die Entwicklung einer Region, weshalb es von Bedeutung ist, der Frage nachzugehen, ob es tatsächlich regionale Unterschiede in diesem Zusammenhang gibt.

4.1 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

4.1.1 Das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein wichtiger Indikator zum Vergleich zwischen Volkswirtschaften. Es erfasst die Summe des Geldwertes aller Waren und Dienstleistungen, der innerhalb eines Betrachtungszeitraumes (meist innerhalb eines

Quartals oder Jahres) erwirtschaftet wird. Eine genaue Untersuchung des BIP ist deshalb so wichtig, weil es für Baumohl (2007: 130) „...*das beste Barometer für die Höhen und Tiefen der wirtschaftlichen Entwicklung ist.*“

Das BIP dient als Grundlage zur Bemessung der Wirtschaftsleistung eines Staates oder einer Region, aufgrund dessen weitere Prognosen, beispielsweise für den Arbeitsmarkt, gemacht werden. (Baumohl 2007)

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass durch das BIP nicht das Einkommen ausgedrückt wird, sondern lediglich die Wirtschaftsleistung – genau aus diesem Grund ist das BIP nicht als Wohlstandsindikator einzusetzen.

Die Aussagekraft dieser Maßzahl hat jedoch auch ihre Grenzen: es werden nämlich keine unbezahlten Leistungen erfasst, also beispielsweise alle Tätigkeiten der Hausarbeit. Unberücksichtigt bleiben außerdem die Subsistenzwirtschaft sowie die Schattenwirtschaft, die in manchen Ländern durchaus einen größeren Teil der von einer Volkswirtschaft erbrachten Leistungen ausmachen. (Cvrkal 1985)

Werfen wir nun einen Blick auf das BIP der Tschechischen Republik. Dieses wird nur auf NUTS-3-Ebene, also auf Ebene der Regionen, ausgewiesen. Da die Aufzeichnungen erst seit dem Jahr 2004 regelmäßig veröffentlicht wurden, kann keine Entwicklung über einen längeren Zeitraum dargestellt werden. In der abgebildeten Karte, welche das BIP für das Jahr 2006 darstellt, werden allerdings nicht Absolutzahlen verwendet, vielmehr erfolgt eine Relativdarstellung bezogen auf den Landesdurchschnitt.

Um diese Daten international vergleichbar zu machen, wird das BIP pro Kopf in einer Tabelle neben der Angabe in Kronen auch noch in Kaufkraftparitäten (PPS) angegeben, d.h. in „*Purchasing Power Standard*“ (PPS oder auch PPP). Die Darstellung in Kaufkraftparitäten hat den Vorteil der internationalen Vergleichbarkeit. Es werden nämlich die unterschiedlichen Preisniveaus der zu vergleichenden Staaten mitberücksichtigt. Einfach erklärt berücksichtigt die Darstellung des BIP in KKP die Frage, was man sich um eine gewisse Geldmenge (beispielsweise um einen Euro) in einem Land tatsächlich kaufen kann. (Europäische Kommission / Statistisches Amt 2006)

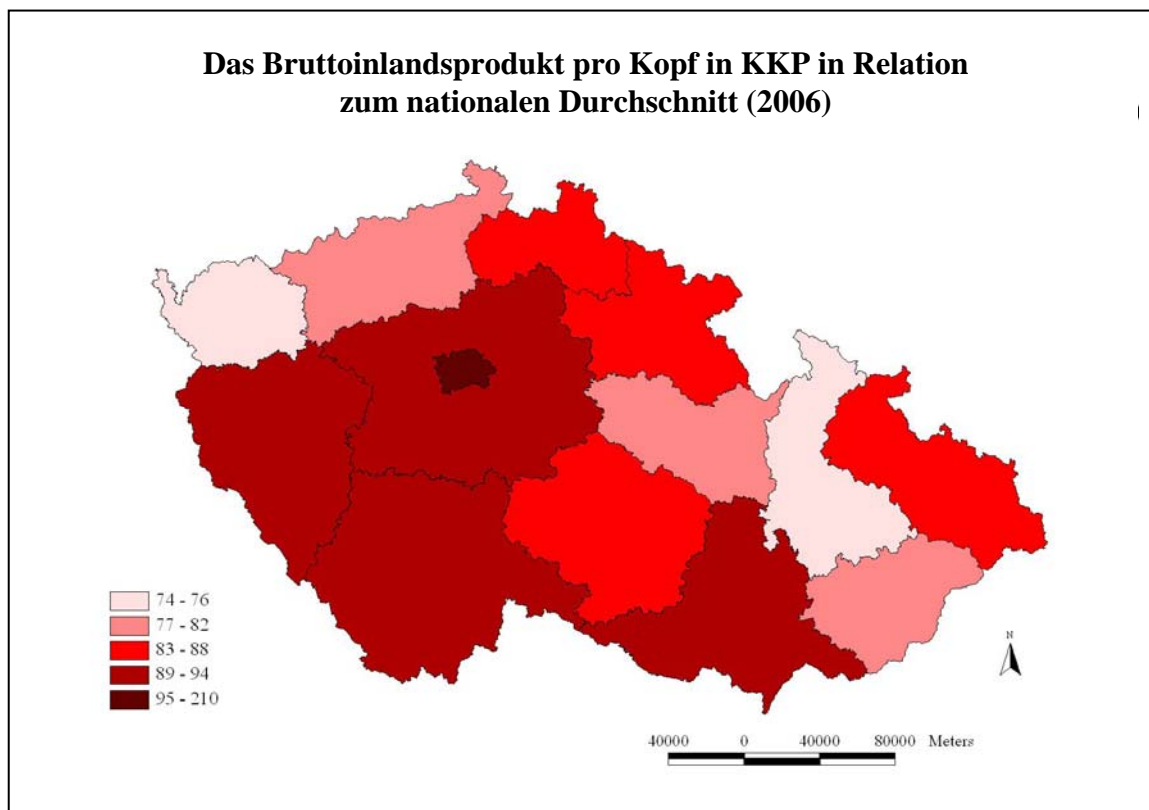


Abbildung 9: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in KKP in Relation zum nationalen Durchschnitt (2006). (Quelle: Czech Statistical Office (2006b); eigene Erstellung)

Durch die Farbgebung der Karte ist unschwer die herausragende Position Prags zu erkennen. Das BIP pro Kopf beträgt hier 662.816 Kronen und liegt mit 110%-Punkten um mehr als das Doppelte über dem nationalen Durchschnitt. Die Dominanz der Hauptstadt führt auch dazu, dass es keine andere Region schafft, den Landesdurchschnitt zu erreichen. Dennoch machen sich deutliche Unterschiede bemerkbar: die Regionen mit einer hohen Wirtschaftsleistung, Pilsen, die Mittel- und die Südböhmische Region befinden sich im böhmischen Landesteil. Auch die Südmährische Region weist eine hohe Wirtschaftsleistung auf. Die Regionen mit hohem BIP pro Kopf sind auch jene, in welchen (siehe Abschnitt 3.3) die Bezirke mit einer hohen durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungswachstumsrate lagen. Grund für das hohe Niveau wirtschaftlicher Leistungen in Böhmen sind neben Prag die wirtschaftlichen Zentren Pilsen und Budweis. Auch die große Bedeutung Brünns für die tschechische Wirtschaft führt dazu, dass die Position der Südmährischen Region durchaus mithalten kann. Brunn ist Messe- und Universitätsstadt und profitiert auch durch die räumliche Nähe zum entwickelten Wirtschaftsraum Österreich.

Region (2006)	ø CR	BIP/ Kopf in CZK	in PPS	Region (2006)	ø CR	BIP/ Kopf in CZK	in PPS
Olmützer Region	74	233.705	13.824	Mährisch-Schlesische Region	86	271.090	16.036
Karlsbader Region	76	240.082	14.201	Königgrätzer Region	87	273.541	16.181
Aussiger Region	81	253.946	15.022	Südböhmische Region	90	283.701	16.782
Zliner Region	81	255.281	15.101	Südmährische Region	91	286.851	16.968
Pardubitzer Region	82	257.090	15.208	Pilsener Region	94	294.805	17.439
Bergland-Region	84	265.339	15.696	Mittelböhmische Region	94	294.501	17.421
Reichenberger Region	85	267.938	15.849	Hauptstadt Prag	210	662.815	39.209

Tabelle 1: Das BIP pro Kopf in CZK und PPS (2006). (Quelle: Czech Statistical Office 2006a; eigene Erstellung)

Dass das BIP pro Kopf besonders in den Regionen Karlsbad, Aussig, Olmütz und Zlin niedrig ist, lässt sich teilweise durch den Restrukturierungsprozess, welcher im Jahr 1997 einsetzte, erklären. (Jordan 2006a) Es sind das zum Großteil auch jene Regionen, in welchen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Bevölkerungsaustausch erfolgte. Die Wiederbesiedlung durch neue Bevölkerungsgruppen blieb unvollständig und schöpfte die wirtschaftlichen Potentiale nicht aus. Bei der Region Bergland handelt es sich um ein relativ dünn besiedeltes und wenig industrialisiertes Gebiet. Wie im regionalen Jahrbuch für diese Region betont wird, spielt dort die Landwirtschaft immer noch eine bedeutende Rolle, auch im Tourismus wird mit dem Bild der unverbrauchten Landschaft geworben. Die drückt sich in Summe in der geringen Höhe des BIP aus. (Czech Statistical Office 2007k)

4.1.2 Die Rate des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des BIP

Auch eine nähere Betrachtung der Entwicklung des BIP kann Aufschlüsse über die Entwicklung der wirtschaftlichen Disparitäten geben.

Da bis ins Jahr 2004 keine jährlichen Erhebungen des BIP durchgeführt wurden, ist die Rate des durchschnittlichen jährlichen Wachstums eine Möglichkeit, die zeitliche Entwicklung zu analysieren. Die folgende Tabelle stellt für jede Region je eine Rate für die Untersuchungsperioden 1995 bis 2000 und 2000 bis 2002 dar.

Der Nachteil in dieser Methode liegt darin, dass die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten umso ungenauer werden, je länger die Periode ist. Dafür hat die Darstellung einer kurzen Periode den Nachteil, dass sie auf Ausreißer stärker reagiert. Da das BIP allerdings nicht nur die industrielle Produktion misst, sondern auch den Konsum der Menschen, ist das BIP resistenter gegenüber großen Schwankungen als manch andere Indikatoren, wie beispielsweise die Säuglingssterblichkeit. Tabelle 2 soll nun die beiden Wachstumsraten zwischen 1995 und 2000, sowie zwischen 2000 und 2002 darstellen.

Rate des ø jährlichen Wachstums des BIP in %		
	1995-2000	2000-2002
Hauptstadt Prag	4,92	14,03
Mittelböhmische Region	3,62	9,23
Südböhmische Region	2,56	7,46
Pilsener Region	1,92	6,20
Karlsbader Region	0,36	6,13
Aussiger Region	0,51	4,44
Reichenberger Region	2,04	8,79
Königgrätzer Region	2,80	8,19
Pardubitzer Region	2,53	5,78
Bergland-Region	2,00	8,21
Südmährische Region	2,45	9,14
Olmützer Region	1,52	7,26
Zliner Region	2,48	3,71
Mährisch-Schlesische Region	1,50	5,07

Tabelle 2: Die Rate des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des BIP in % zwischen 1995 und 2000 und 2000 und 2002. (Quelle: Czech Statistical Office2006a; eigene Erstellung)

Prag und die Mittelböhmische Region sind jene, welche sowohl zwischen 1995 und 2000 als auch zwischen 2000 und 2002 das größte Wirtschaftswachstum aufweisen. Insgesamt kommt es in der gesamten Republik zu einem deutlich intensiveren Wachstum zwischen den Jahren 2000 und 2002. Eine räumlich ungleiche Entwicklung erkennt man in der Tabelle 2 daran, dass die Spannen zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Wert immer größer werden. In der Periode von 1995 bis 2000 beträgt die Spanne 4,56, während sie in der Periode von 2000 bis 2002 einen Wert von 10,32 erreicht. Erklärt werden kann diese ungleiche Entwicklung damit, dass bei einer Entscheidung der Standortwahl die Logistik und mögliche Synergien eine Rolle spielen: so könnte es sein, dass sich Firmen dort niederlassen, wo bereits andere Firmen ihren Standort haben, um die bestehende Infrastruktur zu nutzen. Diese Tendenz kann nun

dahin gehend interpretiert werden, dass es zu einer Zunahme räumlicher Disparitäten kam, die sich bei einer unveränderten Entwicklung in Zukunft noch deutlicher verstärken werden. Demnach könnte es sein, dass besonders die mährischen Regionen, sowie jene im Norden Böhmens noch stärker benachteiligt werden.

Die wirtschaftliche Leistung hängt, wie bereits erwähnt, mit der räumlichen Verteilung von Wirtschaftsstandorten zusammen. Dies führt uns zum nächsten Untersuchungsgegenstand, nämlich die Arbeitslosigkeit, die wir nun in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachten wollen.

4.2 Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit stellt eine wichtige Kennzahl als Indiz für mögliche sozioökonomische Disparitäten im Raum dar. Wirtschaftswachstum führt nämlich nicht immer zu einer Reduktion der Arbeitslosenquote. Gerade während der Transformation Tschechiens veränderte sich die industrielle Produktion hin zur computerbasierten Technologie. Sie reduzierte die Kosten durch Reduktion der Arbeitsplätze. Während in den OECD-Mitgliedsstaaten schon zwischen 1973 und 1990 der Anteil der Beschäftigten im Industriesektor von 36% auf unter 30% sank, setzte diese Entwicklung in Transformationsländern wie Tschechien erst wesentlich zeitverzögert ein. (Glyn 1995)

Zu Beginn der Transformation in Tschechien war die Arbeitslosigkeit ein bis dahin unbekanntes Phänomen. Die Arbeitslosenquote lag 1990 bei 0,7%, ein Jahr später erreichte sie jedoch schon 4,13%. Zwischen 1992 und 1996 lag die Arbeitslosigkeit bei 3 bis 4%, was sehr gering war. Zu dieser Zeit kam es noch zu keiner wirtschaftlichen Restrukturierung. Der Grund für den niedrigen Wert war die erhöhte Arbeitskräftenachfrage im wachsenden tertiären Sektor. (Lippert 1998)

Den Wendepunkt bildete das Jahr 1997, als es zu einer wirtschaftlichen Rezession kam. 2004 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 8,3%, im Jahr 2005 waren über 500.000 Menschen als Arbeitssuchende gemeldet. Besonders die Restrukturierungsmaßnahmen führten zu Privatisierungen und/oder Schließungen vieler Industriebetriebe. Davon betroffen war besonders der Osten der Republik. Von Bedeutung ist der Rückgang der Beschäftigung in diesem Arbeitsmarktsegment gerade deshalb, weil von der Arbeitslosigkeit besonders Männer betroffen waren, die in ihrer

Tätigkeit als Arbeiter gut verdienten und keine besondere Ausbildung zur Ausübung ihrer Berufe benötigten. Diese sind aber genau jene Arbeitslose, die in der Regel sehr schwer vermittelbar sind. (Jordan 2006, Glyn 1995)

Werfen wir nun einen Blick auf die räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit im Jahr 1991.

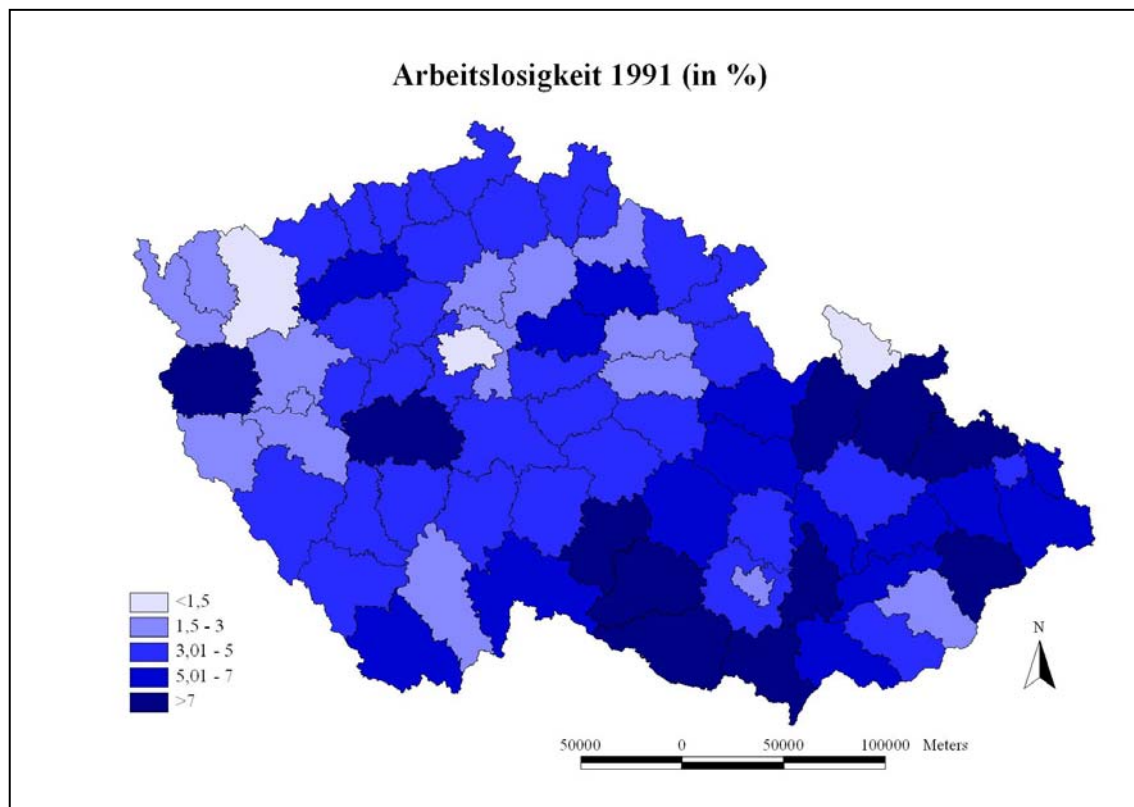


Abbildung 10: Arbeitslosigkeit 1991 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (1992); eigene Erstellung)

Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 1991 mit 4,14% sehr niedrig. Am niedrigsten war sie im Bezirk Karlsbad (0,84%) und in Prag (1,16%), während die maximalen Werte in den Bezirken Příbram (9,12%) und Trebitsch (8,8%) verzeichnet wurden. Besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind die südlichen und nördlichen, sich im mährischen Landesteil befindenden Bezirke. Mähren ist also von Arbeitslosigkeit viel stärker betroffen als der böhmische Teil. Neben diesem Zentrum-Peripherie-Gefälle wird aber anhand der Karte auch verdeutlicht, dass es zumeist die Regionalzentren sind (wie beispielsweise Brünn in der Südmährischen Region), welche eine geringere Arbeitslosenquote als im Durchschnitt der jeweiligen Region aufweisen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass der einsetzende Tertiärisierungsprozess zuerst in den Städten stattfand. Die dadurch gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften zeigt sich in der

niedrigen Arbeitslosigkeit in den städtischen Zentren. (Gly 1995) Man kann also behaupten, dass eine Unterscheidung zwischen Stadt und Land hinsichtlich der Arbeitslosigkeit sinnvoll erscheint. Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wie man in der Abbildung gut erkennen kann, die grenznahen Bezirke. Dies kann dadurch erklärt werden, dass trotz des Falls des Eisernen Vorhangs die Grenzen für einen freien Warenverkehr nicht sofort geöffnet wurden. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass neue Standorte eher im zentralen böhmischen, mit einem besseren Infrastrukturnetz ausgestatteten (Brousek 1987) Landesteil errichtet wurden. Auch im Jahr 1996, also ein Jahr vor der einsetzenden Rezession, lag die Arbeitslosenquote bei nur 3,52%. Ohne diese Werte kartographisch aufzubereiten, sei festgehalten, dass ähnliche Tendenzen wie bereits für das Jahr 1991 beobachtbar sind. Wieder ist es die Hauptstadt Prag, in der es die geringste Anzahl von Personen gibt, die sich als Arbeitssuchende registrierten. Doch auch die beiden Umlandbezirke Prags profitieren von den neuen Stellen, die sich in der Hauptstadt erschließen. So macht sich in Prag-Ost und Prag-West im Vergleich zum Jahr 1991 eine deutliche Reduktion der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Auch kam es zwischen den zentrumsnahen und den sich in einer Randlage befindenden Bezirken zu keinem Disparitätenausgleich. Zusätzlich neben den bereits erwähnten Bezirken stieg die Arbeitslosigkeit in der gesamten Region Aussig stark an, bedingt durch erste Schließungen in der Schwerindustrie.

Nun wird ein Blick auf das Jahr 2001 geworfen. Durch die beträchtliche Anzahl an freigesetzten Stellen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses und einer allgemeinen Rezession kam es im gesamten Land zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, welche 2001 bei 8,9% lag. Zwischen den beiden Darstellungen von 2001 und 2006 kam es zu einer neuen Erhebungsmethode. Die Unterschiede sollen an dieser Stelle genau dargestellt werden. Bis zum Jahr 2004 errechnete man die Arbeitslosenquote nach der „alten“ Methode, seitdem wird die im europäischen Raum zur besseren internationalen Vergleichbarkeit anerkannte Erhebungsmethode auf Grundlage des „Labour Force Sample“ ermittelt. (Czech Statistical Office 2008a)

Die **„alte Methode“** erhob die Arbeitslosigkeit wie folgt:

- **Zähler:** Anzahl gemeldeter Arbeitssuchender, erfasst im Arbeitsvermittlungsbüro des Bezirkes des Hauptwohnsitzes des registrierten Arbeitssuchenden;

- **Nenner:** Anzahl registrierter Erwerbstätigen zusätzlich der gemeldeten Arbeitssuchenden.

Durch die **neue Methode** kam es zu geringfügigen Änderung in der Erhebung:

- **Zähler:** alle über 15- jährige aktiv Arbeitssuchende, die momentan zur Verfügung stehen
- **Nenner:** Anzahl der registrierten Erwerbstätigen, zuzüglich der ausländischen Arbeitnehmer und den registrierten, verfügbaren Arbeitssuchenden;

Durch die Anwendung des „Labour Force Samples“ kommt es statistisch nur zu einer geringen Veränderung der Arbeitslosenquote. In den Übergangsjahren, in welchen beide Werte angegeben wurden, liegt die Arbeitslosenquote der neuen Methode um etwa 0,5%-Punkte unter den Werten der alten Methode.

Neben der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit von 3,52% im Jahr 1996 auf 8,90% im Jahr 2001 anstieg, zeigt sich wieder ein räumlich differenziertes Muster.

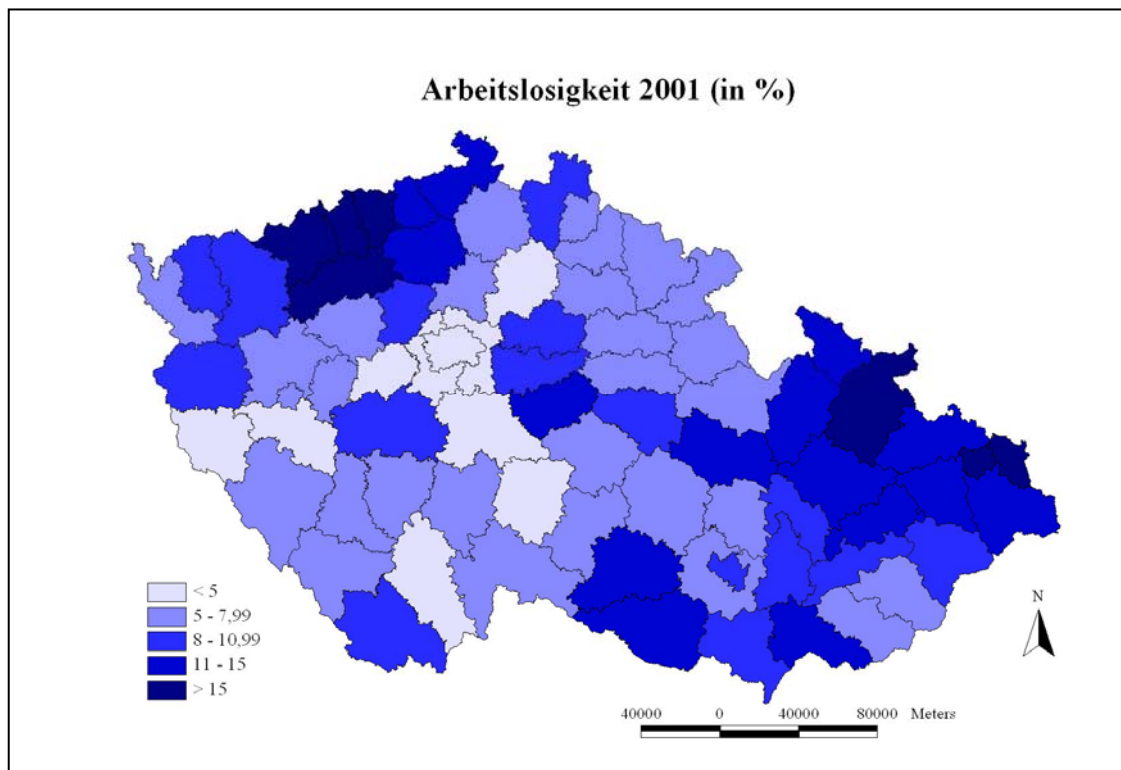


Abbildung 11: Arbeitslosigkeit 2001 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (2002a); eigene Erstellung)

Besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Bezirke im Osten und Nordwesten des Landes. Die höchsten Werte weisen Most (21,25%), Karwin (18,02%),

Laun (17,24%), Teplitz (16,57%), Freudenthal (16,50%), Komotau (16,38) und Ostrau (16,24%) auf. Diese sieben Bezirke befinden sich ausschließlich in der Aussiger und in der Mährisch-Schlesischen Region. Deutlich erkennbar sind außerdem die höheren Arbeitslosenquoten im gesamten östlichen Landesteil. Am niedrigsten ist die Zahl der registrierten Arbeitssuchenden in Prag (3,39%), sowie in seinem direkten Umland (Prag-West 2,52% und Prag-Ost 2,92%) in der Mittelböhmischen Region. Doch auch die Bezirke der Regionen Pilsen, Bergland und der Südböhmischen Region sind weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als der Rest des Landes.

Untersucht man die Werte nach einem Zusammenhang zwischen geringer Arbeitslosigkeit und Regionalzentrum, lässt sich kein klares Urteil fällen. Besonders in den Regionalzentren Mährens und jenen der nördlichen Regionen (mit Ausnahme von Aussig) gibt es keine deutlichen Unterschiede zwischen den Bezirken.

Insgesamt kam es zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Bezirken, welche wirtschaftlich sehr stark vom Braun- und Steinkohlenabbau abhängig waren. Nach den Schließungen dieser Industriesparte gelang es offensichtlich nicht, neue Industrien anzusiedeln und somit die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Gebieten zu mildern. Dies gilt für den nördlichen Bereich, sowie für die Region Aussig und das Karwiner Becken. Die hohe Bedeutung neuer und erneuerter Industrie in Pilsen und Budweis sorgt in diesen sowie ihren Nachbarbezirken für eine geringe Arbeitslosigkeit. In abgeschwächter Form übernehmen diese beiden Bezirke ähnliche Funktionen wie die Hauptstadt Prag, durch deren wirtschaftliche Vormachtstellung alle umliegenden Bezirke der Mittelböhmischen Region profitieren.

Für die südmährischen Bezirke kann diese Behauptung nicht gelten. Brünn hatte offenbar zu diesem Untersuchungszeitpunkt noch nicht die Bedeutung, die die Stadt heute erlangt hat. Ein Hauptgrund dafür könnten die politischen Rahmenbedingungen gewesen sein, die im Jahr 2001 noch ein völlig anderes Bild ergaben. Tschechien war damals weder EU-Mitglied, noch galt das Schengenabkommen, was sowohl den Personen- als auch den Kapitalverkehr behinderte.

Ob sich fünf Jahre später etwas an dieser Entwicklung verändert hat, soll nun untersucht werden.

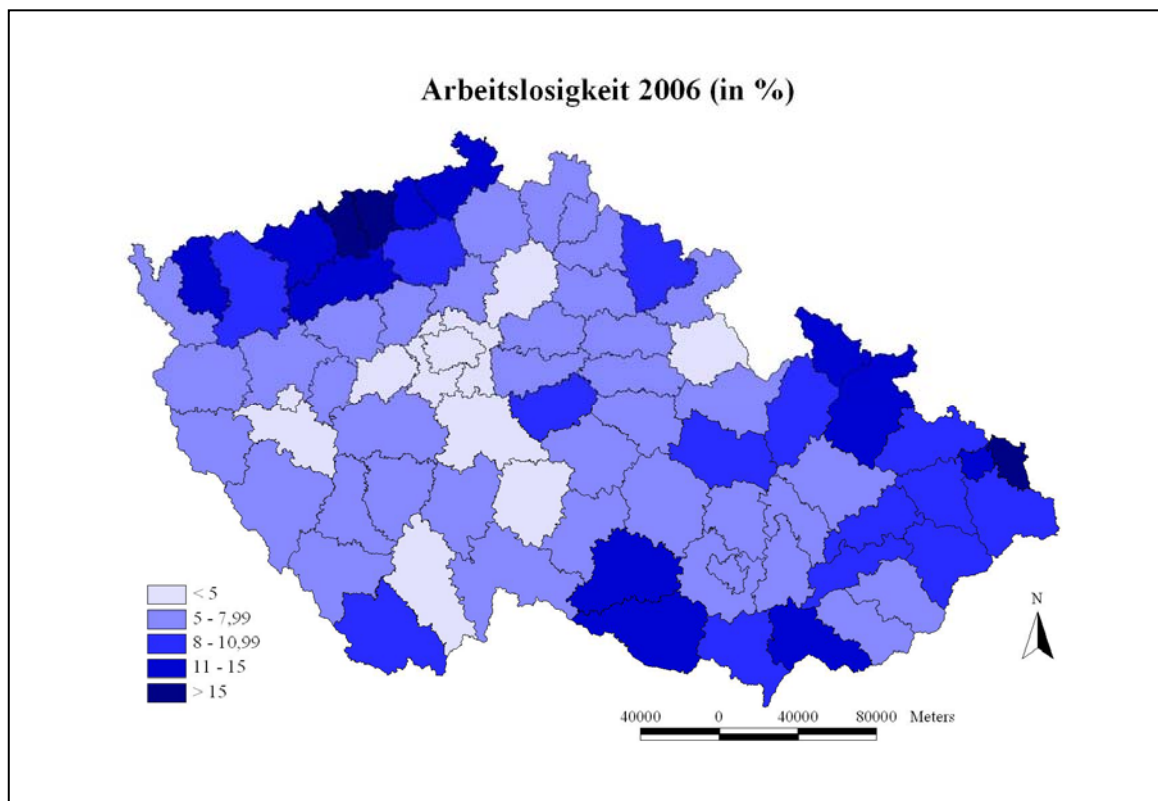


Abbildung 12: Arbeitslosigkeit 2006 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (2007p); eigene Erstellung)

Vergleicht man nun die Abbildungen 11 und 12, lassen sich klare Schlüsse auf Veränderungen ziehen. Insgesamt reduzierte sich die Arbeitslosigkeit in den fünf Jahren um 1,16%-Punkte auf 7,74%. Dieser Rückgang war zwar nicht überall gleich stark bemerkbar, zeigte sich dennoch in jeder Region. Da zur graphischen Aufbereitung dieselben Klassifikationsgrenzen verwendet wurden, sind die Karten direkt miteinander vergleichbar. Man gewinnt dabei den Eindruck, dass konzentrisch um die Hauptstadt Prag die Arbeitslosigkeit sinkt. Wieder sind es Prag und fünf Bezirke der Mittelböhmischen Region, welche die niedrigsten Werte aufweisen. Daneben haben sich auch die beiden mittelböhmischen Bezirke Nymburg und Kolin stark verbessert. Die wirtschaftliche Bedeutung von Prag ist also selbst im Vergleich zum Jahr 2001 deutlich gestiegen. Von diesem Wachstum profitieren immer mehr Umlandbezirke der Mittelböhmischen Region.

Die Zahl der Bezirke mit einer Arbeitslosenquote von über 15% hat sich von sieben auf drei mehr als halbiert. Geographisch hat sich an der Lage der benachteiligten Bezirke nur sehr wenig geändert – nach wie vor überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Bezirke Most (19,47%) und Teplitz (15,69%) in der Region Aussig, sowie der Bezirk Karwin (16,92%) in der Mährisch-Schlesischen Region. Auch im Jahr

2006 stellt sich heraus, dass die Arbeitslosigkeit in den urbanen Zentren der Regionen nicht unbedingt niedriger ist als im Durchschnitt. Die hohe Arbeitslosigkeit durch die Schließungen konnte also auch in den letzten Jahren durch Gegenmaßnahmen, wie die gezielte Förderung der Ansiedelung neuer Firmen, nicht reduziert werden.

Verbessern konnte sich der Bezirk Brunn, der offensichtlich von der Öffnung, bedingt durch den EU-Beitritt, profitieren konnte. Dass die Arbeitslosigkeit in den Bezirken hin zur österreichischen Grenze immer noch hoch ist, kann durch die immer noch vorhandenen, von Österreich gewünschten Beschränkungen im freien Verkehr von Kapital, Personen, Waren und Dienstleistungen erklärt werden, die die grenzüberschreitende Mobilität behindern. ([Website 5](#); 21.04.09)

Fassen wir also die dargestellte Entwicklung an dieser Stelle noch einmal zusammen, so muss festgehalten werden, dass es in der gesamten Republik zu einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit kam. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind Frauen mit Kleinkindern, Menschen mit geringer Bildung, ältere Menschen über 50 Jahren, Menschen mit Behinderungen und junge Leute ohne Berufserfahrung. Die Gefährdung ist für Menschen mit geringer Bildung am größten, so sind beispielsweise 26% aller Personen mit Pflichtschulabschluss arbeitslos. Hauptprobleme sind des Weiteren die Langzeitarbeitslosigkeit (fast 220.000 im Jahr 2004), sowie die Arbeitslosigkeit von Menschen unter 24 Jahren (20,4%). (OECD Economic Surveys 2004)

Während im Jahr 1991 zwar Mähren bereits stärker von Arbeitslosigkeit betroffen war, nahmen im zeitlichen Verlauf die Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen bzw. zwischen den zentralen Regionen und jenen mit Randlage deutlich zu. Wenn man davon ausgeht, dass mit einer höheren Arbeitslosenquote die Gefahr von sozialen Spannungen durch eine große Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung besteht, so kann man hier von klaren sozio-ökonomischen Disparitäten im Raum sprechen. Dennoch scheinen sich diese in jüngerer Vergangenheit etwas reduziert zu haben, wie wir anhand der Abbildung 12 erkennen konnten. Durch die Liberalisierung spielt der freie Markt eine immer größere Rolle in der Allokation von Ressourcen, was auch positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung anderer Bezirke haben könnte. (Biffel 1998)

In direktem Zusammenhang mit der steigenden Anzahl der Arbeitslosigkeit stehen der Restrukturierungsprozess und die wirtschaftliche Rezession, welche im Jahr 1997

stattfind. Die freigesetzten Stellen betrafen vor allem unqualifizierte Arbeiter, für die ein Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt besonders schwierig ist. Auch in Tschechien dürfte, wie bereits in den 1980er Jahren in den westeuropäischen Staaten beobachtet, das Verhältnis von Arbeitslosen mit geringster und von jenen höchster Bildung zunehmen. Für den Staat ist es in einer liberalen Wirtschaftsordnung schwierig, Arbeitsplätze für gering qualifizierte Personen zu schaffen. (Glyn 1995)

Somit kann auch behauptet werden, dass eben die Öffnung der Märkte und die Privatisierung von Industrien zu einer Verstärkung der regionalen Disparitäten geführt haben. Dies wird auch in der Literatur festgestellt. (Huber 2004 nach Petrakos 1995 und Boeri und Scarpetta 1996)

Gerade durch die voranschreitende Integration der ostmitteleuropäischen Staaten werden viele Industrien, besonders die arbeitsintensiven, ihre Produktion in Länder mit geringen Lohnkosten verlagern. Dies führt in weiterer Folge dazu, dass in entwickelten Staaten, zu denen die Tschechische Republik zu zählen ist, die relative Nachfrage nach ungebildeter Arbeitskraft zurückgeht. (Glyn 1995)

Eine Möglichkeit des Eingriffs bleibt dem Staat in der Zur-Verfügung-Stellung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Selbst wenn sich diese Maßnahmen statistisch erst längerfristig und mit zeitlicher Verzögerung bemerkbar machen, wird das Ausbildungsniveau auf Bezirksebene in Kapitel 5 untersucht werden, da es statistisch eine starke Korrelation zwischen Bildung und Beschäftigung gibt. (Glyn 1995)

Wie Glyn (1995) außerdem festhält, sinkt die Bezahlung der Bevölkerung mit geringen Qualifikationen stetig, was uns auch schon zum nächsten Untersuchungsaspekt führt, nämlich dem durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen auf Bezirksebene und seiner Entwicklung im zeitlichen Verlauf.

4.3 Durchschnittsgehalt und Beschäftigung nach Sektoren

4.3.1 Das durchschnittliche Gehalt auf Bezirksebene

Auch ein sich regional sehr unterschiedlich entwickelndes durchschnittliches Gehalt kann Aufschluss über die Entwicklung ökonomischer Disparitäten im Raum geben.

Nach Combes et al. (2004) gibt es drei verschiedene Ansätze zur Erklärung räumlicher Disparitäten der Gehälter: Einerseits existiert die Theorie, dass große Unterschiede

direkt eine räumlich unterschiedliche Zusammensetzung des Ausbildungsniveaus und der Fertigkeiten der Bevölkerung widerspiegeln. Dies bedeutet, dass Arbeiter beziehungsweise Angestellte sich nach ihren möglichen Arbeitsplätzen im Raum nicht gleichmäßig verteilen. So befinden sich in der Regel Industriestandorte nicht gleichmäßig verteilt, sondern konzentriert im Raum. Diese Konzentration führt zu einer unterschiedlich ausgebildeten Bevölkerung, wobei sich die Ausbildung direkt im Lohnniveau zeigt.

Der zweite Ansatz geht davon aus, dass sich die Lohnunterschiede aufgrund von unterschiedlichen Gegebenheiten, die sich jedoch nicht auf das Humankapitel beziehen, ergeben. So gibt es Standorte mit spezialisierter Nischenproduktion, die sich aufgrund von natürlichen Gegebenheiten (Ressourcen, Klima) besonders gut anbieten. Kritisiert wird an dieser Theorie aber, dass in einer vernetzten und mit Infrastruktur gut ausgebauten Wirtschaft nicht natürliche Faktoren entscheidend für die Ansiedelung von Industrien sind, sondern vielmehr Aspekte wie Kapitalgeber bzw. Investoren und der Entwicklungsstand der Technologien vor Ort. Der dritte Ansatz bezieht sich, ebenso wie der zweite, auf Produktivitätsunterschiede, welche die unterschiedlichen Gehälter erklären: war es in Theorie zwei die Standortausstattung, so werden in diesem dritten Punkt die Unternehmenskonzentrationen fokussiert. Durch die Zusammenarbeit von Unternehmen nutzt man steigende Skalenerträge oder aber spezialisiert sich (nach Smith) zunehmend. Durch die gestiegene Arbeitsproduktivität lassen sich in Folge unterschiedliche Niveaus bei den Gehältern erklären. (Combes 2004)

Betrachtet man nun das durchschnittliche Monatseinkommen pro Kopf für das Jahr 2007, so ergeben sich große Unterschiede zwischen den Bezirken. Während in Prag ein Beschäftigter monatlich knapp 24.000 Kronen verdient, würde er im Bezirk Gräfenberg nur 14.580 Kronen verdienen. Zur Veranschaulichung soll auch hier eine Karte dienen, welche den Regionalindex des durchschnittlichen Einkommens nach Bezirk darstellt. Der Wert 100 entspricht dem landesweiten Durchschnitt von 16.648 Kronen. In allen Bezirken mit rötlicher Farbgebung liegt das Einkommen über und in jenen mit bläulicher Färbung unter dem Durchschnitt. Außerdem gilt, je intensiver die Färbung ist, umso größer ist die Abweichung vom Durchschnittseinkommen der gesamten Republik. (Czech Statistical Office 2008a)

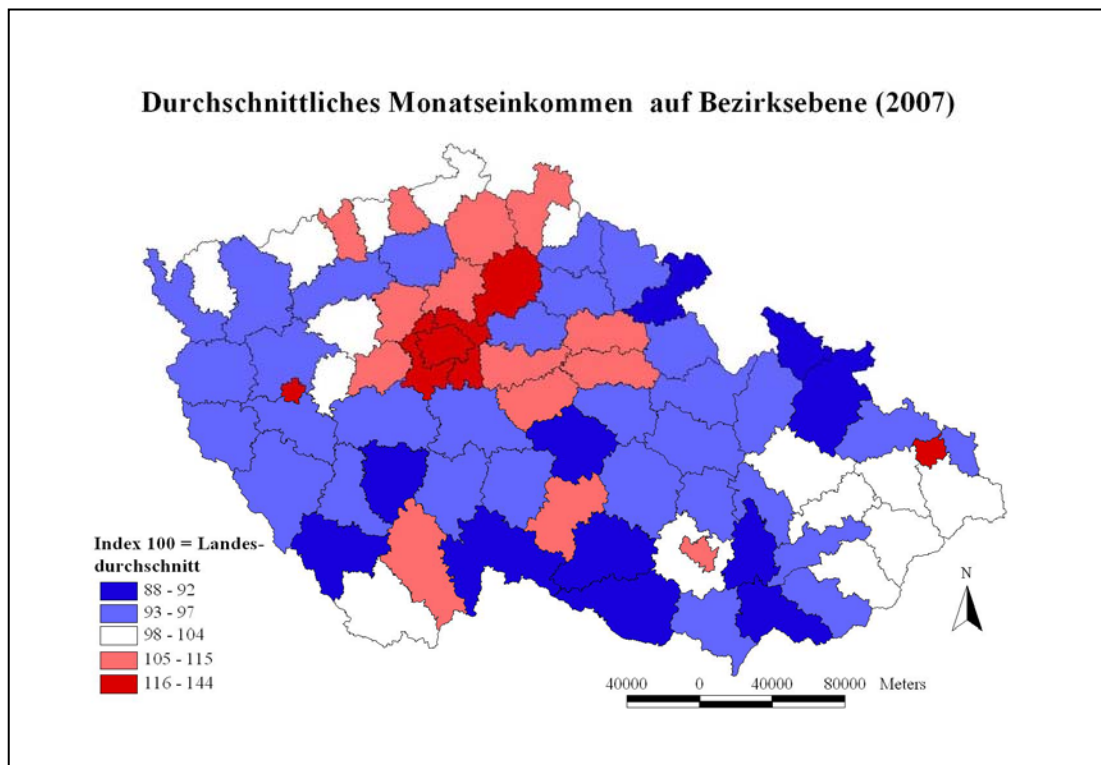


Abbildung 13: Durchschnittliches Monatseinkommen, dargestellt mit Regionalindizes. (Quelle: Czech Statistical Office 2008a; eigene Erstellung)

Das geringste Einkommen weisen die Bezirke Gräfenberg, Znaim, Prachatitz, Pisek und Neuhaus auf. Die Indexwerte liegen zwischen 88 und 89. Mit Ausnahme des Bezirkes Pisek weisen alle eine Randlage auf, liegen also direkt an der Grenze zu Österreich und Polen. Außerdem scheint die Südböhmische Region besonders von einem niedrigen Durchschnittseinkommen betroffen zu sein.

Umgekehrt beziehen Bewohner der Bezirke Prag (144), Jungbunzlau (127), Prag-West (119), Prag-Ost (119) und Pilsen-Stadt (119) durchschnittlich das höchste Einkommen. Geographisch analysiert befinden sich alle Bezirke in der Mittelböhmischen Region, auch in diesem Falle scheint diese Region vom Zentrum Prag zu profitieren, das sie umgibt.

Ein weiteres bedeutendes Ergebnis ist überdies die Position der Regionalzentren: mit Ausnahme von Aussig ist in allen anderen Regionen das Phänomen beobachtbar, dass das durchschnittliche Monatsgehalt einer beschäftigten Person über dem Durchschnitt der Region liegt, ja sogar in einigen Fällen eine herausragende Position einnimmt. (Czech Statistical Office 2008a)

Trotzdem ist es schwierig, aus diesem Lohnunterschied ein Zentrum-Peripherie-Gefälle des Wohlstandsniveaus zu attestieren: das Hauptproblem besteht darin, dass die

Untersuchung auf Bezirksebene nur bedingt Aufschlüsse über das tatsächlich verfügbare Einkommen eines Haushaltes gibt. So wäre es durchaus auch möglich, dass eine geringe Anzahl an Spitzenverdienern in Managementposition großer Firmen das Durchschnittseinkommen gerade in den städtischen Zentren nach oben verzerrt. Warum die Einkommensunterschiede aber dennoch räumlich analysiert werden, kann durch die bereits dargelegte Theorie von Combes (2004) argumentiert werden: durch den Einkommensunterschied lassen sich auch Aussagen über Unternehmenskonzentrationen und das Ausbildungsniveau treffen. Dies impliziert das Vorhandensein von Unternehmen, mit welchen eine Zusammenarbeit möglich ist. Aus diesem Grund kann für Bezirke mit einem hohen Einkommen eine höhere Konzentration an Firmen angenommen werden. Durch die Literatur kann jedoch nicht erklärt werden, weshalb gerade in den an Österreich angrenzenden Bezirken das durchschnittliche Monatseinkommen so niedrig ist. Ein möglicher Grund wäre, dass es für einen tschechischen Arbeitnehmer trotz Wegfallens der Barrieren nicht einfach ist, eine besser bezahlte Arbeitsstelle in Österreich zu bekommen, wenn er nicht die deutsche Sprache beherrscht. Auch in den Grenzbezirken zu Polen liegt das Einkommen unter dem Durchschnitt, da Tschechien hier an ein wirtschaftlich schlechter entwickeltes Land grenzt, in welchem es nur eine geringe Anzahl an offener Stellen geben dürfte. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit ist die hohe Konzentration an im Durchschnitt schlecht ausgebildeter und zu einem hohen Anteil arbeitsloser und schlecht bezahlter Roma-Bevölkerung in den früher deutsch besiedelt gewesenen Grenzgebieten.

4.3.2 Zeitliche Entwicklung der Einkommensunterschiede

Nachdem nun festgestellt werden konnte, dass es räumliche Unterschiede im Einkommen gibt, soll nun der zeitliche Aspekt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden.

Die zur Verfügung stehenden Daten ermöglichen einen Vergleich zwischen den Jahren 1998, 2001 und 2007. Berechnet man für jedes dieser Jahre das durchschnittliche Einkommen und setzt diesen Wert für die Bildung der Regionalindizes 100, so zeigt sich, dass es in diesen zehn Jahren zu keinen großen Unterschieden im Verhältnis zwischen den Bezirken kam. Schwankten die Indizes im Jahr 2007 zwischen den Werten 88 und 144, lagen sie im Jahr 1998 zwischen 88 und 147. Am größten waren die

Unterschiede im Jahr 2001 – zwischen Prag, dem einkommensstärksten Bezirk (I=156) mit 20.800 Kronen und dem schwächsten Bezirk Gräfenberg (I= 85) mit 11.276 Kronen liegen beinahe 9.500 Kronen Unterschied. (Czech Statistical Office 1999, 2002a, 2008a) Nach dem Jahr 2001 verringerten sich die räumlichen Disparitäten wieder. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass die Tschechische Regierung der Aufforderung der OECD nachkam und den Mindestlohn im Jahr 2001 erhöhte. Dieser war und ist in Tschechien deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Die OECD bemängelte, dass zwar nur etwa 1% der erwerbstätigen Bevölkerung für Mindestlohn arbeitete, dieser aber sogar noch deutlich unter den Sozialausgaben, wie beispielsweise Arbeitslosengeld, lag. Deshalb entschied sich die Regierung, den Mindestlohn um über 50% auf 4.000 Kronen pro Monat zu erhöhen, was in etwa 28% des Gehalts eines durchschnittlichen Arbeiters entspricht. (Organisation for Economic Co-operation and Development 2000)

Wie die OECD anmerkt, könnte aber dieses neue höhere Niveau eines Mindestlohns zu einer Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit führen, da es einem Industriebetrieb nun deutlich mehr kostet, einen Arbeiter zu beschäftigen als noch vor der Neuregelung der Gehälter. (Organisation for Economic Co- operation and Development 2001)

4.3.3 Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren

Der wirtschaftliche Restrukturierungsprozess müsste sich auch auf die prozentuale Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren auswirken. Da diese Daten nur auf Ebene der Regionen erhoben werden, soll an dieser Stelle nicht zu ausführlich auf die Veränderung in der sektoralen Beschäftigung eingegangen werden. Dennoch weist ein hoher Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor noch auf zukünftige strukturelle Anpassungen hin, weshalb dieses Kapitel nicht vollständig außer Acht gelassen werden sollte. Nachdem es im Jahr 2004 zu einer Veränderung in der Erhebungsmethode kam, werden für die Jahre 1995, 1998 und 2002 die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft, der Industrie und im Bauwesen verglichen. Erst für das Jahr 2006 erfolgt die „traditionelle“ Aufteilung in den primären, sekundären und tertiären Sektor. Die „alte“ Methode hat jedoch den Vorteil, die Beschäftigungszahlen zwischen den beiden wichtigen Sparten Industrie und Bauwesen getrennt zu betrachten. Zunächst soll jedoch ein Blick auf die Wertschöpfung nach Sektor in den Regionen geworfen werden.

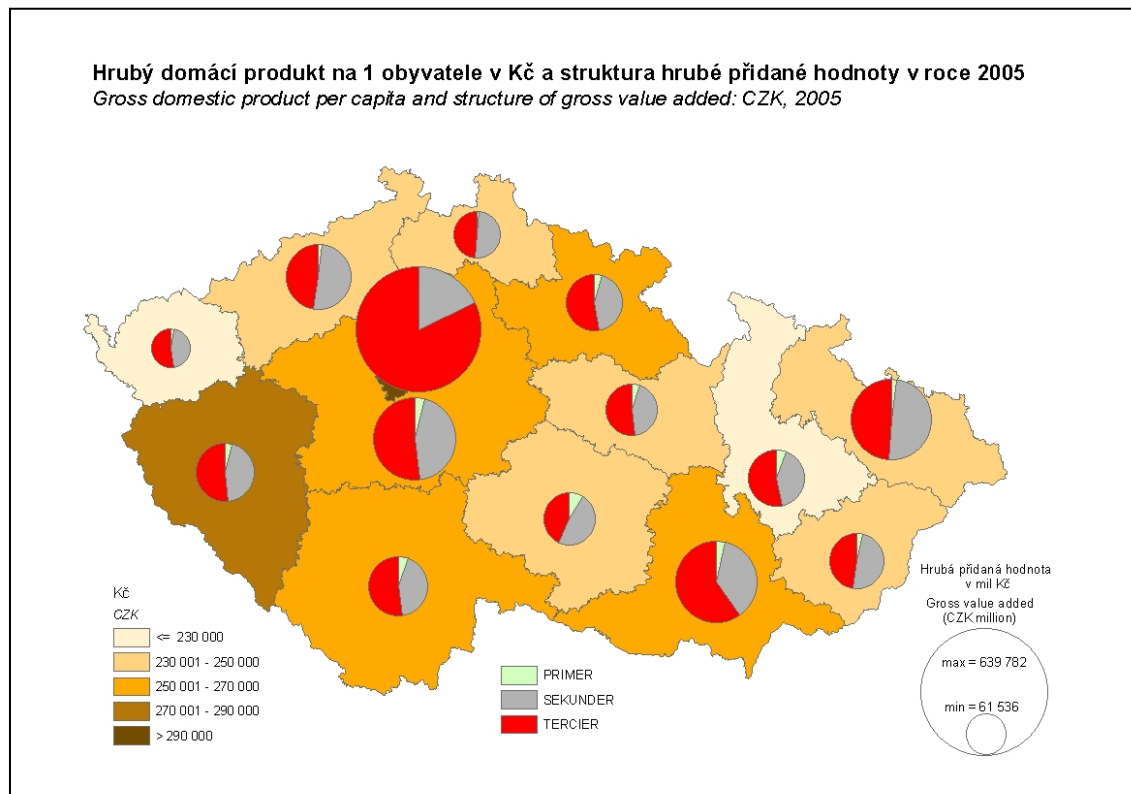


Abbildung 14: BIP pro Kopf und Struktur der Bruttowertschöpfung. (Quelle: Czech Statistical Office 2005b)

In der gesamten Tschechischen Republik nimmt der sekundäre Sektor mit 39,3 % der Beschäftigten immer noch eine wichtige Stellung ein. Dennoch geht die Bevölkerungsmehrheit, nämlich 56,5%, im tertiären Sektor ihrem Beruf nach. (Czech Statistical Office 2005b) In der Abbildung 15 werden die Bruttowertschöpfung und das BIP pro Kopf für das Jahr 2005 dargestellt. Letzteres war Thema von Abschnitt 4.1 und soll an dieser Stelle nicht mehr interpretiert werden.

Die Bruttowertschöpfung, die dem Gesamtwert der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen (also den benötigten Waren und Dienstleistungen) (Menschik 2003) entspricht, gibt Aufschluss über die unterschiedliche Bedeutung der Industrie in Tschechien.

Mit über 50% der Bruttowertschöpfung ist der sekundäre Sektor besonders in der Mährisch-Schlesischen Region sowie in den Regionen Zlin, Bergland, Reichenberg und Aussig von Bedeutung. Diese Tatsache korreliert mit zwei bereits festgehaltenen Aspekten: einerseits ist in diesen fünf Regionen das Lohnniveau deutlich unterdurchschnittlich, andererseits ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Kombiniert man die drei Untersuchungsmerkmale zu einer Interpretation, so kann

festgehalten werden, dass Tschechiens Industriegebiete vom Restrukturierungsprozess betroffen sind, was man anhand der gestiegenen Arbeitslosigkeit attestieren kann, und die durchschnittlichen Lohnzahlungen niedrig sind, weil es sich um Arbeitsplätze handelt, für die einerseits nur geringe Qualifikationen erforderlich sind und die andererseits vom Stellenabbau betroffen sind, womit die Verhandlungsposition der Gewerkschaften geschwächt ist.

Nun stellt sich die Frage, ob es auch zu Änderungen der Beschäftigtenzahlen in der Industrie sowie im primären Sektor kam. Tatsächlich nahm die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Fischerei zwischen 1995 und 2002 ab. Besonders stark war dieser Rückgang in den Regionen Aussig, Karlsbad, Olmütz und Pardubice sowie in der Mährisch-Schlesischen Region, wo, wie eben angeführt, die Industrie (besonders auch der Abbau von Kohle und anderen Bodenschätzen) von Bedeutung war. Dies lässt sich auf zwei Arten interpretieren: entweder es handelt sich um einen freiwilligen Rückzug aus diesem Wirtschaftssektor, weil es beispielsweise lukrativer ist, in einem Dienstleistungsbereich tätig zu sein, oder aber in den betroffenen Regionen machen sich bereits Umweltschäden bemerkbar, die dazu führen, dass bisher in diesem Sektor beschäftigte Personen ihre Existenzgrundlage entzogen wird.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie entwickelte sich ebenfalls räumlich unterschiedlich. So kam es besonders in Prag zu einer absoluten Zunahme der Beschäftigten zwischen 1995 und 2002. Nutzt man den Regionalindex ein weiteres Mal zur Darstellung der zeitlichen Entwicklung, erhält Prag im Jahr 2002 den Wert $I=159$. Zu einem Anstieg in der Beschäftigungszahl in eben dieser Branche kam es daneben noch in der Südböhmischen Region und in der Region Pilsen. Wie bereits gezeigt, nahm die Zahl der Beschäftigten in den von den Restrukturierungsprozessen betroffenen Regionen ab. Dient das Jahr 1995 als Wert 100 für die Erstellung des Regionalindex, erhalten die Regionen Aussig ($I=76$), Pardubitz ($I=89$), Olmütz ($I=91$) und die Mährisch-Schlesische Region ($I=77$) Werte unter 100. Dies führt zur Annahme, dass gerade diese freigesetzten Stellen der Industriearbeiter zu einem hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den betroffenen Gebieten führte. (Czech Statistical Office 2003c, 2003d, 2003e, 2003f, 2003g, 2003h, 2003i, 2003j, 2003k, 2004b, 2005b, 2005c, 2005d) Abschließend soll der aktuelle Beschäftigungsstand nach Sektoren als Diagramm dargestellt werden.

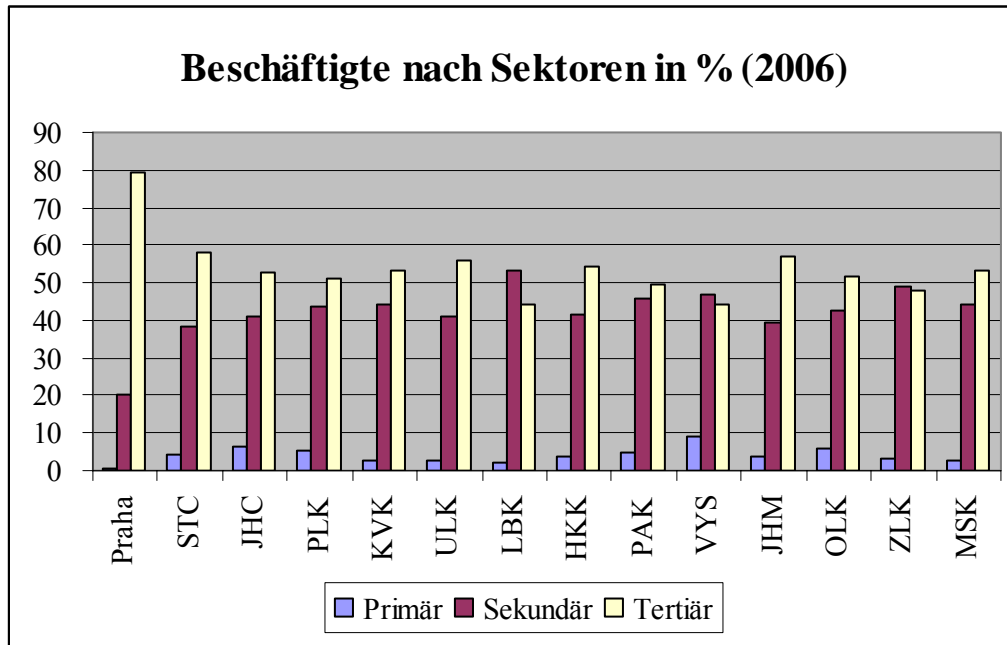


Abbildung 15: Beschäftigte nach Sektoren in % (2006). (Quelle: Czech Statistical Office (2007). Eigene Erstellung.)

Wie bereits die Entwicklung zwischen 1995 und 2002 annehmen lässt, ist auch weiterhin der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor in den Regionen Reichenberg und Zlin hoch. Dies gilt allerdings auch für die Region Bergland. Diese zeichnet sich auch durch den höchsten Anteil der Beschäftigten im primären Sektor aus (8,8%), gefolgt von der Südböhmischen Region (6,5%). Während sich in der letzteren die wirtschaftliche Produktion auf die Viehwirtschaft konzentriert, lässt sich der hohe Anteil in der Region Bergland durch die vielen Wälder sowie die traditionsbehaftete Landwirtschaft mit Spezialisierungen auf den Anbau von Getreide, Erdäpfel und Ölpflanzen erklären. (Czech Statistical Office 2007a, 2007b, 2007c, 2007d, 2007e, 2007g, 2007h, 2007i, 2007j, 2007k, 2007l, 2007m, 2007o, 2007p)

Der Dienstleistungssektor ist vor allem in Prag mit 79,3%, gefolgt von der Mittelböhmischen Region mit 57,8% von Bedeutung. Diese aktuelle Darstellung unterstreicht, dass selbst eine absolute Zunahme der Beschäftigten nicht immer zu einer relativen Zunahme nach Sektoren führen muss, wie es beispielsweise in der Hauptstadt Prag der Fall ist. So kam es zwischen 1995 und 2003 zu einem Anstieg der Zahl der Beschäftigten in der Industrie, der aber mit dem wachsenden tertiären Sektor nicht mithalten konnte. Insgesamt kann der Anteil der Beschäftigten nach Sektoren jedoch nicht zur Interpretation räumlicher Disparitäten in Tschechien herangezogen werden, da

sich Regionen mit ähnlicher Beschäftigungsstruktur in der Analyse der Arbeitslosigkeit und des Durchschnittsgehaltes voneinander unterscheiden.

4.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E)

Abschließend sollen im Kapitel der ökonomischen räumlichen Disparitäten die unterschiedlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung untersucht werden. Obwohl diese Daten nur auf Ebene der Regionen ausgewiesen werden, sind sie von großer Bedeutung, denn Investitionen in das Humankapital und die Weiterentwicklung führen zu Innovationen und damit zur Wettbewerbsfähigkeit von Staaten oder Regionen. Daneben schaffen sie neues Wissen, welches mit zeitlicher Verzögerung zu einem öffentlichen Gut wird, das sich durch seine Haupteigenschaften, nämlich der Nicht-Ausschließbarkeit und dass der Konsum dieses Gutes nicht rivalisierend ist, auszeichnet. Die Nicht-Ausschließbarkeit hat den Nachteil, dass andere im freien Wettbewerb stehende Firmen ebenfalls Gebrauch von diesem Nutzen machen und somit von Investitionen eines anderen Unternehmens in deren Forschungs- und Entwicklungsarbeit profitieren. (Hammerschmidt 2006) Hier sei aber angemerkt, dass von der „Mitbenützung“ in der Regel erst mit zeitlicher Verzögerung Gebrauch gemacht wird. Insgesamt kommt es aber durch eine Innovation und die Nutzung dieser als öffentliches Gut zu einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit einer Region.

Das Tschechische Amt für Statistik veröffentlicht zwar keine ausführliche Darstellung von Forschungs- und Entwicklungsindikatoren, die eine genaue Darstellung der staatlich induzierten Forschungstätigkeit ermöglicht, trotzdem soll nun ein Blick auf die unterschiedlichen Ausgaben zwischen 2001 und 2007 in den Regionen der Republik geworfen werden.

F&E Ausgaben (CZK mil)	2001	2004	2007
Tschechische Republik	28337 (<i>I=100</i>)	35083 (<i>I=124</i>)	54284 (<i>I=192</i>)
Hauptstadt Prag	10120 (<i>I=100</i>)	13300 (<i>I=131</i>)	22914 (<i>I=226</i>)
Mittelböhmische Region	7216 (<i>I=100</i>)	7238 (<i>I=100</i>)	10560 (<i>I=146</i>)
Südböhmische Region	807 (<i>I=100</i>)	1146 (<i>I=142</i>)	1787 (<i>I=221</i>)
Pilsener Region	652 (<i>I=100</i>)	8356 (<i>I=128</i>)	1394 (<i>I=214</i>)
Karlsbader Region	68 (<i>I=100</i>)	96 (<i>I=142</i>)	78 (<i>I=114</i>)
Aussiger Region	500 (<i>I=100</i>)	510 (<i>I=102</i>)	692 (<i>I=138</i>)
Reichenberger Region	728 (<i>I=100</i>)	868 (<i>I=119</i>)	1312 (<i>I=180</i>)
Königgrätzer Region	685 (<i>I=100</i>)	1177 (<i>I=172</i>)	1268 (<i>I=185</i>)
Pardubitzer Region	993 (<i>I=100</i>)	1364 (<i>I=137</i>)	2018 (<i>I=203</i>)
Bergland-Region	319 (<i>I=100</i>)	529 (<i>I=166</i>)	538 (<i>I=169</i>)
Südmährische Region	3061 (<i>I=100</i>)	3964 (<i>I=130</i>)	5726 (<i>I=187</i>)
Olmützer Region	742 (<i>I=100</i>)	1054 (<i>I=142</i>)	1511 (<i>I=204</i>)
Zliner Region	685 (<i>I=100</i>)	787 (<i>I=115</i>)	1721 (<i>I=251</i>)
Mährisch-Schlesische Region	1761 (<i>I=100</i>)	2212 (<i>I=126</i>)	2765 (<i>I=157</i>)

Tabelle 3: F&E- Ausgaben zwischen 2001 und 2007 (in Mio. Kronen). (Quelle: Czech Statistical Office (2002a, 2004a, 2007d); eigene Erstellung)

Die Ausgaben für F&E sind in Prag wie zu erwarten am höchsten. Damit aber die zeitliche Entwicklung der anderen Regionen nicht im Schatten der hohen Ausgabenquote Prags steht, wurde ein weiteres Mal der Regionalindex verwendet. Der Wert 100 wurde jeder Region im Jahr 2001 zugewiesen, sodass die Entwicklung innerhalb einer Region unabhängig von anderen Einflussfaktoren beobachtet werden kann. Hier ergeben sich interessante Beobachtungen: überdurchschnittlich stark stiegen die F&E-Ausgaben in den Regionen Zlin, Prag und der Südböhmischen Region, sowie in der Region Pilsen. Ein Ausreißer im positiven Sinne ist die Zliner Region, in der trotz hoher Arbeitslosigkeit und einem dominanten sekundären Sektor investiert wurde. Diese Entwicklung lässt sich als Zukunftschance interpretieren. Ob eine positive Entwicklung tatsächlich eintritt, wird sich erst durch Statistiken zukünftiger Jahre nachweisen lassen. (Czech Statistical Office 2005d, 2008e)

Gerade die hohen Ausgaben für F&E in den beiden Regionen Südböhmen und Pilsen entsprechen auffällig den niedrigen Werten der Arbeitslosigkeit für die Jahre 2001 und 2006. Nun ist es schwer zu sagen, ob sich eine Region ohne diese Investitionen in F&E genauso gut oder aber schlechter entwickelt hätte, dennoch möchte ich erwähnen, dass es durchaus sein kann, dass neben der guten Position als Industriestandort auch die F&E ihren Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit dieser beiden Regionen geleistet haben könnte.

Schlusslichter im zeitlichen Verlauf der Ausgaben bilden wieder die bereits so oft genannten Regionen Karlsbad und Aussig im Nordwesten und die Mährisch-Schlesische Region im Osten des Landes. Hier könnte die Gefahr einer Negativspirale bestehen: in den bereits von Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten wird wenig Kapital in Forschung und Entwicklung investiert, was in weiterer Folge zu einem Verlust der regionalen Wettbewerbsfähigkeit führen könnte, da sich eventuell technologieintensive Unternehmen bei einer Ansiedelung für einen anderen Standort entscheiden würden. Gering ist die F&E-Quote außerdem in der Mittelböhmischen Region, was bedeutet, dass diese wohl durch den zunehmenden Suburbanisierungsprozess Prags profitiert, die dort ansässigen Firmen jedoch wenig in die Weiterentwicklung investieren. (Czech Statistical Office 2005b, 2008e) Die Umgebungsregion von Prag erspart sich eigene Investitionen in F & E, weil sie an jenen Prags partizipiert.

4.5 *Ausländische Direktinvestitionen in Tschechien*

Ein letzter Aspekt, der im Kapitel der wirtschaftlichen Disparitäten noch untersucht wird, sind die ausländischen Direktinvestitionen. Zumeist wird auch im deutschen Sprachraum der englische Begriff „*Foreign Direct Investment*“ verwendet, in weiterer Folge in dieser Arbeit abgekürzt als FDI. Darunter versteht man die Anlage des Vermögens in ausländischen Firmen durch eine inländische. (Stehn 1992)

Außerdem schlägt Stehn (1992: 4) eine gute Abgrenzung zur Portfolioinvestition vor:

„Ausschlaggebend für die Abgrenzung der Direktinvestitionen (...) ist der Kontrollaspekt. Während die Portfolioinvestition der Beteiligung an den laufenden Erträgen ausländischer Unternehmen dient, steht hinter der Direktinvestition das Motiv, über die Kontrolle der Geschäftstätigkeit Einfluß auf die Ertragserzielung des Unternehmens auszuüben. Im Gegensatz zur Portfolioinvestition werden daher mit der Direktinvestition auch Rechte am geistigen Eigentum auf ausländische Tochtergesellschaften übertragen.“

Zwischen den Jahren 1990 und 2000 kam es zu einem enormen Anstieg der weltweiten Flüsse an Direktinvestitionen, von 197,7 Billionen US- Dollar auf 1,5 Trillionen US-Dollar. (International Monetary Fund 2003)

Auch in der Tschechischen Republik gewinnt der Anteil des FDI zunehmend an Bedeutung. Seit dem Beitritt zur OECD im Jahr 1995 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen von 8.572 Millionen US-Dollar auf 14.375 Millionen US-Dollar im

Jahr 1998. (OECD 2001b) Nach einem Rückgang zwischen 1996 und 1997 kam es im Jahr 1998 zu einem erneuten und andauernden Anstieg der FDI-Quote. Dieser ist hauptsächlich durch die Privatisierungswelle zu erklären, im Zuge derer sich viele ausländische Investoren um tschechische Firmen bemühten. (OECD 2001b)

Auch an dieser Stelle soll dem räumlichen Aspekt Rechnung getragen werden. Nachdem die letzte Statistik zu diesem Thema von der OECD für das Jahr 1999 veröffentlicht wurde, muss mit diesen Daten vorlieb genommen werden. Dennoch kann ein Einblick über differierende räumliche Entwicklungen gewonnen werden.

Im Jahr 1999 konzentrierten sich die ausländischen Direktinvestitionen auf den Sektor „Handel und Wirtschaftsdienste“ (25,2%), gefolgt von „Finanzdienstleistungen“ (25%). Insgesamt lagen die Zuflüsse in diesem Untersuchungsjahr bei 877 Millionen US-Dollar. Dabei ist Deutschland in Bezug auf die Kapitalbeteiligung der größte Investor, gefolgt von den Niederlanden. Weitere wichtige Ursprungsländer der Investoren sind Österreich, die USA, Großbritannien, Frankreich und die Slowakei. (OECD 2001b)

Die OECD untersuchte Direktinvestitionen auf NUTS-2-Ebene und veröffentlichte folgende Tabelle:

Prague	46.9	North-Moravia	7.4
Mid-Bohemia	12.3	East-Bohemia	6.6
South-Moravia	9.4	West-Bohemia	4.8
North-Bohemia	9.2	South-Bohemia	3.4

Tabelle 4: FDI stocks in the Czech Republic. (aus: OECD 2001, S.16)

Wieder ist es die Hauptstadt Prag, in der die meisten Investitionen stattfinden. Mit einem Anteil von 46,9% wird beinahe die Hälfte in Unternehmen in Prag investiert, gefolgt von der NUTS-2-Region Mittelböhmen (Mid-Bohemia), die mit der Mittelböhmischen Region auf NUTS-3-Ebene identisch ist. Schlusslichter bilden Südböhmen mit der Südböhmischen Region und der Region Pilsen, sowie Westböhmen mit den NUTS-3-Regionen Karlsbad und Aussig. Somit kommt es auch hinsichtlich der ausländischen Direktinvestitionen zu regionalen Unterschieden, wobei besonders der Nordwesten des Landes mit den Regionen Aussig und Karlsbad marginalisiert wird.

Insgesamt kommt den ausländischen Direktinvestitionen laut OECD (2001) im Restrukturierungsprozess und somit zur Sicherung von Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle zu. Aber genau in jenen Regionen, in denen durch ausländische Direktinvestitionen durch den Restrukturierungsprozess verloren gegangene Arbeitsplätze gesichert würden, finden diese Investitionen nicht statt. Dies führt zu dem Schluss, dass auch die ausländischen Direktinvestitionen nicht dazu beitragen werden, an der hohen Arbeitslosigkeit in Nordböhmen etwas zu ändern bzw. diese Situation zu verbessern.

4.6 Zusammenfassung

Zunächst wurde in Abschnitt 4.1.1 der Fokus auf das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten gelegt. Dabei konnte festgestellt werden, dass das erwirtschaftete BIP pro Kopf in Prag mit Abstand am höchsten ist. An dieser Stelle wurde zum ersten Mal ein ökonomisches Leistungsgefälle konstatiert, da die Regionen mit Randlagen, besonders zu erwähnen seien hier Olmütz und Karlsbad, wirtschaftlich deutlich zurückliegen. In einem nächsten Schritt wurde der Frage nachgegangen, ob sich die dargestellten Unterschiede erst jüngst ergaben, oder ob räumlich divergierende Entwicklungen bereits zu einem früheren Zeitpunkt statistisch feststellbar waren. Dazu wurde ein Blick auf die Rate des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des BIP auf Ebene der Regionen geworfen. Dabei wurde die Annahme bestätigt, dass ökonomische Disparitäten bereits in den frühen 1990er Jahren erkennbar waren.

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungen führten uns in Abschnitt 4.2 zu einem besonders wichtigen Aspekt, nämlich der Arbeitslosigkeit und ihrer zeitlichen Entwicklung. Während in den ersten Jahren nach der Staatsgründung Arbeitslosigkeit ein quasi unbekanntes Phänomen war, setzte im Jahr 1997 eine Phase der Rezession ein, die neben zahlreichen Schließungen von Industriebetrieben zu einem Hochschnellen der Arbeitslosenquote in der gesamten Republik führte. Dieser Anstieg verlief nicht gleichmäßig, sondern betraf besonders die Bezirke im Nordwesten und Osten des Landes, da diese Standorte vieler Bergwerksbetriebe hatten. Darüber hinaus wurde für das Jahr 2001 eine Unterscheidung zwischen einer niedrigeren Arbeitslosigkeit in den regionalen Zentren (also in den Bezirksstädten) und einer höheren in den ländlichen Gebieten getroffen, die sich so jedoch im Jahr 2006 nicht mehr zeigte, wo sich dafür

aber das Gefälle zwischen dem Zentrum in und rund um Prag gegenüber den Bezirken mit Randlage weiter verstärkte.

Abschnitt 4.3 widmete sich der Entwicklung des Durchschnittsgehalts und der veränderten Beschäftigungszahl nach Sektoren. Das Durchschnittsgehalt liegt bei einer erwerbstätigen Person im Prag am höchsten und nimmt mit zunehmender Entfernung vom Zentrum ab. Minimalwerte weisen viele Bezirke mit Grenzlage auf. Die regionalen Lohnunterschiede verstärkten sich bis Jahr 2001, seitdem verringern sie sich wieder, was wahrscheinlich an einer Neuregelung des Gesetzes zum Mindestgehalt liegt. Trotz der Gefahr einer dadurch zunehmenden Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung hat es die Regierung geschafft, eine Entwicklung in die richtige Richtung anzustoßen, nämlich für einen Abbau der Unterschiede zwischen der Bevölkerung zu sorgen. Ein zweiter Aspekt, der thematisiert wurde, ist die Veränderung der Beschäftigung nach Sektoren. Zwar nimmt der sekundäre Sektor mit 39,3% der Beschäftigten immer noch eine wichtige Rolle ein, trotzdem kam es zu einer Zunahme der Beschäftigten im tertiären Sektor. Konstatiert werden konnte darüber hinaus noch eine Abnahme der Beschäftigten in der Industrie in den vom Restrukturierungsprozess besonders stark betroffenen Regionen Aussig, Pardubitz, Olmütz und in der Mährisch-Schlesischen Region. Dieses Bild koinzidiert auch mit der dort hohen Arbeitslosigkeit.

Anhand der Ausgaben für Forschung und Entwicklung können Aussagen über den möglichen Fortbestand heimischer Industrien durch eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit getroffen werden. Anhand des Regionalindex konnte gezeigt werden, dass mit Ausnahme der Region Zlin die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Regionen mit Randlage unterdurchschnittlich gesteigert wurden. Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen ergeben sich regionale Unterschiede, als herausragendes Zentrum ist Prag mit beinahe 50% des Investitionsvolumens zu nennen.

Somit muss festgehalten werden, dass es in Tschechien ökonomische Disparitäten gibt, die besonders seit der Rezession und dem Restrukturierungsprozess in der Mitte der 1990er Jahr zugenommen haben. Wirtschaftlich hat sich besonders Prag als großer Gewinner hervorgetan, während die alten Industriegebiete mit ihren Einwohnern auf der Strecke blieben. Zwar kam es durch die staatliche Maßnahme des Mindestlohns zu einem leichten Rückgang dieser Disparitäten, in einer freien Marktwirtschaft sind die

Möglichkeiten des Eingriffes durch den Staat allerdings begrenzt, sodass fraglich bleibt, ob sich an den dargestellten Strukturen in naher Zukunft etwas ändern wird.

5 Untersuchung der sozialräumlichen Disparitäten

Während im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklungen durch die Marktöffnung und die damit verbundene Liberalisierung der Staat immer weniger Eingriffsmöglichkeiten hat, so ist er in der Bereitstellung von Bildungseinrichtungen oder in der medizinischen Versorgung durchaus gefordert, allen Bürgern ein möglichst gutes Angebot flächendeckend und im Raum gleichmäßig verteilt anzubieten. Genau diese Aspekte werden im folgenden Kapitel untersucht: zuerst wird der Schwerpunkt auf die räumliche Verteilung des Bildungsstandes der tschechischen Gesellschaft gelegt. Daneben werden aber auch die Versorgung im medizinischen Bereich mit Hilfe der Untersuchung der Säuglingssterblichkeit und der durchschnittlichen Ärztedichte, sowie die Umweltbeeinträchtigungen, die ebenfalls die Lebenssituation der Bürger unterschiedlich schwer beeinflussen, mit berücksichtigt.

5.1 Bildungsunterschiede innerhalb der tschechischen Bevölkerung

5.1.1 Warum ist Bildung ein wichtiges Gut? Ein bildungstheoretischer Erklärungsansatz

Bevor wir nun die unterschiedlichen Bildungsniveaus auf Bezirksebene untersuchen, stellt sich die Frage, warum dies überhaupt von Bedeutung für die Darstellung von sozioökonomischen Disparitäten im Raum sein kann.

Zunächst soll an dieser Stelle der Begriff des Humankapitals in den Vordergrund gerückt werden, der zwar im alltäglichen Sprachgebrauch oft verwendet wird, dem allerdings oftmals unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben werden.

In den 1960er Jahren wurde in den Wirtschaftswissenschaften zum ersten Mal Theorien formuliert, in welchen man Bildung als eine Investition bewertet hat. Es ist eine allgemein anerkannte These, dass besser ausgebildete Personen auch höhere Lohnzahlungen erhalten. Arai (1995) konnte in seiner empirischen Analyse diesen Verdacht bestätigen. Er untersuchte die Gehaltsunterschiede zwischen japanischen „college graduates“ und Absolventen einer „senior high-school“ und kam zu dem

Ergebnis, dass diese mit steigendem Alter bzw. zunehmender Berufserfahrung immer eklatanter werden. (Die englische Bezeichnung wurden bewusst nicht übersetzt, da es durch die unterschiedlichen Bildungssysteme keine Äquivalente gibt, mit denen diese Schultypen gleichzusetzen wären.)

Daneben existiert die Humankapitaltheorie, die besagt, dass durch eine bessere Bildung die Produktivität durch den Erwerb von Wissen und bestimmten Fertigkeiten steigt, was sich auf die Höhe der Lohnzahlungen auswirkt. Bei dem Bildungsbegriff geht es aber nicht um sofort zur Anwendung gebrachtes Wissen, sondern um die Fähigkeit zur Anwendung des erworbenen (theoretischen) Wissens auf neue Gebiete. Studien haben belegt, dass sich besser ausgebildete Personen schneller an neue Gegebenheiten anpassen. Außerdem werden durch das Bildungssystem ebenfalls soziale Kompetenzen (wie beispielsweise eine bessere Kommunikationsfähigkeit) gestärkt, die im Berufsleben unabkömmlich sind. Humankapital bezeichnet also den Erwerb von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten. (Arai 1995)

Im wirtschaftlichen Sinn hat Bildung auch seinen Preis, bringt dafür aber Nutzen. Es gibt dabei zwei Ansätze im Zusammenhang mit den Kosten von Bildung: man unterscheidet zwischen Investitionen der sich bildenden Person selbst. Diese werden in private Kosten, also jene Ausgaben, die das Individuum bzw. dessen Eltern für den Erwerb von Wissen tätigen, wie etwa den Kauf von Büchern, und Opportunitätskosten, darunter versteht man, dass während der Ausbildungszeit keiner normalen Erwerbstätigkeit nachgegangen werden kann, was einem Einkommensausfall zur Folge hat, unterteilt. Neben den privaten Kosten entstehen zusätzlich Gemeinkosten, also Kosten für die gesamte Gesellschaft. Dazu zählen öffentliche Subventionen durch den Staat und die entgangenen Steuern durch die Nicht-Erwerbstätigkeit der Person in Ausbildung. Warum soll der Staat also Bildungsangebote zur Verfügung stellen? Weil er daraus auch einen Nutzen zieht. Auch hier wird zwischen dem privaten Nutzen in Form eines höheren Gehaltes und der besseren Chance des Berufseinstieges mit dementsprechenden Aufstiegschancen und einem gesellschaftlichen Nutzen in Form von zusätzlichen Steuereinnahmen durch die Mehrverdiener unterschieden. (Arai 1995) Bildung erfüllt aber auch gewisse gesellschaftliche Funktionen. Distler (1995; S.143ff.) nennt drei von ihnen:

- i. Qualifizierungsfunktion: zusätzliche Bildung führt zu mehr Innovation, steigert die Produktivität und trägt zur Weiterentwicklung der Gesellschaft bei;

- ii. Selektionsfunktion: nicht mehr die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand entscheidet über die Position, sondern das erworbene Wissen und die besonderen Fähigkeiten;
- iii. Integrationsfunktion: insbesondere die Schulbildung führt zu einer verstärkten gesellschaftlichen Integration durch die Vermittlung von Werten und Normvorstellungen;

Daher, so Distler (1995), hat der Staat ein großes Interesse am Bildungssystem und dessen Weiterentwicklung. Daneben gibt es aber auch noch einen weiteren ökonomisch untermauerten Grund für den Staat, sein Bildungssystem zu verbessern. Durch das Angebot von Bildung entstehen positive externe Effekte, wie zum Beispiel hochrangige Forschung, die der Weiterentwicklung der heimischen Industrie dienen und die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten. (Arai 1995, Lüdeke 2001)

Auch der regionale Aspekt von Bildung wurde untersucht, wie beispielsweise von Bellman et al. (2006). Die Analyse für Westdeutschland brachte die Forscher zu dem Ergebnis, dass innerhalb von Staaten die Struktur der Qualifikation auch für das Wirtschaftswachstum eine entscheidende Rolle spielt. Nach Sternberg&Arndt (2001) attestieren Bellman et al. (2006) eine räumliche Konzentration von technologieintensiven Industrien in der Nähe von Universitäten.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass Bildung ein zentrales Gut eines Staates ist, das zwar mit Kosten verbunden ist, aber auch Vorteile bringt. Innovation geschieht oftmals durch Forschung von hoch qualifizierten Mitarbeitern. Ebendiese führt zu Fortschritt und einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit und somit zu einem größeren und nachhaltigem Wirtschaftswachstum. Da ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung und Gehalt besteht, muss es umso mehr im Interesse des Staates liegen, ein gutes Bildungsangebot der gesamten Bevölkerung möglichst flächendeckend zur Verfügung zu stellen, um innerhalb der Gesellschaft zur Chancengleichheit und damit zu mehr Zusammenhalt beizutragen. Anmerkend sei erwähnt, dass es in jeder Gesellschaft vertikale Bildungsunterschiede gibt. Die Frage, die sich im Rahmen dieser Diplomarbeit stellt, ist jedoch, ob Aus- und Weiterbildungseinrichtungen so im Raum aufgeteilt sind, als das keine Benachteiligung mancher Bevölkerungsteile aufgrund ihres Wohnortes entstehen. Genau aus dieser Wichtigkeit von Bildung heraus wird es besonders spannend, die tschechischen Bezirke hin auf Unterschiede und mögliche

divergierende Entwicklungen im zeitlichen Verlauf zu untersuchen und mögliche Schlüsse daraus für zukünftige Prozesse zu ziehen.

5.1.2 Die tschechische Bildungslandschaft in der Sekundarstufe

In diesem Abschnitt soll ein Blick auf die Schüler in der Sekundarstufe geworfen werden. Neben dem Faktum, dass dort mit dem Abschluss das Zugangsrecht zum Studieren an einer Hochschule erworben wird, ist das Hauptkriterium, weshalb gerade die Schüleranzahl für die Untersuchung dienen soll, jener, dass Universitäten in der Regel ihre Standorte in den größeren Städten haben und es bei einer Messung der Akademikerquote aus diesem Grund zu Verzerrungen kommen könnte.

Nachdem sich üblicherweise die Schulsysteme von Staaten mehr oder weniger stark voneinander unterscheiden, sei an dieser Stelle noch angemerkt, dass die beiden statistischen Merkmale, die zur Untersuchung herangezogen wurden, in den Publikationen des tschechischen Amtes für Statistik in der englischen Übersetzung als „*secondary school*“, sowie als „*secondary technical school*“ bezeichnet werden. Gerade für den zweiten Begriff gibt es mehrere Auswahlmöglichkeiten an Übersetzungsäquivalenten, wobei sich aber das „technical“ nicht auf „technisch“ bezieht, sondern auf „berufsbezogen“ – weshalb in weiterer Folge der Analyse diese Schulen als berufsbildende höhere (BHS) bezeichnet werden. „Secondary school“ wird mit allgemeinbildende höhere Schule (AHS) übersetzt.

Untersuchen wir nun die beiden Karten, welche den Anteil der Schüler an der Gesamtbevölkerung abbilden. Der Entschluss, die Schüleranzahl in einem prozentualen Verhältnis zur Bevölkerung darzustellen, liegt an der Möglichkeit, dass bei Relativzahlen die Ergebnisse der Bezirke miteinander vergleichbar sind. Da im demographischen Jahrbuch eine Gruppe der 15- bis 20- jährigen nicht ausgewiesen wird, muss als relative Größe auf die Gesamtbevölkerung zurückgegriffen werden.

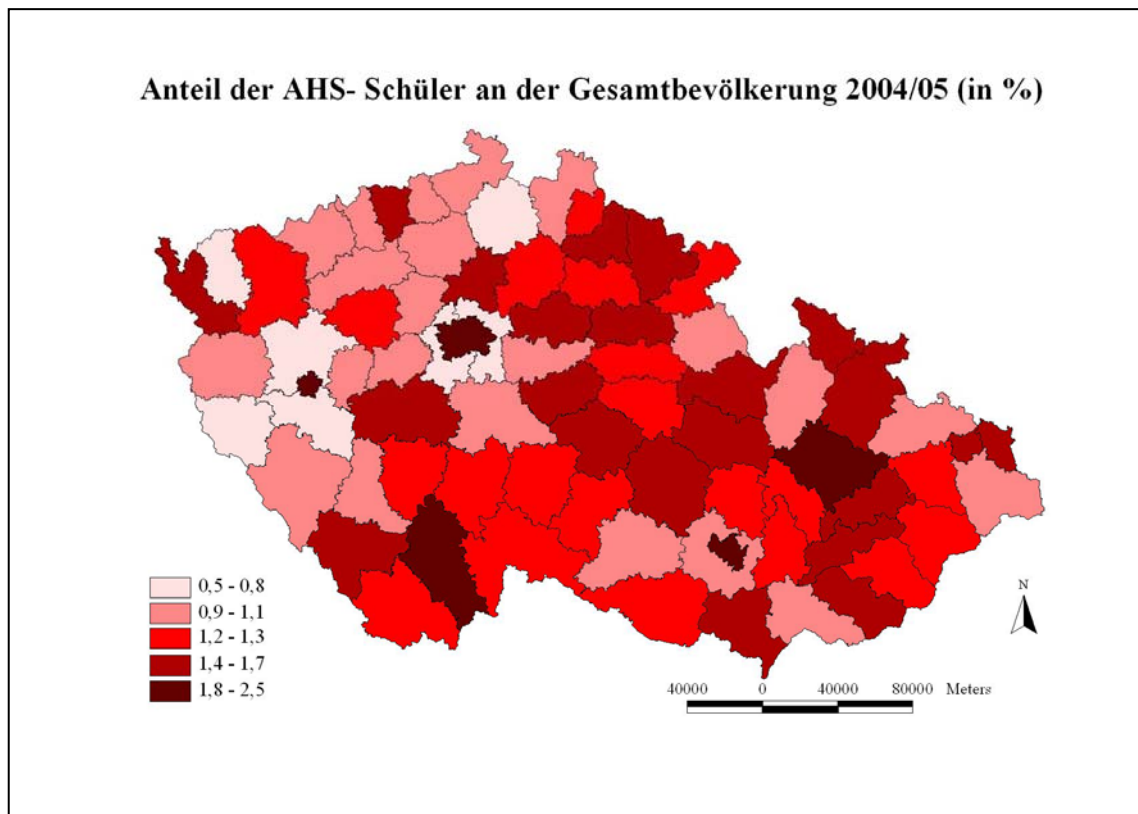


Abbildung 16: Anteil der AHS- Schüler an der Gesamtbevölkerung 2004/05 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office 2004a; eigene Erstellung)

Im Vergleich zu den untersuchten ökonomischen Disparitäten fallen bei dieser Graphik keine derart gravierenden Unterschiede zwischen den Bezirken mit Randlage und jenen im Zentrum Böhmens auf. Dennoch gibt es Diskrepanzen zwischen den Bezirken. Den größten Anteil von AHS-Schülern an der Gesamtbevölkerung weisen die Bezirke Brünn, Pilsen, Prag, Budweis und Olmütz auf. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um die regionalen Zentren der jeweiligen Regionen. Schlusslichter bilden dafür die Umlandbezirke von Prag und Pilsen. Dies führt zum Schluss, dass sich das Bildungsangebot in den städtischen Zentren konzentriert und die Schüler aus den Umlandbezirken täglich an ihren Schulstandort pendeln. Insgesamt ergibt sich durch die Karte das Bild eines geringeren Anteils an Schülern im Westen, vor allem in den Bezirken der Pilsener Region.

Ob die räumliche Struktur im Bereich der BHS ähnlich ist, soll die folgende Karte veranschaulichen.

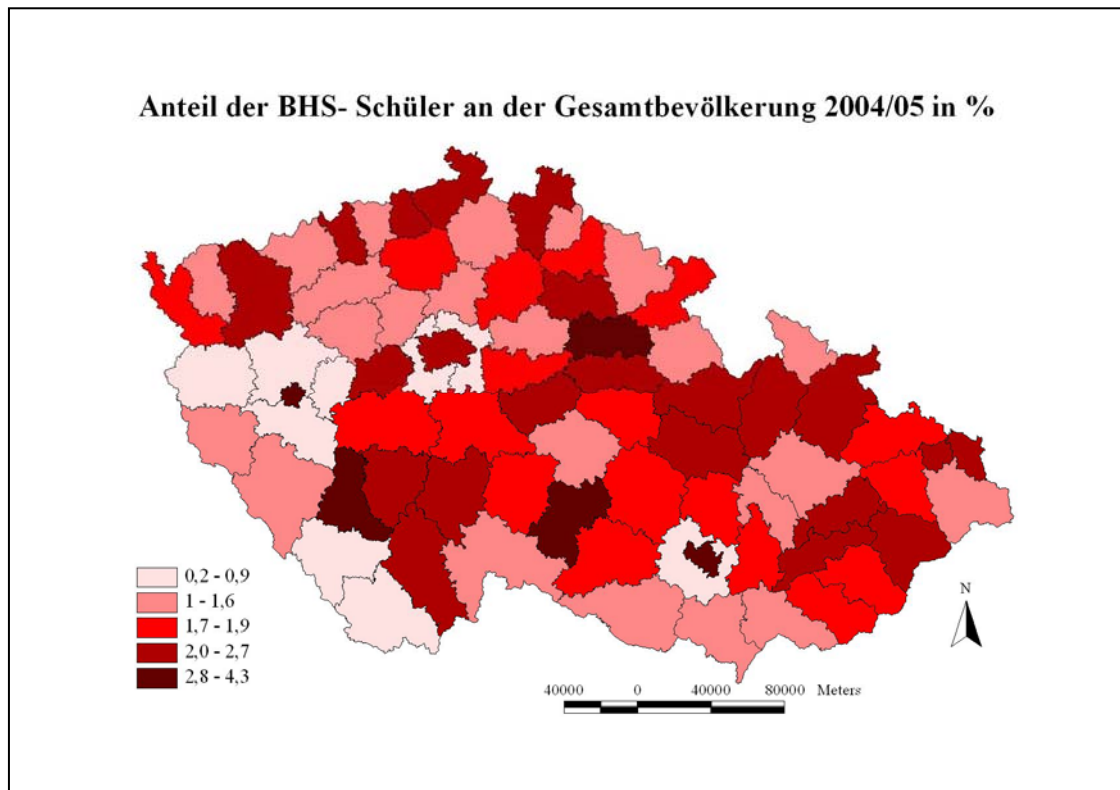


Abbildung 17: Anteil der BHS- Schüler an der Gesamtbevölkerung 2004/05 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office 2004a; eigene Erstellung)

Bezüglich der geringen Anteile sind es wieder die Umlandbezirke der Zentren, welche die niedrigsten Werte aufweisen. An der Spitze liegen wiederum die Bezirksstädte, nämlich Pilsen, Iglau, Brünn und Karlsbad, sowie Aussig. Spannend in diesem Zusammenhang ist, dass nur Pilsen und Brünn im Anteil von AHS- *und* von BHS-Schülern die vorderen Plätze belegen. Ansonsten ergibt sich eher das Bild, als würden sich die unterschiedlichen Zentren je auf einen Typ, also entweder AHS *oder* BHS in ihrem Angebot „spezialisieren“. Insgesamt ergibt sich eine schwächere Entwicklung in den Bezirken der Südböhmischen und der Pilsener Region. Zusätzlich scheinen die Bezirke mit äußerer Randlage in Summe eher zu jenen mit geringeren Anteilen von Schülern an Sekundarschulen zu zählen. Dies lässt die Vermutung aufkommen, dass im Bereich Bildung räumliche Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie existieren und diese zu einer ungleichen Verteilung von Bildungs- und somit Berufschancen der jungen tschechischen Bevölkerung führen. Es spielt also statistisch gesehen für die

Wahrscheinlichkeit des Besuches einer bildenden höheren Schule eine Rolle, in welchem Bezirk ein Jugendlicher wohnt. Wie die Spezialisierung der Bezirke auf gewisse Schultypen gezeigt hat, wird nicht nur die Frage „ob“ man eine Schule der Sekundarstufe besuchen wird, sondern auch die Frage „welche?“ unter anderem durch den Wohnort – also eine räumliche Komponente – bestimmt. Insofern kann man also nicht behaupten, dass in Tschechien das Bildungsangebot gleichmäßig verteilt scheint. Gerade der niedrige Bildungsanteil in den Randbezirken Krumau, Prachatitz, Klattau, Taus und Tachau im Nordwesten des Landes kann in späterer Folge zu einer gesteigerten Arbeitslosigkeit führen, nämlich dann, wenn nur die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern steigt und nicht jene nach unqualifizierten. (Czech Statistical Office 2004a)

Nun soll die Frage, ob es sich dabei um eine aktuelle Entwicklung handelt oder diese Differenzen bereits seit Beginn der Tschechischen Republik bestehen, Gegenstand der weiteren Analyse sein. Dazu wurden die Anteile der Schüler an AHS und BHS an der Gesamtbevölkerung für die Jahre 1992, 1996, 2001 und 2005 untersucht. Eingangs muss erwähnt werden, dass in Tschechien die Zahl der Schüler an Sekundarstufen traditionellerweise hoch ist, ebenso wie die Zahl jener, die einen Abschluss in diesem Schultyp erwerben. Dieser Trend scheint sich auch in Zukunft fortzusetzen. (OECD 2006) Auch der vergleichsweise unterdurchschnittliche Anteil von Schülern an Schulen der Sekundarstufe in den Umlandbezirken ist kein neuer Trend, sondern besteht bereits seit dem frühesten Untersuchungsjahr, nämlich 1992. Bemerkenswert ist außerdem, dass die Bezirksstädte, die im Jahr 2001 im Anteil an Schülern herausragten, bereits seit der Gründung der Republik diese Stellung einnahmen. Dies gilt für Brünn, Pilsen, Olmütz und Karlsbad, um die wichtigsten Beispiele zu nennen.

Blickt man nun noch auf die anderen Bezirke mit hohen Werten, lassen sich einige Änderungen feststellen. Während im Jahr 1992 vermehrt Bezirke im Süden (wie etwa Prachatitz, Wischau oder Strakonitz) und Norden (beispielsweise Eger oder Semil) unter den führenden in den Anteilen an Schülern der Sekundarstufe waren, fällt besonders seit dem Jahr 2001 eine Stärkung der Bezirke mit östlicher Lage auf. Fand man unter den besten zehn Bezirken im Jahr 1992 nur den Bezirk Jitschin aus der Mährisch-Schlesischen Region, waren es im Schuljahr 2003/04 bereits drei, nämlich Prerau, Trautenau und Kremsier. (Czech Statistical Office 1993, 1997, 2002a, 2006b)

Interpretiert man diese Entwicklungen, so kann angenommen werden, dass Bildung und Ausbildung als eine Möglichkeit wahrgenommen wird, benachteiligte Gebiete zu fördern. Diese Entwicklung ist durchaus positiv zu bewerten, denn gerade in einer hoch entwickelten Gesellschaft mit einem breiten Anteil der Wirtschaftstätigkeit am tertiären Sektor ist die Ausbildung ein entscheidender Faktor, der über die zukünftige Entwicklung eines Gebietes entscheiden kann. Natürlich muss berücksichtigt werden, dass gerade im Bereich der Ausbildung Ergebnisse und mögliche Verbesserungen erst mit größerer zeitlicher Verzögerung feststellbar sind. Es wird sich also in den nächsten Jahren zeigen, ob die bessere Ausbildung der Bevölkerung im Bereich der Sekundarstufe in den benachteiligten Gebieten Tschechiens dazu beigetragen hat, einen Chancenausgleich zwischen der Bevölkerung einzuleiten und somit die Zukunftsperspektiven im östlichen Landesteil insgesamt zu verbessern. (Czech Statistical Office 1993, 1997, 2002a, 2006b)

Neben den guten Entwicklungen im Osten müssen noch die beiden „Sorgenkinder“ erwähnt werden: einerseits betrifft das die Randbezirke der Südböhmischen und der Pilsener Region. Gerade hier handelt es sich um Gebiete, die in der Untersuchung der wirtschaftlichen Indikatoren durchaus gute Positionen einnahmen. Selbst wenn die Schulbildung nicht als einzige Erklärung für die Entwicklung einer Region dienen kann, so könnte es dennoch sein, dass sich diese gute Stellung auch aufgrund der guten Schulausbildung der früheren Generation ergab, die, wie bereits erwähnt, zu Beginn der Tschechischen Republik vorhanden war. Ob sich der Rückgang des Anteils der Bevölkerung an Schulen der Sekundarstufe tatsächlich auf die wirtschaftliche Situation auswirken wird, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Als zweites benachteiligtes Gebiet möchte ich hier den Norden einstufen. Die betroffenen Bezirke Eger und Semil wiesen ebenfalls im Jahr 1992 landesweit überdurchschnittlich hohe Werte auf. Da es sich bei den Bezirken des Nordens um strukturschwache Gebiete mit einer hohen Arbeitslosigkeit handelt, müsste noch stärker der Versuch unternommen werden, den Bildungsanteil langfristig zu erhöhen. (Czech Statistical Office 1993, 2006b)

5.1.3 Die tschechische Hochschulbildung

Dieser Abschnitt widmet sich der Hochschulausbildung in der Tschechischen Republik. Nachdem Hochschulen in der Regel nur in den größeren Städten errichtet werden, soll an dieser Stelle keine genaue Untersuchung zwischen den Bezirken erfolgen, da dies keine Interpretationsmöglichkeiten aufwirft. Trotzdem sollen gravierende Unterschiede zwischen den Bezirksstädten dargestellt werden und welche mögliche Auswirkungen diese auf die Verstärkung oder die Abschwächung sozialräumlicher Disparitäten haben könnten.

Insgesamt gibt es in Tschechien 24 öffentliche Universitäten, davon befinden sich 8 in Prag, was einem Drittel entspricht, und weitere fünf in Brünn. In drei Regionen, nämlich in der Königgrätzer Region, der Mittelböhmisches Region und der Bergland-Region existiert die Möglichkeit einer Hochschulausbildung an einer Universität nicht. Dies kann als Nachteil für jene genannten Regionen gesehen werden, da die Bevölkerung auf der Suche nach einer tertiären Ausbildung gezwungen ist, auf eine andere Region „auszuweichen“, was üblicherweise mit einem Humankapitalabfluss in enger Verbindung steht, denn nicht jeder Student kehrt nach seiner Studienzeit zurück an seinen früheren Wohnort.

Nachdem die Zahl der Studierenden erst seit dem Jahr 2002/03 statistisch erhoben wird, soll hier nur rudimentär auf die Entwicklung der Anzahl der Studierenden eingegangen werden. In Summe stieg die Zahl der Studierenden zwischen den Studienjahren 2002/03 und 2004/05 von 215.103 auf 274.962 Personen. Dabei ist der Anstieg an der Universität in Zlin und der Prager Universität für chemische Technologien am größten. (Czech Statistical Office 2003a, 2005b)

In einem weiteren Schritt soll nun die Gesamtbevölkerung nach ihrem höchsten Bildungsabschluss untersucht werden. Das tschechische Amt für Statistik führt die Erhebung zwar nur auf Ebene der Regionen durch, dennoch kann man dadurch Rückschlüsse ziehen, ob sich die Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss auch im späteren Erwerbsleben räumlich in den Studienorten konzentriert, oder ob es gewisse Wanderungsprozesse gibt, die zu einer Diffusion von Wissen führen.

Mit Hilfe der folgenden Graphik soll die zeitlich ungleiche Entwicklung zwischen den Regionen veranschaulicht werden. Sie stellt den Anteil der tertiären Erwerbsbevölkerung, also jener Bevölkerung mit einem Abschluss an einer Hochschule

oder Fachhochschule, an der gesamten Erwerbsbevölkerung dar. Die Erwerbsbevölkerung in dieser Statistik erfasst jene Personen, welche zum Erhebungszeitpunkt das Alter von 15 Jahren erreicht oder überschritten haben.

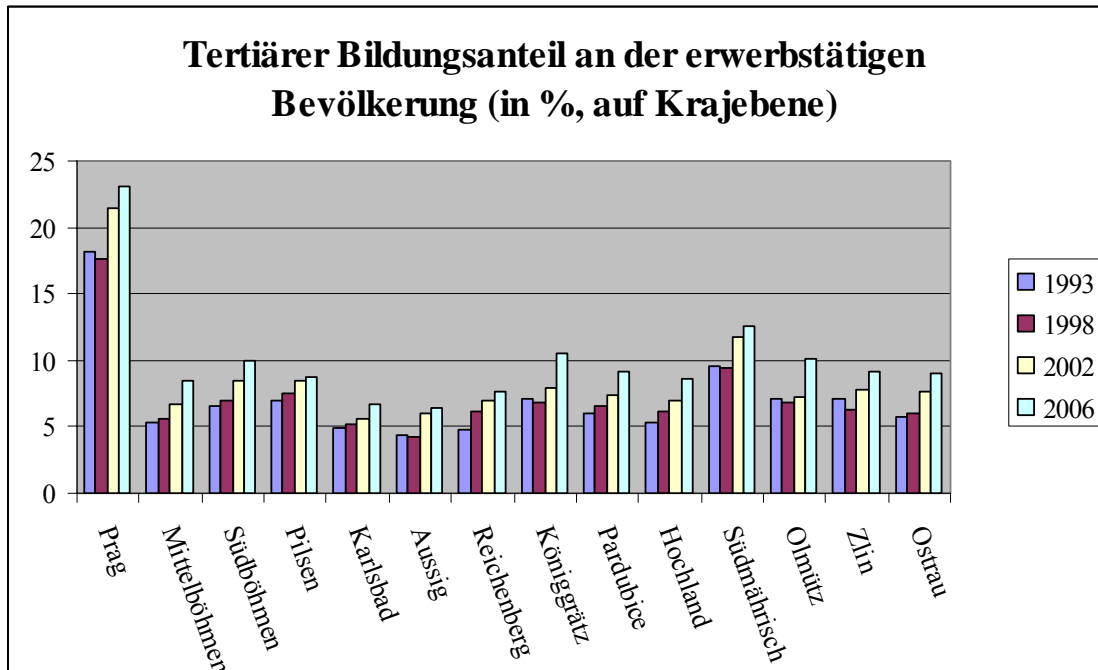


Abbildung 18: Tertiärer Bildungsanteil an der erwerbstätigen Bevölkerung (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2003b, 2007n)

Wieder einmal sticht die Hauptstadt Prag in ihrer herausragenden Position hervor. Mit einem Anteil von knapp über 23% im Jahr 2006 führt die Hauptstadt uneinholbar die Spitze an. An zweitem Platz liegt in allen Untersuchungsjahren die Südmährische Region mit Brünn als ihrem Zentrum. Somit scheint es also einen Zusammenhang zwischen einem höheren Anteil an einer Erwerbsbevölkerung mit Hochschulabschluss und dem Standort von Hochschulen zu geben, da, wie bereits erwähnt, es genau jene beiden Regionen sind, die zusammen 50% der tschechischen Hochschulen in ihrer Region wissen. Neben der allgemeinen Entwicklung der Zunahme der Bevölkerung mit tertiärem Bildungsabschluss in sämtlichen Regionen, zeigt sich überdies eine räumlich ungleiche Verteilung. Besonders die nordwestlichen Regionen Karlsbad und Aussig weisen seit jeher einen niedrigen Anteil auf. Gegen die Annahme, dass der Universitätsstandort allein als Erklärung für die sich räumlich unterschiedlich präsentierenden Anteile dient, spricht die Tatsache, dass der Anteil zwar in den beiden Regionen ohne Hochschule, nämlich Bergland und der Mittelböhmischen Region, deutlich hinter dem Durchschnitt bleibt, dieser Zusammenhang jedoch für die Region

Königgrätz nicht zutrifft. Obwohl es in dieser Region keine öffentliche Hochschule gibt, liegt der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung mit tertiärem Bildungsabschluss im Jahr 2006 bei 10,47%, was ihm den dritten Rang in der Republik einbringt.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle also festgehalten werden, dass es zwar einen Zusammenhang zwischen dem Standort von Universitäten und dem Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss an einer Hoch- oder Fachhochschule zu geben scheint, es daneben aber auch noch andere Einflüsse geben muss, welche die niedrigen Werte der Bezirke Aussig, Karlsbad und Reichenberg erklären könnten. Hier sei auf ein Ergebnis der Untersuchung der ökonomischen Disparitäten hingewiesen, nämlich auf die nordböhmischen Regionen als frühere Industriestandorte, in welchen eine tertiäre Ausbildung vor dem Restrukturierungsprozess bei der Ergreifung eines Berufes obsolet gewesen war. Dennoch besteht die Gefahr der Verstärkung der negativen Entwicklung, da die Weiterentwicklung einer Region auch von der Innovation der Bildungselite bestimmt wird. Eine andere Erklärung für die niedrige Akademikerquote an der erwerbstätigen Bevölkerung könnte im Wanderungsverhalten liegen: so könnte es zwar sein, dass ein gewisser Anteil der Bevölkerung der Regionen Karlsbad und Aussig einen tertiären Bildungsabschluss erreicht, die sich dadurch ergebenden Berufsaussichten befinden sich aber außerhalb des Bezirkes, beispielsweise in Prag, was in weiterer Folge zu einem Wohnortwechsel und somit zu einem Abfluss von Humankapital führt. Insgesamt bilden die nördlichen Bezirke Tschechien ein weiteres Mal das Schlusslicht. Die Vermutung liegt nahe, dass auch der Faktor Bildung zu keiner positiven Entwicklung in den genannten Gebieten beitragen wird.

Eine wichtige Erkenntnis ist außerdem, dass die östlichen Regionen, welche bereits hohe Anteile an Schülern im Bereich der Sekundarstufe aufwiesen, ebenfalls im tertiären Bildungsbereich durchaus überdurchschnittlich hohe Werte erreichen. Dies legt die Vermutung nahe, dass in weiterer Zukunft die Anteile in den besagten Regionen weiterhin steigen wird, da davon auszugehen ist, dass ein gewisser Anteil der Schüler einer Sekundarschule in weiterer Folge ein Studium anstreben wird. Als persönliche Einschätzung sei hier erwähnt, dass es durch eine erfolgreiche Bildungspolitik den drei östlichen „Problemregionen“, als welche sie in Kapitel 4 dargestellt wurden, gelingen kann, ihre Situation zu verbessern.

5.2 Die Säuglingssterblichkeit

Ein wichtiger und in vielen Studien zur Untersuchung sozialräumlicher Ungleichheiten herangezogener Indikator ist die Säuglingssterblichkeit. In diesem Abschnitt soll zunächst dargelegt werden, welche Zusammenhänge zwischen der Säuglingssterblichkeit und ökonomischen und sozialen Determinanten von Autoren genannt werden, um dann die zeitliche Entwicklung in Tschechien zu untersuchen. Abschließend erfolgen eine räumliche Analyse der aktuellen Situation und mögliche Erklärungsversuche, die sich mit Hilfe der Forschungsliteratur aus Kapitel 5.2.1 ergeben werden.

5.2.1 Definitionen und theoretische Konzepte in der Säuglingssterblichkeitsforschung

Beginnen wir zunächst mit einer Definition des zentralen Begriffes dieses Abschnittes. Die Rate der „rohen“ Säuglingssterblichkeit setzt sich aus der Anzahl der in einem Betrachtungszeitraum (meist im ersten Lebensjahr) gestorbenen Säuglinge geteilt durch die Anzahl der im selben Zeitraum Lebendgeborenen zusammen, angegeben in Promillen. (Sator 1979)

Die Vergleichbarkeit zwischen Staaten ist in vielen Fällen aufgrund des Heranziehens unterschiedlicher Definitionen nicht möglich, wobei das auch an der vagen Definition der WHO liegt, nach welcher „any sign of life“ ausreicht, um das Kind zu den Lebendgeborenen zu zählen. Innerhalb eines Staates wird jedoch mit denselben Kategorien gearbeitet, was einen Vergleich ermöglicht. (Sator 1979)

Nicht nur möglich sondern auch sinnvoll scheint der Vergleich zwischen Einheiten innerhalb eines Staates, wie in dieser Arbeit zwischen den Bezirken Tschechiens, da eine ungleiche Verteilung der Säuglingssterblichkeit eine Erklärungsmöglichkeit für unterschiedliche soziale Chancenverteilungen im Raum bietet. Die wichtigsten Determinanten in diesem Zusammenhang sollen nun in Kürze skizziert werden.

Die erste Determinante, die Pelger (2005) in ihrer Diplomarbeit nennt, ist die **demographische**. Nach dem Modell von Corman/Grossman (1984) besteht zwischen der relativen Geburtenhäufigkeit und der Säuglingssterblichkeit ein negativer Zusammenhang, da durch kurze Geburtenabstände Zusatzrisiken entstehen. Diese Annahme wird in der Literatur durchaus konträr diskutiert, nachdem das

Geburtenniveau in Tschechien aber traditionell niedrig ist, soll auf die Benennung der Pro- und Kontraargumente verzichtet werden. Als zweite Determinante rückt der *wirtschaftliche* Aspekt in den Fokus der Betrachtung. So zeigt eine Darstellung vom Einkommen und der Rate der Säuglingssterblichkeit, herausgegeben von der Weltbank (2001), einen negativen Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen. Ähnliches gilt für die Arbeitslosigkeit. Argumentiert wird dabei, dass ein höheres Einkommen, welches durch die Erwerbstätigkeit erzielt wird, eine bessere Gesundheit bedingt. In den Bereich der wirtschaftlichen Determinanten können auch noch andere Faktoren hinzugezählt werden (Pelger 2005), die beiden eben genannten erscheinen aber im Zuge dieser Diplomarbeit als besonders spannend, da sie „Protagonisten“ im Kapitel 4 waren und somit direkt überprüft werden kann, ob im Falle Tschechiens ein Zusammenhang zwischen diesen Faktoren besteht.

Pelger (2005) nennt auch die Luftverschmutzung als eine wirtschaftliche Determinante, welche aber meines Erachtens einer gesonderten, nämlich der *ökologischen*, Kategorie zugeschrieben werden kann. Chay (1999) konnte in seiner Untersuchung in den USA einen positiven Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Säuglingssterblichkeit nachweisen, da demnach durch Emissionen über die Mütter auch die Föten geschädigt werden können.

Beeinflusst werden kann die Säuglingssterblichkeit auch durch *soziosomatische* Faktoren, das sind Risiken, die seitens der werdenden Mutter eingegangen werden, wie beispielsweise der Konsum von Tabak, Alkohol oder Medikamenten. (Sator 1979) Angemerkt sei hier, dass diese Faktoren als statistische Größe nur sehr schwer feststellbar sind und in weiterer Folge nicht näher untersucht werden können, da bei einer derartigen Untersuchung der Blick auf die Haushaltsebene gerückt werden müsste, um den sozialen Hintergrund der Eltern mit zu berücksichtigen.

Als letzten wichtigen Bereich sei die *medizinisch- infrastrukturelle* Determinante genannt, die statistisch betrachtet einen Einfluss auf die Säuglingssterblichkeit ausübt. (Pelger 2005) Untersucht werden kann diese Beeinflussung beispielsweise an der räumlich differierenden Ärztedichte. Ob sich tatsächlich ein Zusammenhang konstatieren lässt, wird sich in Kapitel 5.4 zeigen.

Es gibt also eine Vielzahl an möglichen Determinanten, welche die räumliche Verteilung der Säuglingssterblichkeit beeinflussen können. Inwiefern diese Beziehung

auch in Tschechien feststellbar ist, soll Gegenstand dieses fünften Kapitels der Diplomarbeit sein.

5.2.2 Zeitlicher Entwicklungsverlauf der Säuglingssterblichkeit

Vorab muss angemerkt werden, dass gerade bei der Säuglingssterblichkeit starke Zufallsschwankungen existieren, was eine Vergleichbarkeit zwischen den Jahren erschwert. Eine Möglichkeit der Umgehung dieses Problems bestünde in der Aufbereitung der Daten als Durchschnittswerte zwischen zwei aufeinander folgenden Jahren. Nachdem die Daten nur in drei-Jahres-Intervallen vorliegen, ist dies allerdings nicht möglich. Eben deshalb wird an einer graphischen Aufbereitung der Jahre 1991, 1994, 1997, 2000 und 2003 verzichtet, um einer möglichen Fehlinterpretation vorzubeugen. Dennoch ist es durch eine Analyse der zeitlichen Entwicklung möglich, jene Bezirke ausfindig zu machen, die in allen Untersuchungsjahren hohe oder niedrige Werte in der Rate der Säuglingssterblichkeit aufweisen und von welchen daher ausgegangen werden kann, dass es sich um keine statistischen Ausreißer handeln wird. Als klare Tendenz ist in Tschechien eine Reduktion der Säuglingssterblichkeit feststellbar. Während der Median, also jener Wert, der die Grenze zwischen den beiden Hälften beschreibt, im Jahr 1991 noch bei 18,8‰ lag, halbierte er sich bis ins Jahr 2006 auf 9,3‰. Der Median wird hier gegenüber dem Mittelwert bevorzugt, da ihn statistische Ausreißer, die, wie beschrieben, hier häufiger auftreten, nicht derart stark verfälschen. Analysiert man nun auch die Extremwerte, so kommt es sowohl bei den Minima zu einer Abnahme von 4,6‰ auf 1,0‰ im besagten Zeitraum, als auch bei den Maxima von 10,1‰ auf 3,6‰. Dennoch scheint die Reduktion auf ein Viertel bei den Minimum-Werten deutlicher voranzuschreiten als jene der Maximum-Werte, die sich im Betrachtungszeitraum nur halbieren konnten. (Czech Statistical Office 1992, 1995, 1998, 2001, 2004a, 2007c) Dies dient als erster Hinweis dafür, dass benachteiligte Bezirke ihre Position zwar verbessern konnten, aber nicht so stark wie das im Durchschnitt der Fall war. Somit kann behauptet werden, dass es bei der Säuglingssterblichkeit zu einer Zunahme der räumlichen Disparitäten im zeitlichen Verlauf kam.

Nun soll herausgefunden werden, ob es trotzdem Bezirke oder zumindest Regionen gibt, die in ihrer Säuglingssterblichkeit zu den verschiedenen Untersuchungszeiträumen einen ähnlichen Rang einnehmen.

Für das Jahr 1991 ergibt sich das Bild, dass es vorwiegend Bezirke in Mähren (wie beispielsweise Zlin oder Troppau), sowie einige in der Pilsener Region sind (etwa Pilsen-Nord, Pilsen-Süd und Klattau), in welchen die Säuglingssterblichkeit gering ist. Hohe Werte weisen dafür besonders jene Bezirke im Norden des Landes, also in den Regionen Karlsbad, Aussig, Reichenberg und Königgrätz auf. Als Beispiele seien die Bezirke Tetschen, Laun und Eger genannt. Auffällig an der räumlichen Verteilung ist, dass vier der fünf Bezirke mit der höchsten Säuglingssterblichkeit Grenzbezirke sind. Diese Struktur interpretierend, kann man von einer schlechteren ärztlichen Versorgung in peripheren Gebieten Tschechiens sprechen. (Czech Statistical Office 1992)

An der räumlichen Verteilung hat sich auch im Jahr 1994, neben einem allgemeinen Rückgang, nur sehr wenig geändert. Räumlich konzentrieren sich die Bezirke mit einer unterdurchschnittlichen Säuglingssterblichkeit in den Regionen Zlin, Pilsen, Olmütz und Bergland. Neben den bereits 1991 dargestellten Problembezirken in den Regionen Karlsbad, Aussig, Reichenberg und Königgrätz gibt es jedoch auch in etlichen Bezirken der Mittel- und der Südböhmischen Region Bezirke mit einer überhöhten Rate. Wieder ist ein Zusammenhang zwischen Grenznähe und hoher Säuglingssterblichkeit erkennbar: 9 der 16 Bezirke mit der höchsten Säuglingssterblichkeit sind Grenzbezirke. Besonders betroffen sind die Bezirke Nordböhmens, nämlich Karlsbad, Teplitz, Tetschen, Böhmisches-Leipa, Semil und Tachau, die Bezirke Südböhmens, besonders Prachatitz und Neuhaus, sowie die beiden nordmährischen Bezirke Wildenschwert und Mährisch-Schönberg. Auch im Jahr 1994 gibt es also sozialräumliche Disparitäten in Bezug auf die Säuglingssterblichkeit: die hohen Werte der genannten Bezirke weisen auf ein deutliches Zentrum-Peripherie-Gefälle und einer Benachteiligung der Grenzbezirke hin. (Czech Statistical Office 1995)

Ein stark verändertes Bild ergibt das Jahr 1997, welches sich durch eine besonders starke Abnahme der Säuglingssterblichkeit in den Bezirken Reichenbergs, sowie in einigen der Mittelböhmischen Region darstellt, wobei allerdings angemerkt werden soll, dass die Abnahme in Mittelböhmen schon 1994 einsetzte und in diesem Jahr bereits statistisch erkennbar war. Hingegen sind es die Bezirke im Osten Tschechiens, in welchem der relative Anstieg im Vergleich zum Rest des Landes hervorsticht. Betroffen

von dieser Entwicklung sind die Bezirke in der Mährisch-Schlesischen Region, sowie den Regionen Olmütz, Zlin und Bergland, wobei letztere Region als Ausreißer angesehen werden muss, da die Bezirke sowohl im Jahr 1994 als auch im Jahr 2000 mehrheitlich unter dem Median liegen. Schlecht bleibt die Lage wiederum im Norden in den Bezirken der Regionen Karlsbad und Aussig.

Insgesamt kann man von einer niedrigeren Säuglingssterblichkeit und somit von einer möglichen besseren Versorgung in Zentralböhmen sprechen. Als einige Beispielbezirke sollen Rakonitz, Beraun, Rokitzan, Tabor, Kolin und Reichenberg genannt werden. Zusätzlich entsteht in Südmähren ein weiteres Gebiet mit niedrigen Raten der Säuglingssterblichkeit, nämlich in den Bezirken Lundenburg, Brünn-Umgebung und Proßnitz. Im Gegensatz zu den beiden „Gunsträumen“ Zentralböhmen und Südmähren gibt es aber auch „Ungunsträume“, die, wie bereits in den beiden Untersuchungsjahren davor, an der Grenze Tschechiens liegen, wie etwa in den Bezirken Brüx und Gräfenberg. Die „Ungunsträume“ befinden sich wieder in den Randgebieten, also der Peripherie, während die „Gunsträume“ im Herzen Tschechiens liegen. (Czech Statistical Office 1998)

Das Jahr 2000 ist von einer langsamen Anpassung auf ein ähnliches Niveau der Säuglingssterblichkeit zwischen den Bezirken gekennzeichnet. Während es in den beiden Bezirken Eger und Falkenau (Karlsbadener Region) zu einer Verbesserung der Situation kommt, weisen die Bezirke in der Aussiger Region, besonders die Bezirke Tetschen und Brüx, nach wie vor hohe Werte auf. Niedrig bleibt die Säuglingssterblichkeit nach wie vor in jenen Bezirken, welche bereits seit dem Jahr 1994 genannt wurden. Neben der Annäherung auf ein gemeinsames Niveau fällt außerdem auf, dass im Jahr 2000 nur mehr die Grenzbezirke Tetschen, Brüx und Karlsbad hohe Raten der Säuglingssterblichkeit aufweisen. Diese Entwicklung kann als eine Verbesserung der peripheren Bezirke und einem möglichen Disparitätenausgleich zwischen den Bezirken mit Randlage und jenen im Zentrum Tschechiens und somit als Schritt in die richtige Richtung gewertet werden. (Czech Statistical Office 2001)

Bis zum Jahr 2003 nahm die Säuglingssterblichkeit besonders in den Bezirken der Südböhmischen Regionen ab, Prag-Ost, Jungbunzlau, Kolin und Rakonitz sind vier der insgesamt 8 Bezirke Tschechiens mit einem Wert von unter 2,1%. Interessant ist auch die Entwicklung eines „Gürtels“, der sich von Taus in den Osten bis nach Wildenschwert zieht, welcher eine niedrige Säuglingssterblichkeit aufweist. Schlechter

ist die Situation in den nördlichen und nordöstlichen Bezirken, wie etwa Eger, Falkenau, aber auch im Süden in den Bezirken Budweis, Neuhaus, Znaim, Lundenburg und Göding, sowie im Osten Tschechiens, etwa in den Bezirken Wjesetin, Friedeck-Mistek, Troppau, Freudenthal und Gräfenberg. Wieder sind also die Grenzbezirke jene mit einer hohen Säuglingssterblichkeit. Besonders Südmähren hat seine Position in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Insgesamt scheint es bis ins Jahr 2003 zu einer Zentralisierung der medizinischen Versorgung gekommen zu sein, da nun in sämtlichen Grenzbezirken die Säuglingssterblichkeit erhöht ist. Dies führte offensichtlich zu einer Benachteiligung der Peripherie und ein weiteres Mal zu einer Stärkung des Zentrums. (Czech Statistical Office 2004a)

Fasst man nun die Entwicklungen in der Tschechischen Republik noch einmal zusammen, so muss festgehalten werden, dass trotz der Gefahr von statistischen Zufallsschwankungen durchaus räumliche Regelmäßigkeiten beobachtbar sind. So ist eindeutig eine Persistenz einer hohen Säuglingssterblichkeit im Norden und Nordwesten des Landes auszumachen. Zwischen den Jahren 1994 und 1997 kam es zu einer klaren Verschiebung, welche dazu führte, dass in den Bezirken an der Landesgrenze die relative Wahrscheinlichkeit der Säuglingssterblichkeit zugenommen hat, während sie im Zentrum des Landes zurückging. Insgesamt muss also von einer Verstärkung der sozialräumlichen Disparitäten hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit ausgegangen werden, welche zu einer Benachteiligung der Peripherie und der Stärkung der Bezirke im Zentrum Böhmens führte.

Bevor nur der Blick auf die aktuelle Lage geworfen wird, sei noch erwähnt, dass zu keinem der Untersuchungszeitpunkte ein Zusammenhang zwischen Urbanität und der Säuglingssterblichkeit nachweisbar war.

5.2.3 Aktuelle Situation möglicher räumlicher Disparitäten der Säuglingssterblichkeit

Die Entwicklungen zwischen 1991 bis 2003 berücksichtigend, sind im Jahr 2006 keine gravierenden Änderungen oder sprunghaften Entwicklungen in den Bezirken Tschechiens beobachtbar.

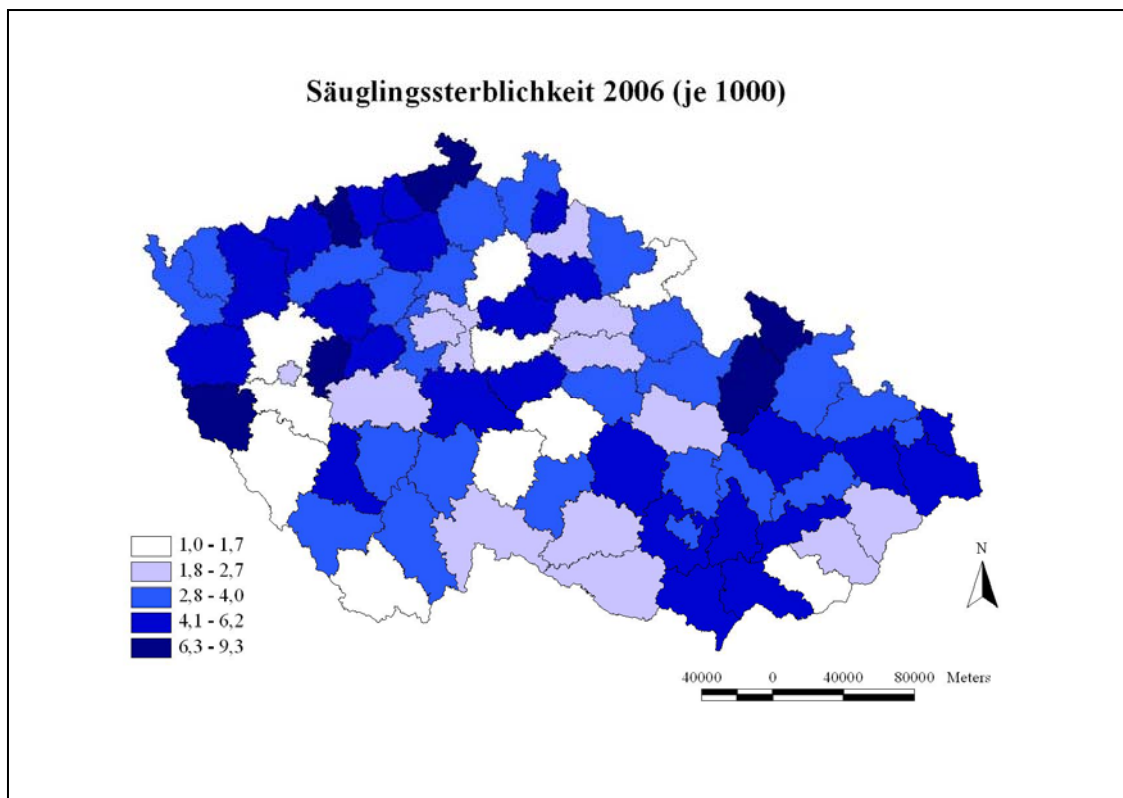


Abbildung 19: Säuglingssterblichkeit 2006 (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007p)

Die hohen Werte der Säuglingssterblichkeit im Norden und Nordwesten, also in den Bezirken der Regionen Karlsbad und Aussig, sowie die beiden Bezirke Rokitzan und Taus der Pilsener Region, setzen sich auch im Jahr 2006 fort. Neben dieser räumlichen Konzentration von Bezirken mit Raten hoher Säuglingssterblichkeit manifestiert sich als zweites Zentrum mit negativen Entwicklungen die östlichen und südöstlichen Bezirke des Landes, gelegen in der Südmährischen Region, sowie in den Regionen Mährisch-Schlesien und Olmütz. Nur die drei Bezirke Ungarisch-Hraditsch, Zlin und Wjesetin können sich von der negativen Tendenz der sie umgebenden Bezirke absetzen und die Rate der Säuglingssterblichkeit im Vergleich zum vorangegangenen Betrachtungszeitpunkt verbessern. Daneben erkennt man anhand der Karte, dass nur in der südmährischen und in der Mährisch-Schlesischen Region die Werte der Bezirksstädte deutlich unter den Raten der Säuglingssterblichkeit der restlichen Bezirke liegen. Dies führt zu der Annahme, dass in den benachteiligten Gebieten die Wahrscheinlichkeit des Todesfalles von Säuglingen mit zunehmender Nähe zum städtischen Zentrum der jeweiligen Region abnimmt. In den übrigen Regionen ist diese Entwicklung nicht feststellbar. Mit einer besonders auffälligen räumlichen Verteilung

muss an dieser Stelle noch die Pilsener Region erwähnt werden, denn zwei ihrer Bezirke, nämlich Rokitzan und Taus, weisen im Landesdurchschnitt die höchsten Säuglingssterblichkeitswerte auf, während andererseits die Bezirke Pilsen-Süd, Pilsen-Nord und Klattau zu den Bezirken mit den niedrigsten Sterblichkeitsraten von Säuglingen gehören. (Czech Statistical Office 2007p)

Wirft man einen eingehenden Blick auf die Abbildung 19, so lassen sich deutliche räumliche Disparitäten in der Säuglingssterblichkeit für das Jahr 2006 ausfindig machen. Es ergibt sich das Bild eines Tschechiens, in dem Bezirke nah oder direkt an der Landesgrenze liegend eindeutig höhere Werte der Säuglingssterblichkeit aufweisen. Diese Verteilung legt in der Interpretation erneut nahe, dass es räumliche Unterschiede zwischen einem besser versorgten Zentrum und einer medizinisch schlechter ausgestatteten Peripherie mit Randlage gibt, welche zu einer höheren Säuglingssterblichkeit führt. Diese Tendenz wurde bereits in den Untersuchungsjahren zuvor festgestellt und hat sich seither auch nicht stark verändert. Zusammenfassend kann die räumliche Verteilung der Säuglingssterblichkeit wie folgt interpretiert werden: Grenzbezirke werden gegenüber von zentralen Bezirken in Böhmen benachteiligt. Neben dieser Zentrum-Peripherie-Disparität weisen zusätzlich jene Bezirke der bereits benachteiligten am Rande Tschechiens liegenden Bezirke eine erhöhte Rate der Säuglingssterblichkeit auf, welche nicht in der Nähe des städtischen Zentrums der Region liegen. Diese schon durch die Randlage benachteiligten Bezirke werden also ein weiteres Mal im Zuge einer Stadt-Land-Disparität in der medizinischen Versorgung benachteiligt.

Wie bereits zu Beginn des Abschnittes 5.2 erwähnt, gibt es einige Faktoren, welche die Rate der Säuglingssterblichkeit beeinflussen. Nun soll anhand einer Status-Quo-Analyse für das Jahr 2006 untersucht werden, ob auch in Tschechien ein Zusammenhang zwischen der Säuglingssterblichkeit und anderen Faktoren, wie beispielsweise der Ärztedichte, dem durchschnittlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung und den Umweltbeeinträchtigungen existiert.

5.3 Die Ärztedichte

Durch die Untersuchung der Ärztedichte können Aussagen über die Verteilung der medizinischen Versorgung und somit über die Verteilung von (Über-) Lebenschancen

gemacht werden. Die Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit medizinischer Güter nimmt durch die Überalterung der Gesellschaft und die damit verbundenen höheren Kosten und der Frage der Finanzierbarkeit konstant zu. Dies gilt auch für den deutschsprachigen Raum, in dem viel Literatur zum Thema Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit zur Verfügung steht. Die Kernthesen und für diese Diplomarbeit wichtigen Theorien sollen an dieser Stelle einleitend vorgestellt werden, bevor die tatsächliche räumliche Verteilung in Tschechien in den Fokus der Betrachtung rückt.

5.3.1 Theorien der Ungleichheit in der Allokation medizinischer Ressourcen

Die Diskussion einer gerechten Gesellschaft kann nicht ohne eine über die gerechte Verteilung medizinischer Ressourcen geführt werden, da soziale Gleichheit in engem Zusammenhang mit einer gerechten Versorgung im medizinischen Bereich steht. Denn Gesundheit ist eben nicht ein „normales“ Konsumgut, das man durch gewisse Opportunitätskosten erwerben kann, vielmehr werden die Gesundheitsgüter zu einem beliebigen (zufälligen) Zeitpunkt seitens der Bevölkerung benötigt. Viele Krankheiten gehen also nicht auf bewusst eingegangene Risiken zurück, sondern unterliegen dem Zufall. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „brute luck“. Mit Hilfe der Krankenversicherungen werden die ungleichen Chancen des Eintretens von Krankheitsfällen gedeckt und verteilt. Mit den Kassenbeiträgen werden ärztliche Einrichtungen finanziert, die jedoch nicht immer gleichmäßig im Raum verteilt werden können. (Dohrn 2005)

Dennoch kommt der gerechten medizinischen Verteilung eine besondere Rolle zu, da sie auch in Gesellschaften, in denen Menschen andere soziale Ungleichheiten tolerieren, mit Priorität behandelt wird. Dies kann unter anderem auch damit zusammenhängen, dass mit einer Krankheit in der Regel eine mehr oder weniger gravierende Einschränkung in den Lebenschancen, also der Realisierung von bestimmten Zielen oder Plänen, stattfindet. Diese Tatsache kann auch als eine soziale Ungleichheit gesehen werden. Ein wichtiges Argument für die Untersuchung der Ärztedichte als Möglichkeit der Messung der sozialräumlichen Disparitäten ist, dass Gesundheitsleistungen auch Lebenschancen bedeuten. Wird der Zugang zu gewissen Leistungen erschwert, verringern sich damit also diese Lebenschancen. (Daniels in Marckmann et al. 2003)

Eine allgemeine Entwicklung im Gesundheitssystem sind die ständig steigenden Kosten. (Anm.: Bedingt durch die besseren, aber kostenintensiveren Behandlungen und die steigende Anzahl an älteren Menschen in der Bevölkerung, welche durchschnittlich öfter medizinische Leistungen nachfragen.) In der Regel finanziert sich das System durch Beitragszahlungen aus dem Volkseinkommen. Nur kann dieses aktuell und in Zukunft oft nicht mit den gestiegenen medizinischen Ausgaben mithalten. Als Fazit bleibt nur die Möglichkeit, Einschränkungen im Gesundheitssystem durchzuführen, entweder werden die Rechte des Zugangs für gewisse medizinische Leistungen gekürzt (die Krankenkasse übernimmt also weniger Kosten) oder aber man kann nur eine bestimmte Anzahl an Patienten behandeln, der Rest muss in Warteposition aushalten. (Dietrich et. al. 2003) Diese Überlegungen zeigen oft auch Auswirkungen auf das räumliche Angebot von medizinischen Leistungen. Ob auch in Tschechien Veränderungen im zeitlichen Verlauf feststellbar sind, soll in Abschnitt 5.3.2 untersucht werden.

Nun soll noch die Frage beantwortet werden, mit welcher statistischen Größe die medizinische Versorgung einer Gebietseinheit gemessen werden kann. Schindl (1977) bezieht sich auf eine WHO Definition, nach welcher ein Staat dann als hoch entwickelt bezeichnet werden kann, wenn für maximal 1000 Personen ein Arzt beschäftigt ist. (in: Langeder 1985)

Langeder (1985) untersucht in ihrer Diplomarbeit den Zusammenhang zwischen der Ärzte- und der Siedlungsdichte in Österreich, wobei sie nach einer Definition der Statistik-Austria zwischen Stadtregionen und Landgebieten unterscheidet. Tatsächlich ist die städtische Bevölkerung für das Untersuchungsjahr 1985 besser versorgt als die den ländlichen Raum bewohnende. Ob diese Entwicklung auch in Tschechien zu beobachten ist, ist nun Gegenstand der nächsten Analyse.

Auch Klose (2007) macht die Versorgungsdichte von Ärzten in Deutschland zum Gegenstand seiner Untersuchung. Sein Resümee lautet, dass es in der Bundesrepublik zwar keinen Mangel an Ärzten gibt, jedoch eine ungleiche räumliche Verteilung die Lebenschancen der Bevölkerung negativ beeinträchtigt. Besonders die ländlichen Gebiete der ehemaligen DDR weist er als Räume auf, in welchen die hausärztliche Versorgung der Bevölkerung nicht gut genug ist und sich bei gleichen Bedingungen auch in Zukunft keine Veränderung einstellen wird.

Ein abschließender theoretischer Aspekt, der an dieser Stelle noch erwähnt werden muss, jedoch im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht weiter berücksichtigt werden kann, ist die Alterung der Bevölkerung und die Verteilungsgerechtigkeit in der Medizin. Da die Zahl der chronisch Kranken höheren Alters zunimmt und die Altenabhängigkeit steigt (also wie viele alte Menschen auf eine Person im erwerbsfähigen Alter kommen), wird es zwangsläufig zu Einsparungen in der medizinischen Versorgung kommen müssen. Eine Diskussion über die Lösung dieser Herausforderungen ist unbedingt notwendig, da sonst die Gefahr eines Generationenkonfliktes und einer zunehmenden Benachteiligung der Alten besteht. (Kollwitz 1999)

5.3.2 Aktuelle räumliche Ungleichverteilung, dargestellt an der Ärztedichte

Wie im vorangegangenen Abschnitt erklärt wurde, bedeutet eine gleiche Verteilung medizinischer Leistungen unter anderem eine bessere Verteilung von Lebenschancen. Diese Tatsache legitimiert die Untersuchung der Ärztedichte Tschechiens in dieser Diplomarbeit, da aufgrund möglicher Ungleichheiten auch Rückschlüsse auf sozialräumliche Ungleichheiten gezogen werden können.

Da eine graphische Darstellung oftmals auf den ersten Blick wichtige Informationen preisgibt, soll auch an dieser Stelle eine Karte den Sachverhalt vorstellen. Dabei wird zwischen der ärztlichen ambulanten und einer stationären Versorgung in den Krankenhäusern unterschieden, da es durchaus für möglich gehalten werden kann, dass das Angebot an Krankenhäusern stärker auf den städtischen Bereich konzentriert ist, während die ambulante medizinische Versorgung durch die Hausärzte gleichmäßig über den Raum verteilt sein sollte.

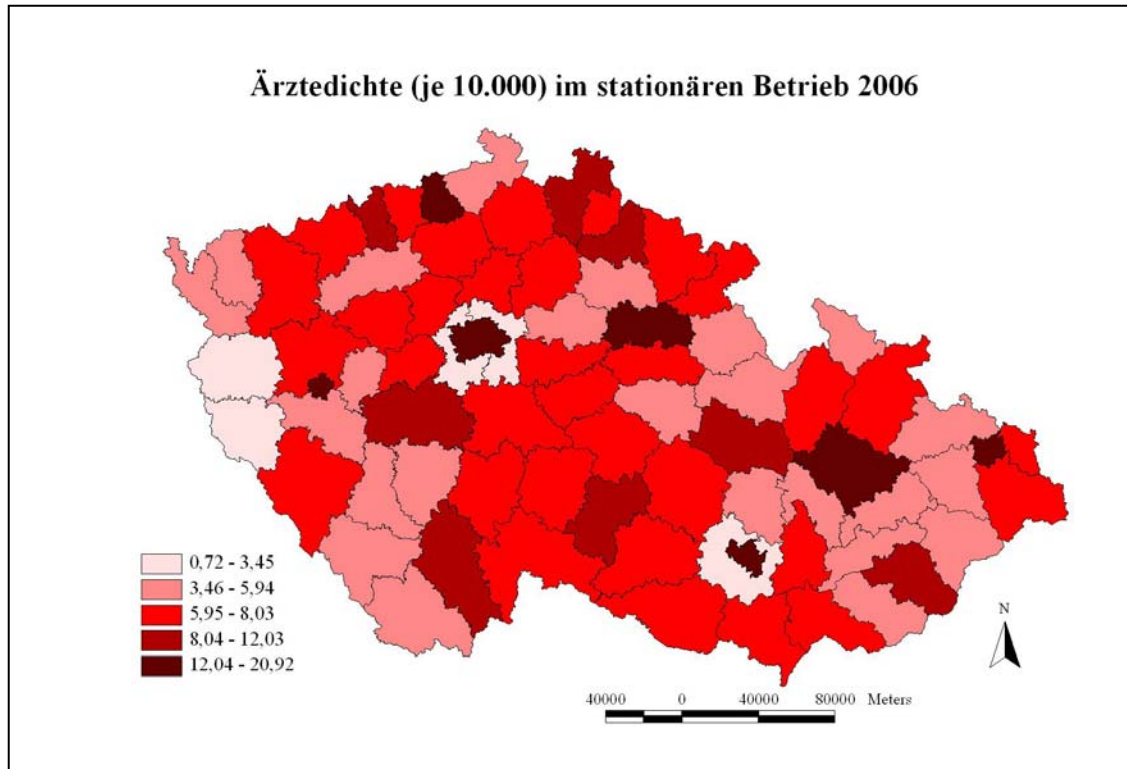


Abbildung 20: Ärztedichte im stationären Bereich 2006. (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007c)

Eine starke ungleiche Verteilung der Ärztedichte ist im Bezug auf die stationäre Behandlung in Krankenhäusern für das Jahr 2006 feststellbar. Dunkelrot gefärbt sind jene Bezirke mit der größten Dichte, nämlich Brünn, Pilsen, Aussig, Olmütz, Prag, Ostrau, Königgrätz, Budweis und Reichenberg. Wie bereits angenommen, handelt es sich dabei ausnahmslos um die Bezirksstädte. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass als Ausnahmen die Bezirke Karlsbad (Platz 23) und Pardubitz (Platz 21) genannt werden müssen. Schlusslichter bilden die Bezirke Tachau (PLK), Prag-West (STC), Brünn-Umgebung (JHM), Prag-Ost (STC) und Taus (PLK), also die Stadtumlandbezirke und Bezirke mit Randlage. Dieses Ergebnis entspricht auch jenem von Langeder (1985), die für Österreich ebenfalls die schlechteste medizinische Versorgung in den rund um die großen Städte liegenden, in ihrer Arbeit „Außenzonen“ genannten, Bezirken attestiert. Insgesamt zeigt sich das Bild niedriger Werte in den Bezirken der Regionen Karlsbad, Pilsen und Südböhmen im Westen und Südwesten des Landes, sowie in der Südmährischen und der Olmützer Region im mährischen Teil Tschechiens. Neben den zu erwarteten Stadt-Land-Ungleichheiten gesellt sich auch noch eine Benachteiligung der äußeren Bezirke mit Randlage hinzu, die besonders im

Westen Tschechiens in den Bezirken Eger, Tachau, Taus, Prachatitz und Krumau, sowie in den südöstlichen Bezirken Ungarisch-Hraditsch und Wjesetin auffällt.

Ob sich diese schlechtere medizinische Versorgung auch in der ambulanten Pflege fortsetzt, soll nun Untersuchungsgegenstand der nächsten Abbildung sein.

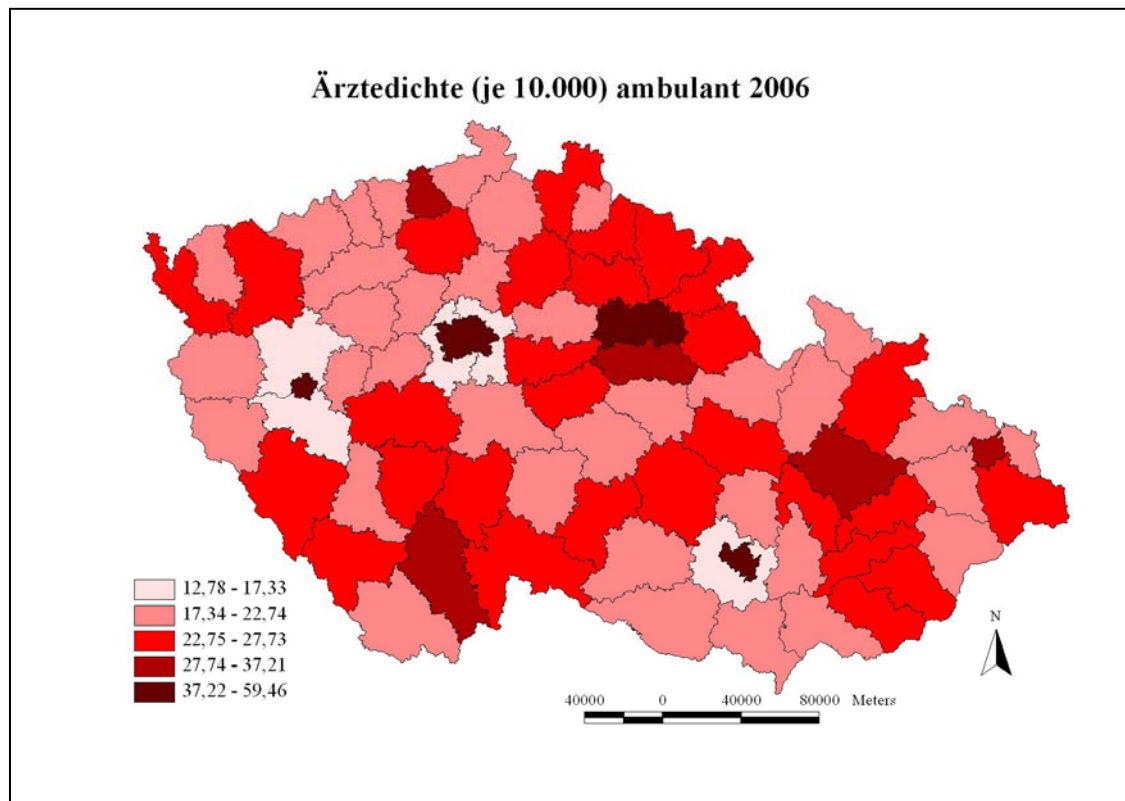


Abbildung 21: Ärztedichte ambulant 2006. (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007c)

Auch in der ambulanten Ärztedichte ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Bezirken. In den vordersten Reihen befinden sich abermals die Bezirksstädte, namentlich Pilsen, Brünn, Prag, Königgrätz, Olmütz, Ostrau, Budweis, Aussig, Pardubitz, Zlin, Karlsbad und Reichenberg. Die hausärztliche Versorgung ist in den Hauptstadtbezirken besser, mit Iglau in der Bergland-Region als einzige Ausnahme. Ein weiteres Mal ergibt sich ein Bild der Stadtumlandgebiete als jene mit der schlechtesten medizinischen ambulanten Versorgung. In Abbildung 21 handelt es sich dabei um die hellrosa gefärbten Bezirke rund um Prag, Brünn und Pilsen. Neben diesen Beobachtungen kann man aber dennoch nicht von einer gleichmäßigen hausärztlichen Dichte der übrigen Bezirke Tschechiens sprechen.

Ohne jetzt die einzelnen Werte der Ärzte je 10.000 Einwohner für jeden Bezirk aufzuzählen, lassen sich mit Hilfe der Graphik gewisse Gebiete ausweisen, in welchen

die Versorgung mit Hausärzten besser gewährleistet ist als in anderen. Dies trifft für die Bezirke in der Südböhmischen Region und den Regionen Königgrätz und Reichenberg, sowie den Bezirken Ungarisch-Hraditsch, Kremsier, Göding, Proßnitz, Prerau und Freudenthal im mährischen Landesteil zu. Schlechter scheint hingegen die Versorgung in den Bezirken der Regionen Aussig und Pilsen, sowie in der Südmährischen und der Mährisch-Schlesischen-Region zu sein. (Czech Statistical Office 2007p)

Zusammenfassend lassen sich durchaus regionale Disparitäten in der ärztlichen Versorgung erkennen. Diese stellen sich in zwei Arten dar: einerseits gibt es einen klaren Unterschied zwischen Stadt- und Landbezirken mit einer besonderen Benachteiligung der Stadtumlandbezirke, andererseits erkennt man auch Disparitäten zwischen Regionen, welche auf eine Benachteiligung der Bevölkerung in den Bezirken im Nordwesten, Südosten und Süden des Landes hinweist. Diese Ergebnisse für das Jahr 2006 lassen vermuten, dass die Überlebenschancen für die Bewohner der benachteiligten Landesteile geringer sind als in den Bezirken mit einer hohen Dichte an ärztlicher Versorgung. Diese Vermutung manifestiert sich auch durch den Vergleich mit der Säuglingssterblichkeit, denn diese ist im Jahr 2006 genau in jenen Bezirken der Regionen besonders hoch, welche eine geringe Ärztedichte in der ambulanten Versorgung aufweisen – nämlich die Bezirke Mährisch-Schlesien, der Südmährischen Region und jenen der Karlsbadener Region. Auch wenn sich kein direkter Zusammenhang zwischen der guten medizinischen Versorgung in den Hauptstädten und der Säuglingssterblichkeit nachweisen lässt und deshalb diese Größe nur teilweise durch die Verfügbarkeit an medizinischen Ressourcen erklärt werden kann, muss dennoch besonders darauf hingewiesen werden, dass dennoch ein Zusammenhang zwischen ärztlicher ambulanter Versorgung und der Säuglingssterblichkeit außerhalb der städtischen Zentren besteht. Dies lässt die Vermutung offen, dass gerade die Voruntersuchungen, die in der Regel dem ambulanten Bereich zugerechnet werden, über die Überlebenschancen eines Neugeborenen entscheiden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der durch Abbildung 21 verdeutlicht wird, ist nicht nur die Benachteiligung der Stadtumlandbezirke. Bei genauer Untersuchung ist auch mehrheitlich in den Bezirken, die ihrerseits wiederum die Stadtumlandbezirke umgeben, die Ärztedichte im ambulanten Bereich unterdurchschnittlich. Dies lässt die Vermutung aufkommen, dass die Strahlkraft der städtischen Zentren in den Regionen über die direkt anliegenden Bezirke hinaus reicht und auch die weiter entfernten Bezirke negativ

beeinflusst. Insgesamt konnten durch die Darstellung der Ärztedichte durchaus räumliche Disparitäten nachgewiesen werden.

5.3.3 Zeitliche Entwicklung stationärer und ambulanter medizinischer Versorgung

Nun stellt sich die Frage, ob diese räumlichen Verteilungsmuster mit Persistenz seit jeher existieren, oder ob und wann es zu Veränderungen kam.

In der stationären medizinischen Versorgung liegen bereits seit dem ersten Untersuchungsjahr 1996 die Hauptstadtbezirke Brünn, Königgrätz, Pilsen, Aussig, Ostrau, Budweis, Olmütz und Prag in Führung und wiesen das dichteste Angebot an Krankenhäusern und sonstigen stationären Einrichtungen auf. Daneben gab es aber im Jahr 1996 noch andere Bezirke mit einer guten stationären Versorgung, nämlich Melnik (STC), Zwittau (PAK), Brüx (ULK), Komotau (ULK) und Klattau (PLK). Im Jahr 2000 wiesen außerdem die Bezirke Brüx (ULK), Kladno (STC) und Semil (LBK) hohe Werte auf. Ab diesem Jahr nimmt die Konzentration auf die Hauptstädte zu, weswegen man annehmen kann, dass seither die räumlichen Disparitäten der Ärztedichte zunehmen. Untersucht man zusätzlich den Median der jeweiligen Jahre, wird der höchste Wert im Jahr 1996 erreicht. Insgesamt war besonders im Jahr 1996 die räumliche Verteilung ambulanter Einrichtungen ausgewogener, besonders die zu späteren Zeitpunkten nur niedrige Werte erreichenden Bezirke der Regionen Karlsbad, Aussig und Reichenberg waren medizinisch besser versorgt. Seit jeher weisen allerdings die Bezirke der Regionen Mährisch-Schlesiens, Pilsens, sowie der Südmährischen Region niedrige Werte auf. (Czech Statistical Office 1997, 2001, 2004a, 2007c)

Auch in der ambulanten medizinischen Versorgung führen seit jeher die Hauptstädte der Regionen die Reihung an. Während jedoch im Jahr 1996 der Maximalwert in Brünn bei 42,91 Ärzten je 10.000 Einwohnern lag, betrug das Maximum 10 Jahre später bereits 57,02 (in Pilsen). Dieser Anstieg in den Hauptstädten liegt deutlich über der Zunahme der Medianwerte, welche im Jahr 1996 den Wert 20,35 und im Jahr 2006 bereits den Wert 22,57 annahmen. Dies spricht erneut für eine Verstärkung der sozialräumlichen Unterschiede in Tschechien. Für das Jahr 1996 ergibt sich zusätzlich ein etwas anderes Bild, da neben der Hauptstädte auch noch fünf weitere Bezirke in der ärztlichen Versorgung voran liegen, nämlich Pisek (JHC), Tabor (JHC), Semil (LBK), Prachatitz

(JHC) und Pířbram (STC). Besonders in der südböhmischen Region war die ambulante ärztliche Versorgung noch vor zehn Jahren überdurchschnittlich gut. Bei den Schlusslichtern zeigen sich zwischen 1996 und 2006 nur geringfügige Veränderungen es bleiben immer die Vorstädte bzw. die Bezirke des Stadtlums, welche die geringste Hausarztdichte aufweisen. Dabei sank der Minimalwert von 14,08 im Jahr 1996 auf 12,78 im Jahr 2006. Somit sei festgehalten, dass sich, trotz eines Anstiegs des Medianwertes, die Extremwerte auseinander entwickelten, was auf eine Zunahme der Disparitäten zwischen den Bezirken hinweist. Insgesamt gibt es Gebiete mit einer jeher niedrigen ambulanten Ärztedichte, nämlich die Bezirke in Königgrätz und der südmährischen Region. Daneben ist aber eine deutliche Verschlechterung im zeitlichen Verlauf in der hausärztlichen Versorgung in vielen Bezirken der Regionen Bergland, Zlin, Olmütz und Mährisch-Schlesien bemerkbar. Somit muss sowohl für die ambulante als auch für die stationäre medizinische Versorgung in Tschechien eine Zunahme der regionalen Unterschiede festgehalten werden, die einen Nachteil der Bevölkerung der Randbezirke mit sich bringt, und somit die Überlebenswahrscheinlichkeit durch eine Abnahme des medizinischen Angebotes im Vergleich zur Entwicklung im übrigen Tschechien abgenommen hat. (Czech Statistical Office 1997, 2001, 2004a, 2007c)

5.4 Der Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und räumlicher Ungleichheit

Kernfrage dieses vierten Untersuchungsschwerpunktes der sozialräumlichen Ungleichheiten ist, ob in Tschechien eine räumliche Variation der Mortalität beobachtbar ist, und falls ja, ob man diese durch bestimmte Einflüsse erklären kann. Ein Hauptaugenmerk wird dabei auf den Aspekt der Umweltmedizin gelegt. Nach einer kurzen einleitenden Vorstellung der Schwerpunkte dieses Spezialgebietes der Medizin, soll, bevor sich der Fokus auf die Tschechische Republik wendet, auch noch herausgefunden werden, ob es in der Literatur Argumente und Untersuchungen gibt, die für oder gegen die Zunahme gesundheitlicher Ungleichheiten plädieren.

5.4.1 Zur Theorie der Umweltmedizin und der gesundheitlichen Ungleichheit

Die Umweltmedizin untersucht Krankheiten des Immunsystems, welche durch Umweltbelastungen den Körper schwächen bzw. krank machen und Allergien oder andere Unverträglichkeiten hervorrufen. Im Gegensatz zu den meisten Teildisziplinen, in welchen die Krankheitssymptome einzeln geheilt werden, verfolgt der Umweltmediziner einen ganzheitlichen Ansatz, da allergische Reaktionen oder Unverträglichkeiten den gesamten Körper beeinträchtigen. (Markus 1991)

Im Rahmen des Geographiestudiums begegnet einem Studenten zumindest einmal das Paradigma der Humanökologie, einer neueren Disziplin in den Wissenschaften, „*deren Forschungsgegenstand die Wirkungszusammenhänge und Interaktionen zwischen den Gesellschaften, Mensch und Umwelt sind.*“ (Glaeser 2004: S.9)

Dies sei an dieser Stelle angemerkt, um eine Untersuchung der Auswirkungen möglicher Umwelteinflüsse auf die Bevölkerung im Zuge einer Diplomarbeit für das Geographie und Wirtschaftskundestudium zu legitimieren. In weiterer Folge stellt sich nun die Frage, wie der Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit in der Literatur dargestellt wird. Elvers (2005) bezieht sich in seiner Dissertation auf den so genannten „Black Report“ (Black et al. 1992), einer europaweiten Studie, in welcher der Gesundheitszustand in Verbindung mit der sozialen Komponente der Bevölkerung untersucht wurde. Das Ergebnis besagt, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer unteren sozialen Schicht und einem schlechteren Zustand der allgemeinen Gesundheit gibt. Dieser Zustand, so im „Black Report“, ergibt sich nicht nur durch ein geringeres Einkommen, sondern auch durch einen schlechteren Zugang bzw. einer geringeren Verfügbarkeit zu bzw. von Leistungen medizinischer Einrichtungen. (Elvers 2005) Somit handelt es sich nicht nur um ein Phänomen der vertikalen, sondern auch um eines der horizontalen Ungleichheit, da die Verfügbarkeit nicht überall dieselbe ist und ist aus diesem Grund für die Diplomarbeit von Bedeutung.

Neben diesen Zusammenhängen soll abschließend ein wichtiger, die Gesundheit beeinflussender, Aspekt berücksichtigt werden, nämlich der Bergbau und dessen Einflüsse auf gewisse Krankheitswahrscheinlichkeiten. Die Bedeutung des Kohlenabbaus wurde bereits in Kapitel 2 vorgestellt. Untersuchungen zufolge gibt es

gewisse Krankheiten, die in einer Bevölkerung in Bergbaugebieten häufiger auftreten, als in Gebieten, die nicht von diesem Wirtschaftszweig betroffen sind. Besonders erhöht ist die Wahrscheinlichkeit der Erkrankungen des Nervensystems und die Erkrankungen der Atemwege (hier liegt die Häufigkeit von Erkrankungen der Nase und Luftröhre doppelt so hoch). (Marsch 1942) Ob diese Einflüsse tatsächlich in der standardisierten Sterberate bzw. in der Zahl der Todesfälle aufgrund von Atemwegserkrankungen nachweisbar sind, wird nun in weiterer Folge Ziel der Untersuchungen des statistischen Datenmaterials sein.

5.4.2 Die räumliche Verteilung der Mortalität

Nun sollen einerseits die standardisierte Sterberate als auch die Zahl der Todesfälle aufgrund von Atemwegserkrankungen untersucht werden. Dabei werden die Raten für Männer und Frauen getrennt dargestellt.

Zunächst soll nun ein Blick auf die standardisierte Todesrate der männlichen Bevölkerung für das Jahr 2006 geworfen werden. Die Werte beziehen sich auf die relativen Todesfälle je 100.000 Einwohner der dargestellten Gebietseinheit, also den Bezirken, und ermöglichen somit eine Vergleichbarkeit zwischen diesen.

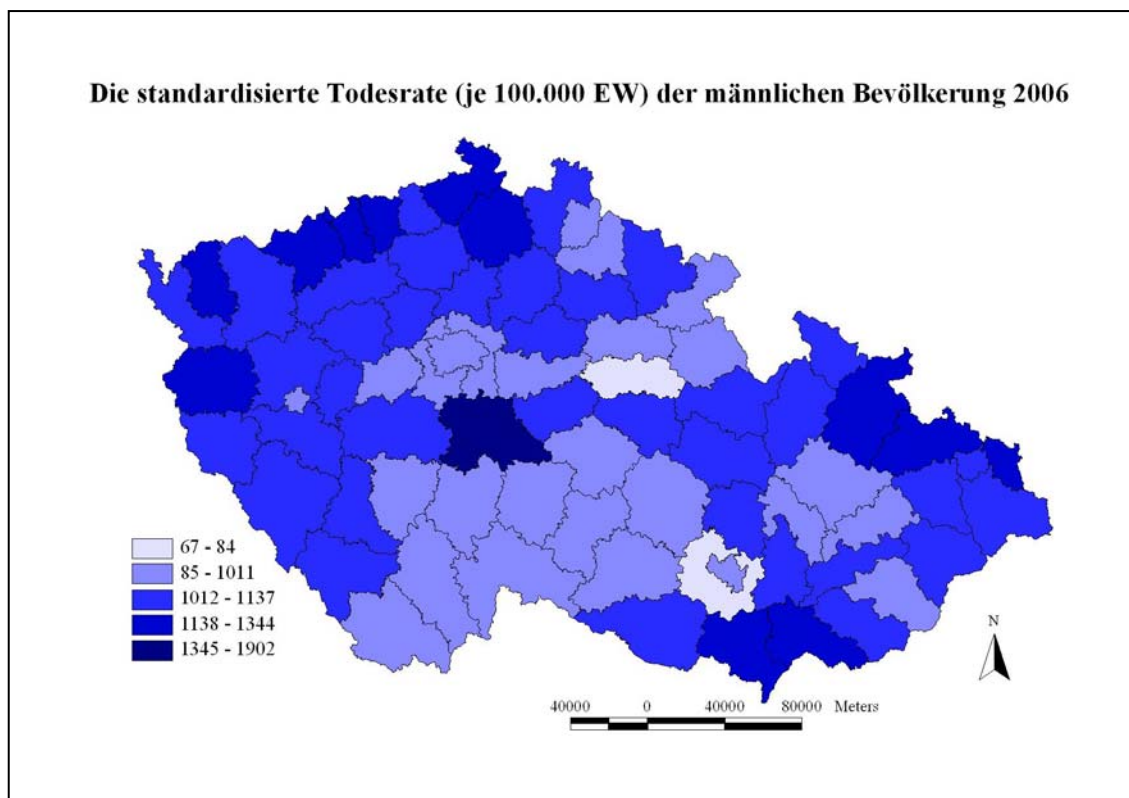


Abbildung 22: standardisierte Todesrate der männlichen Bevölkerung (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007c)

Der höchste Wert für das Jahr 2006 wurde im Bezirk Beneschau in der Mittelböhmischen Region festgehalten. Weder das Tschechische Amt für Statistik noch in der Sekundärliteratur finden sich mögliche Interpretationen für den vorgefundenen hohen Wert, sodass sehr stark davon ausgegangen werden kann, dass es sich bei ihm um einen Ausreißer handelt. Von diesem Bezirk abgesehen muss festgehalten werden, dass sechs der neun Bezirke mit den höchsten Werten in Gebiete ehemaliger Stein- und Braunkohlevorkommen liegen. Es handelt sich dabei um die Bezirke Brüx, Teplitz, Tetschen (alle in der Aussiger Region) und Falkenau im Norden, sowie um die Bezirke Karwin und Freudenthal, die im Ostrauer Becken liegen, welches, wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, reich an Braunkohlenvorkommen ist. (Czech Statistical Office 2007p) Auffällig niedrig ist die standardisierte Sterberate in den Bezirken der Südböhmischen Region und der Bergland-Region. Die Bevölkerung Südböhmens zählt zu der jüngsten der Republik. Dieses geringere Durchschnittsalter führt auch zu einer niedrigeren Sterberate, wie auch tatsächlich zu beobachten ist. (Czech Statistical Office 2007e) Auch in der gesamten Region Bergland ist die Sterberate niedriger. Diese Entwicklung ist einerseits durch die stärkere Naturbelassenheit erklärbar – der Landwirtschaft kommt in dieser Region eine immer noch große Bedeutung zu –, als auch durch eine ebenfalls sehr junge Bevölkerung. Das Durchschnittsalter liegt auf ungefähr ähnlichem Niveau von 40 Jahren, ebenso wie die Bevölkerung der Südböhmischen Region. (Czech Statistical Office 2007k)

Für die Frauen ergibt sich ein ähnliches Bild. Abgesehen von der Tatsache, dass die Raten der standardisierten Sterblichkeit insgesamt geringer sind und zwischen 58 und 769 liegen, im Gegensatz zu Werten zwischen 67 und 1902 bei den Männern. Dies ist durch die höhere Lebenserwartung von Frauen erklärbar. Besonders hoch ist die frauenspezifische Sterberate in den Bezirken Teplitz, Brüx, Tetschen und Komotau in der Aussiger Region, sowie in Falkenau (Karlsbad) und Rokitzan (Pilsen) – also auch wieder in den Gebieten des Kohleabbaus. (Czech Statistical Office 2007c)

Neben der Möglichkeit, einen Zusammenhang zwischen Kohleabbau und Mortalität als Erklärung zu nutzen, stellt sich ein weiterer Zusammenhang ein, den ich nun interpretieren möchte: vergleicht man die Abbildungen 22 und 21 (Ärztedichte in der ambulanten Versorgung), lassen sich ebenfalls Übereinstimmungen feststellen, die zu dem möglichen Schluss führen, dass es einen Zusammenhang zwischen Mortalität und der ärztlichen Versorgung geben könnte. Dies gilt zwar nicht für die Bezirksstädte, aber

könnte durchaus für die peripheren Bezirke zutreffen. So ist die hausärztliche Versorgungsdichte in Tschechien im Norden und Nordwesten, sowie im Süden und Südosten am geringsten. Dies sind genau jene Gebiete, in denen die Sterblichkeit überdurchschnittlich hoch ist. Somit ist in diesen Räumen die Wahrscheinlichkeit des Todesfalles auch aufgrund einer schlechten ärztlichen Versorgung höher, da räumliche Disparitäten bestehen.

Wenn nun die Thesen von Marsch (1942) zutreffen und Erkrankungen der Atemwege in Bergbauregionen tatsächlich mit doppelter Häufigkeit auftreten, müsste auch in Tschechien ein räumlich differenziertes Muster beobachtbar sein.

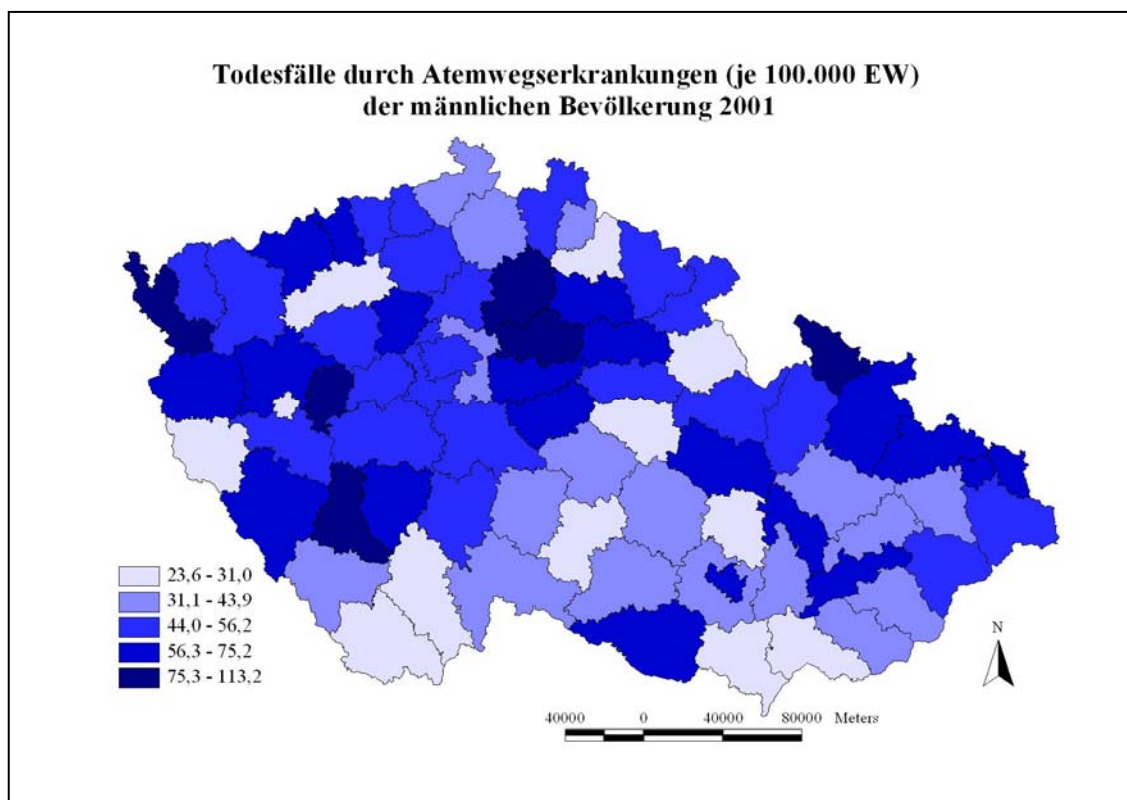


Abbildung 23: Todesfälle durch Atemwegserkrankungen bei Männern (2001). (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2002a)

Abbildung 23 lässt erkennen, dass sich der direkte Zusammenhang zwischen einem Braun- bzw. Steinkohlenvorkommen und einer erhöhten Rate der Sterblichkeit für Tschechien nicht eindeutig herstellen lässt. Zwar sind die Werte in den betroffenen Bezirken der Abbaugebiete erhöht, daneben gibt es aber noch eine Vielzahl anderer Bezirke, in welchen die Bevölkerung überdurchschnittlich hoch gefährdet ist, an einer Erkrankung der Atemwege zu sterben. Ähnlich wie es auch schon die Werte der

standardisierten Sterberate ergaben, liegen die Bezirke des Südböhmischen und der Bergland-Region deutlich unter dem Durchschnitt. (Czech Statistical Office 2002a)

Was lässt sich nun aus diesen Ergebnissen schließen? Tatsächlich gibt es für das Jahr 2001 einige Bezirke mit Kohlevorkommen mit erhöhten Sterberaten aufgrund von Atemwegserkrankungen, dennoch muss eine Vielzahl an anderen Einflussgrößen existieren, wie beispielsweise der Tabakkonsum, welche ein verändertes Bild zurücklassen. So kann an dieser Stelle die These von Marsch (1942) für Tschechien nicht bestätigt werden. Grund dafür könnte einerseits ein verändertes Bewusstsein der Gesellschaft gegenüber präventiven Maßnahmen sein, die zu einer Veränderung der Arbeitsbedingungen im Vergleich zu den Abbaukonditionen von vor 20 Jahren geführt haben. Dies könnte in weiterer Folge dazu führen, dass andere statistische Größen, wie beispielsweise das niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Bezirken der Bergland-Region und der Südböhmischen Region, zu einer Veränderung der Sterberaten in den besagten Gebieten führen. Daneben kann aber auch die Ärztedichte ihren Teil zur räumlichen Ungleichverteilung der Mortalität beitragen und somit zur Benachteiligung der in diesen Gebieten lebenden Personen führen. Diese Möglichkeiten sind rein spekulativ, einer genauen Überprüfung über mögliche Ursachen kann an dieser Stelle jedoch nicht nachgegangen werden. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass es in Tschechien deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich der Werte der untersuchten Sterberaten gibt, die auf eine Benachteiligung der Bevölkerung der Randbezirke hinweist.

5.5 Soziale Ungleichheit und Kriminalität

Als abschließendes Untersuchungsobjekt sei in diesem Abschnitt auf einen möglichen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und dem Kriminalitätsniveau eingegangen. Unter kriminellen Verhalten versteht man im Allgemeinen das Verstößen gegen soziale oder gesetzlich fixierte Normen in einer Gesellschaft, welches in weiterer Folge zur Bestrafung als eine Möglichkeit des Setzens von Konsequenzen mit sich bringt. Je nach dem Grade der strafrechtlichen Verfolgung unterscheidet sich in der Regel auch die Stärke der Reaktionen einer Gesellschaft auf eine kriminelle Handlung. (Dimmel 2005).

Was als kriminelle Handlung gesehen und geahndet wird, ist keine konstante Größe, sondern variiert im zeitlichen Verlauf genauso wie zwischen den verschiedenen Gesellschaften.

Dennoch gibt es in der Kriminalsoziologie Faktoren in der Sozialstruktur, welche das Risiko einer Straffälligkeit erhöhen. Dies betrifft vor allem die unteren sozialen Schichten. (Dimmel 2005)

Dimmel (2005) spricht in seinem Buch von Risikopopulationen und meint damit Gruppen, die überdurchschnittlich oft mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Explizit aufgezählt werden:

- unqualifizierte Arbeiter
- Arbeitslose
- von Armutsrisiken betroffene Personen
- Personen mit sozialen Anpassungsproblemen
- Jugendliche
- Migranten

Prinzipiell sei darauf hingewiesen, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Kriminalität überwiegend über die vertikale Schichtung innerhalb einer Gesellschaft besteht. So kann es durchaus sein, dass in einer räumlichen Untersuchung die vertikale Schichtung überwiegt und keine horizontalen Unterschiede auf Ebene der Bezirke nachweisbar sind. Andererseits wurde unter den möglichen Risikofaktoren für eine erhöhte Kriminalität die Arbeitslosigkeit genannt, die in Tschechien räumlich sehr unterschiedlich ist. Aus diesem Grund soll in diesem Abschnitt ein möglicher räumlicher Zusammenhang zwischen Kriminalität und Arbeitslosigkeit untersucht werden. Zu diesem Thema wird in der Forschungsliteratur festgehalten, dass, je länger eine Person von Arbeitslosigkeit betroffen ist, umso größer die Wahrscheinlichkeit des Begehens einer Straftat ist. (ebd. 2005) Auch die Zufriedenheit am Arbeitsplatz beeinflusst nach Angaben von Hanefeld (1977) die Kriminalitätswahrscheinlichkeit.

Einen weiteren möglichen Zusammenhang, nämlich zwischen der Schulausbildung und der Kriminalität, attestiert Dimmel (2005): seinen Untersuchungen zufolge verfügen in Österreich nur 15% aller rechtskräftig Verurteilten einen höheren Abschluss als den der Hauptschule. Diese dargestellten Aspekte in der Kriminalitätssoziologie legen den

Fokus der Betrachtung auf das menschliche Individuum. Daneben gibt es jedoch noch weitere Ansätze, unter denen besonders der sozial-ökologische zu erwähnen ist, da er sich verstärkt auf die Analyse des geographischen Raumes mit seinen (sozialen) Ungleichheiten konzentriert. Dabei rückt der Blick vom Individuum mehr auf die soziale Zusammenstellung. Als Methode greift man dabei auf den sozialökologischen Ansatz mit einer räumlichen Analyse zurück. (Ohlemacher 2000)

In dieser räumlichen Perspektive muss berücksichtigt werden, dass im urbanen Raum die sozialen Ungleichheiten besonders stark sind. Diese Tatsache spiegelt sich auch durch höhere Kriminalitätsraten aufgrund der stärkeren Exklusion von Personen wider. (Karstedt 2000)

Diese in Kürze dargestellte Theorie zur Kriminalitätssoziologie liefert uns einige wichtige Fragen, die nun für Tschechien beantwortet werden sollen. Gibt es ein räumlich ähnliches Muster zwischen hoher Arbeitslosigkeit und verstärkter Kriminalität? Gilt dies ebenfalls für die Schulbildung? Ist in den größeren städtischen Zentren Tschechiens die Kriminalität tatsächlich höher, oder kann diese These im Untersuchungsgebiet nicht bestätigt werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen dienen wiederum die Daten publiziert vom Tschechischen Amt für Statistik, welches die absoluten Zahlen der „offences by district“, also die Überfälle auf Bezirksebene, veröffentlicht. Zur graphischen Darstellung wird diese Absolutzahl jedoch durch die Anzahl als relativer Anteil der jeweiligen Bevölkerung dargestellt, um die Ergebnisse vergleichbar zu machen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass es dabei zu statistischen Verzerrungen kommen kann, da nicht jede erfasste kriminelle Handlung in einem Bezirk tatsächlich von einem Bewohner desselben ausgeführt werden muss. Dargestellt werden die Ergebnisse für das Jahr 2007. Ob es im zeitlichen Verlauf zu auffälligen Veränderungen zwischen den Bezirken gekommen ist, soll zwar nicht anhand einer Karte aufbereitet werden, ist aber dennoch Gegenstand der Untersuchungen dieses Kapitels.

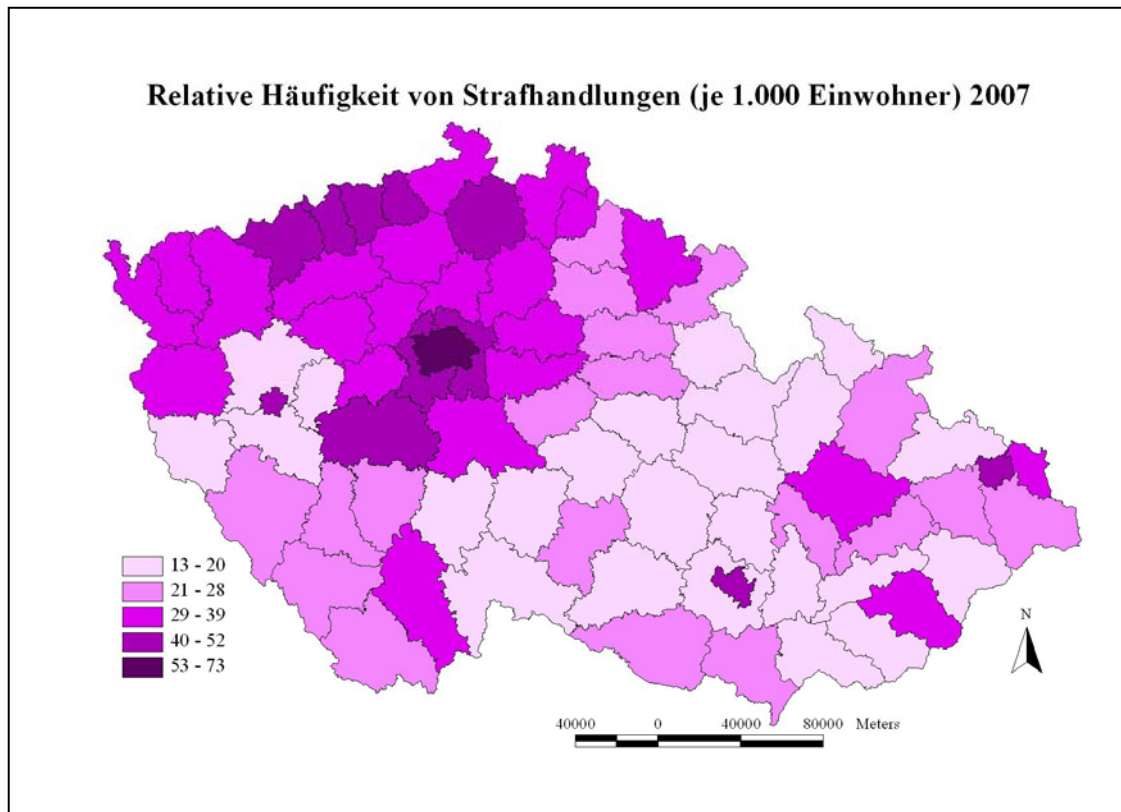


Abbildung 24: Die relative Häufigkeit der Strafhandlungen 2007 (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007p)

Wie in Abbildung 24 aufgrund der unterschiedlichen Farbgebung erkennbar ist, ergibt sich ein räumlich differenziertes Bild im Zusammenhang mit den durchschnittlichen Strafhandlungen je Einwohner. Dabei scheint insgesamt der böhmische Teil stärker betroffen zu sein als so manch andere Regionen. Insgesamt ist die relative Häufigkeit von Strafhandlungen in der Hauptstadt Prag, sowie den Bezirken Komotau, Teplitz, Aussig und Brüx der Aussiger Region, wie auch in den Bezirken Brünn-Stadt, Ostrau, Pilsen-Stadt, Prag-West, Pibrans und Böhmisches-Leipa am größten. (Czech Statistical Office 2007)

Besonders niedrig ist die relative Häufigkeit von Strafhandlungen in den Bezirken Saar, Trebitsch, Pilgram und Deutsch-Brod der Bergland-Region, Göding, Wischau, Blansko und Brünn-Umgebung der Südmährischen Region, Chrudim, Wildenschwert, Reichenau und Zwickau der Pardubitzer Region, Ungarisch-Hraditsch, Kremsier und Wjesetin der Zliner Region, Pilsen-Nord, Pilsen-Süd, Rokitzan und Taus der Pilsener Region, sowie die mittelböhmischen Bezirke Tabor und Neuhaus und die beiden mährischen Bezirke Troppau und Mährisch-Schönberg. Die Aufzählung

veranschaulicht, dass die relative Häufigkeit von Strafhandlungen besonders in der Bergland-Region, sowie in der Pardubitzer, der Südmährischen, der Märisch-Schlesischen und der Pilsener Region niedrig ist. (Czech Statistical Office 2007)

Nach dieser Beschreibung der räumlichen Verteilung der kriminellen Handlungen sollen nun die Fragen nach möglichen Zusammenhängen beantwortet werden. Vergleichen wir diese Abbildung mit jener der Bildungsdichte, so muss, sowohl für den sekundären als auch den tertiären Bildungsbereich, ein positiver Zusammenhang zwischen den beiden Variablen eindeutig zurückgewiesen werden.

Die hohe Arbeitslosigkeit korreliert nur im Norden des Landes eindeutig mit einer erhöhten relativen Häufigkeit von Strafhandlungen, während für den östlichen und südöstlichen Landesteil ein Zusammenhang nicht eindeutig besteht. Zwar ist die Kriminalität in einigen wenigen südlichen und südöstlichen Bezirken, die ebenfalls von Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind, wie beispielsweise Karwin, leicht erhöht, doch reicht diese geringe Menge an Übereinstimmungen nicht aus, um daraus einen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen herstellen zu können. Dies deutet darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit nicht als einzige Variable für die Erklärung räumlicher Verteilung von Kriminalität ausreicht. Diese Ergebnisse könnten an der Tatsache liegen, dass die genannten Risikofaktoren eine Analyse auf der individuellen Ebene erfordern, welche hier nicht stattgefunden hat.

Hingegen kann die These von Karstedt (2000) bestätigt werden, die eine erhöhte Kriminalität im städtischen Raum prognostiziert. Dies klingt auch plausibel, da sie eine sozialökologische Perspektive verfolgt und somit den Raum und nicht mehr das Individuum in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen stellt. Für das Jahr 2007 kann man mit Hilfe der Abbildung 25 deutlich erhöhte Werte in den Bezirksstädten Prag, Ostrau, Brunn, Zlin, Budweis, Pilsen und Aussig erkennen. Daneben liegen die niedrigsten Werte der relativen Häufigkeit von Strafhandlungen in den Bezirken der Bergland-Region, der Pardubitzer Region und der Südmährischen Region. Neben dem Spitzenreiter Prag liegen auch noch vier der insgesamt sieben Aussiger Bezirke unter den zehn Bezirken mit den höchsten Werten. (Czech Statistical Office 2007p)

Berücksichtigt man nun den zeitlichen Verlauf, so muss festgehalten werden, dass die höchsten Werte im Jahr 2001 auftraten. Während die Werte im Jahr 2007, aber auch im Jahr 1993, nur knapp über 70 lagen, erreichte das Maximum im Jahr 2001 den Wert 86. Ansonsten ergaben sich im Betrachtungszeitraum kaum nennenswerte Veränderungen:

in den Bezirksstädten waren die Werte höher als der Durchschnitt, dafür wiesen ebenfalls wie im Jahr 2007 die Bezirke der Regione Bergland und Pardubice die niedrigsten Werte auf. (Czech Statistical Office 1996, 1997, 2002a)

Was lässt sich nun durch diese Ergebnisse über die Entwicklung der sozialräumlichen Ungleichheiten im Zusammenhang mit Kriminalität für Tschechien aussagen? Es gibt regionale Unterschiede in der Intensität der Kriminalität, besonders hohe Werte weisen die Bezirke im Norden und Nordosten Böhmens sowie rund um die Hauptstadt Prag auf. (Anmerkung: Natürlich ist die Darstellung aller Straftaten viel zu grob, für eine genauere Analyse müsste man nach der Schwere in unterschiedliche Kategorien unterscheiden.) Auf dem Untersuchungsniveau der Bezirke sind diese beobachteten Unterschiede nicht durch individuelle Faktoren wie Bildung oder Arbeitslosigkeit erklärbar. Den zeitlichen Aspekt mitberücksichtigend, kann man von keiner Verstärkung der räumlichen Disparitäten sprechen. Die dargestellten räumlichen Muster und Unterschiede bestehen schon seit dem ersten Untersuchungsjahr 1996 und haben sich seither kaum verändert.

6 Zwischenresümee der untersuchten sozioökonomischen Disparitäten

An dieser Stelle soll nun ein Überblick über die dargestellten Entwicklungen, wie sie in den Kapiteln 3, 4 und 5 dieser Arbeit ausgearbeitet wurden, gegeben werden. Welche vorliegenden Strukturen hinsichtlich der Bevölkerungsverteilung, sowie sozialer und ökonomischer Indikatoren in Tschechien gibt es in der Bevölkerung?

Zunächst einmal sollen die Tendenzen in der Entwicklung der Bevölkerung dargestellt werden, da, wie bereits erwähnt, eine Änderung in der Bevölkerungsstruktur, im besonderen im Migrationsverhalten, Rückschlüsse über eine möglicherweise ungleiche Verteilung von Perspektiven und Lebenschancen geben kann.

Während Tschechien seit dem Beginn seines Bestehens bis ins Jahr 2002 von einer Bevölkerungsabnahme betroffen ist, ist seit dem Jahr 2003 eine Zunahme der Bevölkerung beobachtbar. Festgestellt wurden dabei zwei Entwicklungen: einerseits wachsen die städtischen Zentren, allen voran Prag überdurchschnittlich stark. Von diesem Wachstum sind ganz besonders die Umlandbezirke betroffen. Dies führte zu der Annahme einer starken Suburbanisierung und einer eng verflochtenen Pendler-

Beziehung zwischen den Städten und ihrem Umland. Andererseits wurde eine Bevölkerungsabnahme besonders in den mährischen Bezirken nachgewiesen. Dabei sind besonders stark die Bezirke mit Randlage, also jene, die an einen anderen Staat grenzen, von der negativen Bevölkerungsentwicklung betroffen. Auch die weite Entfernung zu einem wirtschaftlichen Zentrum kann als Grund für die Bevölkerungsabnahme in den dargestellten Bezirken interpretiert werden. Diese dargestellten Gegensätze verschärfen sich bis ins Untersuchungsjahr 2001. Seitdem kommt es zwar zu einer leichten Abschwächung der beobachteten Entwicklungen, dennoch existieren auch noch im Jahr 2006 in Tschechien deutliche bevölkerungsgeographische Gegensätze.

Nachdem die Ergebnisse der untersuchten wirtschaftlichen Indikatoren bereits als abschließender Teil in Kapitel 4 dargestellt wurden, werden an dieser Stelle mit einem Verweis auf eben dieses Kapitel nur die bedeutsamsten Inhalte zusammengefasst. Eine deutliche Differenzierung zwischen dem Zentrum – also der Hauptstadt Prag und der Mittelböhmischen Region – war in Bezug auf das BIP pro Kopf, als auch auf das durchschnittliche Gehalt zu beobachten. Das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten entwickelt sich außerdem in den beiden genannten Regionen dynamischer, was einen Hinweis auf eine Verstärkung ökonomischer Disparitäten in der Tschechischen Republik darstellt. Als wichtiger Untersuchungsgegenstand galt die Arbeitslosigkeit in ihrer zeitlichen Entwicklung. Hier konnte gezeigt werden, dass dieses Thema erst mit dem einsetzenden Restrukturierungsprozess 1997 eine bedeutende Rolle zu spielen begann. Während in den Untersuchungsjahren zuvor die Arbeitslosigkeit generell, aber auch speziell in den Bezirken der Aussiger Region niedrig war, erfuhr der Osten und Nordwesten Tschechiens bis ins Jahr 2001 einen drastischen Anstieg, bedingt durch die zahlreichen Schließungen im Zuge des Restrukturierungsprozesses. Obwohl sich im Jahr 2006 eine verbesserte Situation der Arbeitslosigkeit einstellte und die regionalen Unterschiede dabei leicht abnahmen, bestehen dennoch deutliche ökonomische Disparitäten zwischen dem östlichen und dem westlichen Landesteil. Für eine mögliche Abnahme der räumlichen Unterschiede sprachen in weiterer Folge die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die, relativ betrachtet, im Süden des Landes stärker wuchsen. Marginalisiert bleiben auch in diesem Zusammenhang die Bezirke der beiden nordöstlichen Regionen Karlsbad und Aussig.

In Kapitel 5 stellte sich die Frage, ob die vorhandenen räumlichen Disparitäten hinsichtlich ökonomischer Kennzahlen ähnlich jenen bei einer Untersuchung sozialer Indikatoren entsprächen oder aber ob sich ein gänzlich anderes räumliches Muster ergeben würde.

Dazu wurde zunächst der Aspekt Bildung in den Fokus der Analyse gerückt. Dabei konnte nachgewiesen werden, dass das Bildungsangebot der Sekundarstufen (sowohl AHS als auch BHS) in den städtischen Zentren größer ist, was sich in den höchsten Anteilen der Schüler an der Gesamtbevölkerung zeigt. Im Stadtumland lagen hingegen die niedrigsten Werte. Abgesehen von dieser möglichen Stadt-Umland-Differenzierung waren aber keine räumlichen Muster in der Bildungslandschaft erkennbar. Erweitert wurde die Untersuchung auf den Hochschulbereich, wo sich herausstellte, dass rund ein Drittel aller tschechischen Universitäten ihren Standort in der Hauptstadt hat. Verglichen mit dem Anteil an berufstätigen mit Hochschulabschluss an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung auf Ebene der Regionen konnte ein begrenzter Zusammenhang zwischen Universitätsstandort und Ausbildungsniveau der Erwerbsbevölkerung aufgezeigt werden. Es ergab sich folgendes Bild, nämlich dass die beiden in der Anzahl der universitären Einrichtungen führenden Regionen Prag und Südmähren auch die am besten ausgebildete Bevölkerung im Erwerbsleben aufwies. Dies könnte als eine Möglichkeit für die Reduktion von räumlichen Unterschieden gesehen werden, nämlich wenn der Staat tertiäre Bildungseinrichtungen auch in peripher gelegenen Orten errichten ließe.

Ein zweiter großer Kern neben dem Bereich Bildung stellte die Gesundheit bzw. die medizinische Versorgung dar. Durch die Untersuchung der Säuglingssterblichkeit in ihrer zeitlichen und räumlichen Entwicklung konnte aufgezeigt werden, dass es zwar zu einem deutlichen Abfall dieser Rate kam, die Bezirke mit überhöhten Werten ihre Position jedoch nur langsamer verbesserten als dies im Durchschnitt üblich war. Während die Bezirke der Karlsbader und der Aussiger Region seit jeher eine überhöhte Rate der Säuglingssterblichkeit aufwiesen, verschlechterten sich die relativen Werte im Vergleich zum gesamtstaatlichen Durchschnitt in den östlichen und südöstlichen Bezirken des Landes. Ein Zusammenhang zwischen Urbanität und besserer medizinischer Versorgung konnte nicht hergestellt werden. Vielmehr ergab sich das Bild einer Zunahme der Säuglingssterblichkeit in Grenznähe. Somit konnte auch hinsichtlich der sozialräumlichen Disparitäten nachgewiesen werden, dass nicht nur

zwischen dem städtischen Zentrum und den peripheren Bezirken in der selben Region unterschieden werden muss, sondern zusätzlich die Randlage der Bezirke die Wahrscheinlichkeit erhöht, zu den strukturschwächsten Bezirken zu zählen. Havlíček (2008) unterschied in seinem Artikel zwischen “innerer” und “äußerer Peripherie”. Dieser Unterscheidung kann durch die Analyse der sozialräumlichen und wirtschaftlichen Disparitäten nur zugestimmt werden.

Weiters wurde die ambulante und stationäre Ärztedichte untersucht. Hier ergaben sich große Unterschiede zwischen den städtischen Zentren und den anderen Bezirken. Schlusslichter bildeten dabei die Stadtumlandbezirke. Abgesehen von dieser Unterscheidung konnte außerdem eine Benachteiligung hinsichtlich medizinischer Einrichtungen im Nordwesten, Süden und Südosten des Landes attestiert werden, also erneut in der äußeren Peripherie nach Havlíček (2008). Diese Beobachtungen korrelieren wiederum mit den Raten der Säuglingssterblichkeit im Jahr 2007. Als beeindruckende Tatsache zeigte sich außerdem, dass zu früheren Untersuchungszeitpunkten neben den jeher gut versorgten Bezirksstädten auch noch andere Bezirke zumindest bis ins Jahr 1996 in ihrer ärztlichen Versorgung durchaus mithalten konnten. Daraus lässt sich schließen, dass es seitdem in der medizinischen Versorgung zu einer Verstärkung der Gegensätze gekommen ist, wobei die Städte als klare Gewinner hervorgehen.

Auch der allgemeine Gesundheitszustand, gemessen an der Mortalitätsrate, verteilt sich nicht gleichmäßig über das Land hinweg. Hohe Werte zeigten sich vor allem in den Abbaugebieten von Braun- und Steinkohlen, während die Sterberate in den Bezirken der Südmährischen Region und der Bergland-Region am niedrigsten war. Dies konnte einerseits durch die Altersstruktur erklärt werden, andererseits wies die erhöhte Mortalität in der äußeren Peripherie auf eine schlechtere medizinische Versorgung in den betroffenen Bezirken hin. Diese Vermutung wurde zusätzlich durch die räumliche Darstellung der Säuglingssterblichkeit bestätigt, die in diesen benachteiligten Bezirken ebenfalls deutlich erhöht war.

Der letzte Untersuchungsgegenstand hinsichtlich sozialer Disparitäten war die Kriminalität. Hier konnten die theoretischen Annahmen einer vermehrten Kriminalität in den städtischen Zentren bestätigt werden. Somit ergaben sich auch hier klare räumliche Unterschiede – in diesem Falle zwischen Stadt und Land.

Fasst man die untersuchten Ergebnisse zusammen, kann man behaupten, dass es in Tschechien deutliche sozialräumliche und wirtschaftliche Disparitäten gibt. Während die wirtschaftlichen Disparitäten im Raum erst im Zuge des einsetzenden Restrukturierungsprozesses und einer wirtschaftlichen Rezession im Jahr 1997 einsetzten, bestanden die sozialräumlichen Unterschiede meist seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen der Tschechischen Republik.

Die wirtschaftliche Entwicklung bewirkt eine räumlich ungleiche Entwicklung. Diese betrifft einerseits die großen Städte, wie etwa Prag, Pilsen, Budweis oder Brunn, sowie die Umlandbezirke, die von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Bezirken im inneren des Landes, denen die Nähe zu einem dieser Zentren fehlt, ist es kaum möglich, mit den Entwicklungen mitzuhalten. Daneben kristallisierten sich so genannte „Ungunsträume“ heraus, nämlich die Karlsbader, die Aussiger und die Reichenberger Regionen im Norden, sowie die Mährisch-Schlesische, Zliner und Olmützer Region im Osten des Landes. Hier möchte ich erneut auf den Begriff der „äußeren“ Peripherie von Havlíček (2008) hinweisen, denn treffender kann man es meines Erachtens kaum formulieren. In diesen Gebieten fehlt die geographische Nähe zu einem wirtschaftlich blühenden Zentrum. Auch mögliche Handelshemmnisse mit den angrenzenden Staaten kann als Grund für das Zurückbleiben dieser Bezirke genannt werden. Ob sich durch das Schengen-Abkommen etwas an der wirtschaftlichen Position ändern wird, kann erst in einigen Jahren beantwortet werden. Darüber hinaus sind diese Bezirke nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozialräumlich eindeutig benachteiligt. Mit Ausnahme der Schulbildung sind die Säuglingssterblichkeit, die Mortalität, die Ärztedichte, sowie die Kriminalität in der „äußeren“ Peripherie deutlich erhöht, was zusätzlich zu einem weiteren Bevölkerungsverlust durch Abwanderung führen könnte. Hier wäre es Aufgabe des Staates, gewisse Einrichtungen zu dezentralisieren. Ob er sich das jedoch in den Zeiten einer Wirtschaftskrise leisten kann ist mehr als fraglich, denn ein Krankenhaus, aber auch ein Hausarzt, braucht eine gewisse Auslastung, um als „rentabel“ im wirtschaftlichen Sinne angesehen zu werden. Dennoch wäre es hinsichtlich der Reduktion der sozialräumlichen Disparitäten Aufgabe des Staates, auch Entscheidungen zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung zu treffen, auch wenn sich diese Investition im wirtschaftlichen Sinne nicht rentiert. Denn immerhin trägt er zu einem Ausgleich der Lebenschancen und somit zu einem größeren sozialen Ausgleich bei und das sollte meines Erachtens das übergeordnete Ziel einer Regierung sein.

Schon während der Ausarbeitung wurde versucht, immer zuerst die wichtigsten theoretischen Überlegungen darzustellen und diese auf den konkreten Untersuchungsgegenstand, also den Raum, anzuwenden. In den meisten Fällen konnten die vorgefundenen Strukturen auch tatsächlich erklärt werden. Dennoch wurde ein wichtiger historischer und Tschechien-spezifischer Erklärungsansatz bisher ausgelassen. Im historischen Einführungskapitel wurde zwar schon kurz auf die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen. Nun möchte ich jedoch noch etwas genauer darauf eingehen, weil dieser Aspekt ebenfalls bevölkerungsgeographische Auswirkungen auf den Raum hat.

Die sudetendeutschen Gebiete befanden sich im nördlichen Gebiet Böhmens und Mährens, sowie im Westen Böhmens der heutigen Tschechischen Republik. Im Jahr 1930 zählte die ehemalige Tschechoslowakei neben 7,3 Millionen tschechische auch 3,5 Millionen deutsche Bewohner. (Kleining 1999)

Während sich die sudetendeutsche Bevölkerung bis ins Jahr 1918 im Zuge der Monarchie und deren Zentrum Wien entsprechend repräsentiert und ihre Bedürfnisse geschützt fühlte, endete dieser Rückhalt abrupt mit der Gründung des tschechoslowakischen Staates. (Prinz 2000) Während also bei der Staatsgründung das Tschechische Volk sein Recht auf Selbstbestimmung einforderte, wurde eben dieses Recht der deutschen Volksgruppe verwehrt. In der Zwischenkriegszeit versuchten die Sudetendeutschen immer wieder, ihrem Wunsch nach Souveränität Gehör zu verschaffen, jedoch ohne Erfolg. (Loinger 2004) Schließlich gründete man 1933 die Sudetendeutsche Heimatfront, welche zeitweise sogar stärkste Partei war. (Kleining 1999) In den darauf folgenden Jahren wurden die Rechte der Minderheiten sukzessive reduziert. Hinzu kamen außerdem noch globale Gegebenheiten, welche die Situation der Sudetendeutschen verschlechterten: Die im Jahr 1933 ihr Maximum erreichende Weltwirtschaftskrise betraf vor allem die Leichtindustrie, welche fast ausschließlich in den deutschsprachigen Gebieten angesiedelt war. Als die tschechoslowakische Regierung Betriebe nur unter der Auflage, nur mehr Tschechen anzustellen, förderte, verhärteten sich die Fronten weiter. (Prinz 2000)

Schließlich, nach einer langen und ununterbrochenen Reihe an Konflikten, entschied man im Münchener Abkommen, die sudetendeutsche Gebiete ab dem 1. Oktober 1939 abzutreten. Dies kann als Beginn des Endes bezeichnet werden, da nun die anderen

Minderheitengebiete ebenfalls ihre Autonomieforderungen bzw. einen Anschluss an ihre „Heimat“ forderten. (Schielin 2002) Die geschichtlichen Ereignisse gerafft und verkürzt wiedergegeben, sei an dieser Stelle angemerkt, dass mit dem Ende des Krieges die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihren Heimatgebieten begann. Diese Vertreibung betraf 3 Millionen Menschen und hatte neben persönlichen Schicksalen und einer in der Literatur sehr widersprüchlichen Anzahl an Todesopfern auch Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur der neu besiedelten Gebiete. (Hrabovec 2000) Genau hier kommen wir zum für diese Diplomarbeit entscheidenden Punkt. Die Bezirke, welche im Zuge dieser Diplomarbeit oftmals als benachteiligte oder als jene von negativen Entwicklungen besonders stark betroffene Gebiete ausgewiesen wurden, decken sich in großer Menge mit jenen, in welchen in der Nachkriegszeit die Vertreibung eines Großteils der dort ansässigen Bevölkerung stattgefunden hatte. Eine Vermutung besteht nun darin, dass eine Wohnbevölkerung, die ethnisch sehr gemischt ist und überdies mit ihrem Wohngebiet noch nicht stark verwurzelt ist, viel eher dazu tendiert, in wirtschaftlichen schlechten Zeiten, wie etwa während des Restrukturierungsprozesses, ihren Wohnsitz zu verlassen und andernorts eine neue Existenz aufzubauen. Außerdem muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden, von wem die entleerten Gebiete nachbesiedelt wurden. Oftmals handelt es sich dabei um Roma. Diese wiederum waren schlecht ausgebildet und von Arbeitslosigkeit viel stärker betroffen. Auch wenn es offiziell in der Tschechischen Republik nur knapp über 11.000 Roma gibt (Stand: Volkszählung 2001), spricht Piotr (2003) von einer viel größeren Zahl, nämlich etwa 300.000 Roma, die vor allem in den im Laufe der Diplomarbeit häufig als benachteiligten Bezirken in den Randgebieten des Norden und Nordwestens leben.

Ob die Spuren dieses Bevölkerungsaustausches auch statistisch messbar sind, soll in einer weiteren Karte untersucht werden. Dazu ist eine Unterscheidung der Wohnbevölkerung nach Anteilen ausländischer Staatsbürger von Nöten. Im Tschechischen Amt für Statistik wird dieser Aspekt erst seit dem letzten Jahr, also für das Jahr 2007 erhoben, weshalb an dieser Stelle nur die Möglichkeit einer Analyse der aktuellen Bevölkerungsstruktur nach Nationalitäten besteht. Dafür erfolgt eine Berücksichtigung der Heimatnationalität und ihrer unterschiedlichen räumlichen Verteilung.

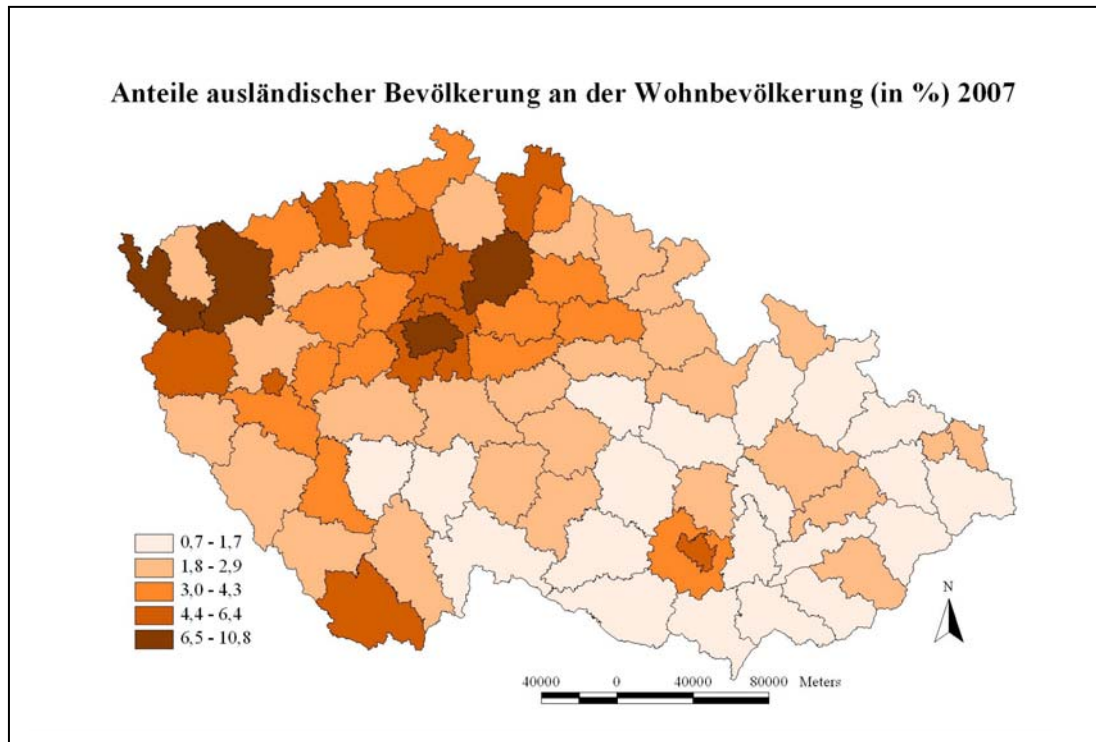


Abbildung 25: Anteile der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung 2007. (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2008a)

Laut den Daten des Tschechischen Amtes für Statistik (2008a) ist die Herkunft des Großteils der Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft die Ukraine, gefolgt von Personen aus dem Raum der Europäischen Union und aus Vietnam. Zunächst aber erfolgt an dieser Stelle die Darstellung des Anteil der gesamten ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.

Zunächst erkennt man anhand der Abbildung 25, dass in der Hauptstadt Prag der Anteil der nicht-tschechischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung am größten ist. Auch in den Bezirken der Mittelböhmischen Region rund um das Zentrum setzt sich dieser Trend, jedoch in abgeschwächter Form, fort. Diese Tendenz lässt sich durch die wirtschaftliche Spitzenposition Prags erklären, da Migranten aus dem Ausland aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums in der Hauptstadt dort eher bei ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz fündig werden als in anderen Bezirken, die wirtschaftlich nicht in dieser Art prosperieren.

Daneben sind aber auch die historischen Ereignisse der Vertreibung und der Entleerung ganzer Gebiete anhand des Anteils der ausländischen Bevölkerung erkennbar. Obwohl nach der Vertreibung der Sudetendeutschen durch eine Vielzahl an Begünstigungen versucht wurde, einen Teil der tschechischen Bevölkerung in den entleerten Gebiete

anzusiedeln, beträgt der Anteil der nicht-tschechischen Bevölkerung in den beiden Bezirken der Karlsbader Region Eger 8,7% und Karlsbad 7,6%. Aber auch in anderen Bezirken, in welchen die sudetendeutsche Bevölkerung vertrieben wurden, weisen erhöhte Anteile auf, wie beispielsweise Leitmeritz (5,4%) und Brüx (4,5%) in der Aussiger Region, sowie Tachau (6,4%), Reichenberg (4,6%) und Krumau (4,5%). Obwohl es auch in den nördlichen Bezirken Mährens, nämlich in Gräfenberg, Mährisch Schönberg, Zwittau, Wildenschwert und Freudenthal sudetendeutsche Gebiete gab, ist hier kein erhöhter Anteil einer Bevölkerung mit nicht-tschechischer Staatsbürgerschaft zu beobachten.

An dieser Stelle müssen allerdings noch gewisse Probleme im Zusammenhang mit der Erhebungsmethode berücksichtigt werden: einerseits handelt es sich bei den Roma um eine ethnische Minderheit, der der Schutz der Heimatnation fehlt, da diese de-facto keine Heimatnation besitzen. In der statistischen Messung mit den üblichen Kategorien zur Erhebung der ausländischen Bevölkerung wird diese Tatsache oft nicht mitberücksichtigt. Neben dem Problem, dass viele Roma in der Volkszählung andere Staaten als ihr Herkunftsland angeben, liegt es oft auch im Interesse des Staates, die Zahl der Roma möglichst gering zu halten, um sich etwaigen Problemen mit dieser Minderheit nicht stellen zu müssen. Aus diesem Grund müssen Veröffentlichungen zum Thema „Ausländische Bevölkerung“ immer mit besonderer Vorsicht behandelt werden, da diese Daten oftmals nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.

Insgesamt kann also festgehalten werden, dass der Bevölkerungsaustausch durch die Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung statistisch im Norden des böhmischen Landesteils eindeutig nachweisbar ist und diese Tatsache zur Erklärung von Wandervorgängen eingesetzt werden kann, da mit einem Verbleib in einer bestimmten Gegend über Generationen hinweg die Verbundenheit steigt und es dann schwerer fällt, den Wohnort zu wechseln. Dennoch muss trotz der geringeren emotionalen Verwurzelung mit diesem Gebiet festgehalten werden, dass die sozialräumlichen und ökonomischen Disparitäten in Tschechien so gravierend sind, dass es durchaus möglich wäre, dass selbst bei einer tiefen Verbundenheit mit dem Heimatbezirk eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung stattgefunden hätte. Noch dazu, wo es sich bei den ausgewiesenen benachteiligten Regionen nicht um kurzfristige Entwicklungen handelt, sondern um Strukturen, die teilweise schon seit Gründung der Republik oder aber seit Einsetzen des Restrukturierungsprozesses bestehen.

7 Der geographische Kontext – Ein (ost- und mittel) europäischer Vergleich

Für einen Geographen ist es von besonderer Bedeutung, statistische Größen und deren Entwicklungen mit einem Raumbezug zu verhaften. Der Raumbezug ergibt sich durch die Forschungsfrage und konzentrierte sich in der Ausarbeitung dieser Diplomarbeit bisher auf die Bezirksebene der Tschechischen Republik.

Nachdem man nun nicht behaupten kann, dass es sich bei Tschechien um einen Inselstaat handelt, ist es natürlich außerordentlich interessant, der Frage nachzugehen, ob die beobachteten räumlichen Strukturen in den Nachbarstaaten der Republik ähnlich sind, oder aber ob sich ein gänzlich anderes Bild ergibt. Aufgrund des Projekts eines gemeinsamen Europas wurde von der EU versucht, bedeutsame Indikatoren zur Vorhersage möglicher Entwicklungen zu vereinheitlichen und diese auf EU-Ebene zu veröffentlichen. Dazu wurde das Europäische Statistikamt, kurz Eurostat, gegründet, welches Publikationen von hoher Zuverlässigkeit und guter Vergleichbarkeit für ganz Europa zu den verschiedensten Themen veröffentlicht und diese über das Internet der breiten Bevölkerung zugänglich macht. Eben aus diesem Grund ist es mir möglich, dieses wichtige Kapitel in meiner Diplomarbeit auszuführen. Mit Hilfe des Eurostat Jahrbuches für das Jahr 2008 ist es mir möglich, wenn auch nicht auf derselben Maßstabesebene, einen Vergleich zu ziehen. Aufgrund der großen Bedeutung der in dieser Diplomarbeit untersuchten Kennzahlen für die Entwicklung einer Bevölkerung, werden eben diese auch auf gesamteuropäischer Ebene seitens der Eurostat aufbereitet. Dieses Kapitel widmet sich also einem ost- und mitteleuropäischen Vergleich, der auf NUTS-2-Ebene stattfinden wird.

7.1 Die Bevölkerungsentwicklung im Herzen Europas

Wie bereits in Kapitel 3 einleitend vorgestellt, wird die Entwicklung der Bevölkerung einerseits durch die natürliche Bevölkerungsveränderung und andererseits aus dem Migrationssaldo beeinflusst. Insgesamt geht die Eurostat in ihren Bevölkerungsprojektionen davon aus, dass Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Polen bis ins Jahr 2050 voraussichtlich um etwa 10% ihrer aktuellen Bevölkerungszahl schrumpfen werden. Zu einer Abnahme, wenn auch nicht so gravierend, wird es

außerdem auch in Rumänien kommen. Nur Österreich als einziges der in diesem Kapitel näher betrachteten Staaten wird bis zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich leicht wachsen. (Eurostat 2008)

Die mittlere jährliche Wachstumsrate bis ins Jahr 2000 zeigt außerdem, dass allen diesen Mitgliedsstaaten gemein ist, dass die NUTS-2-Regionen, in denen die Hauptstadt liegt, überdurchschnittlich stark wachsen. In Polen gilt das zusätzlich auch noch für die Region Krakau. Für Rumänien hingegen wird im gesamten Gebiet die Bevölkerungszahl abnehmen. (ebd. 2008)

Untersucht man die mitteleuropäischen Staaten hinsichtlich der beiden die Bevölkerungszahl beeinflussenden Komponenten, so zeigen sich für Tschechien, Ungarn, Rumänien und Polen sehr ähnliche Entwicklungen, nämlich eine Abnahme der natürlichen Bevölkerungszahlen zwischen den Jahren 2000 und 2006. Nur Österreich konnte in dieser Periode Zugewinne erzielen. In der Slowakei blieben die Werte konstant. Aus eben dieser Entwicklung geht hervor, dass nur aufgrund von positiven Wanderungsprozessen die Bevölkerungszahl zunehmen kann. Der Wanderungssaldo ist aktuell in der Slowakei, in Rumänien und vor allem in Polen negativ, wird aber den Prognosen der Eurostat zufolge bis zum Jahr 2050 in allen Staaten positiv. Wie auch in Tschechien beobachtet, resultieren als die klaren Gewinner der Wanderungsprozesse die städtischen Zentren. Dies gilt besonders für Polen und Rumänien, während in Ungarn die größten Gewinne im Westen des Landes hin zur österreichischen Grenze vorausgesagt werden. (ebd. 2008)

Zusammenfassend muss also festgehalten werden, dass in allen mitteleuropäischen Staaten die Migration über Zu- oder Abnahme entscheidet. Gewinner sind hauptsächlich die städtischen Zentren, während die Regionen in der Peripherie viel stärker von Abwanderung und einem Geburtenrückgang betroffen sind. Daneben scheint es auch noch von Bedeutung, wie beispielsweise im Falle Ungarns, wie gut entwickelt die Nachbarstaaten sind. So nimmt die Bevölkerung besonders in der grenznahen Region zu Österreich zu, was durch mögliche Arbeitsverflechtungen erklärbar ist.

7.2 Wirtschaftliche Ungleichheiten der Regionen Mitteleuropas

Nun wollen wir die wichtigsten Erkenntnisse zu den wirtschaftlichen Disparitäten, wie sie in Kapitel 4 ausgearbeitet wurden, mit den Ländern Österreich, Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien vergleichen.

Ein übergeordnetes Ziel der EU ist neben der sozialen auch die wirtschaftliche Integration ihrer Mitglieder, die durch die so genannten vier Freiheiten realisiert werden soll. Darunter versteht man den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen, sowie von Kapital. Das Wirtschaftswachstum, in der Regel dargestellt am BIP, ist eine der wichtigsten Kennzahlen, da man von ihr die weitere Entwicklung von Volkswirtschaften prognostizieren kann. Zum besseren Vergleich bedient man sich statistisch sehr gerne des BIP pro Kopf in KKP. (Was man darunter versteht wurde ja bereits in Kapitel 4 näher dargestellt.) Im Jahr 2006 lag das BIP pro Kopf in KKP der EU-27-Mitgliedsstaaten bei 23.500. Vergleicht man diesen Durchschnitt mit den Ergebnissen der einzelnen Mitglieder, indem man ihm den Indexwert 100 zuschreibt, muss festgehalten werden, dass von allen in diesem Kapitel näher untersuchten Volkswirtschaften nur Österreich über dem Durchschnitt liegt und einen Wert von 129 erreicht. Auf zweitem Platz liegt Tschechien (79), gefolgt von Ungarn (65) und der Slowakei (64). Dahinter liegen nur noch Polen (53) und, mit großem Rückstand, Rumänien (38). (ebd. 2008) Die Wirtschaftsleistung Tschechiens ist also von allen ehemals kommunistischen Staaten am stärksten. Dazu wurde auch im Eurostat Jahrbuch 2008 eine Karte publiziert, welche das BIP auf NUTS-2-Ebene für seine Mitgliedsstaaten visualisiert.

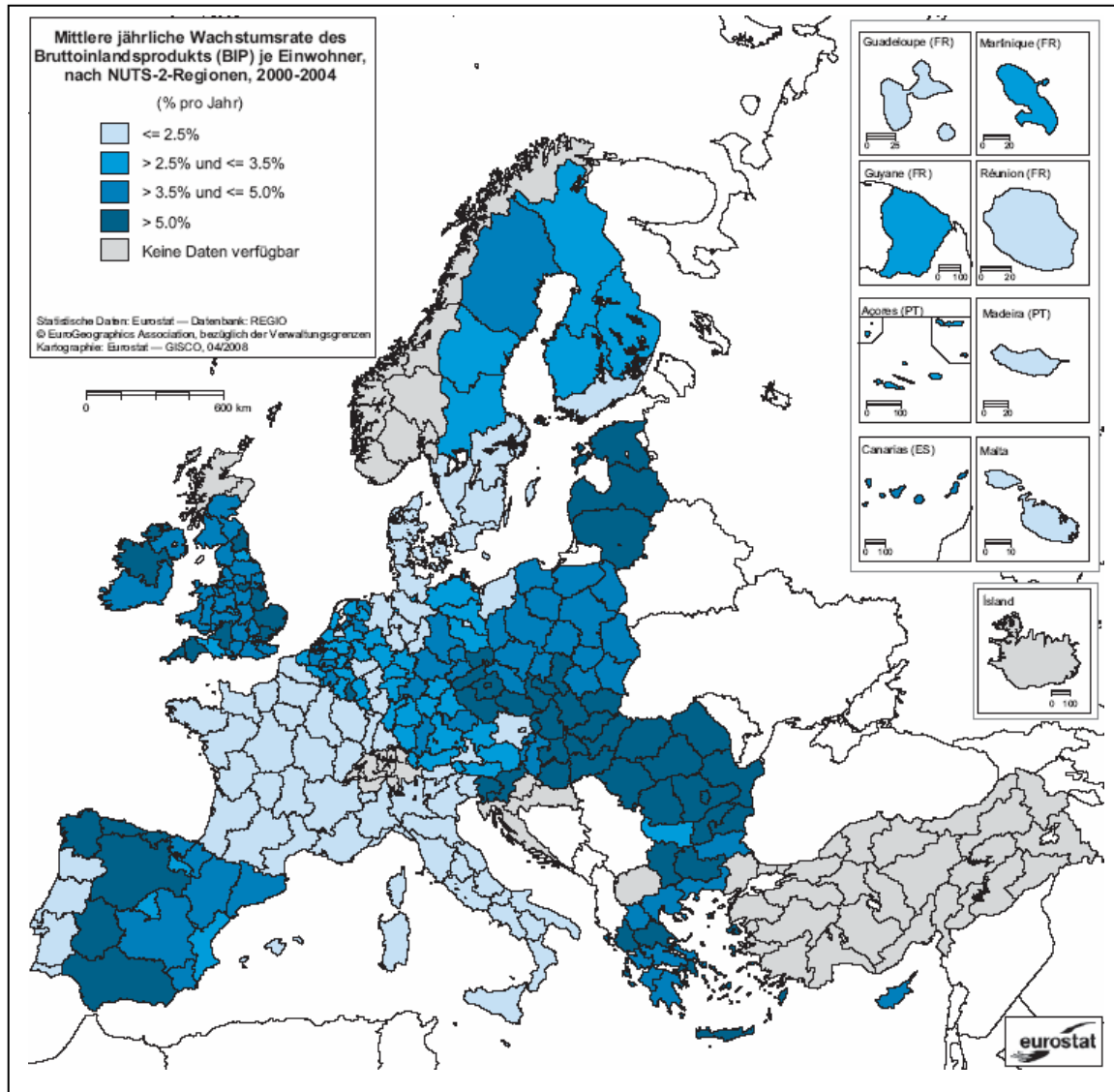


Abbildung 26: Mittlere jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner nach NUTS-2-Regionen, 2000 – 2004 (% pro Jahr). (Maßstab verändert; Quelle: Eurostat 2008, S.505)

Die mittlere jährliche Wachstumsrate des BIP je Einwohner zwischen 2000 und 2004 kann auch für die Prognose zukünftiger Entwicklungen dienlich sein. Betrachtet man die Karte, so ist ein überdurchschnittliches Wachstum im gesamten Gebiet der neuen Mitgliedsstaaten erkennbar. Dies gilt besonders für Tschechien und Rumänien, weniger aber für Polen. Auch Österreich kann im durchschnittlichen jährlichen Wachstum nicht mithalten. Kritisch angemerkt muss allerdings werden, dass sich das jährliche Wachstum immer auf das Ausgangsniveau des Vorjahres bezieht. Wie bereits dargestellt wurde, ist das BIP pro Kopf in Österreich über dem Durchschnitt und deshalb ist es für dieses Land schwieriger, ein ebenso hohes prozentuelles Wachstum zu erzielen. Dennoch kann aus dieser Karte ein interessanter Schluss gezogen werden:

Tschechiens BIP pro Kopf in KKP erreichte im EU-27-Vergleich zwar nur 79%, lag aber deutlich über den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten. Dennoch war das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum in Tschechien ebenso hoch wie jenes in Rumänien. Dies spricht dafür, dass gerade in Tschechien das BIP pro Kopf schneller auf westeuropäisches Niveau wachsen könnte. Aufgrund der ausgewählten Intervalle ist es leider nicht möglich, genaue Interpretationen über die Regionen zu tätigen. In Tschechien ist die mittlere jährliche Wachstumsrate nur in Nordböhmen, also den Bezirken Karlsbad und Aussig unter 3,5%. Dies entspricht auch den Ergebnissen der Untersuchungen in Kapitel 4. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass das Wachstum in den städtischen Zentren größer sein wird als in den peripheren Regionen, wie das etwa auch in der Tschechischen Republik der Fall war, kann man dies aus Abbildung 27 leider nicht ableiten.

Neben dem BIP pro Kopf in KKP wurden die ökonomischen Disparitäten auch noch mittels anderer Größen untersucht, wie beispielsweise der Bruttowertschöpfung. Hier konnte gezeigt werden, dass die Industrie in Tschechien immer noch von hoher Bedeutung ist. Während das Tschechische Amt für Statistik der Industrie für das Jahr 2005 knapp 39% der Bruttowertschöpfung zuschrieb, beträgt der Anteil laut Eurostat nur 31,5%. Dennoch möchte ich an dieser Stelle dieses Ergebnis mit jenen der anderen Staaten vergleichen: neben Tschechien gibt es keinen Staat, in welchem dem sekundären Sektor mit über 30% der Bruttowertschöpfung eine ähnlich hohe Bedeutung zukäme. Jedoch liegen alle über dem EU-Durchschnitt von 20,2%, nämlich in folgender Reihenfolge: Slowakei (28,1%), Rumänien (27,3%), Ungarn (26%), Polen (25,1%) und schließlich Österreich (23%). Während zwischen den Jahren 2000 und 2005 die Bruttowertschöpfung im sekundären Sektor anteilmäßig an Bedeutung verloren hat, trifft das für unsere Staaten nur für Rumänien zu. Die anderen bleiben konstant, nur in Polen steigt der Anteil sogar. (ebd. 2008) Dies bedeutet, dass in den mittel- und osteuropäischen Staaten der Tertiärisierungsprozess noch nicht abgeschlossen ist und dieser Sektor relativ zu den beiden anderen in den nächsten Jahren noch zunehmen wird.

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand war das Einkommensniveau, dessen Entwicklung und die regionale Verteilung. Da die Daten hier nur auf Staatsebene verfügbar sind, soll hier nur kurz auf die jüngsten Entwicklungen eingegangen werden. Im Jahr 2005 liegt das durchschnittliche Einkommen bei Vollerwerb aller EU

Mitgliedsstaaten bei 29.247€. Während es in Österreich deutlich darüber liegt, ist in allen andern Staaten das durchschnittliche Jahreseinkommen wesentlich niedriger. Nur in Tschechien und Ungarn liegt es über 7.000€, in der Slowakei und Polen wird zumindest die 6.000€-Grenze überschritten. Europaweites Schlusslicht bildet Rumänien mit 3.155€. Dafür ist in diesem Land, ebenso wie in Polen und Ungarn, der geschlechtsspezifische Gehaltsunterschied mit jeweils knapp über 11% deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 20%. Tschechien, Österreich und die Slowakei liegen dafür im Bereich des Durchschnittwertes. (ebd. 2008) Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das durchschnittliche Preisniveau. Wenn man für die gesamte EU den Indexwert 100 annimmt, liegt dieses in Österreich knapp über dem Durchschnitt, in allen anderen Staaten jedoch klar darunter. Knapp über 60 sind die Werte Tschechiens, Ungarns und Polens, während sie in der Slowakei und Rumänien knapp unter 60 liegen. Zieht man einen Zusammenhang zwischen dem Einkommen und den Verbraucherpreisen, kann für Rumänien angenommen werden, dass die relativen Lebenserhaltungskosten bei einem derart niedrigen Einkommen von nur einem geringen Anteil der Bevölkerung gedeckt werden können. (ebd. 2008)

Abschließend soll auf Ebene der Regionen die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit aufgezeigt werden. Da die Arbeitslosigkeit für die gesamte EU ein wichtiges Themenfeld darstellt, weil bei einer hohen und regional sehr ungleich verteilten Arbeitslosenquote der soziale Zusammenhalt gefährdet ist, wurden hierzu Untersuchungen angestellt und diese in einer Karte auf NUTS-2-Ebene veröffentlicht, die ich auch hier dem Leser nicht vorenthalten möchte.

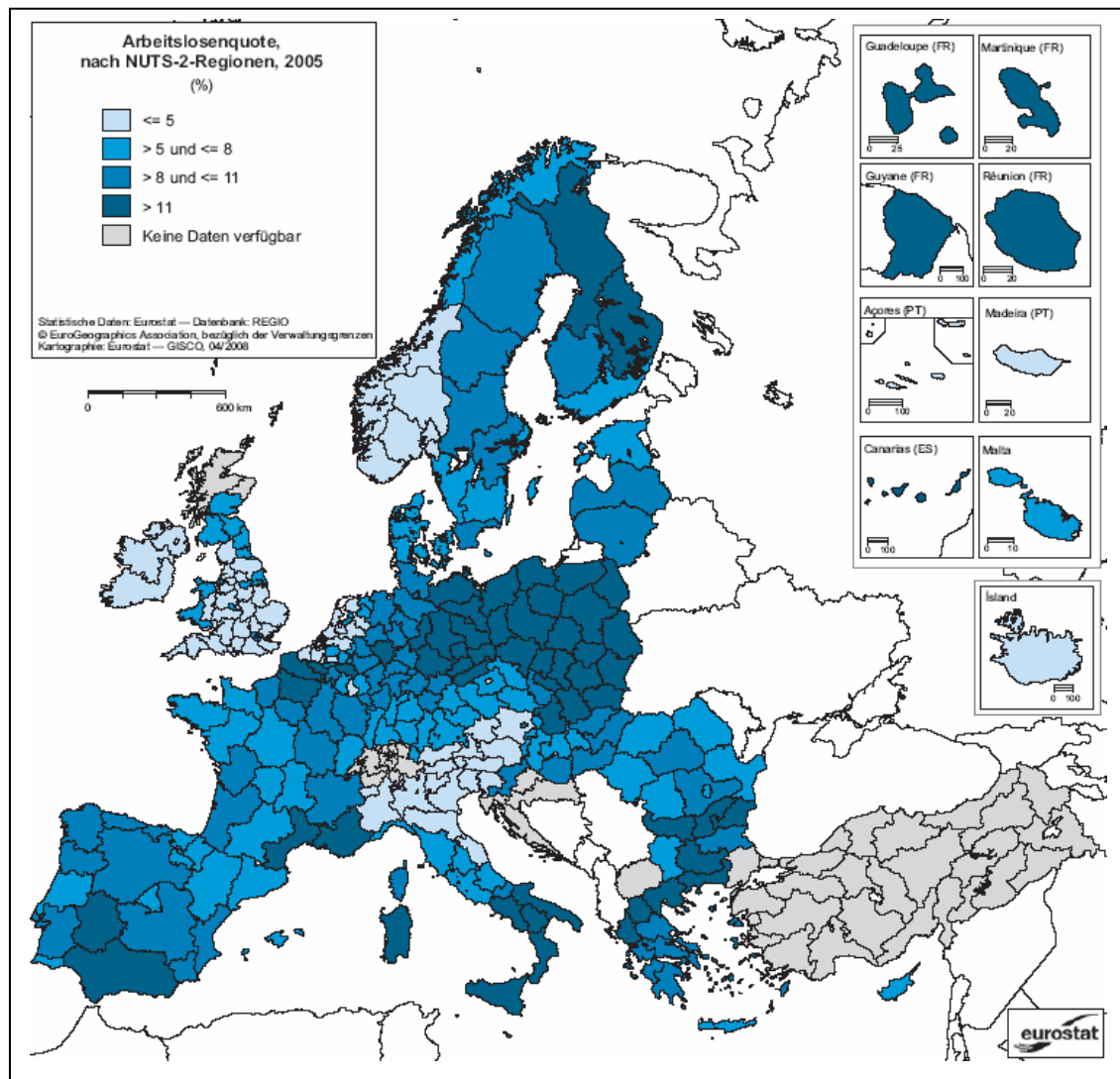


Abbildung 27: Arbeitslosenquote nach NUTS-2-Regionen 2005 (%). (Maßstab verändert; Quelle: Eurostat 2008; S.512)

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der EU-27-Mitgliedsstaaten betrug im Jahr 2006 8,2%. Auch in diesem Zusammenhang tun sich große regionale Unterschiede auf. Während diese Quote in den im Kontext untersuchten Staaten in Österreich mit 4,7% am niedrigsten ist und deutlich unter dem Durchschnitt liegt, weisen Polen und die Slowakei mit über 13% Arbeitslosigkeit die höchsten Werte im gesamten EU-Raum auf. In Ungarn und Tschechien ist die Quote der Erwerbslosigkeit mit 7,5% bzw. 7,1% unterdurchschnittlich. (ebd. 2008) Werfen wir nun einen Blick auf ein mögliches regionales Muster. In Tschechien verteilt sich die Arbeitslosigkeit, wie bereits ausführlich dargestellt, sehr ungleichmäßig über das Staatsgebiet. Während sie in der Hauptstadt Prag und dem sie umgebenden mittelböhmischen Bezirk am niedrigsten ist, liegen die höchsten Werte im Norden Böhmens und im Osten des Landes, in den

Regionen Olmütz, Mährisch-Schlesien und Zlin. Diese regionalen Unterschiede sind auch auf der Karte der Regionen erkennbar. In Österreich liegen nur die beiden Bundesländer Wien und das Burgenland über einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5%. Der Variationskoeffizient, der die regionale Streuung der Arbeitslosigkeit misst, liegt in Österreich bei 4,1 – einem relativ geringen Wert. Auch in Ungarn sind regionale Unterschiede erkennbar: der gesamte nordwestliche Landesteil, also von der österreichischen Landesgrenze weg bis hin zur Hauptstadt Budapest, weist deutlich niedrigere Werte auf als der Rest des Staates. Der Variationskoeffizient liegt bei 9,9 und ist mit der Slowakei im Untersuchungsgebiet am höchsten. Die niedrigere Arbeitslosigkeit in den genannten Gebieten weist einerseits darauf hin, dass in der Hauptstadt und ihrem Umland, ähnlich wie in Tschechien, mehr offene Stellen zur Verfügung stehen, und andererseits, dass es in grenznahen Gebieten zu einer verstärkten Arbeitsmigration nach Österreich kommen könnte. Auch in der Slowakei ist zu beobachten, dass in der Hauptstadtregion die Arbeitslosigkeit deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. In Polen sind keine regionalen Unterschiede erkennbar, was aber nicht heißt, dass es keine gäbe, sondern nur, dass im gesamten Staatsgebiet die Arbeitslosigkeit so hoch ist, dass die in der Karte verwendeten Intervalle keine räumlichen Unterschiede mehr erkennen lassen. Dass es aber welche gibt, darauf weist der Variationskoeffizient hin, der, ähnlich wie in Tschechien, bei 5,6 liegt. Abschließend bleibt noch, einen Blick auf Rumänien zu werfen: hier weisen die zentralen Regionen die höchsten Werte bei der Arbeitslosenquote auf. Die Hauptstadt hebt sich von den anderen NUTS-2-Regionen nicht eindeutig hervor. Diese Tatsache wird auch durch den niedrigen Variationskoeffizienten bestätigt, der, ähnlich wie für Österreich, bei einem Wert von 4,5 liegt. (Eurostat 2008, S.259 & 512)

Insgesamt konnte hinsichtlich der ökonomischen Disparitäten gezeigt werden, dass es durchaus Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den untersuchten Staaten gibt. Als Gemeinsamkeit muss die zentrale Rolle der Hauptstädte genannt werden, wie sie in allen ehemals kommunistischen Staaten bemerkbar wurde. Neben starken Migrationsgewinnen und einer Bevölkerungszunahme ist auch die Arbeitslosigkeit in den Hauptstadtregionen in der Regel unter dem Durchschnitt. Besonders in der Arbeitslosigkeit konnte gezeigt werden, dass neben der niedrigen Arbeitslosenquoten in den Hauptstädten auch das Phänomen beobachtbar war, dass in Grenznähe zu

entwickelten Staaten die Raten niedriger sind und in Richtung EU-Außengrenzen zunehmen. Dies weist auf starke ökonomische Disparitäten innerhalb der Staaten hin. Die Unterscheidung nach Havlíček (2008) in eine äußere Peripherie gilt bezüglich der Arbeitslosigkeit also nicht nur innerhalb eines Staates wie Tschechien, sondern auch innerhalb eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes wie der EU!

Unterschiede zwischen den Staaten ergaben sich beim BIP pro Kopf in KKP und dem Bruttojahresverdienst. Hier entstand der Eindruck, dass vor allem Tschechien und Ungarn den westeuropäischen Standards näher sind als Polen, Rumänien und die Slowakei. Diese beiden Staaten haben offensichtlich von der Marktöffnung und der Integration in die EU bisher besonders profitiert. Bei einer weiteren Verfolgung des Hauptziels der EU, nämlich den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, kann davon ausgegangen werden, dass auch jene Staaten, die bisher noch nicht an einem westeuropäischen Niveau angelangt sind, in den nächsten Jahren aufholen werden und ihre ökonomische Position verbessern.

7.3 Sozialräumliche Ungleichheiten der Regionen Mitteleuropas

Im Kapitel zur Untersuchung der sozialen Disparitäten innerhalb Tschechiens widmete ich mich zunächst dem regional unterschiedlich hohen Bildungsniveau. Hier konnte im Sekundarstufenbereich eine Konzentration auf die städtischen Zentren nachgewiesen werden. Auch im tertiären Bildungsbereich ist die Bevölkerung Prags und Südmährens die am besten ausgebildete. Auch die Eurostat widmet sich in ihrem „Portrait der Regionen“ dem Thema Bildung und stellt deutliche regionale Unterschiede fest. Gemessen werden diese mit Hilfe der Partizipationsrate der 17-jährigen Bevölkerung in Ausbildung, gemessen an der gesamten Bevölkerung dieses Alters. Die für das Jahr 2009 erst jüngst veröffentlichte Ausgabe weist in den untersuchten Regionen deutliche Unterschiede hinsichtlich dieser Größe auf: tatsächlich zeigen die NUTS-2-Regionen in Nordböhmen und Mittelböhmen einen geringeren Anteil als die anderen. Niedriger ist der Ausbildungsanteil aber auch in der südmährischen Region, die in Kapitel 5 als positives Beispiel ausgewiesen wird. Dies liegt daran, dass die Darstellung der Eurostat auf NUTS-2-Ebene stattfindet und dort die Bergland-Region und die Region Zlin zusammengefasst werden. Dies ist ein sehr gutes Beispiel für die hohe Bedeutung der untersuchten Maßstabsebene und die mögliche Verzerrung bei zu großen

Untersuchungseinheiten. Denn genau in der NUTS-2-Region Südmähren wurden zwei sehr divergierende Regionen zusammengefasst, da die südmährische Region eine über- und die Region Bergland eine unterdurchschnittliche Bildungsdichte aufweist. Dieser Zusammenhang soll dazu dienen, dem Leser für das Problem der Generalisierung zu sensibilisieren.

Die auf Seite 24 des „Portrait of Regions 2009“ publizierte Karte „*Students aged 17 as a share of corresponding age population, by NUTS 2 regions, 2006 {1}*“ zeigt ein regional differenziertes Bild: der Staat mit dem höchsten Bildungsanteil ist Polen. Hier weisen fast alle Regionen einen Wert von über 95% auf. Nur drei Regionen an der Grenze im Norden und zwei grenznahe im Süden des Landes, nördlich der Sudeten, erreichen nur Werte über 90%. Für Österreich ergibt sich ein sehr gleichmäßiges Bild, es gibt keine Region, die in ein anderes Intervall fallen würde als in jenes zwischen 90% und 95%. Insgesamt ist der Bildungsanteil aber verbesserungswürdig und liegt deutlich hinter jenem von Polen. Die Slowakei weist einen ähnlichen Durchschnitt wie Österreich auf, nur ergeben sich in diesem Staat deutliche regionale Unterschiede. Sein Maximum erreicht der Anteil in der Hauptstadt Pressburg [Bratislava]. Von hier ist eine Abnahme in östliche Richtung feststellbar, der niedrigste Wert ist in der östlichsten Region der Slowakei, die an die Ukraine grenzt, feststellbar. Auch in Ungarn ergeben sich große regionale Unterschiede hinsichtlich der Bildungsbeteiligung der 17-jährigen Bevölkerung: hier sind ebenfalls die Region Budapest, sowie jene, die direkt an der österreichischen Grenze liegt, jene mit einem über 95%igen Bildungsanteil. Die beiden südlichen Regionen weisen hingegen schon niedrigere Werte auf, liegen aber immer noch vor den beiden östlichen Regionen, die an der Grenze zur Ukraine liegen. In Rumänien hingegen ist über das gesamte Land verteilt der Bildungsanteil unterdurchschnittlich, nämlich unter 80%. Nur Bukarest [București] fällt in die Intervallgrenze zwischen 80% und 90%. Um die regionalen Unterschiede in diesem Staat eingehend zu untersuchen, müsste man wohl eigene Intervalle einführen. (Eurostat 2009, S.24)

Insgesamt muss festgehalten werden, dass sich im Bildungsanteil der 17-jährigen deutliche Unterschiede zeigen. Diese ergeben sich nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb dieser. Das für Tschechien attestierte Muster von einem hohen Anteil im Zentrum und einem niedrigen in der Peripherie scheint sich auch auf die anderen Staaten, besonders der Slowakei und Ungarn, aber auch auf Polen übertragen

zu lassen. In den Hauptstädten ist das Bildungsniveau demnach am höchsten, während es in den östlichen Grenzen der EU-27 zu statistisch klar messbaren Abnahmen kommt und somit auch im Bereich der Bildung das Bild einer äußeren Peripherie zutrifft.

Neben der Schulbildung war auch die Ausbildung im tertiären Bereich Ziel der Untersuchungen in Tschechien. Hier mussten ebenfalls regionale Disparitäten festgestellt werden: während in der Hauptstadt Prag und der Südmährischen Region die Anteile hoch waren, wiesen besonders die Randbezirke im Norden und Osten geringere Werte auf. In der Karte „Students in tertiary education as percentage of population aged 20 to 24, 2006 (in%)“ auf Seite 26 des „Portrait of Regions 2009“ (Eurostat 2009) werden auf Ebene der Regionen die Anteile der 20- bis 24-jährigen Studenten an der Gesamtzahl jener Altersgruppe gemessen. Auch für die übrigen Staaten ergeben sich deutliche Unterschiede, die an dieser Stelle beschrieben werden sollen: In Österreich ist der Hochschulbildungsanteil in den Bundesländern Wien, der Steiermark und Tirol mit Werten zwischen 50% und 75% am höchsten, der Rest des Landes weist unterdurchschnittliche Werte auf. In Polen ist ein insgesamt höherer Anteil der Hochschulbildung beobachtbar, zu erkennen an der dunkleren Farbgebung im Vergleich zu Österreich. Dennoch ist der Bildungsanteil im Bereich der Hochschule in den Regionen Warschau [Warszawa] und Krakaus [Kraków] am höchsten, während jene Regionen, welche bereits im Bildungsanteil der 14-jährigen Schüler niedrige Anteile aufwiesen, wieder die Schlusslichter bilden. Dies deutet darauf hin, dass sich die Tendenz niedriger Anteile im Bereich der Sekundarstufe in höherem Alter im Rahmen der Hochschulausbildung fortsetzt. In der Slowakei fallen die Unterschiede noch stärker ins Auge: hier weist nur die Hauptstadtregion Pressburg hohe Anteile auf, während in den übrigen Regionen die Werte deutlich zurückliegen. Ähnliches gilt für Rumänien, wo Bukarest eine herausragende Position einnimmt. Daneben sind es jedoch noch die beiden an Ungarn angrenzenden Regionen Rumäniens, die noch mit der Hauptstadt mithalten können. Von diesen Regionen abgesehen, ist der Anteil der Studenten an den 20- bis 24-jährigen tendenziell niedrig. Eine derartige Raumstruktur ist in Ungarn nicht zu beobachten. Die durchschnittlichen Anteile liegen im Intervall zwischen 50% und 75%, jedoch ist es hier die Hauptstadtregion Budapest, die gemeinsam mit der östlichsten Region Ungarns die niedrigsten Werte aufweist.

Zusammenfassend ist deutlich erkennbar, dass nicht nur in Tschechien, sondern auch in allen anderen untersuchten Staaten mit Ausnahme von Ungarn die Hauptstädte als

Gewinner bezeichnet werden können, da diese ihre Jugendlichen und junge Erwachsenen am besten Ausbilden und somit die Wettbewerbsfähigkeit positiv beeinflussen. Neben dieser Tendenz zeigt sich, dass die Regionen an der EU-Außengrenze die niedrigsten Anteile aufweisen und somit als „Verlierer“ bezeichnet werden können. Innerhalb der Staaten wurde auch festgestellt, dass jene Regionen im Westen, die an einen wirtschaftlich besser positionierten Staat grenzen, tendenziell höhere Anteile aufgewiesen haben.

Ein wichtiges Maß für die Untersuchung des Entwicklungsstandes von Staaten ist die **Säuglingssterblichkeit**. In der Tschechischen Republik ist die Wahrscheinlichkeit des Eintritts des Todes innerhalb des ersten Jahres nach der Geburt im Norden und Nordwesten, sowie im Osten und Südosten höher als in den anderen Bezirken. Die Eurostat veröffentlichte im Jahr 2004 den so genannten „Atlas zur Sterblichkeit“, welcher auf NUTS-2-Ebene unterschiedliche Todesursachen nach Altersklassen getrennt analysiert. Nachdem die in dieser Veröffentlichung erfasste Zeitreihe die Jahre 1994-1996 darstellt, ist es nicht möglich, Aussagen über die regionale Verteilung der Säuglingssterblichkeit in den in dieser Diplomarbeit untersuchten Staaten zu tätigen. An dieser Stelle sei nur angemerkt, dass es zwischen den Regionen der EU-15-Staaten signifikante Unterschiede gibt. Dies weist darauf hin, dass ähnliche Unterschiede auch in Mittel- und Osteuropa beobachtbar wären.

Dennoch soll an dieser Stelle die Säuglingssterblichkeit auf Staatsebene zwischen den ost- und mitteleuropäischen Staaten verglichen werden. Innerhalb der EU-25 ging die Rate der Säuglingssterblichkeit von 28‰ im Jahr 1965 auf 4,6‰ im Jahr 2005 deutlich zurück. Dieser Rückgang ist in allen untersuchten Staaten beobachtbar, trotzdem ergeben sich Unterschiede: nur in Tschechien liegt die Säuglingssterblichkeit mit einem Wert von 3,4‰ deutlich unter dem EU-Durchschnitt des Jahres 2005. Knapp unterdurchschnittlich ist der Wert außerdem in Österreich. Als dritte Gruppe sind die Länder Ungarn, Slowakei und Polen zu nennen. Dort liegt die Säuglingssterblichkeit zwischen 6,2‰ und 7,2‰. Das Schlusslicht bildet Rumänien mit einer Rate von 15,0‰. Somit ergibt sich ein Bild großer Unterschiede zwischen den Staaten, was aber noch keine Aussagen darüber machen lässt, ob es nicht auch innerhalb derselben grobe Differenzen geben könnte. (Eurostat 2008)

Neben der Säuglingssterblichkeit wurde auch noch die **Ärztedichte** im ambulanten und stationären Bereich analysiert. Die dargestellten räumlichen Strukturen stimmten in Tschechien in weiten Teilen mit der Verteilung der Säuglingssterblichkeit überein. Im Statistischen Jahrbuch der Regionen 2006 findet eine regionale Darstellung der Ärztedichte von Zahnärzten statt. Nachdem es keine Veröffentlichung zur regionalen Verteilung von Allgemeinmedizinern oder Krankenhäusern gibt, muss auf die Zahnärztdichte zurückgegriffen werden. Hier wurde die Frage verfolgt, ob sich auch in der räumlichen Verteilung der Zahnärztdichte gewisse Unterschiede zwischen den NUTS-2-Regionen feststellen lassen. Da in Polen und Rumänien die Dichte im EU-Durchschnitt, der bei etwa 60 Ärzten je 100.000 Einwohner liegt, deutlich geringer ist und alle Regionen innerhalb des selben für die graphische Aufbereitung genutzten Intervalls liegen, lassen sich für diese beiden Staaten keine Aussagen über mögliche regionale Ungleichverteilungen machen. Für Österreich, Tschechien und die Slowakei kann deutlich eine höhere Zahnärztdichte in den Hauptstädten nachgewiesen werden. Diese regionalen Disparitäten benachteiligen also jene Bürger, die nicht in der Hauptstadt leben und für die die medizinische Versorgung nicht ebenso gut gewährleistet ist wie in den Hauptstädten. Daneben wurde die Zahl der Krankenhausentlassungen untersucht, um auch in diesem Bereich mögliche Disparitäten festzustellen: obwohl nur für die beiden Länder Österreich und Tschechien Datenmaterial vorhanden ist, kann als gemeinsamer Konsens festgehalten werden, dass die Zahl der Entlassungen in den Hauptstädten fast doppelt so hoch ist wie in den Regionen, welche die niedrigsten Werte aufweisen. Diese beiden Ergebnisse führen zu dem Schluss, dass nicht nur in Tschechien, sondern auch in den anderen untersuchten Staaten ein deutliches Stadt-Land-Gefälle im Bereich der medizinischen Versorgung beobachtbar ist. Als Erklärung wird angegeben, dass Krankenhäuser in der Regel in städtischen Zentren errichtet werden und somit ein größeres Einzugsgebiet haben. Dennoch sollen die Disparitäten zwischen Stadt und Land erwähnt werden, da die Überlebenschancen eines Stadtbewohners bei Eintreten eines Notfalles damit höher ist als im Falle eines Einwohners einer peripheren, ländlichen Gemeinde. (Eurostat 2006c)

Abschließend soll noch der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung Tschechiens, der Slowakei, Polens, Ungarns und Rumäniens, allerdings basierend auf

nationalstaatlichen Daten, dargelegt werden. Dies geschieht aus dem Grund, dass, abgesehen vom Bildungsniveau und der Zahnarztdichte keine Gesundheitsindikatoren auf Ebene der Regionen zu finden waren. Dieses Faktum lässt zwei unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten offen: entweder ist der Vergleich von Gesundheitsindikatoren aufgrund von unterschiedlichen Gesundheitssystemen bzw. Erhebungsmethoden, beispielsweise bei der Organisation von ambulanten und stationären medizinischen Einrichtungen, zwischen den Mitgliedsstaaten der EU nicht möglich oder aber es gibt ein größeres Interesse an der Analyse wirtschaftlicher Indikatoren und aus diesem Grund auch ein größeres Lobbying und mehr finanzielle Mittel. Natürlich ist auch eine Kombination der beiden genannten Gründe nicht auszuschließen. Nichtsdestotrotz soll nun der Gesundheitszustand der Bevölkerung zwischen den genannten Staaten verglichen werden.

Für einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren soll die folgende Tabelle behilflich sein:

	CZ	HU	PL	RO	SK
(i) Lebenserwartung	74,9	70,4	73,2	69,2	73,2
(ii) Unterschied von (i) zw. den Geschlechtern	6,8	9,1	8,7	8,1	8,3
(iii) SSR* Kardiovaskulärer Erkrankungen	92,4	153,3	114,0	182,0	119,5
(iv) Krankenhausbetten pro 100.000 EW	847	833	596	728	810
(v) Ärztedichte (je 100.000 EW)	308	357	233	183	322

* Standardisierte Sterberate

Tabelle 5: Gesundheitsindikatoren 1999. (eigene Erstellung; Quelle: European Communities and World Health Organisation 2001a, 2001b, 2001c, 2001d, 2001e, 2001f)

Die höchste Lebenserwartung liegt mit 74,9 Jahren in Tschechien. Außerdem nimmt der Geschlechterunterschied kontinuierlich ab. Dies ist in allen anderen Staaten nicht der Fall. Die niedrigste Lebenserwartung weisen die Staaten Rumänien (69,2 J.) und Ungarn (70,4 J.) auf. Die Geschlechterunterschiede sind neben Ungarn auch in Polen sehr hoch.

Die beiden häufigsten Todesursachen sind jene bedingt durch kardiovaskuläre Erkrankungen, sowie durch Krebs. Auch in diesem Zusammenhang lassen sich Unterschiede zwischen den Referenzstaaten feststellen (European Communities and World Health Organisation 2001a, 2001b, 2001c, 2001d, 2001e, 2001f):

Todesfälle aufgrund kardiovaskulärer Erkrankungen treten in Tschechien am geringsten auf (92,4). Dieser Wert ist jedoch immer noch doppelt so hoch wie der Durchschnittswert der EU-15-Mitgliedsstaaten (Stand:1999). Polen und die Slowakei weisen ähnlich hohe Sterberaten auf, wobei diese jedoch in Polen seit Beginn der 1990er Jahre fallen, während der Rückgang in der Slowakei bereits zehn Jahre früher einsetzte. Erwähnenswert sind außerdem die großen regionalen Unterschiede in der Slowakei mit den höchsten beobachteten Werten im Süden des Landes. Die hohen Werte in Ungarn können dadurch erklärt werden, dass zwar für Männer die Sterblichkeit in den 1970er und 1980er Jahren abnahm, jene der Frauen hingegen konstant blieb. Ähnliche Entwicklungen machen sich auch in Rumänien, dem Staat mit der höchsten Sterberate, bemerkbar: während die Sterberate der Männer zwar auch deutlich erhöht ist, ist jene der Frauen die höchste unter den Referenzstaaten.

In Bezug auf die **Anzahl der Krankenhausbetten** je 100.000 Einwohner weisen Tschechien (847) und Ungarn (833) die größten Werte auf gefolgt von der Slowakei (810) und Rumänien (728). Schlusslichter bilden Polen (596) und Slowenien (555). Dass diese Zahl jedoch nicht mit der Ärztedichte übereinstimmen muss, zeigt die letzte Zeile der Tabelle, welche Ungarn und die Slowakei als die beiden Staaten mit der höchsten Ärztedichte ausweist, während diese in Rumänien und Slowenien am niedrigsten ist.

Insgesamt ergibt sich für die Staaten Mittel- und Osteuropas ein Bild, welches von eindeutig nachweisbaren Disparitäten zwischen denselben geprägt ist. Während Slowenien und Tschechien jene Staaten mit den besten Werten sind, bilden besonders Ungarn und Polen die Schlusslichter dieser Untersuchung. Abschließend sei gesagt, dass jedoch in den meisten Staaten, mit Ausnahme der Slowakei, eine Verbesserung der untersuchten Werte im zeitlichen Verlauf stattgefunden hat, woraus sich hoffen lässt, dass in einer langfristigen Perspektive die Werte den EU-27 Durchschnitt erreichen werden. Zwar ist es durch diesen Staatenvergleich nicht möglich, regionale Disparitäten zwischen den Regionen festzustellen. Wenn man aber die Ergebnisse der Zahnärztdichte mit jenen der Einzelstaaten kombiniert, so muss folgende Interpretation erwähnt werden. Wie im Abschnitt der Krebserkrankungen dargelegt wurde, variiert in Rumänien die räumliche Verteilung dieser Erkrankung als Todesursache um 71%. Obwohl die Zahnärztdichte aufgrund der Intervallwahl in diesem Land überall „gleich“

niedrig waren, kann aufgrund der Mortalität von Krebserkrankungen angenommen werden, dass auch in Rumänien deutliche Unterschiede in der regionalen Gesundheitsversorgung geben wird.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass Tschechien unter den untersuchten Staaten meist die führende Position einnimmt. Die Gemeinsamkeit der untersuchten Staaten liegt im Auftreten der räumlichen Disparitäten: insgesamt existieren sozialräumliche Ungleichheiten zwischen dem Zentrum, auf NUTS-2-Ebene ragen besonders die Hauptstädte, in Polen zusätzlich noch Warschau, hervor, und der Peripherie. Damit konnten die in Tschechien beobachteten Raumstrukturen auch in den anderen Untersuchungsstaaten nachgewiesen werden. Somit kann man also nicht behaupten, dass Tschechien hinsichtlich der sozialräumlichen und ökonomischen Disparitäten ein Einzelfall ist, sondern diese räumlichen Unterschiede durchaus in den anderen untersuchten mittel- und osteuropäischen Staaten existieren.

8 Grenzüberschreitende Regionalentwicklung als möglicher Weg zur Verringerung der Disparitäten?

8.1 Regionale Zusammenschlüsse auf nationaler und internationaler Ebene

Nach der Einbettung der Ergebnisse Tschechiens in den mittel- und osteuropäischen Kontext im vergangenen Kapitel soll nun abschließend ein möglicher Weg zur Reduktion der festgestellten Disparitäten dargestellt werden.

In zahlreichen Dokumenten und Publikationen der EU wird auf dieses Thema unter dem Schlagwort „Regionalisierung“ bzw. „Regionalentwicklung“ eingegangen. Durch eben diese will man periphere oder strukturschwache Gebiete aufwerten. Mit Hilfe der in diesem Zusammenhang gesetzten Maßnahmen will man das übergeordnete Ziel der EU, nämlich den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, erreichen. (Europäische Kommission 2008)

Diese Zusammenschlüsse von Gemeinden zu Regionen können einerseits innerhalb eines Staates stattfinden. In den regionalen Jahrbüchern Tschechiens werden in vier Regionen, nämlich in der Südmährischen Region, sowie in den Regionen Pardubitz,

Zlin und Karlsbad, so genannte *Mikroregionen* erwähnt. (Czech Statistical Office 2008f, 2008g, 2008h, 2008i)

Hierbei handelt es sich um Zusammenschlüsse einzelner Gemeinden, welche vom Regionalbüro der jeweiligen Region unterstützt werden. Diese Kooperationsform dient besonders ländlich geprägten Gemeinden dazu, gemeinsam beschlossene Pläne zu verfolgen und dadurch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig zu fördern. (Czech Statistical Office 2008f)

Bei den Mikroregionen handelt es sich also um eine Kooperation von Gemeinden mit ähnlichen Strukturproblemen innerhalb der Grenzen eines Staates. Das Konzept ist ein relativ neues, weshalb es weder eine genau Auflistung der aktuellen Mikroregionen in Tschechien, sowie der in ihnen teilnehmenden Gemeinden, noch eine detaillierte Formulierung von Zielen zu finden gibt. Dennoch scheint man erkannt zu haben, dass es durch den Zusammenschluss und die Verfolgung gemeinsamer Interessen zu einer Bildung von Synergien kommt, die allen Beteiligten in ihrer positiven Entwicklung unterstützen können.

Eine weitere Möglichkeit der Aufwertung strukturschwacher Gebiete liegt in grenzüberschreitenden Kooperationen, wie sie in Tschechien in Form von den Euroregionen bzw. Euregionen existieren. Insgesamt gibt es folgende fünf Kooperationen:

- Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald (AT, CZ, DE)
- Euregio Egrensis (CZ, DE)
- Euroregion Erzgebirge/Krušnohoří (CZ, DE)
- Euroregion Elbe-Labe (CZ, DE)
- Euroregion Neiße (CZ, DE, PL)

Durch die Zusammenarbeit in vielen Bereichen wie Tourismus, Bildung, Kultur und Wirtschaft soll es zu einer Stärkung der Regionen kommen. Da diese Kooperationsformen Förderungen seitens der EU erhalten, müssen Regionalentwicklungskonzepte und Maßnahmen elaboriert und zu Papier gebracht werden, um die EU-Mittel in Anspruch nehmen zu können. Da für die Verbesserung der Situation strukturschwacher Gebiete eine nicht unbeträchtliche Summe an Fördermittel zum Einsatz kommt, sollen in weiterer Folge die fünf Euroregionen Tschechiens in Kürze vorgestellt werden.

8.2 Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald

Bei der Euregio Bayerischer Wald–Böhmerwald handelt es sich um ein trilaterales Abkommen zwischen Vertretern der Staaten Österreichs, Deutschlands und Tschechiens. Seit ihrer Gründung 1993 wächst die Euregio kontinuierlich. Aktuell wird die in etwa 17.000km² große Region von über 1,4 Mio. Einwohnern bewohnt. Insgesamt sind an der Euregio 639 Gemeinden beteiligt, davon 225 aus Bayern, 122 aus Österreich und 292 aus Tschechien. (Simader 2005)

Geographisch betrachtet muss man im Zusammenhang mit diesem Gebiet, dessen Lage berücksichtigend, von einer Grenzregion sprechen. Historisch gesehen ist die periphere Lage durch eine Reihe politischer Entscheidungen bedingt. Wie bereits in Kapitel 6 thematisiert wurde, kam es genau in dem Gebiet der heutigen Euregio zur Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung.

In diesem entleerten, grenznahen Raum wurden von der Regierung die Bemühungen einer Nachbesiedelung durch Exiltschechen, Slowaken, Roma und Sinti unternommen. Neben der Tatsache, dass diese „neue“ Bevölkerung sich mit dem Gebiet wenig verbunden fühlte, kommt hinzu, dass es sich auch noch um einen strukturschwachen Raum handelte – dies führte zu weiteren Abwanderungen. (ebd. 2005) Durch den Eisernen Vorhang kam es zu einer kompletten Abschottung des kommunistischen Ostens, weshalb sich die periphere Lage der tschechischen Gebiete im Böhmerwald verstärkte und eine internationale Zusammenarbeit vollkommen unmöglich machten. Dafür entwickelte sich, zum Vorteil für den aktuellen Tourismusmarkt, ein quasi unberührter Naturraum. (ebd. 2005)

Erst durch den Fall des Eisernen Vorhangs war an eine Kollaboration zu denken. Dieser Gedanke wurde durch den EU-Beitritt Österreichs noch verstärkt und führte schließlich zur Gründung der Euregio Bayerischer Wald – Böhmerwald. (Leutgeb 2006)

Als Grundidee von Euregionen nennt Leutgeb (2006, S.16) in Anlehnung an Bürker (1997) die *„Trennlinien in Form von Staatsgrenzen sowie Unterschiede in der Entwicklung benachbarter Grenzregionen zu reduzieren um somit eine Annäherung der Lebensverhältnisse und einen allgemeinen Disparitätsabbau anzustreben“*.

Zur Organisation sollen nur die Eckdaten erwähnt bleiben: es handelt sich bei dieser Euregio um drei privatrechtliche Vereine mit je einer Geschäftsstelle der beteiligten Staaten, bedingt durch die unterschiedliche Gesetzeslage und den politischen

Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und Tschechien. Je ein Vorstand der drei Geschäftsstellen ist im Euregio-Rat vertreten, über den sowohl staatliche Beihilfen lukriert, als auch Anträge zur Bewilligung von Förderprogrammen auf EU- Ebene gestellt werden. (Simader 2005)

Gefördert wird die Euregio Bayerischer Wald - Böhmerwald aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative INTERREG des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Für die Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 standen EU-weit 4,875 Milliarden Euro für die grenzübergreifende (INTERREG IIIA), transnationale (INTERREG IIIB) und die interregionale Zusammenarbeit (INTERREG IIIC) zur Verfügung. ([Website6](#); 31.03.09)

In der neuen Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 liegt der Schwerpunkt auf der territorialen Zusammenarbeit. Auch hierfür gibt es wieder nationale Ziel-3-Förderungen für die Realisierung grenzüberschreitender Projekte, welche aus sehr unterschiedlichen Sparten stammen können, wie beispielsweise zur Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen oder zur Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, aber auch Tourismus, Umwelt oder Soziales. (Centre for Regional Development; [Website7](#); 31.03.09)

Die Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald nennt auf ihrer Homepage drei Prioritäten, die es in der kommenden Strukturfondsperiode zu erreichen gilt: ([Website8](#); 31.03.09)

- Priorität 1: Wissensbasierte und wettbewerbsfähige Gesellschaft durch Innovation und Kooperation
- Priorität 2: Attraktiver Lebensraum durch nachhaltige Entwicklung der Region(en)
- Priorität 3: Technische Hilfe

Abschließend bleibt festzustellen, dass es durch die Euregio zu einer Aufwertung dieses peripheren Raums kam, jedoch durch die starke Vorbelastung aufgrund der bereits genannten historischen Geschehnisse, in Zukunft noch viel Arbeit, besonders im Bereich des Tourismus vor den Vereinsmitgliedern liegt. Durch die starke Vorbelastung wird es auch noch lange dauern, bis auch statistisch messbare Verbesserungen bemerkbar werden. Dennoch ist die Euregio Bayerischer Wald die richtige Entwicklung hin zu einem Disparitätenausgleich. Dazu wird eine noch stärkere Vernetzung zwischen den Staaten Deutschland, Österreich und Tschechien von Nöten sein. (Simader 2005)

8.3 Euregio Egrensis

Ähnlich wie im Falle der Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald nutzte man auch im tschechisch-deutschen Grenzgebiet die Öffnung des Landes bedingt durch den Fall des Eisernen Vorhangs aus, um grenzüberschreitende Projekte gemeinsam durchzuführen. (Morino 2002) Das Gebiet der Euregio Egrensis erstreckt sich über die deutschen Bundesländer Bayern, Sachsen und Thüringen, sowie in Tschechien über die Karlsbader Region und den Bezirk Tachau in der Pilsener Region. In der sie einnehmenden Fläche von etwa 17.000km² beherbergt die Euregio annähernd zwei Millionen Einwohner. ([Website9](#); 01.04.09)

Die Euregio Egrensis ging im Februar 1993 aus einem Zusammenschluss der drei Arbeitsgemeinschaften Vogtland/Westerzgebirge e.V., Bayern e.V. und Böhmen hervor, welche die historische Bedeutung der Region als Wirtschaftsraum berücksichtigten. Während man sich unter sowjetischer Herrschaft auf die Schwerindustrie durch die reichen Braunkohlevorkommen konzentrierte, verdrängte man die dadurch jahrhundertelange Tradition und Kooperation in den Bereichen der Textil-, Nahrungsmittel- und Porzellanindustrie über die heutigen Grenzen hinweg. Auch der Fremdenverkehr kam in dieser Zeit fast gänzlich zum Erliegen (Morino 2002) Wie in Kapitel 3 dieser Diplomarbeit eingehend erläutert, war das Gebiet der Euregio Egrensis nicht nur von einer verstärkten Abwanderung und Entleerung durch die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit im Zuge des Restrukturierungsprozesses betroffen, sondern auch die ökologischen Folgen führten zu einer Benachteiligung dieses peripheren Grenzgebietes.

Während gerade zu Beginn die Identifizierung mit der Region seitens der Bevölkerung aufgrund der künstlichen Schaffung der Euregio und einer „top-down-Strategie“ nicht so ganz fruchtete, verbesserte sich die Situation in der Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 – im Rahmen der INTERREG III gestützten Projekte kam es zu einer Aufwertung und Verbesserung der Region. (Morino 2002, S.86) Die Ziele der Euregio Egrensis liegen in der „Vertiefung der freundschaftlichen Beziehung der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“, einer „Unterstützung aller Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Behörden, Organisationen und Einzelnen“,



Abbildung 28: Logo der Euregio Egrensis (Quelle: Euregio Egrensis 2008; S.1)

sowie in einem „*Beitrag zur Verständigung und zur gegenseitigen Toleranz*“.
([Website10](#);01.04.09)

An der Spitze der Organisation, die nun in Kürze vorgestellt werden soll, steht ein gemeinsames Präsidium mit den drei Vertretern aus den Präsidien der drei Arbeitsgemeinschaften. Die Präsidien der Länder bestehen ihrerseits wieder aus einem Präsidenten, einer Geschäftsstelle und einem Geschäftsführer, der sich mit seinen Kollegen der anderen beiden Arbeitsgemeinschaften monatlich trifft und die folgenden vier Fachausschüsse aus den genannten Bereichen koordiniert: Wirtschaft (Arbeitsmarkt) und Infrastruktur, Umwelt und Umweltschutz, Fremdenverkehr, Kultur, Sport und Jugendarbeit. (Morino 2002, S.89f)

Bisher, also in der vergangenen Strukturfondsperiode, wurde die Euregio über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA gefördert. Die Mittel wurden zur Finanzierung von Großprojekten, wie zum Beispiel der Erstellung eines Plans zur Durchführung gemeinsamer Tourismusprojekte, sowie von Kleinprojekten, wie etwa dem EUREGIO EGRENIS Jugendsommerlager, eingesetzt. Daneben wird aber auch noch „Regionenarbeit“ geleistet. Hierunter fallen Projekte, die durch Förderungen der Länder finanziert und ermöglicht wurden. ([Website11](#); 01.04.09) Um die Größe der finanziellen Mittel zu veranschaulichen, soll an dieser Stelle der Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V. für das Jahr 2007/08 zitiert werden, der als Resümee für die Strukturfondsperiode 2000-2006 eine Förderung durch EU-Mittel in der Höhe von 1,7 Mio. Euro allein durch den Freistaat Bayern angibt. (Euregio Egrensis Geschäftsbericht 2007/08; S.9)

Durch den Beginn der Strukturfondsperiode 2008-2013 wurde die Gemeinschaftsinitiative INTERREG durch das Ziel-3 „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ ersetzt. Dabei wurden die Qualitätsansprüche erhöht, grenzüberschreitende Projekte werden nur unter der Voraussetzung gewährt, wenn mindestens ein Projektpartner pro Land an dem gemeinsamen Ziel mitarbeitet. Dies soll die Kooperation zwischen den Staaten verstärken. Im Ziel-3 werden auch Kleinprojekte gefördert, die eine bessere Kommunikation zwischen Bürgern, Vereinigungen und Behörden ermöglichen. ([Website12](#); 01.04.09) Insgesamt stehen in der aktuellen Förderperiode für Projekte im tschechisch- deutschen Grenzraum EU- Mitteln in der Höhe von 115,5 Mio. Euro zur Verfügung. (Euregio Egrensis Geschäftsbericht 2007/08)

Abschließend kann gesagt werden, dass die Euregio Egrensis durchaus ihren Teil zur Aufwertung dieser benachteiligten Region beiträgt. Nicht nur durch das finanzielle Volumen der EU-Förderungen (in dem nationale und regionale Unterstützungen noch nicht einmal berücksichtigt wurden), sondern auch die zahlreichen Projekte und Partnerschaften (gerade im Bereich der Jugend, wie beispielsweise zwischen deutschen und tschechischen Schulen) geben Anlass für ein positives Resümee. Die Euregio verfolgt also nicht nur wirtschaftliche Interessen wie den Ausbau des Erholungstourismus, sondern trägt einen großen Teil dazu bei, dass das durch die geschichtlichen Geschehnisse schwierige Verhältnis zwischen den Volksgruppen wieder verbessert wird. Dies entspricht auch dem Grundgedanken der EU. Dass gerade auch die junge Generation mit eingebunden wird, stimmt mich äußerst positiv und lässt hoffen, dass mit der Aufwertung der Region durch die zahlreichen Initiativen und Projekte nicht nur die Identifizierung mit der selben steigt, sondern auch die jungen Menschen genügend Potential in ihrer Heimat erkennen und sich nicht gezwungen sehen, diese zu verlassen.

8.4 Euroregion Erzgebirge/Krušnohoří

Die dritte Euroregion, die vorgestellt wird, liegt im Nordwesten Tschechiens und Südosten Deutschlands und umfasst die Bezirke Teplitz, Laun, Brüx, Komotau und Leitmeritz der Aussiger Region, sowie die Kreise Freiberg, Mittleres Erzgebirge, Annaberg und Stollberg auf der deutschen Seite. Gegründet wurde die Euroregion Erzgebirge/Krušnohoří im Jahr 1992. Während sie damals 46 Städte zu ihren Mitgliedern zählen konnte, erweiterte sich diese Zahl bis ins Jahr 2002 auf 62, zuzüglich 24 Organisationen. (Czech Statistical Office, k.A.)

Ziel der Gründung war auch hier wieder, *„aus der peripheren Stellung der Grenzgebiete einen in Europa integrierten gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt zu bilden und die Vertiefung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den grenzanliegenden Regionen und Staaten zu begünstigen. (...)“* (Czech Statistical Office, k.A.; S.1)

Die Organisationsstruktur entspricht jener der Euregio Egrensis, mit einem tschechischen und einem deutschen und, übergeordnet, einem gemeinsamen Präsidium. Die Arbeitsgruppen, die sich aus 15 bis 20 Mitgliedern zusammensetzen und in welchen

in gleichem Anteil tschechische und deutsche Experten vertreten sind, beratschlagen sich und sammeln Ideen zu folgenden Themenschwerpunkten: (Czech Statistical Office, k.A.; S.1; [Website13](#); 01.04.09)

- Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungswesen
- Jugend, Schule, Kultur (Museen und Kulturdenkmäler)
- Landwirtschaft
- Soziales
- Umwelt, Regionalplanung
- Verkehr
- Wirtschaftsförderung ,Tourismus

Auch in der Euroregion Erzgebirge wird in der neuen Strukturfondsperiode die Gemeinschaftsinitiative INTERREG durch das Ziel-3-Programm Territoriale Zusammenarbeit, in all ihren Bestimmungen wie unter Kapitel 8.3, abgelöst.

Wirft man einen Blick auf die Titel der mit Hilfe von INTERREG IIIA finanzierten Großprojekte (siehe unter: [Website14](#); 01.04.09), kommt man zu dem Ergebnis, dass es sich um eine ausgewogene Mischung aus allen Themenbereichen der Arbeitsgruppen handelt, mit der sowohl junge als auch ältere Menschen angesprochen werden.

Für die 22 realisierten Kleinprojekte im Jahr 2003 standen in der gesamten Region EU-Mittel von 175.000 Euro zur Verfügung. (Czech Statistical Office, k.A.)

Auch die steigende Anzahl der Mitglieder weist darauf hin, dass die Euroregion Erzgebirge/Krušnohoří seitens der Bevölkerung, Verbänden und Institutionen Anklang gefunden hat und legt die Vermutung nahe, dass in der Euroregion eine Möglichkeit der Verbesserung der Lebenslage in den betroffenen grenznahen Gebieten gesehen wird, die auch verstärkt in Anspruch genommen wird.

8.5 Euroregion Elbe/Labe

Erste Gedanken über die Gründung einer grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Böhmen und Sachsen bereits Anfang der 1991 bei der Unterzeichnung der Freundschaftsverträge zwischen Deutschland und der damaligen ČSFR. Schließlich wurde, ausgehend von tschechischer Seite, genauer gesagt des Primators der Stadt Aussig, ein Konzept zur



Abbildung 29: Logo der Euroregion Elbe/Labe. (Quelle: Euroregion Elbe/Labe 2003; S.1)

gemeinschaftlichen Zusammenarbeit entwickelt. Am 24. Juni 1992 gründeten schließlich die Städte Dresden und Aussig, sowie die Kreise bzw. Bezirke Pirna, Sebnitz, Dippoldiswalde, Tetschen, Aussig und Teplitz die Euroregion Elbe/Labe, mit einer Fläche von ca. 9.400 ha und einer Einwohnerzahl von knapp 94.000 (Stand 2005). Ziel ist eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Kultur um damit das Verständnis zwischen den Bewohnern Tschechiens und Sachsens zu stärken und die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung des Raumes der Euroregion zu verbessern. (Euroregion Elbe/Labe 2007)

Als Organisationsstruktur wird die Euroregion Elbe/Labe als freiwillige grenzübergreifende Interessensgemeinschaft bezeichnet. Diese setzt sich auf der tschechischen Seite aus dem Gemeindeverband „Euroregion Labe“ und auf deutscher Seite aus der Kommunalgemeinschaft „Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e.V.“ zusammen. Der Gemeindeverband sowie die Kommunalgemeinschaft bestehen ihrerseits aus den drei Organen Rat, Präsidium und Sekretariat. Für den Rat erarbeiten so genannte Fachgruppen, also Arbeitsgemeinschaften, Fachprobleme und sind für die Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen und Umsetzungsmöglichkeiten zuständig. (Euroregion Elbe/Labe 2003) Obergeordnetes Ziel ist die Schaffung eines Netzwerkes zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. (Euroregion Elbe/Labe 2007) Für die Erreichung der Ziele stehen sechs Fachgruppen (FG) in den Bereichen *„Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung/Tourismus, Verkehr, Umweltschutz, Kultur/Bildung/Sport/Soziales, sowie Katastrophenschutz“* zur Verfügung. (ebd.; S.19) Aufgrund des unterschiedlichen Fördervolumens durch INTERREG IIIA wird zwischen Kleinprojekten (mit einer Förderung von bis zu 15.000 Euro) mit dem Ziel einer verstärkten Kommunikation zwischen den tschechischen und deutschen Partner und Großprojekten unterschieden, deren Themen mit den Schwerpunkten der Fachgruppen übereinstimmen. (ebd. 2007) Finanziert werden können diese Projekte vom Projektträger, aber auch vom Freistaat Sachsen, der Bundesrepublik Deutschland, der Tschechischen Republik, sowie der EU. Zwischen den Jahren 2000 und 2006 erhielt die Euroregion Elbe/Labe durch die INTERREG IIIA Initiative 190,44 Mio. Euro an Fördermitteln. (ebd.; S.21f.) Mit dem Ende der Strukturfondsperiode 2006 konnten bisher in der Euroregion noch keine Großprojekte durch die INTERREG Nachfolge Ziel-3 subventioniert werden, da die Implementierung noch nicht stattgefunden hat. (Euroregion Elbe/Labe 2008) Für die Realisierung von Kleinprojekten stehen aber bis

2013 2,8 Mio. Euro an EU Geldern zur Verfügung. (ebd. 2008) Daneben existiert das Förderprogramm REGIONENARBEIT des sächsischen Freistaates, mit welchem ebenfalls grenzüberschreitende Projekte unterstützt werden. (ebd. 2008)

Auch für die Euroregion Elbe/Labe kann festgehalten werden, dass durch die Groß- und Kleinprojekte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt wird, sondern auch die Kommunikation zwischen den Bevölkerungen. Eben diesen zweiten Aspekt halte ich persönlich für besonders wichtig, denn durch grenzüberschreitende Freundschaften können sich auch in Zukunft grenzüberschreitende Projekte außerhalb der EU-Förderprogramme ergeben.

8.6 Euroregion Neisse-Nisa-Nysa

Als letzte der fünf Euroregion bzw. Euregionen soll nun das Gebiet an der Neisse vorgestellt werden, welches sich im Grenzraum der drei Staaten Deutschland, Tschechien und Polen befindet. Gegründet wurde sie bereits am 21.12.1991 mit dem Bemühen, strukturelle Probleme im Grenzbereich gemeinsam zu lösen. ([Website15](#); 02.04.09) Unterstützend für die Gründung dieser Euroregion war der gemeinsame wirtschaftliche, kulturelle und soziale Hintergrund, da dieses Gebiet bis ins 17.Jh. Teil der Krone Böhmens war und somit eine gemeinsame Geschichtlichkeit der Region besteht. (Anděl 2002) Insgesamt beträgt die Fläche der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa etwa 13.000 km², wobei 21% auf tschechisches Staatsgebiet fallen. Das Gebiet wird von insgesamt rund 1,7 Millionen Menschen bewohnt (Stand 2002). (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen u.a. 2003)

Die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa setzt sich aus der deutschen *Euroregion Neisse e.V.*, der tschechischen Euroregion *Nisa regionální sdružení* und der polnischen *Stowarzyszenie Gmin Polskich Euroregionu Nysa* zusammen. Der gesamten Region, bestehend aus einem dreiseitigen Rat, dem Präsidium und dem gemeinsamen Sekretariat stehen unterstützend zusätzliche Foren und Lenkungsausschüsse zur Seite. An der Basis stehen, ähnlich der Arbeitsgemeinschaften, 16 Euroregionale Expertengruppen (EUREX), welche sich aus Spezialisten der unterschiedlichen Fachgebiete zusammensetzen. ([Website16](#); 02.04.09)

Im Gebiet der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa konnten bis ins Jahr 2006 über 2.600 Projekte mit einem Fördervolumen von 306 Mio. Euro unterstützt werden. Auch in der

neuen Strukturfondsperiode nimmt die Euroregion an drei Projekten teil: dem „*Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Tschechischen Republik und der Republik Polen*“, dem „*Ziel 3/ Cil 3- Programm zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik*“, sowie am „*Programm der grenzübergreifenden Zusammenarbeit Sachsen – Polen*“. ([Website17](#); 02.04.09)

Wie in einer Presseerklärung der Euroregion bekannt gegeben wurde, wurden bereits 17 Projekte durch das EU Ziel-3-Programm bestätigt, wobei rund 10,5 Mio. Euro der geschätzten gesamten Kosten von 12 Mio. Euro aus Mitteln der EU zur Verfügung gestellt werden. (Euroregion Neisse-Nisa-Nysa 2009) Diese große Anzahl an neuen Projekten lässt die Wichtigkeit aber auch den bisherigen Erfolg erkennen, die die Regionalentwicklung dieses Gebietes verbessert hat.

8.7 Resümee

Ziel der EU ist, unter anderem, der gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhalt. Gerade in Grenzregionen, besonders wenn die Bevölkerung jahrelang durch politische Gegebenheiten voneinander getrennt war, sind die Gegensätze zwischen „diesseits“ und „jenseits“ der Grenzen besonders stark. Wirft man nun einen Blick auf die geographische Lage der fünf vorgestellten Euroregionen, so handelt es sich um Gebiete, die in Tschechien hinter den Entwicklungen des Durchschnitts zurückliegen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch oftmals sozialräumlich und durch den Abbau von Rohstoffen umweltgeschädigt, bedarf es der besonderen Förderung dieser Gebiete. Schon bald nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde den betroffenen Parteien dieser grenznahen Regionen bewusst, dass eine Verbesserung der Situation durch die Schaffung von Synergien und die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit effektiver, schneller und besser von Statten gehen würde. Natürlich kommt auch noch die Tatsache hinzu, dass gemeinsame Projekte durch die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG und Ziel3 durch die EU subventioniert wurden.

Durch die gemeinsame Planung, Durchführung und Bewertung von Projekten kam es in den Euroregionen nicht nur zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch der soziale Aspekt wurde zur Geltung gebracht: so wurde ein gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufgebaut und es sind durch die Projektarbeit zahlreiche Freundschaften entstanden. Insgesamt können und müssen die Euroregionen als positive Beispiele für

den Abbau sozialräumlicher und wirtschaftlicher Ungleichheiten bewertet werden. Auch in Zukunft wird durch die Fördermittel der neuen Strukturfondsperiode eine Vielzahl an Projekten realisiert werden. Der Vorteil der neuen Regelung, dass mindestens immer ein Partner aus jedem beteiligten Staat an der Realisierung eines Projektes beteiligt sein muss, ist, dass somit tatsächlich eine enge Zusammenarbeit stattfindet und es keine „nationale“ Aufteilung von Projektteilen geben wird.

Die überregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll, als übergeordnetes und langfristiges Ziel, „... den Boden dafür bereiten, dass die Staatsgrenzen allmählich an Bedeutung verlieren und sich schließlich in einem zusammenwachsenden Europa auflösen.“ (Kubů 2003; S. 611)

9 Resümee und Schlussbemerkung

Wie sich während der Ausarbeitung der Forschungsfragen zeigte, liegen in Tschechien tatsächlich regionale Unterschiede im Bezug auf soziale und wirtschaftliche Fragestellungen vor.

Hierbei konnten zwei Haupttendenzen nachgewiesen werden:

- i. Große Wohlstandsunterschiede ergeben sich zwischen den städtischen Zentren und dem peripheren oder aber ländlich geprägten Raum. Eine überragende und uneinholbare Position nimmt dabei Prag ein, doch auch andere Großstädte, wie etwa Pilsen, Budweis oder Brünn, weisen eine Verstärkung der wirtschaftlichen und sozialräumlichen verbesserten Situation auf, im Gegensatz zu den peripheren Bezirken. Diese Tendenz ergab sich nicht nur für Tschechien, sondern war, obwohl die Analyse nur auf NUTS-2-Ebene erfolgte, auch in den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten bemerkbar. Hier erreichten die Hauptstädte wie Budapest oder Pressburg ebenfalls die Spitzenplätze im Bereich vieler sozialräumlicher und wirtschaftlicher Indikatoren.

Kritisch sei an dieser Stelle angemerkt, dass eine Untersuchung der ausgewählten Kennzahlen zwar eine wissenschaftlich anerkannte Möglichkeit ist, Regionen zu unterscheiden, eine hundertprozentige Einteilung von Gebieten mit guter und schlechter Lebensqualität kann daraus aber dennoch nur bedingt gemacht werden, da es eine (von vielen unterschätzte) Vielzahl anderer Aspekte gibt, welche bei der Messung objektiver Größen außer Acht gelassen werden,

wie etwa die verstärkte Nachbarschaftshilfe und die dadurch gesteigerte Lebensqualität von Gemeinden. Diese Aspekte sind nur schwer messbar und konnten daher in dieser Diplomarbeit nicht berücksichtigt werden.

- ii. Als benachteiligte Räume erwiesen sich auch noch die Grenzbezirke im Nordwesten und Südosten bzw. Osten Tschechiens. Diese Gegebenheit wird, wie bereits mehrfach erwähnt, im Artikel von Havlíček (2008) beschrieben, der zwischen einer äußeren und einer inneren Peripherie unterscheidet. Demnach sind die ländlichen Gebiete Tschechiens doppelt benachteiligt: neben dem Unterschied zu ihrem nächsten städtischen Zentrum verstärkt auch noch die Randlage an den Außengrenzen diese Entwicklung.

Wie jedoch in Kapitel 8 gezeigt werden konnte, gibt es bereits einige Projekte grenzüberschreitenden Charakters, welche aus Gebieten in Grenzregionen Regionen im Herzen Europas schaffen wollen. Die EU-Unterstützungen und die Subventionen seitens der beteiligten Staaten und anderer Projektträger konnten tatsächlich schon eine Vielzahl an Erfolgen auf ihren Konten verzeichnen. Diese Entwicklung kann und muss als Hoffnung für die betroffenen Regionen gesehen werden und es wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weisen, ob die Euroregionen zur Integration und dem Ausgleich zwischen den Gebieten beigetragen haben und erfolgreich fortgeführt werden können.

Neben zahlreichen persönlichen Freundschaften entstehen aber offenbar auch wirtschaftlich messbare Vorteile durch die Kollaboration im grenznahen strukturschwachen Raum, da bereits in Kapitel 4 die jüngsten Zahlen wirtschaftlicher Indikatoren, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit, darauf hinwiesen, dass sich die Unterschiede verringern und es zu einem Ausgleich zwischen den Regionen kommt.

Mit diesem positiven Blick in die Zukunft Tschechiens möchte ich diese Diplomarbeit abschließen und hoffe, dass mir damit ein informatives, lehrreiches und abgerundetes Gesamtwerk gelungen ist, welches hilft, wirtschaftliche und sozialräumliche Zusammenhänge und Entwicklungen in Tschechien besser zu verstehen.

10 Literaturverzeichnis

Alexander, M. (2008): Kleine Geschichte der böhmischen Länder. Stuttgart: Reclam Verlag.

Anděl, R. (2002): Die Historische Kommission der Euroregion Neiße und ihr Anteil an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. *In: Görner, F. (Hg.): Regionale Zusammenarbeit in einem vereinten Europa.* Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin, Preussischer Kulturbesitz.

Arai, K. (1995): The Economics of Education – An Analysis of College- Going Behavior. Tokyo Berlin Heidelberg New York: Springer- Verlag.

Baljer, S. (2000): Stationen der Integration der Tschechischen Republik in die Europäische Union seit 1989 und deren Auswirkungen auf österreichische und tschechische Unternehmen. Linz: Hochschulschrift (Diplomarbeit).

Baumohl, B. (2007): Die Geheimnisse der Wirtschaftsindikatoren. München: FinanzBuch Verlag.

Bellmann, L., U. Blien, J. Ludsteck: Bildung und Beschäftigung in regionaler Perspektive. *In: Wohlgemuth, N. (Hg.) (2006): Arbeit, Humankapital und Wirtschaftspolitik; Festschrift für Hans- Joachim Bodenhöfer zum 65. Geburtstag.* (Volkswirtschaftliche Schriften: Heft 547) Berlin: Duncker & Humblot.

Berreman, G. D. (Hg.) (1981): Social Inequality. New York / London: Academic Press.

Biffi, G. (1998): Unemployment, Underemployment and Migration: a challenge für labor market policy in China. – Wien: WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Working papers; 101).

Bláhová, M. (2000): Stadt, Bürgertum und Städtewesen im Spiegel der Geschichtsschreibung. Wege zur städtischen Histiographie in den böhmischen Ländern im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit. *In: Johaneck, P. (Hg.): Städtische Geschichtsschreibung im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit.* Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag.

Bolte, K.M., D. Kappe und F. Neidhardt (1975): Soziale Ungleichheit. Opladen: Leske Verlag.

Brousek, K. (1978): Die Großindustrie Böhmens 1848-1919. München: Oldenbourg.

Burzan, N. (2007): Soziale Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Combes P.- P., G. Duranton, L. Gobillon (2004): Spatial Wage Disparities: Sorting Matters! (Centre for Economic Policy Research: Discussion paper series, No. 4240) London.

Čorenj, P., J. Pokorný (2000): Kurze Geschichte der Böhmisches Länder bis zum Jahr 2000. Praha: Práh.

Cvrkal, Robert (1985): Das Bruttonationalprodukt und Wohlstandsmessung. Wien: Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Czech Statistical Office (1992): Okresy České Repboliky v roce 1991. Praha.

Czech Statistical Office (1993): Okresy České Repboliky v roce 1992. Praha.

Czech Statistical Office (1994): Okresy České Repboliky v roce 1993. Praha.

Czech Statistical Office (1995): Okresy České Repboliky v roce 1994. Praha.

Czech Statistical Office (1996): Okresy České Repboliky v roce 1995. Praha.

Czech Statistical Office (1997): Okresy České Repboliky v roce 1996. Praha.

Czech Statistical Office (1998): Okresy České Repboliky v roce 1997. Praha.

Czech Statistical Office (1999): Okresy České Repboliky v roce 1998. Praha.

Czech Statistical Office (2000): Okresy České Repboliky v roce 1999. Praha.

Czech Statistical Office (2001): Okresy České Repboliky v roce 2000. Praha.

Czech Statistical Office (2002a): Okresy České Repboliky v roce 2001. Praha.

Czech Statistical Office (2002b): Regional Portraits 2000. Praha.

Czech Statistical Office (2003a): Moravskoslezského Regione 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xt/edicniplan.nsf/publ/13-8101-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003b): Okresy České Repboliky v roce 2002. Praha.

Czech Statistical Office (2003c): Statistická ročenka hl. m. Prahy 2003. (zum download unter: http://www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/publ/13-1101-03-rok_2003; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003d): Statistická ročenka Jihočeského Regione 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xc/edicniplan.nsf/publ/13-3101-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003e): Statistická ročenka Jihomoravského Regionu 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xb/edicniplan.nsf/publ/13-6201-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003f): Statistická ročenka Karlovarského 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xk/edicniplan.nsf/publ/13-4101-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003g): Statistická ročenka Libereckého Regionu 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xl/edicniplan.nsf/publ/13-5101-03-2003>; 10.02.2009)

Czech Statistical Office (2003h): Statistická ročenka Pardubického Regionu 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xe/edicniplan.nsf/publ/13-5301-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003i): Statistická ročenka Plzeňského Regionu 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xp/edicniplan.nsf/publ/13-3201-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003j): Statistická ročenka Středočeského Regionu 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xs/edicniplan.nsf/publ/13-2101-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2003k): Statistická ročenka Ústeckého Regionu 2003. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xu/edicniplan.nsf/publ/13-4201-03-2003>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2004a): Okresy České Republiky v roce 2003. Praha.

Czech Statistical Office (2004b): Statistická ročenka Regionu Vysočina 2004. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xj/edicniplan.nsf/publ/13-6101-04-2004>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2005a): Okresy České Republiky v roce 2004. Praha.

Czech Statistical Office (2005b): Statistická ročenka hl. m. Prahy 2005. (zum download unter: http://www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/publ/13-1101-05-2005_statisticka_rocenka_hl_m_prahy; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2005c): Statistická ročenka Královéhradeckého Regionu 2005. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xh/edicniplan.nsf/publ/13-5201-05-2005>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2005d): Statistická ročenka Olomouckého Regionu 2005. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xm/edicniplan.nsf/publ/13-7101-05-2005>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2005e): Statistická ročenka Zlínského Regionu 2005. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xz/edicniplan.nsf/publ/13-7201-05-2005>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2006a): NUTS Regions in the European Union – Comprehensive Information – Information on Regions, Towns and Municipalities. Praha.

Czech Statistical Office (2006b): Okresy České Repboliky v roce 2005. Praha.

Czech Statistical Office (2007a): Demographic Yearbook of the Regions of the Czech Republic 1991 – 2006. (zum download unter: http://www.czso.cz/csu/2007edicniplan.nsf/engpubl/4027-07-1991__2006; 26.11.08)

Czech Statistical Office (2007b): Moravskoslezského Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xt/edicniplan.nsf/p/13-8101-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007c): Okresy České Repboliky v roce 2006. Praha.

Czech Statistical Office (2007d): Statistická ročenka hl. m. Prahy 2006. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/p/13-1101-06> ; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007e): Statistická ročenka Jihočeského Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xc/edicniplan.nsf/p/13-3101-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007f): Statistická ročenka Jihomoravského Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xb/edicniplan.nsf/p/13-6201-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007g): Statistická ročenka Karlovarského Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xk/edicniplan.nsf/p/13-4101-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007h): Statistická ročenka Královéhradeckého Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xh/edicniplan.nsf/p/13-5201-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007i): Statistická ročenka Libereckého Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xl/edicniplan.nsf/p/13-5101-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007j): Statistická ročenka Pardubického Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xe/edicniplan.nsf/p/13-5301-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007k): Statistická ročenka Regione Vysočina 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xj/edicniplan.nsf/p/13-6101-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007l): Statistická ročenka Olomouckého Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xm/edicniplan.nsf/p/13-7101-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007m): Statistická ročenka Plzeňského Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xp/edicniplan.nsf/p/13-3201-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007n): Statistická ročenka Středočeského Regione 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/p/13-2101-07>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007o): Statistická ročenka Ústeckého Regionu 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xu/edicniplan.nsf/p/13-4201-07>, 10.02.09)

Czech Statistical Office (2007p): Statistická ročenka Zlínského Regionu 2007. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xz/edicniplan.nsf/p/13-7201-07>, 25.09.08)

Czech Statistical Office (2008a): Okresy České Republiky v roce 2007. Praha.

Czech Statistical Office (2008b): Pohyb obyvatelstva v Českých zemích 1785 - 2007, absolutní údaje. (zum download unter: http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/population_hd; 01.11.2007)

Czech Statistical Office (2008c): Population – Population and Vital Statistics of the Czech Republic 1785 – 2007. (zum download unter: http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/population_hd; 11.12.08)

Czech Statistical Office (2008d): Územní číselníky. (zum download unter: http://www.czso.cz/csu/klasifik.nsf/i/uzemni_ciselniky; 26.11.08)

Czech Statistical Office (2008e): Statistická ročenka hl. m. Prahy 2008. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/publ/13-1101-08-2008>; 10.02.09)

Czech Statistical Office (2008f): Statistická ročenka Jihomoravského Regionu 2008. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xb/edicniplan.nsf/publ/13-6401-08-2008>; 31.03.09)

Czech Statistical Office (2008g): Statistická ročenka Královéhradeckého Regionu 2008. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xh/edicniplan.nsf/publ/13-5201-08-2008>; 31.03.09)

Czech Statistical Office (2008h): Statistická ročenka Pardubického Regionu 2008. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xe/edicniplan.nsf/publ/13-5301-08-2008>; 31.03.09)

Czech Statistical Office (2008i): Statistická ročenka Zlínského Regionu 2008. (zum download unter: <http://www.czso.cz/xz/edicniplan.nsf/p/13-7201-08> ; 31.03.2009)

Czech Statistical Office (2008j): II. Explanatory notes on methodology. (zum download unter: [http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/ii_explanatory_notes_on_methodology/\\$File/2Explanatory%20notes%20on%20methodology.pdf](http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/ii_explanatory_notes_on_methodology/$File/2Explanatory%20notes%20on%20methodology.pdf); 06.02.09)

Czech Statistical Office (k.A.): 1.Euroregion Erzgebirge. (zum download unter: [http://www.czso.cz/xu/edicniplan.nsf/t/7F00334D05/\\$File/42060401d.pdf](http://www.czso.cz/xu/edicniplan.nsf/t/7F00334D05/$File/42060401d.pdf); 01.04.09)

Dietrich, F., M., Imhoff, H., Kliemt (2003): Mikroallokation medizinischer Ressourcen. Stuttgart: Schattauer.

Dimmel, N.; J., J., Hagen (2005): Strukturen der Gesellschaft. Wien: WUV Universitätsverlag.

Distler, K. (1995): Humankapital, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt – Bildungskonjunkturzyklen zur Erklärung von Arbeitslosigkeit. Berlin: VWF Verlag für Wissenschaft und Forschung.

Ditton, H. (1992): Ungleichheit und Mobilität durch Bildung. Weinheim / München: Juventa Verlag.

Dohrn, D. (2005): Gesamtgesellschaftliche Ressourcengleichheit und medizinische Versorgung. In: Rauprich, O., G., Marckmann, J., Vollmann (Hg): Gleichheit und Gerechtigkeit in der modernen Medizin. Paderborn: mentis Verlag.

Elvers, H.- D. (2005): Lebenslage, Umwelt und Gesundheit. Dresden: Deutscher Universitäts- Verlag.

Emrich, U. [Red.] (2008): Meyers Universalatlas mit Länderlexikon. Mannheim: Meyers Lexikonverlag.

EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V (2008): Geschäftsbericht 2007/08. (ohne Angabe) (zum download unter: <http://www.euregio-egrensis.de/presse/geschaeftsbericht0708.pdf>; 01.04.09)

Europäische Kommission / Statistisches Amt (2006): Eurostat- OECD Methodological Manual on Purchasing Power Parities.

Europäische Kommission / Statistisches Amt (2008): Regions of the European Union. A statistical portrait – 2009 edition. Luxembourg: Office für Official Publications of the European Communities.

European Communities and World Health Organization (2001a): Highlights in health in Czech Republic. (zum download unter: <http://www.euro.who.int/Document/E73486.pdf>; 09.04.09)

European Communities and World Health Organization (2001b): Highlights in health in Hungary. (zum download unter: <http://www.euro.who.int/document/E72374.pdf>; 09.04.09)

European Communities and World Health Organization (2001c): Highlights in health in Poland. (zum download unter: <http://www.euro.who.int/document/E88745.pdf>; 09.04.09)

European Communities and World Health Organization (2001d): Highlights in health in Romania. (zum download unter: <http://www.euro.who.int/document/e72502.pdf>; 09.04.09)

European Communities and World Health Organization (2001e): Highlights in health in Slovakia. (zum download unter: <http://www.euro.who.int/Document/e74341.pdf>; 09.04.09)

European Communities and World Health Organization (2001f): Highlights in health in Slovenia. (zum download unter: <http://www.euro.who.int/Document/E74340.pdf>; 09.04.09)

Euroregion Elbe/Labe (2003): Rahmenvereinbarung der Euroregion Elbe/Labe. (zum download unter: <http://www.euroregion-elbe-labe.eu/files/dokumente/Rahmenvereinbarung-der-EEL-komplett-D.pdf>; 01.04.09)

Euroregion Elbe/Labe (2007): 15 Jahre EUROREGION ELBE/LABE. Chronik einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. (zum download unter: <http://www.euroregion-elbe-labe.eu/files/dokumente/15-Jahre-EEL-Chronik-komplett.pdf>; 01.04.09)

Euroregion Elbe/Labe (2008): Geschäftsbericht 2007/08. (zum download unter: <http://www.euroregion-elbe-labe.eu/files/dokumente/Geschäftsbericht-der-Euroregion-Elbe--Labe-2007-2008.pdf>; 01.04.09)

Euroregion Neisse-Nisa-Nysa (2009): Pressemitteilung vom Februar 2009. (zum download unter: http://www.neisse-nisa-nysa.org/fileadmin/documents/fonds/de-cz/PM_DE.pdf; 02.04.09)

Eurostat [Red.] (2003): Portraits of Regions. (zum download unter: http://circa.europa.eu/irc/dsis/regportraits/info/data/en/cz_national.htm; 26.11.08)

Eurostat (2007): Classification Units. (zum download unter: http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/nuts/codelist_en.cfm?list=nuts; 26.11.2008)

Fawn, R. (2000): The Czech Republic. Amsterdam: harwood academic publishers.

GESIS-ZUMA(2008): Wachsende soziale Ungleichheit in Europa. *In*: Informationsdienst Soziale Indikatoren (Ausgabe 39, Januar 2008). Mannheim: Verlag Pfälzische Post GmbH.

Glaeser, B. (2004): Vorwort der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie. *In*: Serbser, W. (Hg.): Humanökologie. München: ökom Verlag.

Glyn, A. (1995): Unemployment and Inequality. Discussion Paper FS I 95 – 303. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Hammerschmidt, A. (2006): A strategic investment game with endogenous absorptive capacity. Department of Economics: Vienna University of Economics and Business Administration, Working Paper No. 92, Wien.

Hanefeld, B. (1977): Soziale Schicht und Kriminalität. Wien: Hochschulschrift (Dissertation).

Havlíček, P., Chromý, P. & Marada, M. (2009). Innere und äußere Peripherie am Beispiel Tschechiens

Hochman, J. (1998): Historical Dictionary of the Czech State. Lanham: Scarecrow Press.

Hrabovec, E. (2000): Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen. In: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs, Band 19: Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Linz.

Huber, P. (2004): Intra- national Labour Market Adjustment in the Candidate Countries. Wien: WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Working papers; 218).

International Monetary Fund (2003): Foreign Direct Investment Trend and Statistics – Prepared by the Statistics Department. (zum download unter: <http://www.imf.org/external/np/sta/fdi/eng/2003/102803.pdf>; 11.02.09)

Jordan, P. (2006a): Räumliche Disparitäten im östlichen Europa. In: Hitz, H. (Hg.): Europa neu denken lernen. Möglichkeiten und Ansätze für ein Lernen über und ein Denken für Europa. = Materialien zur Didaktik der Geographie und Wirtschaftskunde, Band 19, Wien.

Jordan, P. (2006b): Regionale Disparitäten in Osteuropa. Skriptum einer Vorlesung an der Universität Klagenfurt.

Karstedt, S. (2000): Der urbane Raum als Zentrum sozialer Prozesse – Kriminalität in der polarisierten Stadt. In: Ludwig- Mayerhofen, W. (Hg.): Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske+ Budrich.

Kleining, G., J., Weikert (1999): Der vergessene Völkermord im Herzen Europas. Eichendorf: Eichendorf Verlag.

Klose, J., I., Rehbein, T., Uhlemann (2007): Ärzteatlas – Daten zur Versorgungsdichte von Vertragsärzten. Bonn: Wissenschaftliches Institut der AOK.

Kollwitz, A. (1999): Verteilungsgerechtigkeit und Generationenkonflikt – Uneingeschränkte Gesundheitsleistungen auch für Ältere?. = Berliner Medizinethische Schriften, Heft 35. Dortmund: Humanitas Verlag.

Kreckel, R. (1992): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main, New York: Campus- Verlag

Kubů, F. (2003): Euregio Egrensis. In: Koschmal, W. (Hg.): Deutsche und Tschechen. München: Verlag C.H.Beck.

Langeder, B. (1985): Sozioökonomische Aspekte der ärztlichen Versorgung. Wien: Hochschulschrift (Diplomarbeit).

Leutgeb, U. (2006): Euregio Bayerischer Wald / Böhmerwald / Unterer Inn in wirtschaftshistorischer Perspektive. Salzburg: Hochschulschrift.

Libal, W. (2004): Die Tschechen. Wien: Ibero- Verlag.

Lippert, B. (Hg.) (1998): Towards EU membership – Transformation and Integration in Poland and the Czech Republic. = Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 75, Bonn.

Loinger, G. (2004): Der Völkermord an den Sudetendeutschen. Innsbruck: Hochschulschrift.

Lüdeke, R., K. Beckmann: Die Passauer Absolventenstudie „Wirtschaftswissenschaften“: Leistungsindikatoren (Noten), Einkommensniveaus, Einkommensprofile und Einkommensbarwerte. In: Weizäcker, R. K. v. (Hg.) (2001): Bildung und Beschäftigung. (Schriften des Vereins für Socialpolitik; Band 284) Berlin: Duncker & Humblot.

Magocsi, P. (2002): The Historical Atlas of Central Europe. Toronto: University of Toronto Press.

Marckmann, G., P., Liening, U., Wiesing (2003): Gerechte Gesundheitsversorgung. Stuttgart: Schattauer.

Markus, H. H., H., Fink (1991): Umwelt- Medizin: Gesund bleiben in der heutigen Umwelt. Bern, München, Wien: Scherz Verlag.

Marsch, E. (1942): Gesundheit und Krankheit im Bergbau. Esslingen am Neckar: Richard Bechtle.

Mauritz, M. (2002): Tschechien. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet

Morino, B. (2002): Die Euregionen PRO EUROPA VIADRINA und EUREGIO EGRENSIS im Vergleich. Salzburg: Hochschulschrift.

Ohlemacher, T. (2000): How far can you go? – Empirische Sozialforschung, Kriminologie und Kriminalisierung. Das Beispiel Armut und Kriminalität. In: Ludwig-Mayerhofen, W. (Hg.): Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung. Opladen: Leske+ Budrich.

Organisation for Economic Co- operation and Development (2000): OECD economic surveys. The Czech Republic. Paris.

Organisation for Economic Co- operation and Development (2001a): OECD economic surveys. The Czech Republic. Paris.

Organisation for Economic Co- operation and Development (2002b): OECD Reviews of Foreign Direct Investment – Czech Republic. Paris.

Organisation for Economic Co-operation and Development (2006): OECD economic surveys. The Czech Republic. Paris.

Otfinoski, S. (1997): The Czech Republic. New York: Facts On File.

Pelger, K. (2005): Ökonomische Determinanten der Säuglingssterblichkeit – Ein Überblick über die aktuelle Forschungsliteratur. Innsbruck: Hochschulschrift (Diplomarbeit).

Piotr, E. (2003): Ethnic groups and population changes in twentieth-century Central-Eastern Europe. Armonk, NY: M.E. Sharpe.

Pittler, A. (2004): Tschechien / Slowakei. Klagenfurt: Wieser Verlag.

Pokorný, J. (1994): Die Böhmisches Länder 1918 – 1997. Praha: Práh.

Prinz, F. (2000): Tschechen und Deutsche im neuen Staat: Ein Anfang mit mehreren Enden. In: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs, Band 19: Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Linz.

Sator, F. (1979): Sozialindikatoren und Säuglingssterblichkeit. = Auerswald, W., K. Baumgarten, O., Thalhammer (Hg.): Probleme der perinatalen Medizin. Wien – München – Berlin: Verlag Wilhelm Maudrich.

Schielin, G. (2002): Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Linz: Hochschulschrift.

Schmidt, H.- J. (2006): Tschechien. Berlin: Ch. Links Verlag.

Sedlmeyer, K. (1973): Landeskunde der Tschecho- Slowakei. Frankfurt am Main: Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen.

Simader, R. (2005): Möglichkeiten und Ansätze der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung am Beispiel der EUREGIO Bayrischer Wald – Böhmerwald – Regionalmanagement Mühlviertel. Salzburg: Hochschulschrift.

Sperling, W. (1981): Tschechoslowakei. Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer.

Statistisches Amt des Freistaates Sachsen, Statistisches Amt Warschau, Tschechisches Statistisches Amt, Bereich Liberec (2002): Statistisches Jahrbuch der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa 2003. (zum download unter: <http://www.neisse-nisa-nysa.org/index.php?id=115>; 02.04.09)

Stehn, J. (1992): Ausländische Direktinvestitionen in Industrieländern (Kieler Studien, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Horst Siebert). Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag.

Tomassovits, R. (2006): Theorien und Konzepte sozial- räumlicher Ungleichheit. Wien: Hochschulschrift.

11 Internetadressen

Website 1: Tschechisches Amt für Statistik: http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/table_5_geography_climate_and_nature [19.10.2008]

Website2: Tschechisches Amt für Statistik: http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/live_births_and_deaths_1950_2004; [24.11.08]

Website 3: Tschechisches Amt für Statistik: http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/total_fertility_rate_1950_2004; [24.11.08]

Website 4: Tschechisches Amt für Statistik: http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/life_expectancy_at_birth_1950_2004; [24.11.08]

Website 5: www.euroskop.cz/gallery/37/11332-podnikani_v_nemecku.ppt; [21.04.2009]

Website 6: <http://www.interreg.at/interreg.html>; [31.03.09]

Website 7: <http://www.crr.cz/index.php?menu=417>; [31.03.09]

Website 8: <http://www.euregio-bayern.de/>; [31.03.09]

Website 9: <http://www.euregio-egrensis.de/euregio/euregio.php>; [01.04.09]

Website 10: <http://www.euregioegrensis.de/index.php?gath=Deutsch/EuregioEgrensis/Zielsetzung&CID=18>; [01.04.09]

Website 11: <http://www.euregioegrensis.de/index.php?gath=Deutsch/Foerderung/Projekte&CID=27>; [01.04.09]

Website 12: <http://www.euregioegrensis.de/index.php?gath=Deutsch/Foerderung/Moeglichkeiten&CID=26>; [01.04.09]

Website 13: <http://www.euroregion-erzgebirge.de/ueberuns.html>; [01.04.09]

Website 14: <http://www.euroregion-erzgebirge.de/projektfoerderung/projekte/grossprojekte.html>; [01.04.09]

Website 15: http://www.tu-dresden.de/ioer/statisch/PLAIN/er_neis1.htm; [02.04.09]

Website 16: <http://www.neisse-nisa-nysa.org/index.php?id=64>; [02.04.09]

Website 17: (<http://www.neisse-nisa-nysa.org/index.php?id=37>) [02.04.09]

12 Abbildungs- und Kartenverzeichnis

- Abbildung 1: Ed. Hölzel (2003): Sudeten- und Karpatenländer [1: 2 500 000], Wien. (verändert) -S.15-
- Abbildung 2: Die Bezirke Tschechiens. [1:250.000; verändert]: Ministry for regional development (k.A.). (zum download unter: <http://old.mmr.cz/upload/1116441456180.gif>; 26.11.08) -S.29-
- Abbildung 3: Lebendgeburten und Sterbefälle ab 1980 (http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/live_births_and_deaths_1950_2004; 24.11.08 [verändert]) -S.31-
- Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung 1993–2005 (Quelle: Czech Statistical Office 2008j, eigene Erstellung) -S.32-
- Abbildung 5: Relative Bevölkerungsentwicklung zwischen 2005 & 2006 nach Regionen (Quelle: Czech Statistical Office (2007o) , eigene Erstellung) -S.33-
- Abbildung 6: Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1991 & 1995 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (1992, 1996); eigene Erstellung) -S.36-
- Abbildung 7: Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1995 & 2001 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (1996, 2002a); eigene Erstellung) -S.38-
- Abbildung 8: Rate der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen 2001 & 2006 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (2002a; 2007p); eigene Erstellung) -S.40-
- Abbildung 9: Abbildung 9: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in KKP in Relation zum nationalen Durchschnitt (2006). (Quelle: Czech Statistical Office (2006b); eigene Erstellung) -S.44-
- Abbildung 10: Arbeitslosigkeit 1991 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (1992); eigene Erstellung) -S.48-
- Abbildung 11: Arbeitslosigkeit 2001 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (2002a); eigene Erstellung) -S.50-
- Abbildung 12: Arbeitslosigkeit 2006 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office (2007p); eigene Erstellung) -S.54-

- Abbildung 13: Durchschnittliches Monatseinkommen, dargestellt mit Regionalindizes. (Quelle: Czech Statistical Office 2008a; eigene Erstellung) -S.56-
- Abbildung 14: BIP pro Kopf und Struktur der Bruttowertschöpfung. (Quelle: Czech Statistical Office 2005b) Zum download unter: [www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/t/3E0049DAFF/\\$File/K1.jpg](http://www.czso.cz/xa/edicniplan.nsf/t/3E0049DAFF/$File/K1.jpg); 10.02.09) -S.59-
- Abbildung 15: Beschäftigte nach Sektoren in % (2006). (Quelle: Czech Statistical Office (2007). Eigene Erstellung.) -S.61-
- Abbildung 16: Anteil der AHS- Schüler an der Gesamtbevölkerung 2004/05 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office 2004a; eigene Erstellung) -S.72-
- Abbildung 17: Anteil der BHS- Schüler an der Gesamtbevölkerung 2004/05 (in %). (Quelle: Czech Statistical Office 2004a; eigene Erstellung) -S.73-
- Abbildung 18: Tertiärer Bildungsanteil an der erwerbstätigen Bevölkerung (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2003b, 2005n) -S.77-
- Abbildung 19: Säuglingssterblichkeit 2006 (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007p) -S.85-
- Abbildung 20: Ärztedichte im stationären Bereich 2006. (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007c) -S.90-
- Abbildung 21: Ärztedichte ambulant 2006. (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007c) -S.91-
- Abbildung 22: standardisierte Todesrate der männlichen Bevölkerung (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007c) -S.96-
- Abbildung 23: Todesfälle durch Atemwegserkrankungen bei Männern (2001). (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2002a) -S.98-
- Abbildung 24: Die relative Häufigkeit der Strafhandlungen 2007 (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2007p) -S.102-

Abbildung 25: Anteile der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung 2007. (eigene Erstellung; Quelle: Czech Statistical Office 2008a) -S.111-

Abbildung 26: Mittlere jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts (BIP) je Einwohner nach NUTS-2-Regionen, 2000 – 2004 (% pro Jahr). (Maßstab verändert; Quelle: Eurostat 2008, S.505) -S.116-

Abbildung 27: Arbeitslosenquote nach NUTS-2- Regionen 2005 (%). (Maßstab verändert; Quelle: Eurostat 2008; S.512) -S.119-

Abbildung 28: Logo der Euregio Egrensis (Quelle: Euregio Egrensis 2008; S.1) -S.131-

Abbildung 29: Logo der Euroregion Elbe/Labe. (Quelle: Euroregion Elbe/Labe 2003; S.1) -S.135-

13 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Das BIP pro Kopf in CZK und PPS (2006). (Quelle: Czech Statistical Office 2006b; eigene Erstellung) -S.45-

Tabelle 2: Die Rate des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des BIP in % zwischen 1995 und 2000 und 2000 und 2002. (Quelle: Czech Statistical Office 2006b; eigene Erstellung) -S.46-

Tabelle 3: F&E- Ausgaben zwischen 2001 und 2007 (in Mio. Kronen). (Quelle: Czech Statistical Office; eigene Erstellung) -S.63-

Tabelle 4: FDI stocks in the Czech Republic. (aus: OECD 2001, S.16) -S.65-

Tabelle 5: Gesundheitsindikatoren (1999). (Quelle: European Communities and World Health Organization 2001a, 2001b, 2001c, 2001d, 2001e, 2001f; eigene Erstellung) -S. 126-

Lebenslauf

25. Juni 1984 Geburt in Vöcklabruck (OÖ) als zweites Kind von Mag.rer.nat. Christian Spiessberger (Studium der Biologie an der Universität Salzburg) und Mag.rer.nat. Silvia Spiessberger (geb. Lahner, wiederverh. Jochke; Studium der Biologie an der Universität Salzburg)
- 1990 – 1994 Besuch der Volksschule in Laakirchen (OÖ)
- 1994 – 2002 Besuch des BG/BRG Gmunden (OÖ)
- 07.06.2002 Absolvierung der Reifeprüfung
- 01.10.2002 Beginn des Lehramtstudiums für die beiden Unterrichtsfächer Mathematik und Spanisch an der Universität Wien
- 01.10.2003 Studienrichtungswechsel; Beginn des Lehramtstudiums für die Unterrichtsfächer Geographie und Wirtschaftskunde und Spanisch an der Universität Wien
- 01.02.2006 – 30.06.2006 Auslandsstudium an der Universidad Autónoma de Madrid (Spanien)
- 30.06.2009 Voraussichtliche Beendigung des Lehramtstudiums an der Universität Wien